

Nachhaltige Anpassung von Kommunen und Regionen an die Herausforderungen des demografischen Wandels

Praxiskatalog



Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt

Ressortforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3716 15 1020

Nachhaltige Anpassung von Kommunen und Regionen an die Herausforderungen des demografischen Wandels

Praxiskatalog

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Autoren:

Timo Heyn, Philipp Schwede, Jana Süße
empirica ag, Bonn

Prof. Dr.-Ing. Theo Kötter, Dr. Dominik Weiß, Frauke Rehorst, Michael Huppertz,
Steffen Lang
Professur für Städtebau und Bodenordnung/Universität Bonn, Bonn

Dr. Gottfried Lennartz, Johanna Oellers
gaiaac/Forschungsinstitut für Ökosystemanalyse und -bewertung e.V., Aachen

Redaktion:

Fachgebiet I 3.5 Nachhaltige Raumentwicklung, Umweltprüfung
Dr. Züleyha Iyimen-Schwarz

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

Bildquellen:

Titelseite: Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, Dezember 2018

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
1 Ansätze und Strategien im Umgang mit demografischen Herausforderungen in der Praxis kleinerer Städte und Gemeinden	7
2 Übersicht über die Praxisbeispiele	9
3 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Energie	10
3.1 Binsfeld (Arnstein)	10
3.2 Ascha	15
3.3 Beetzendorf	22
3.4 Neustrelitz	28
3.5 Willebadessen	35
3.6 Rhein-Hunsrück-Kreis	40
4 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Mobilität	45
4.1 Ascheberg	45
4.2 Saarpfalz-Kreis	50
4.3 Luckow/Rieth	53
4.4 Uckermark	57
4.5 Hürtgenwald-Gey/Eifel	62
5 Beispiel für einen integrierten Ansatz mit Schwerpunkt Wasserversorgung/Abwasserentsorgung	66
5.1 Könnern	66
6 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Innenentwicklung	70
6.1 AG Bachtal	70
6.2 Hiddenhausen	75
6.3 Heek	79
6.4 Vrees	84
6.5 Dahlem und Hellenthal	90
6.6 Wallmerod	96
6.7 Kreuzbergallianz	100
7 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Rückbau	106
7.1 Schwedt/Oder	106
7.2 Parchim	111
7.3 Schwerin	117
7.4 Hoyerswerda-Neustadt	122
7.5 Weißwasser	127

8	Beispiele für integrierte Ansätze mit mehreren Schwerpunkten	131
8.1	Arnsberg.....	131
8.2	Mittelbereich Pritzwalk-Wittstock/Dosse.....	136
8.3	Legden	141
8.4	Nördliches Fichtelgebirge.....	146
8.5	Perlesreut	151
8.6	Teuschnitz/ARGE Rennsteig	157
8.7	Werra-Meißner-Kreis.....	163
9	Exkurs Intelligente Vernetzung: Zukunftskonzept Lippe 2025.....	169
10	Fazit: Dem Wandel begegnen und Chancen ergreifen.	170
11	Quellenverzeichnis.....	172

Abkürzungsverzeichnis

AG/ ARGE	Arbeitsgemeinschaft
BauGB	Baugesetzbuch
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BRD	Bundesrepublik Deutschland
EE	Erneuerbare-Energien
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes
e.V.	Eingetragener Verein
FB	Fachbereich
FH	Fachhochschule
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GIS	Geographische Informationssysteme
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
INSEK/ InSEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
IKEK	integriertes kommunales Entwicklungskonzept
IuK	Information und Kommunikation
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KIQ	Kooperation im Quartier
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LEADER	Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft)
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PKW	Personenkraftwagen
REK	Regionales Entwicklungskonzept

RSI	Rückführung städtischer Infrastrukturen
SEKo	Städtebauliches Entwicklungskonzept
STEK	Stadtentwicklungskonzept
SVP	sozialversicherungspflichtig
Transition Town	Stadt im Wandel
UBA	Umweltbundesamt
UFOPLAN	Umweltforschungsplan
VG	Verbandsgemeinde

1 Ansätze und Strategien im Umgang mit demografischen Herausforderungen in der Praxis kleinerer Städte und Gemeinden

Der vorliegende Praxiskatalog richtet sich an die Akteure in Regionen, Städten und Gemeinden und enthält Anregungen für nachhaltige Lösungsansätze zur Bewältigung oder Abmilderung der Auswirkungen des demografischen Wandels. Er soll Ideengeber sein und Chancen und Erfolgsmodelle aufzeigen, in denen ein integriertes Vorgehen und die Berücksichtigung von Aspekten des Klima- und Umweltschutzes dazu beitragen, die Lebensqualität und Attraktivität vor Ort zu steigern.

Der demografische Wandel verändert die Gesellschaft. Insbesondere in peripheren, strukturschwachen Mittel- und Kleinstädten und in ländlichen Räumen, die durch einen Rückgang und Alterung der Bevölkerung gekennzeichnet sind, bestehen erhebliche städtebauliche und siedlungsstrukturelle Herausforderungen. Die Attraktivität vor Ort nimmt durch Gebäudeleerstände und Brachflächen ab. Gleichzeitig können fehlende Infrastruktureinrichtungen diesen Attraktivitätsverlust noch verstärken und den Zuzug neuer Einwohner erschweren. Regionale Disparitäten nehmen zu. Hinzu kommen technologische Veränderungen, mit einem großen Einfluss auf Wirtschaftsprozesse, Arbeitsstrukturen und Konsummuster sowie die Energieerzeugung.

Um Regionen auch im demografischen Wandel attraktiv zu halten und die Daseinsvorsorge zu sichern, und zwar für junge und ältere Menschen, für Familien und Unternehmen, für Ortsansässige wie für Neubürger, ist es erforderlich, sie in ihrer Entwicklung ganzheitlich als Ort des Lebens- und Wirtschaftens, aber auch als Naturraum und Ort kultureller Identität zu stärken. Hierzu werden an die demografische Entwicklung angepasste und integrierte Strategien und Entwicklungskonzepte benötigt, die zur Anpassung der Siedlungsentwicklung und der Infrastrukturen beitragen.

Der vorliegende Praxiskatalog greift diese Anforderungen auf und stellt eine Bandbreite von nachhaltigen Ansätzen und Strategien aus der kommunalen Praxis vor, die den gesellschaftlichen Veränderungen des demografischen Wandels Rechnung trägt und zugleich wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen gerecht wird. Dabei werden die Chancen aufgezeigt, die sich aus einer integrierten Herangehensweise ergeben und die insbesondere dann entstehen, wenn Aspekte des Klima- und Umweltschutzes in den kommunalen Handlungskonzepten aufgegriffen und als wichtige Elemente einer vorsorgenden städtebaulichen Entwicklung verstanden werden. Mit guten Beispielen aus der kommunalen Praxis werden Anregungen gegeben, wie die Berücksichtigung von ökologischen Faktoren und Synergien (z.B. erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, Reduzierung des Flächenverbrauchs und Ressourcensparen, nachhaltige Mobilität, Naturschutz und Biodiversität) zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels beitragen kann, indem sie die Attraktivität der jeweiligen Kommune oder Region steigert und für die Einwohner lebenswerter macht.

Ein weiterer Schwerpunkt des vorliegenden Praxiskatalogs liegt auf den Kooperationsprozessen, sowohl zwischen verschiedenen Ressorts, zwischen verschiedenen Gebietskörperschaften sowie zwischen bürgerschaftlich organisierten Initiativen und der Verwaltung. Neben den Kooperationsprozessen werden auch die Beteiligungsprozesse in den Praxisbeispielen dargestellt.

Der thematische Fokus der Beispiele richtet sich auf Ansätze zur nachhaltigen Anpassung der Siedlungsstruktur und Infrastrukturen. Dies umfasst integrierte Ansätze, die im Schwerpunkt die Themen Energie, Mobilität, Abwasserentsorgung sowie Innenentwicklung und Rückbau in den Blick nehmen. Bei der Auswahl der positiven Beispiele wurden sowohl innovative als auch bewährte Ansätze zur Abmilderung und Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels berücksichtigt.

Räumlich stehen Regionen, mittlere und kleinere Städte und ländliche Räume im Vordergrund, die von den Schrumpfungsprozessen im besonderen Maße betroffen sind. Es wurden jedoch auch Beispiele von Städten berücksichtigt, die gegenwärtig stagnieren oder wachsen, in der Vergangenheit jedoch von einer rückläufigen Entwicklung ausgegangen sind.

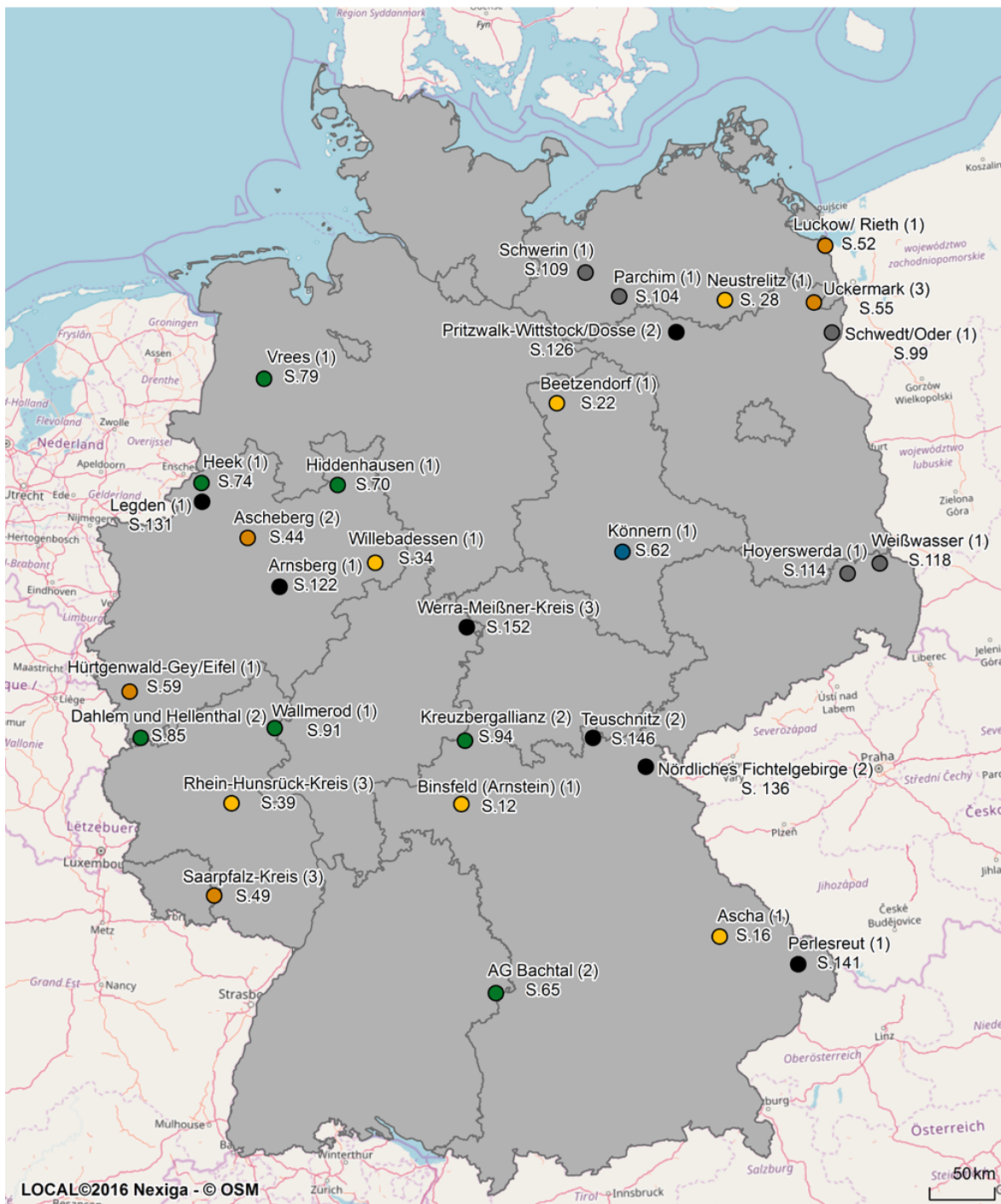
Zur Gestaltung des demografischen Wandels liegen bereits eine große Anzahl von Studien und Fallbeispielen vor, die zum Teil im Rahmen verschiedener Förderprogramme realisiert wurden. Eine schwerpunktorientierte, konsolidierte Auswertung und Zusammenstellung des bestehenden Materials im Rahmen des vorliegenden Praxiskatalogs soll die guten Beispiele und Handlungsansätze für interessierte Kommunen und Regionen besser zugänglich machen, eine rasche Orientierung ermöglichen und Anregungen für die eigene Praxis geben.

Bei der Auswahl der Beispiele sind Erfahrungen und Vorkenntnisse der Auftragnehmer ebenso eingeflossen wie Desktop-Recherchen zu Hinweisen aus Studien, Portalen und Datenbanken. Zur Auswertung der Beispiele erfolgten jeweils telefonische Interviews mit den Ansprechpartnern vor Ort. Die aufbereiteten Steckbriefe wurden im Anschluss mit den jeweiligen Ansprechpartnern rückgekoppelt.

Die Praxisbeispiele wurden so ausgewählt, dass die Ideen und die Vorgehensweise auch auf andere Regionen, Städte und Gemeinden übertragbar sind.

Der Praxiskatalog ist ein Ergebnis des Forschungsprojektes des Umweltforschungsplan (UFOPLAN) „Nachhaltige Anpassung der Siedlungsentwicklung und technischen Infrastrukturen an die Herausforderungen des demografischen Wandels“. Der Abschlussbericht des Forschungsprojektes ist veröffentlicht unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen

2 Übersicht über die Praxisbeispiele



Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt...

- Energie
- Mobilität
- Wasserversorgung/Abwasserentsorgung
- Innenentwicklung
- Rückbau
- mehrere Schwerpunkte

(1) - Kommunale Ansätze

(3) - Regionale Ansätze (Kreis/ Landkreis)

(2) - Interkommunale Ansätze

www.empirica-institut.de

Bild 1: Übersicht Praxisbeispiele, © empirica

3 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Energie

3.1 Binsfeld (Arnstein)

Rahmendaten (Arnstein)

Bundesland	Bayern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	stagnierend
Einwohner (12/2015)	8.161
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	0,9
2011-2013 in %	-0,2
2013-2015 in %	0,7
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	16,7
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	19,7
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	1.791
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-1,0
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	3,0
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	118
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	14,5

Ausgangssituation

Im Ortsteil Binsfeld zeichneten sich bereits Mitte/Ende der 1990er Jahre deutliche Problemfelder ab: Vor allem junge Menschen zogen aus Binsfeld weg und die Einwohnerentwicklung war insgesamt rückläufig. Leerstände und die drohende Verödung des Ortskernes waren die Folge. Eine Untersuchung zeigte: Wenn der Geburtsjahrgang 1960 in das Rentenalter eintritt, wird die Hälfte der Bewohner Binsfeldes über 60 Jahre alt sein. Vor diesem Hintergrund wurden Anpassungsstrategien entwickelt, um der Entwicklung entgegenzusteuern. Binsfeld war zudem das erste Dorf in Unterfranken, welches im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen eine energetische Bestandsaufnahme durchgeführt und einen energetischen Rahmenplan aufgestellt hat. Aus dem ursprünglich vor allem ökologisch geprägten Ansatz hat sich mittlerweile ein soziales Netzwerk in Binsfeld entwickelt.

Prozessablauf/Steuerung

Der Prozess wurde Mitte der 1990er Jahre durch die Lokale Agenda 21-Gruppe angestoßen. Unter dem Slogan „Der Zukunft Heimat geben“ wurden verschiedene Arbeitskreise gegründet, darunter auch der Arbeitskreis Energie. Ziel der Lokalen Agenda war neben der Stärkung des Engagements der Bewohner auch die Senkung des Energieverbrauches in Binsfeld.

Da keine finanziellen Mittel zur Dorferneuerung zur Verfügung standen, bemühte sich Binsfeld im Jahr 1999 erfolgreich um die Aufnahme in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm. Binsfeld war dabei das erste Dorf in Nordbayern, das in die bayerische Städtebauförderung aufgenommen wurde. Mit der Unterstützung und Begleitung eines externen Büros wurde eine energetische Bestandsuntersuchung erarbeitet, in dem die drohenden Leerstände und die demografischen Probleme dargestellt wurden. Hieraus wurde ein energetischer Rahmenplan erarbeitet, mit dem Ziel, innerhalb von 20 Jahren 80 % der Heizungsenergie einzusparen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2003 die „Dorf Service GmbH“ gegründet, an der 12 Binsfelder Familien und die Stadt Arnstein beteiligt sind.

Im Jahr 2007 erfolgte die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“, für das sich Binsfeld unter dem Slogan „Demographischer Wandel als Aufgabe und Chance“ beworben hatte. Während im Bayerischen Städtebauförderungsprogramm eher bauliche Maßnahmen gefördert wurden, konnten in Binsfeld durch das Programm Soziale Stadt auch nicht-investive Maßnahmen gefördert werden, wodurch das Thema Quartiersmanagement mehr in den Fokus rückte.

Die **Finanzierung** der Maßnahmen in Binsfeld erfolgte sowohl mit Mitteln der Städtebauförderung (Bayerisches Städtebauförderprogramm, Soziale Stadt) sowie mit städtischen Eigenmitteln.

Relevante Themenfelder

In den Anfangsjahren der Dorfentwicklung des Altortes Binsfeld stand vor allem die **Anpassung der technischen Infrastruktur**, insbesondere des Energienetzes, im Zentrum des Engagements.

Energie: Bei der Erstellung des energetischen Rahmenplanes wurde festgestellt, dass Heizenergie ein großes Thema mit Optimierungsmöglichkeiten ist, denn die meisten Haushalte heizten mit Strom und Öl. Binsfeld verfolgte die Vision, eigene Energie zu nutzen. Dafür wurde die Das Dorf Service GmbH gegründet, welche die Infrastrukturaufgaben übernahm und organisierte (z.B. Fragen der Finanzierung). Im Jahr 2004 wurde eine Biomasseheizanlage in Betrieb genommen und das Nahwärmenetz ausgebaut. Die erforderlichen Nahwärmeleitungen wurden von den Bürgern selbst verlegt. Im Zuge dieser Arbeiten wurde auch der öffentliche Raum im historischen Ortskern gestalterisch aufgewertet. Bei der Netzberechnung wurden bereits klimarelevante Aspekte (Energieeinsparung) und demografische Entwicklungen (Rückgang der Einwohnerzahlen) berücksichtigt, z.B. dass Häuser nur z.T. bewohnt werden, Ältere nur noch ein Geschoss bewohnen, wer wann heizt usw. Daraus ergab sich ein Bedarf von einer 300kW-Anlage, welche bis heute ausreicht. Nach herkömmlichen Berechnungen anhand der zu versorgenden Wohnfläche, wäre eine 1,2 MW-Anlage nötig gewesen. Durch das Nahwärmenetz werden ca. 50 Häuser und damit rund 80 % des Altortes versorgt. Einige Besitzer schlossen sich aufgrund von verschiedenen Vorbehalten gegenüber dem Vorhaben nicht an, z.T. wurde aber mittlerweile schon ein nachträglicher Anschluss an das Netz beantragt.

Digitalisierung: Der Breitbandausbau wurde bereits Anfang der 2000er Jahre in Binsfeld intensiv diskutiert. Als das investitionsbedürftige Kanalsystem erneuert wurde, wurde geprüft, ob weitere unterirdische Maßnahmen durchgeführt werden. Ziel der Binsfelder war es eigentlich, ein eigenes Netz auszubauen, allerdings war dies aus kartellrechtlichen Gründen nicht möglich. Im Nachhinein betrachtet wäre dies damals eigenen Einschätzungen zufolge auch viel zu teuer gewesen. Die Breitbandversorgung wurde mittlerweile über das gesamte Stadtgebiet ausgebaut.

Derzeit arbeitet man in Binsfeld daran, freies WLAN für den ganzen Ort aufzubauen. Die Digitalisierung unterstützt Angebote der sozialen Infrastruktur, da z.B. für die Vermittlung von Angeboten Soziale Medien genutzt werden.



Bild 2: Bewohner von Binsfeld verlegen die Nahwärmeleitungen, © Franz-Josef Sauer/Das Dorf Service GmbH

Nachdem Binsfeld in das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt aufgenommen wurde, rückten nicht-investive Maßnahmen in den Vordergrund, vor allem zur **Anpassung der sozialen Infrastruktur**.

Das Schlüsselprojekt der Städtebauförderung ist das „Soziale Bürgerhaus“ (Mehrgenerationenhaus) in der historischen Ortsmitte. Trägerverein ist der Johannesverein, der bereits seit langem den Kindergarten in Binsfeld betreibt. Der Trägerverein wurde umfunktioniert, um auch weitere Aufgaben zu übernehmen, z.B. Mittagstisch und haushaltsnahe Dienste. Über das Mehrgenerationenhaus werden vor allem niederschwellige Angebote und soziale Unterstützung vor Ort angeboten.

Als aktuelle Zukunftsaufgaben stehen der Erhalt des Dorfladens sowie die Umfunktionierung eines Sportheims als Zentrum für Kultur, Begegnung und Sport an. Nach der absehbaren Aufgabe des bisherigen Betreibers des Dorfladens werden derzeit Lösungen entwickelt, wie der Dorfladen aufrechterhalten werden kann. Zudem werden Planungen für das Sportheim erarbeitet, um dieses als barrierefreies und multifunktionales Zentrum zu entwickeln, wo z.B. auch ein Jugendtreff integriert und die Dorfkapelle untergebracht werden.

Die künftige **Siedlungsentwicklung** soll vor allem durch ein aktives Leerstands- und Wiedervermietungsmanagement angegangen werden. Erschwert werden Folgenutzungen durch die sehr kleinteilige Parzellierung, die auf die in Unterfranken übliche Realerbteilung zurückgeht. Die Maßnahmen in das Energienetz tragen dabei zur erfolgreichen Vermarktung von Häusern und Grundstücken bei. Zuziehende Familien bewerten den Anschluss an das Nahwärmenetz positiv. Mit der Steigerung der Attraktivität wird Binsfeld durch die Lage zwischen Würzburg und Schweinfurt auch für Pendler attraktiv.



Bild 3: Neubau im Binsfelder Ortskern, © Franz-Josef Sauer/Das Dorf Service GmbH

Fazit

Binsfeld stellt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels und berücksichtigt dabei auch insbesondere städtebauliche Mängel und die energetische Entwicklung. Binsfeld verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung von städtebaulichen, verkehrsstrukturellen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Problemen. Ziel ist es, dadurch das Dorf attraktiv und lebenswert zu gestalten und somit auch zukünftige Generationen im Ort zu halten. Durch die Attraktivitätssteigerung wird ein **Beitrag zur Abmilderung des Demografischen Wandels** geleistet. Die Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur in Binsfeld stellt wichtige Weichen, um sich an den demografischen Wandel anzupassen aber auch, um zukünftig wieder attraktiv für Einwohner und Zuziehende zu sein. Dabei ergeben sich durch den Ausbau des autarken Energienetzes auch **Synergien zum Umweltschutz** und zur Ressourceneinsparung durch die Steigerung der Energieeffizienz.

Binsfeld sticht besonders durch das bürgerschaftliche Engagement hervor: So wurden z.B. in Eigenleistung die notwendigen Leitungen für den Ausbau des Nahwärmenetzes verlegt. Durch das Engagement von Einzelpersonen wurden breite Teile der Ortsbewohnerschaft aktiviert und motiviert, sich für die zukünftige Entwicklung von Binsfeld einzusetzen und diese mitzugestalten. Dieses Engagement wird durch die Städtebauförderung unterstützt, welche den Rahmen für die weitere Entwicklung von Projekten und Strukturen sowie die Finanzierung von Projekten liefert.

Kontakt:

Franz-Josef Sauer
Zweiter Bürgermeister, Stadtrat Gemeinde Arnstein
Tel.: 0174/1590961
E-Mail: Franz-Josef.Sauer@Binsfeld-ufr.de

Weiterführende Informationen:

Das Dorf Service GmbH (2003): Internetauftritt Das Dorf Service GmbH. <http://www.das-dorf.binsfeld-ufr.de/index.html>

Wegner Stadtplanung (2009): Integriertes Handlungskonzept Binsfeld. Stadt Arnstein. <http://arnstein.de/leben-wohnen/staedtebaufoerderung-binsfeld/integriertes-handlungskonzept/>

3.2 Ascha

Rahmendaten

Bundesland	Bayern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	leicht wachsende Landgemeinde, deutschlandweit überdurchschnittlich hoher Anteil minderjähriger Einwohner
Einwohner (12/2015)	1.597
Einwohnerentwicklung	
1985-2005 in %	35,0
2011-2013 in %	1,34
2013-2015 in %	0,88
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	20,3
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	14,8
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	196
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	14,3
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	9,2
Pendlersaldo	negativ

Ausgangssituation

In der Zeit von 1990 bis heute reduzierte sich in der Gemeinde Ascha (Bayern, Landkreis Straubing-Bogen) die Zahl der Agrarbetriebe um mehr als 80 % (von 88 Betrieben auf 14 Betriebe). Dieser Strukturwandel führte in Ascha zu einigen auffälligen Gebäuden und ungestalteten Freiflächen. Zudem änderte sich die Bevölkerungsstruktur von einer vorher sehr bäuerlich geprägten Kultur hin zu einem Wohnstandort mit veränderten Wohnansprüchen.

Prozessablauf/Steuerung

Anfang der 1990er Jahre sollte in Ascha eine Mülldeponie gebaut werden, die durch das Engagement der Bürger verhindert werden konnte. Diese Erfahrung, gemeinsam etwas erreichen zu können, war ein Schlüsselerlebnis für die Gemeinde und Auslöser dafür, das Dorf nachhaltig zu gestalten. Unter dem Leitbild "Wege von der Vergangenheit in die Zukunft" hat sich Ascha eine nachhaltige Gemeindeentwicklung mit vernetzten und ganzheitlichen Handlungsansätzen zum Ziel gesetzt und seit 1998 den Agenda 21-Prozess eingeleitet. Dabei legt die Gemeinde großen Wert auf die Umsetzung des Konzeptes zur autarken Energieerzeugung. Der Bau des mit Hackschnitzeln betriebenen Biomasseheizkraftwerks im Jahr 1995 war der Startschuss für die Entwicklung zum „energieautarken Dorf“.

Durch die Verbindung der Dorferneuerungsverfahren mit dem lokalen Agenda 21-Prozess wurde als Organisationsstruktur das „Zukunftsforum Ascha“ (ZFA) mit drei Arbeitskreisen und einer Steuerungsgruppe gegründet.

Hierbei decken die Arbeitskreise im Zukunftsforum Ascha alle Themenfelder der Dorfentwicklung ab. Die in den Arbeitskreisen entstehenden Ideen wurden dann im Steuerungsteam (rund 10 Personen) diskutiert, aufbereitet und gegebenenfalls in einen Zeitplan übersetzt. Die so schon sehr gut vorbereiteten Konzepte/Projekte wurden erst dann dem Gemeinderat bzw. parallel der Teilnehmergemeinschaft Dorferneuerung vorgestellt. Zentrale Erfolgsfaktoren für den Prozessablauf in Ascha waren darüber hinaus:

- ▶ Querschnittsorientierte und umfassende Herangehensweisen, Verzahnung von verschiedenen Projekten.
- ▶ Starke Einbeziehung und Mitwirkung der Bürger in allen Phasen der Dorfentwicklung, Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Dorfbewohner, Förderung der Verantwortungsgemeinschaft durch konsequente Bürgerbeteiligung und eine lebendige Öffentlichkeitsarbeit.
- ▶ Gründung der „Dorfwerkstatt“ als Besprechungs- und Arbeitsraum für die Arbeitskreise, Qualifizierung und Weiterbildung der Akteure, u.a. Moderatorenschulungen der Vorsitzenden der Arbeitskreise.
- ▶ Konsequentes Projekt- und Qualitätsmanagement: Der Stand der Umsetzung der Projekte wird im Abstand von mehreren Jahren von den Arbeitskreisen und Steuerungsrunden überprüft und es werden neue Ziele gesetzt.
- ▶ Selbstverpflichtung der Gemeinde zur nachhaltigen Entwicklung, Motivation und Belohnung durch Teilnahme an Wettbewerben (Solarbundesliga, European Energy Award, Klimaschutzkommune etc.).
- ▶ Kontinuität, Überzeugungskraft und Koordinationsgeschick der Schlüsselpersonen (Bürgermeister, Planungsbüro).

Die **Finanzierung** der Dorfentwicklung in Ascha erfolgte teilweise durch das Bayerische Dorfentwicklungsprogramm. Im Mai 1989 startete das Flurbereinigungs- und Dorferneuerungsverfahren, im April 1998 wurde die „Dorferneuerung Ascha“ als eigenständiges Verfahren ausgegliedert. Als zentrale siedlungsstrukturelle Veränderung sind durch das Förderprogramm eine Umgehungsstraße, Hochwasserentlastungsmaßnahmen und die Auslagerung des Sägewerkes aus dem Dorfkern realisiert worden. Ferner konnte eine planerische Gesamtanalyse der Gemeinde vorgenommen werden, die ohne ein solches Programm kaum umsetzbar gewesen wäre.

Relevante Themenfelder

Ascha ist ein sogenanntes Bioenergiedorf mit 570 Haushalten. Das Thema Klimaschutz wird als Querschnittsthema begriffen und ist dementsprechend in den Bereichen Siedlungsentwicklung, Bildungsarbeit und Landnutzung verankert. Die Gemeinde erzeugt 250 % ihres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien, davon stammen 174 % aus Biomasse. Die Wärmeversorgung basiert ebenfalls überwiegend auf regenerativen Energien, vor allem aus Biomasse sowie der Solarthermie.

Mit der Zielsetzung des Agenda 21-Programms, eine autarke Energieversorgung in der Gemeinde Ascha erreichen zu wollen, wurden folgende wesentliche Anpassungen der technischen Infrastruktur bezüglich des **Themenfelds Energie** durchgeführt:

- ▶ **Biomasse-Anlagen:** Im Jahr 1994 wurde ein mit Holz betriebenes Biomasseheizwerk (1,5 MWth) errichtet. Das Heizkraftwerk ist 2011 mittels eines neuen 650-kw-Hackschnitzelkessels sowie eines Holzpellet-Vergasers (BHKW: 180 kWel/240 kWth) modernisiert worden. Zudem werden zwei Biogas-Anlagen betrieben: Zum einen von einer Saatzuchtfirma mit Reststoffen und Mais (250 kWel) und zum anderen von einem Landwirt mit nachwachsenden Rohstoffen (350 kWel).
- ▶ **Nahwärmenetz:** Die Nahwärme Ascha GmbH (Zusammenschluss von sechs Landwirten und der Gemeinde) betreibt auf Hackschnitzelbasis die Nahwärmeversorgung der Gemeinde. Die rund 4,5 km Nahwärmeleitungen stehen in den meisten Wohnbauflächen zur Verfügung. Es sind ca. 100 Privatgebäude, das Gewerbegebiet, Schule, Kirche, Kindergarten, Bürgerhaus und das Schützenheim angeschlossen. Die Nahwärmeversorgung wurde vom bayerischen Landwirtschaftsministerium mit 950.000 Euro bezuschusst.
- ▶ **Solaranlagen:** Die Förderung von Solaranlagen im Ort ging von der Gemeinde aus, indem sie eigene Photovoltaikanlagen auf dem Rathaus und auf der Schule errichtete. Um auch Bürgern den Betrieb von Photovoltaik-Anlagen zu ermöglichen, stellte die Gemeinde im Projekt "*Bürgersolkraftwerk Mehrzweckhalle*" im Jahr 2004 kostenlos die Dachfläche der Mehrzweckhalle zur Verfügung. Unterstützt durch Öffentlichkeitsarbeit und finanzielle Anreize der Gemeinde - wurden auch viele Anlagen auf den Dächern von Privathäusern realisiert. Im Jahr 2000 wurde von 20 Haushalten eine Solargemeinschaft gegründet, um durch gezielte Sammelbestellungen die Wirtschaftlichkeit der Anlagen zu erhöhen. Ferner wurde hierdurch eine ortsansässige Heizungsbaufirma unterstützt, die ihrerseits günstigere Konditionen anbieten konnte. Insgesamt wurden in Ascha PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1.060 kWp installiert (privat: 1.027 kWp / Gemeinde: 33 kWp).
- ▶ **Freiland-Photovoltaikanlage:** Im Ortsteil Au wurde von einem privaten Investor auf einer Fläche von 2,5 ha eine Photovoltaik-Freilandanlage mit einer installierten Leistungskapazität von 875,7 kWp errichtet. Durch die Erstellung eines Bebauungsplans sowie der Änderung des gemeindlichen Flächennutzungsplanes DB Nr. 05 mit integriertem Landschaftsplan unterstützt Ascha den Bau dieser Freiflächen-PV-Anlage.
- ▶ **Energieeinsparung:** Ausgelöst durch den European Energy Award initiierte die Gemeinde einen Stromsparwettbewerb für die Bürger, um Energieeinsparpotentiale im privaten Bereich zu ermitteln. So sollte jedem Teilnehmer verdeutlicht werden, wie hoch der Stromverbrauch einzelner Geräte tatsächlich ist. Jeder Teilnehmer erhielt als Dank eine Energiesparleuchte. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in Form von Stromspartipps für alle Bürger veröffentlicht.

Als Energie-Einsparmaßnahme hat die Gemeinde die Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten, teilweise solarbetrieben, umgerüstet. Auch in den öffentlichen Gebäuden wurde auf LED-Beleuchtung umgestellt. Ferner unterstützt die Gemeinde durch Zuschüsse den Austausch veralteter Heizungen (u.a. Umwälzpumpen) bzw. Ölheizungen, die Ausbildung von Energiescouts und den Kauf von Elektrorollern.



Bild 4: Biogasanlage, © Gemeinde Ascha, W. Zirngibl

Auch im Rahmen der **Siedlungsentwicklung** spielt Energie als Querschnittsthema in Ascha eine entscheidende Rolle.

- ▶ **Sanierung/Neubau öffentlicher Einrichtungen:** In Ascha wurde eine neue Schule mit viel Eigenleistung im Niedrigenergiehaus-Standard und unter besonderer Berücksichtigung umweltverträglicher Baustoffe errichtet. Im Rahmen der Freiflächengestaltung ist ein Schulgarten, ein Teich und ein Amphitheater, das den Unterricht im Freien ermöglicht, angelegt worden. Das alte Schulgebäude wurde nach den Grundsätzen des ortsbildprägenden Gebäudes, der Verwendung baubiologischer Materialien, der energetischen Sanierung und durch einen Anschluss an das Nahwärmenetz saniert und zu einem modernen Bürgerhaus umgebaut. Die Gemeinde konnte mit dieser Sanierung den Bürgern aufzeigen, dass durch geeignete Maßnahmen die Wärmeverluste deutlich reduziert und damit die Kosten für Wärmeenergie erheblich gesenkt werden können.
- ▶ **Entwicklung Wohngebiete (Öko-Bonussystem):** Bei der Ausweisung neuer Baugebiete legt die Gemeinde Ascha großen Wert auf die Thematik Energie, standortgerechte Bebauung, Nachhaltigkeit und ökologische Verträglichkeit.



Bild 5: Photovoltaik-Anlage, © Gemeinde Ascha, W. Zirngibl

Im Rahmen der Ausweisung des „Wohngebietes Deglholz“ entwickelte die Gemeinde ein Öko-Bonus-system. Dieses System basiert auf der Förderung des nachhaltigen Bauens. Für das Baugebiet wurde der Anschluss an das Nahwärmenetz vorgesehen und für zusätzliche Maßnahmen ein Öko-Bonussystem angeboten. Folgende zusätzliche Maßnahmen wurden hierbei von der Gemeinde mit einer Fördersumme von bis zu 5.000 Euro bezuschusst:

- ▶ passive Solarnutzung (10 % der Fördersumme)
- ▶ Regenwassernutzung (15 % der Fördersumme)
- ▶ Sonnenkollektoren (10 % der Fördersumme)
- ▶ Nahwärmeanschluss (10 % der Fördersumme)
- ▶ Niedrigenergiehaus/Wärmeschutzfenster (25 % der Fördersumme)
- ▶ naturnaher Garten (5 % der Fördersumme)
- ▶ geringe Bodenversiegelung (10 % der Fördersumme)
- ▶ Wärmerückgewinnung (5 % der Fördersumme)
- ▶ Wärmepumpe (10 % der Fördersumme)

Darüber hinaus soll das Wohngebiet "Straßenäcker II" als modellhafte Energiesiedlung entwickelt werden. Von der Gemeinde vorgegeben ist der Anschluss an die zentrale Nahwärmeversorgung sowie als Mindeststandard das "Energie-Effizienzhaus 85". Alle anderen Maßnahmen sollen durch Information und finanzielle Anreize gefördert werden. Eine Fördervoraussetzung ist die Realisierung der jeweiligen Maßnahmen innerhalb einer bestimmten Frist. Für einige weitere zusätzliche Maßnahmen wird ein Bonus gewährt.

- ▶ **Entwicklung Ortsmitte (Innenverdichtung der Ortslage):** Mit dem Bebauungsplan „Ortsmitte Ascha“ versucht die Gemeinde, ländliches Bauen und zukunftsweisende Nutzungen zu verbinden. Durch die Verdichtung der Ortsmitte soll diese gestärkt und belebt werden. Vorgeesehen sind die Errichtung eines Bürogebäudes, eines Sechsfamilienhauses für den sozialen Wohnungsbau und drei Sechsfamilienhäuser. Um das durch die ursprünglich landwirtschaftlich genutzten Gebäude geprägte Ortsbild zu bewahren, sollen die neuen Baukörper ebenfalls in einer dreigeschossigen Bauweise errichtet werden. Durch diese Struktur und ein verschaltes Obergeschoss erinnern sie an die Waldlerhäuser der Region.

Als weitere Maßnahmen/Initiativen zur Infrastruktur sind zu nennen:

- ▶ **Breitbandnetzausbau:** Die Breitbandübergabe in Ascha erfolgte am 16.09.2016. Die neuen schnellen Internet-Anschlüsse sind in der Verwaltungsgemeinschaft Mitterfels installiert, wovon 2.550 Haushalte profitieren.
- ▶ **Wasserversorgung:** Durch eine gemeindeeigene Trinkwassergewinnungsanlage wird die Wasserversorgung in der Gemeinde Ascha sichergestellt.
- ▶ **Abwasserentsorgung:** Zur Entsorgung des Abwassers hat Ascha seine eigene Kläranlage errichtet und erweitert. Dies garantiert den Bürgern von Ascha günstige Entsorgungskosten.
- ▶ **Aktions- und Erzeugergemeinschaft ASCHA AKTIV e.V.:** Der Verein ASCHA AKTIV e.V. ist eine Aktions- und Erzeugergemeinschaft mit dem Ziel, die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung im Gemeindegebiet von Ascha zu unterstützen. Ein wesentliches Ziel des Vereins ist der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen für landwirtschaftliche Produkte. So sind in einem Bauernladen alle Produkte der regionalen Direktvermarkter erhältlich.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Die Gemeinde Ascha zeichnet sich durch eine lebendige Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einbeziehung bzw. Mitwirkung der Bürger in allen Phasen der Dorfentwicklung aus. Informationsveranstaltungen, die von der Gemeinde initiierten Projekte wie z.B. „Hallo Nachbar“, „Ein Dorf spart Energie“, „KEIN – Kita und Energiewende“ (ein Tag ganz ohne Energieverbrauch im Kindergarten in Ascha) sowie die Unterstützung von Solargemeinschaften befördern nicht nur den Zusammenhalt in der Gemeinde, sondern auch das Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit. Hierzu trägt auch die wiederholte erfolgreiche Beteiligung an Wettbewerben bei.

Neue Herausforderungen

Neben der Kombination aus Umwelt- und Klimaschutz in der Siedlungsentwicklung werden in Ascha fortlaufend auch neue Konzepte aufgestellt, um die Attraktivität des Dorfs zu steigern. In diesem Sinne wurde in Ascha vor kurzem beschlossen, einen Kinderbonus in Form einer einmaligen Zahlung von 2.500 Euro für jedes Kind unter zehn Jahren einzuführen. Zur nachhaltigen Entwicklung des Dorfes Ascha gehört jedoch auch, dass keine stark ansteigenden Einwohnerzahlen angestrebt werden.

Eine wesentlich neue Herausforderung besteht darin, für den nördlichen Landkreis Straubing ein übergreifendes „Integriertes ländliches Entwicklungskonzept“ (ILEK) zu erstellen und die in Ascha gewonnenen Erfahrungen nunmehr auf Kreisebene zu erweitern.

Fazit

Eine nachhaltige und zukunftsfähige Dorfentwicklung bildet in Ascha die Grundlage für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und leistet somit einen Beitrag zur **Bewältigung des demografischen Wandels**. Nach Auskunft des Bürgermeisters von Ascha ist das im Dorf umgesetzte Energiekonzept hilfreich hinsichtlich der Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur (ohne dies in genauen Zahlen benennen zu können). Die unter der Thematik „Energie“ entwickelten Wohngebiete (Deglholz, Straßenacker II) wurden sehr gut angenommen, so dass keine Leerstände vorliegen. Wichtig hierbei sei, die Vorteile zu verdeutlichen (Stichwort: „Energierente“), da eine nachhaltige Energieversorgung zur Reduktion der Energiekosten führt. Ascha setzt erfolgreich auf eine Kombination aus nachhaltiger Energieversorgung, Nahversorgung und sozialer Infrastruktur, um sich im Rahmen des demografischen Wandels als Wohnstandort zu profilieren, und entwickelt diesbezüglich seine Konzepte kontinuierlich fort.

Als primäre Erfolgsfaktoren sind zum einen die kontinuierliche und querschnittsorientierte Herangehensweise und zum anderen das Engagement der beteiligten Akteure zu nennen. Einen wesentlichen Beitrag leistet dabei die Verzahnung von Dorferneuerung und Agenda 21-Prozess, der durch die Organisationsstruktur „Zukunftsforum Ascha“ (ZFA) gesteuert wurde und bis heute aktiv ist.

Kontakt:

Wolfgang Zirngibl
Erster Bürgermeister Gemeinde Ascha
Tel.: 09961/701388
E-Mail: wolfgang.1bm@t-online.de

Weiterführende Informationen

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (o.J.): Energie-Atlas Bayern. Praxisbeispiele. <https://www.energieatlas.bayern.de/energieatlas/praxisbeispiele.html>
Gemeinde Ascha (o.J.): Ascha – Leben wo andere Urlaub machen. <http://www.ascha.de/>

3.3 Beetzendorf

Rahmendaten

Bundesland	Sachsen-Anhalt
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfende/alternde Landgemeinde
Einwohner (12/2015)	3.236
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-0,21
2013-2015 in %	-0,95
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	14,6
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	22,7
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	253
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	14,0
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-4,9
Pendlersaldo	negativ

Ausgangssituation

Die Gemeinde Beetzendorf liegt im Nordwesten der Altmark in Sachsen-Anhalt nahe der Niedersächsischen Grenze. Sie ist von einem leichten Bevölkerungsrückgang und Überalterung betroffen. Insgesamt leben derzeit etwa 3.200 Menschen in Beetzendorf. Sowie die nordwestliche Altmark insgesamt ist die Landgemeinde Beetzendorf Pendlerregion für Arbeitsorte im nahegelegenen Niedersachsen.

Zu Beetzendorf gehört das Ökodorf "Sieben Linden", eine sozial-ökologische Modellsiedlung. Das Ökodorf Sieben Linden wurde im Jahr 1997 gegründet. Ziel der etwa 100 Erwachsenen und ca. 40 Kinder der Dorfgemeinschaft ist die Verwirklichung eines gemeinschaftlichen, möglichst nachhaltigen Lebensstils in Verbindung mit der Verringerung des ökologischen Fußabdrucks.

Prozessablauf/Steuerung

Die Verwaltung des Ökodorfs obliegt sieben Räten, die jeweils einmal jährlich gewählt werden und in ihren jeweiligen Bereichen Entscheidungen treffen dürfen: Siedlungsgenossenschaftsrat, Wohnungsgenossenschaftsrat, Sozialrat, Baurat, Freundeskreisrat (Bildungs-/Öffentlichkeitsarbeit und Gästebetrieb), Naturwarenrat sowie der Ankommensrat. Darüber hinaus treffen sich die Dorfbewohner einmal monatlich zu Vollversammlungen, in denen übergeordnete Entscheidungen getroffen werden.

Zur **Finanzierung** des Dorfes wurde ein Modell der sozialen Ökonomie entwickelt, das an das gemeinschaftliche Leben angepasst ist. Hierzu wurden zwei Genossenschaften gegründet, in die alle Dorfbewohner mindestens einen Pflichtteil investieren. Zum einen gibt es die Siedlungsgenossenschaft Ökodorf e.G., über die Landbesitz und Infrastruktur finanziert und organisiert werden und zum anderen die Wohnungsgenossenschaft Sieben Linden e.G., die den rechtlichen und finanziellen Rahmen für Bauvorhaben bietet.

Für die eigene Lebensfinanzierung ist jede Person selbst verantwortlich. Viele arbeiten innerhalb des Dorfes, wie z.B. im Gartenbau, als Handwerker oder im dorfeigenen Kindergarten, und werden für diese Tätigkeiten entsprechend entlohnt. Einige gehen außerhalb des Dorfes einer Erwerbstätigkeit nach. Insgesamt wird versucht, möglichst vielen Bewohnern eine Einkommensquelle innerhalb des Dorfes zu ermöglichen. Zur Deckung des täglichen Bedarfs (Nahrung, Waschmittel etc.) existiert eine gemeinsame Haushaltskasse (Abo-Kiste), in die alle einzahlen, so dass diese Güter nach Bedarf entnommen werden. Die Kosten für die Lebensmittel der Kinder werden von der gesamten Dorfgemeinschaft getragen.

Der gemeinnützige Verein „Freundeskreis Ökodorf e.V.“ organisiert u.a. den Seminarbetrieb und Bildungsveranstaltungen für eine nachhaltige Entwicklung in Sieben Linden, Kulturveranstaltungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Zudem engagiert er sich für eine behindertengerechte Infrastruktur und nimmt Spenden für größere Projekte entgegen, wie z.B. den Bau eines neuen Seminarzentrums in Strohbauweise.



Bild 6: Das Ökodorf „Sieben Linden“, © Michael Würfel

Relevante Themenfelder

Das Ökodorf Sieben Linden als sozial-ökologische Modellsiedlung basiert auf der Grundlage der Entwicklung bewusst gewählter nachhaltiger Lebensstile in den Themenbereichen Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kultur/Weltsicht. Dies beinhaltet das Ziel, Energie- und Stoffkreisläufe im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen. Ferner steht das sozial-wirtschaftliche Handeln im Vordergrund, das dem gemeinschaftlichen Leben anzupassen ist. Entsprechend dieser Vorgaben wurde die technische und soziale Infrastruktur des Ökodorfs durch folgende Maßnahmen in den vergangenen 20 Jahren entwickelt.

- **Wohnungsbau:** Bis auf zwei historische Kerngebäude, die heutigen Gemeinschaftsräumlichkeiten (auch Gäste- und Seminarbetrieb sowie verschiedene Büros und Läden), ist Sieben Linden komplett neu entstanden. Es wurden insgesamt 13 Öko- und Niedrigenergiehäuser aus den Baustoffen Holz, Stroh bzw. Strohbällen, Lehm, Hanf und recycelten Zellulose-Dämmflo-cken neu erbaut (Stand 2017).
- **Energie:** Das Ökodorf Sieben Linden produziert mit einer dorfeigenen Photovoltaikanlage (etwa 3 m² Photovoltaikanlage pro Bewohner) etwa 65 % des jährlichen Stromverbrauchs eigenständig. Dieser Strom wird direkt im Dorf verbraucht, bei Überschüssen werden diese ins öffentliche Netz eingespeist. Nachts oder bei nicht ausreichender Sonneneinstrahlung wird Strom aus dem öffentlichen Netz genutzt. Gleichzeitig wird durch Methoden wie z.B. den Verzicht auf Elektroherde und -heizer der Stromverbrauch pro Bewohner möglichst gering gehalten.

Zudem wurde durch das Ökodorf die Gründung einer Energiewendegruppe in Beetzendorf initiiert. Sie wendet das "Transition Town"-Modell¹ an, um eine nachhaltige Energiewende vor Ort umzusetzen. Hieraus ist die BürgerEnergieAltmark e.G. hervorgegangen, in der Bürger der Region an der Errichtung und dem Betrieb einer Photovoltaikanlage beteiligt sind. Die 750 Kilowatt peak Photovoltaikanlage der Genossenschaft wurde im Jahr 2012 ans Netz angeschlossen.

Die Wärmeversorgung der Häuser in Sieben Linden erfolgt über Stückholzvergaseröfen und -kessel kombiniert mit Heizwasserspeichern und Sonnenkollektoren. Auf jeden Dorfbewohner entfallen dabei durchschnittlich zwei m² der Sonnenkollektor-Fläche zur Heizung und Warmwassergewinnung. Um den Energiebedarf gering zu halten, wird die beheizbare Wohnfläche auf etwa 33 m² pro Person begrenzt, eine gute Dämmung in die Häuser eingebaut, nach Süden ausgerichtete große Fenster eingesetzt und Sonnenkollektoren sowie Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung verwendet. Als Brennholz dient großteils Nadelholz aus dem dorfeigenen Wald.

- **Wasser/Abwasser:** Anfangs erfolgte die Wasserversorgung von Sieben Linden über einen eigenen, 45 m tiefen Brunnen sowie über aufgestellte Regentonnen. Obgleich die Bewohner hinsichtlich ihrer Wasserversorgung autark bleiben wollten, wurde das Ökodorf an das Versorgungsnetz des Wasserverbands Klötze zwangsangeschlossen. Das Brunnenwasser sowie das Wasser aus den Regentonnen werden weiterhin vornehmlich für die Bewässerung des eigenen Gartens verwendet. Das Regenwasser, das von den Hausdächern abläuft, wird in einen Feuerlösch- bzw. Badeteich umgeleitet. Die Nutzung von Trenn-/Komposttoiletten trägt maßgeblich dazu bei, dass der Wasserbedarf pro Person deutlich unter den bundesdeutschen Durchschnitt gesenkt wird.

Das Abwasser aus den Haushalten gelangt in eine Pflanzenkläranlage. Diese besteht aus einem Rottebehälter und einem nachgeschalteten Pflanzenbeet (bewachsener Bodenfilter). In ersterem werden die Feststoffe im Grauwasser zurückgehalten und teilweise aerob kompostiert. In zweitem werden gelöste Kohlenwasserstoffe sowohl aerob als auch anaerob abgebaut. Die Belüftung erfolgt über ein Schilfrohr bis in einen Meter Tiefe. Das so entstandene geklärte Brauchwasser wird teilweise zur Bewässerung und Düngung im Garten verwendet (aufgrund der hohen Belastung mit Kolibakterien darf das Wasser im Gemüsegarten nur zur Wurzelraumbewässerung genutzt werden), das überschüssige Wasser versickert im Wald.

¹ Die Transition Town-Bewegung existiert seit dem Jahr 2007. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ressourcenknappheit, Wirtschaftskrisen und Klimawandel vernetzen sich im Rahmen dieser Initiative weltweit Gemeinden, um verschiedene Nachhaltigkeits- und Umweltprojekte zu initiieren.

- ▶ **Komposttoiletten:** Durch den Einsatz von Trenn- bzw. Komposttoiletten wird zum einen das Abwasser deutlich weniger verschmutzt, und zum anderen können vor allem die kompostierten Fäkalien zur Düngung von Hecken und Baumpflanzungen genutzt werden.
- ▶ **Breitband-Internet:** Die Gemeinde Beetzendorf ist Mitglied des Zweckverbands Breitband Altmark e.V., der zum Ziel hat, insbesondere unterversorgte, dezentral gelegene Orte der Altmark durch die Installation von Glasfaserkabeln mit Breitband-Internet zu versorgen. Derzeit verfügt Sieben Linden über Richtfunk-Internet, das bei schlechten Wetterlagen zusammenbricht. Telearbeit ist daher zwar möglich, gelegentlich jedoch eingeschränkt.
- ▶ **Verkehr:** Das Ökodorf Sieben Linden und Beetzendorf sind sowohl mit dem Auto als auch mit öffentlichem Personennahverkehr gut zu erreichen. Das Ökodorf bietet zur Anreise von Besuchern seiner Veranstaltungen eine Mitfahrbörse an.

Die Dorfgemeinschaft Sieben Linden teilt sich mittels „Car Sharing“ zehn PKW und eine Pritsche, des Weiteren können auch E-Bikes ausgeliehen werden. Grundsätzlich hat für die Dorfbewohner die Nutzung des ÖPNV Vorrang vor individuellen Fahrten mit dem PKW. Die Wege innerhalb des Dorfes sind, bis auf Ausnahmen wie z.B. die Anlieferung von Waren, autofrei. Darüber hinaus wird angestrebt, durch die Möglichkeit der Erwerbsarbeit sowie die kulturellen Angebote im Dorf den Pendlerverkehr gering zu halten.

- ▶ **Soziale Infrastruktur:** Auf dem Dorfgelände von Sieben Linden wurde durch die Angliederung an die Freie Schule Altmark e.V. unter freier Trägerschaft ein *Waldkindergarten* installiert. Dieser wird sowohl von den Kindern des Ökodorfs als auch von Kindern aus der umgebenden Region besucht. Die schulpflichtigen Kinder in Sieben Linden besuchen verschiedene Grund- und weiterführende Schulen in Beetzendorf und Umgebung.

Es leben auch viele ältere Menschen im Ökodorf. Diese sind in den Alltag sowie die Aufgaben und Tätigkeiten entsprechend ihrer Fähigkeiten eingebunden und tauschen sich in einem regelmäßigen „*Ältestentreff*“ aus. Sollte Pflege notwendig sein, leisten dies entweder ehrenamtlich tätige oder entgeltlich beschäftigte Dorfbewohner, oder aber ein in Beetzendorf ansässiger Pflegedienst. Darüber hinaus leben zwei Ärzte im Dorf, die zwar außerhalb ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen, bei Bedarf jedoch auch Dorfbewohner behandeln. Es wird darauf hingearbeitet, möglichst weite Bereiche des Dorfgebietes barrierefrei zu gestalten.

Zentraler Punkt für das Leben im Ökodorf ist das gemeinschaftliche Miteinander. Hierbei hat das *Gemeinschaftsgebäude* eine wichtige Bedeutung, in dem z.B. gemeinsame Mahlzeiten eingenommen, Feste gefeiert werden und Begegnung stattfindet. Zur Förderung des gemeinschaftlichen Miteinanders werden verschiedene kulturelle Angebote und Initiativen (Chormusik, Tanz, Theater, Kunsthandwerk, Malerei u.v.m.) angeboten. Diese richten sich an die Dorfbewohner, an die Menschen aus der Region sowie an Übernachtungsgäste. Eine einheitliche Weltsicht existiert im Ökodorf nicht.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Das Dorf bietet auch Personen von außerhalb Möglichkeiten, das Dorf kennen zu lernen und an Angeboten teilzunehmen. So gibt es z.B. Gruppenführungen, ein offenes Sonntagscafé, Urlaubsangebote, Freiwilligendienste oder Kennenlernseminare.

Das Ökodorf war bereits an Forschungsprojekten zu den Themen Klimaschutz, nachhaltige Ernährung, Wissenschaft und Verantwortung, Erneuerbare Energien sowie nachhaltiges Bauen beteiligt bzw. Gegenstand der Forschung. Um diese Forschung weiter zu betreiben und die wissenschaftliche Vernetzung z.B. durch ein „Residency Programm“ zu fördern ist geplant, das „people2people research Institute“ zu gründen.

Für sein Engagement wurde das Ökodorf Sieben Linden mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, u.a. mit dem Demografiepreis des Landes Sachsen-Anhalt in der Kategorie „Bewegen“ (2015) oder als „Projekt Nachhaltigkeit“ vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (2017).

Auswirkungen auf die umgebende Bevölkerung

Die Menschen im Ökodorf haben sich bewusst für alternative Lebenswege entschieden, die sich von denen des Großteils der Bevölkerung unterscheiden. Grundsätzlich ist die Akzeptanz dieser besonderen Lebensweise bei den Menschen in der Umgebung hoch. So werden z.B. im Ökodorf erzeugte, hochwertige Produkte gekauft, oder der Waldkindergarten von einigen Kindern aus der Umgebung besucht. Die Menschen des Ökodorfs präsentieren sich als Gemeinschaft, sind jedoch offen für den Kontakt und den Austausch und darüber hinaus mit je einer Person im Kreistag sowie im Gemeinderat vertreten. Reibungspunkte entstehen allenfalls durch unterschiedliche Ansichten in Bezug auf die landwirtschaftliche Praxis (Pflanzenschutzmittel-, Düngemiteleininsatz etc.) oder die Pflege des Straßenbegleitgrüns. So werden z.B. die Landwirte, die die Felder um das Ökodorf herum bewirtschaften, gebeten, bei entsprechender Windrichtung keine Pflanzenschutzmittel auszubringen. Aus ökologischer Sicht setzen die Menschen in Sieben Linden damit positive Impulse, es ist jedoch bisher noch nicht festzustellen, dass diese auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtete Sichtweise die der umgebenden Bevölkerung beeinflusst (mündl. Mitt. Herr Köppe).

Übertragbarkeit (Konzepte und Prozesse)

Das Konzept des Ökodorfs Sieben Linden wird bereits in vielen weiteren Dorfgemeinschaften gelebt. Eine Vernetzung mit diesen anderen Ökodörfern findet über das Netzwerk „Global Ecovillage Network“ statt. Gemeinsam mit vier weiteren Ökodörfern dieses Netzwerks nimmt Sieben Linden an dem durch den Bund geförderten Projekt „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“ teil. Hierbei geht es darum, wie die Erfahrungen und Lösungen, die die Ökodörfer mit ihrer Art und Weise des gemeinschaftlichen, nachhaltigen Lebens gemacht haben, auf Partnergemeinden in der Umgebung übertragen werden können. Dieses Modellprojekt begann im Jahr 2017.

Das Modell des Ökodorfs bedarf für seine Umsetzung außergewöhnlich engagierter, an alternativen Lebensentwürfen interessierter Bürger. Dies ist sicherlich nicht in dieser Art und Weise in allen gewachsenen Gemeinden umzusetzen. Verschiedene Teilaspekte können jedoch auch einzeln oder in Kombination von vielen anderen Gemeinden übernommen werden, wie z.B.:

- ▶ Car Sharing-Initiativen
- ▶ Errichtung und Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgärten zur zumindest teilweisen Selbstversorgung mit Lebensmitteln
- ▶ Die Bildung von Energiegenossenschaften zur dezentralen Energieversorgung
- ▶ Die Nutzung regional erhältlicher Baumaterialien

Zudem belegt die Mitbegründung der Transition Town Initiative „Energiewende Beetzendorf und Region“ und die daraus entstandene BürgerEnergieAltmark e.G., dass Impulse in die Region getragen werden können.

Neue Herausforderungen

Das Ökodorf Sieben Linden ist bestrebt, seine Einwohnerzahl auf bis zu 300 Personen zu vergrößern und verschiedene Lösungsansätze weiter zu verbessern. Derzeit wird z.B. an einer besseren Schließung der Nährstoffkreisläufe im Rahmen der Kompostierung der Fäkalien gearbeitet. In Sieben Linden ist, wie zuvor erwähnt, die Einrichtung des Forschungsinstituts „people2people research“ geplant, um als sozial-ökologische Modellsiedlung für klima- und ressourcenschonende Lebensstile und Regionalentwicklung die Forschung zu diesen Themen voran zu treiben. Die Finanzierung dieses Vorhabens ist jedoch bisher noch nicht gesichert.

Fazit

Das Ökodorf weist derzeit ein **Bevölkerungswachstum** auf und ist somit ein Anreiz auch für junge Menschen mit alternativen Lebensentwürfen, aus einer Stadt oder weiter entfernten Region in die Gemeinde Beetzendorf zu ziehen.

Das Ökodorf Sieben Linden setzt sein Ziel der gemeinsamen nachhaltigen Lebensführung in weiten Lebensbereichen um. Die angestrebte Autarkie in der Lebensmittel-, Baustoff- und Energieversorgung sowie die nachbarschaftliche Hilfe tragen in großem Maße zum **Umwelt- und Klimaschutz** sowie zur Daseinsvorsorge bei. Durch zahlreiche Initiativen ist das Ökodorf mit der umgebenden Region vernetzt sowie durch die Mitarbeit zweier Dorfmitglieder im Gemeinde- und Kreisrat in der Regionalpolitik vertreten. Als Modellprojekt bietet es anderen Gemeinden die Möglichkeit, sein Konzept oder Teilaspekte zur Belebung ihrer dörflichen Strukturen zu übernehmen.

Kontakt:

Lothar Köppe
Bürgermeister Gemeinde Beetzendorf
Tel.: 039000/6518
E-Mail: s.schulz@vg-beetzendorf.de

Ökodorf Sieben Linden
38489 Beetzendorf OT Poppau
Tel.: 039000/51235
E-Mail: info@siebenlinden.org

Weiterführende Informationen

Bürger Energie Altmark eG (o.J.): Flyer Bürger Energie Altmark (PDF Dokument). http://www.buerger-energie-altmark.de/120215_BEA_flyer_Ausdruck.pdf

Freundeskreis Ökodorf eV (2017): Ökodorf Sieben Linden. Startseite. <http://siebenlinden.org/de/start/>

Global Ecovillage Network Deutschland e. V. (2018): UBA Projekt: „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“. http://gen-deutschland.de/wp_gen/projekte/uba-projekt/

Netzwerk Zukunft Sachsen-Anhalt e.V. (o.J.): Klimaschutz. Erneuerbare Energien. <http://www.kosa21.de/component/tags/tag/20-klimaschutz-erneuerbare-energien>

Transition Netzwerk e.V. (o.J.): Transition Initiativen. <https://www.transition-initiativen.de/>

Zweckverband Breitband Altmark (2017): Zweckverband Breitband Altmark. <http://breitband-altmark.de/>

3.4 Neustrelitz

Rahmendaten

Bundesland	Mecklenburg-Vorpommern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	leicht wachsende, kleinere Mittelstadt
Einwohner (12/2015)	20.504
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	0,35
2013-2015 in %	0,51
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	4.493
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-4,6
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	3,8
Pendlersaldo	positiv

Ausgangssituation

Neustrelitz, eine mit derzeit nahezu 21.000 Einwohnern kleinere Mittelstadt, liegt im Süden Mecklenburg-Vorpommerns im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Die Bevölkerungszahl der Stadt nahm in den Jahren 2004 bis 2011 um etwa 6 % ab, zwischen 2012 und 2015 wurde jedoch wieder eine leichte Zunahme der Einwohnerzahl verzeichnet. Aufgrund aktueller Prognosen wird davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahl bis etwa zum Jahr 2023 wenig verändern und danach verringern wird.

In der Zeit von 2004 bis 2014 hat sich die Bevölkerungsstruktur der Stadt dahingehend verändert, dass der Anteil älterer Menschen über 65 Jahren von 21 % auf 25 % zugenommen und der der 15-25jährigen von 15 % auf 8 % abgenommen hat. Die Stadt Neustrelitz muss sich daher auf eine weitere Überalterung der Bevölkerung sowie in naher Zukunft auf ein Schrumpfen der Einwohnerzahl einstellen.

Prozessablauf/Steuerung

Um dem prognostizierten demografischen Wandel in der Stadt Neustrelitz zu begegnen, wurde in den Jahren 2002 bis 2005 im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau Ost“ ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) erarbeitet. Neben der Erstellung des gesamtstädtischen Konzepts wurden für verschiedene Stadtteile (Stadtkern, Strelitz-Alt, Kiefernheide) Teilkonzepte entwickelt. Im Jahr 2007 erfolgte eine erste Fortschreibung des ISEK.

Um das integrierte Stadtentwicklungskonzept an die neuen Herausforderungen (Maßnahmen des Klimaschutzes, aktualisierte Bevölkerungsprognosen) anzupassen sowie um die Voraussetzungen für den Zugang zu Fördermitteln (z.B. aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung [EFRE]) zu erfüllen, wurde im Juli 2016 eine weitere Fortschreibung des ISEK veröffentlicht. Wichtige Partner der Stadt bei der Umsetzung dieses Konzepts waren die Wohnungsgesellschaften in Neustrelitz, aber auch private Eigentümer und Eigentümergemeinschaften.

Die **Finanzierung** von daraus abgeleiteten Schwerpunktmaßnahmen der Stadtentwicklung erfolgte u.a. aus den Städtebauförderprogrammen „Städtebaulicher Denkmalschutz“ (seit 1991), „Sanierung und Entwicklung Ost“ (1992-2011), „Stadtumbau Ost“ (seit 2002), „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (seit 2008), „Kleinere Städte und Gemeinden“ (seit 2010), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) (2007-2013) sowie dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) (2007-2013).

Die Stadt Neustrelitz ist darüber hinaus im Bereich des Ausbaus regenerativer Energien aktiv: Die Stadtwerke Neustrelitz, hundertprozentige Tochter der Kommune, betreiben Photovoltaik-Anlagen sowie seit dem Jahr 2005 ein Biomasse-Heizkraftwerk zur eigenständigen regionalen Energieversorgung.

Relevante Themenfelder

Durch die Entwicklung und Umsetzung des ISEK wurden bereits verschiedene **Anpassungen der Siedlungsstruktur** in Neustrelitz umgesetzt. Erstes Ziel dieser Anpassungen war die Sanierung der Innenstadt zur Aufwertung des barocken Stadtkerns und zur Verringerung des Leerstands. Die vorrangige Vorgehensweise bestand aus einem Rückbau dauerhaft nicht mehr nutzbarer Wohnungen vorrangig auf Hinterhöfen im Stadtkern sowie einer Reduzierung des Wohnangebots außerhalb der Innenstadt in Verbindung mit Investitionen in die Sanierung innenstädtischer Gebiete zur Steigerung ihrer Attraktivität.

Die folgenden Einzelmaßnahmen wurden bereits umgesetzt (Auswahl):

- ▶ Wohngebiet Kiefernheide: Komplett- und Teilabriss von 245 Wohneinheiten in Verbindung mit Aufwertungen im Freiraumbereich.
- ▶ Altstadt: Schaffung selbstgenutzten Wohneigentums durch private Bauherren und Wohneigentümergeinschaften.
- ▶ Strelitz-Alt: Rückbaumaßnahmen von Nebengebäuden und Einfriedungen der ehemaligen JVA, Neugestaltung des Schulumfelds und Errichtung eines Lebensmittelmarkts an zentraler Stelle.
- ▶ Neugestaltung von Wohnhöfen/Sanierung innerstädtischer Wohnquartiere: Neben der Sanierung der Gebäude wurden gemeinsam nutzbare Wohnhöfe installiert sowie Ein- und Zweiraumwohnungen eingerichtet, die für die Bedürfnisse älterer Menschen konzipiert wurden und in denen die Bewohner Betreuungsangebote in Anspruch nehmen können.

Neben der Sanierung der Altbauten wurden im Stadtgebiet neue Baugrundstücke ausgewiesen, diese lagen jedoch vorrangig in integrierten Lagen, d.h. insbesondere auf Konversions- bzw. Brachflächen innerhalb der Stadtstruktur.

Um die Innenstadt auch für Familien attraktiver zu gestalten, wurde auch die **soziale Infrastruktur** verbessert, indem u.a. zwei neue, größere Kinderspielplätze errichtet bzw. erweitert wurden.

Durch verschiedene Projekte unterstützt die Stadt Neustrelitz den Ausbau und die Nutzung **regenerativer Energien**: Die Stadtwerke Neustrelitz betreiben ein Biomasseheizkraftwerk am Stadtrand, das sowohl Strom als auch Wärme erzeugt, welche in das öffentliche Strom- bzw. Fernwärme-Verbundnetz eingespeist werden. Verfeuert werden Hackschnitzel (75.000 Tonnen pro Jahr), die vorwiegend durch regionale Wald- und Landschaftspflegearbeiten und zu 100 % aus Abfällen erzeugt werden. Es wurden bereits etwa 75 % der privaten Haushalte sowie 38 kommunale Gebäude (z.B. Stadtverwaltung, Schulen und Kindergärten) an das Fernwärmenetz angeschlossen. Seit Anfang 2010

sind Grundstücksbesitzer laut der rechtsverbindlichen Satzung über die öffentliche Fernwärmeversorgung verpflichtet, Gebäude an die Fernwärmeleitung anzuschließen, sofern sie nicht auf andere Art und Weise die Nutzung regenerativer Energien vorweisen.

Des Weiteren betreiben sowohl die Stadtwerke als auch private Investoren drei Solarparks sowie weitere Photovoltaik- und Biogas-Initiativen.

Die Gemeinde ist in der Lage, über 80 % ihres Strom- und 50–60 % ihres Wärmebedarfs regional und regenerativ zu erzeugen. Werden die privaten Anlagen noch hinzugerechnet, erreicht die Deckung des Strombedarfs der Gemeinde einen Wert von nahezu 100 %. Dieses Beispiel zeigt, dass eine Mittelstadt dieser Größe in der Lage ist, ihren Strom weitgehend autark zu erzeugen. Die Gemeinde leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, und bietet ihren Einwohnern eine preislich stabile Strom- und Wärmeversorgung. Neben der regionalen Energieerzeugung werden auch bei der Sanierung Aspekte der Energieeffizienz berücksichtigt.

Die **lokale Wirtschaft** der Gemeinde Neustrelitz hat sich in den Jahren 2007 bis 2013 positiv verändert. Auch wenn im produzierenden Gewerbe ein leicht negativer Trend festzustellen war, konnte der eng mit dem Tourismus verbundene Sektor (u.a. Gaststätten- und Einzelhandelsgewerbe, Verkehr), das Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungsgewerbe sowie die Bereiche Wohnungs- und Grundstückswesen Zuwächse verzeichnen. Eine besonders positive Entwicklung nahm zwischen 2010 und 2013 der Sektor „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“: Hier konnte in diesem Zeitraum die Zahl der Beschäftigten verdoppelt werden.

Die geförderten Sanierungsarbeiten tragen zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft bei, da insbesondere Handwerksbetriebe und Baufirmen mit der Umsetzung beauftragt werden.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Erstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts sowie dessen Fortschreibungen wurden die Bürger in die Planung mit einbezogen.

Insbesondere im Themengebiet der erneuerbaren Energien leistet die Stadt Neustrelitz intensive Öffentlichkeitsarbeit. Im Jahr 2012 wurde mit Hilfe von Fördermitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern das „Landeszentrum für erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern“ errichtet. Das Zentrum wird durch die Leea GmbH, Tochterunternehmen der Stadtwerke Neustrelitz, betrieben, und bietet Raum für eine Umweltakademie zur Vermittlung von Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsthemen, Tagungen, Informations- und Bildungsveranstaltungen sowie außerschulischen Lehrangeboten. Das Themenfeld der regenerativen Energien bietet den Bürgern die Möglichkeit, in ihrer Gemeinde für den **Klimaschutz** aktiv zu werden. In Neustrelitz wurde z. B. im Rahmen der Teilnahme der Stadt am Bundeswettbewerb „Historische Stadtkerne – integriert denken und handeln“ eine Arbeitsgruppe „Energie und Klimaschutz“ gebildet. Die Ergebnisse der dazu durchgeführten Beratungen sind zudem in die Fortschreibung des ISEK 2016 eingeflossen. Dabei wurden zu weiteren Themen wie z.B. der Barrierefreiheit öffentliche Workshops durchgeführt. Die Bildung solcher Initiativen sowie die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung des Lebensumfelds mitzuarbeiten, wirken sich positiv auf die soziale Gemeinschaft aus, fördern das Gefühl der Zusammengehörigkeit und erhöhen auf diese Weise die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnort.

Aufgrund ihrer weitreichenden Umstellung auf eine Versorgung mit regenerativen Energien wurde die Stadt Neustrelitz im Jahr 2016 beim Bundeswettbewerb „Bioenergiekommunen“ ausgezeichnet.

Übertragbarkeit (Konzepte und Prozesse)

Zwei Vorteile, die die Stadt Neustrelitz gegenüber vielen anderen Kommunen im ländlichen Raum hat, sind ihre gut erhaltene barocke Stadtarchitektur sowie ihre Lage in der Mecklenburgischen Seenlandschaft. Zudem liegt Neustrelitz in etwa 110 km Entfernung von Berlin und eignet sich somit als Ausflugsziel für die Bewohner der Bundeshauptstadt.

Das Prinzip, leerstehende Gebäude bzw. Wohnungen vorrangig außerhalb der Innenstadt rückzubauen und den (historischen) Stadtkern zu sanieren, altengerechten Wohnraum zu schaffen und dadurch dem Leerstand entgegenzuwirken, ist sicherlich eine Möglichkeit für viele Gemeinden, sich auf den demografischen Wandel einzustellen bzw. diesem entgegenzuwirken.

Auch die weitreichende Umstellung auf die Nutzung regenerativer, regional erzeugter Energien ist vielen kleineren Gemeinden mit unterschiedlicher Ausgangslage möglich: Es existieren bereits etwa 140 Bioenergiedörfer und -kommunen in Deutschland.

Neue Herausforderungen

Neue Herausforderungen werden sein, die Ziele des 2016 fortgeschriebenen ISEK weiter umzusetzen. Besonders hervorzuheben ist hier der durch die Stadtwerke Neustrelitz geplante flächendeckende Ausbau eines Breitband-Glasfasernetzes. Die Anbindung an eine solche leistungsfähige Internetverbindung ist ein wichtiger Faktor für die Ansiedlung von Unternehmen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Trotz erfolgter Rückbaumaßnahmen von Immobilien ist der Leerstand mit ca. 12 % des Wohnungsbestands derzeit noch immer relativ hoch. Das zwischen 2012 und 2015 festgestellte Wachstum der Einwohnerzahl wurde im Jahr 2016 abgeschwächt. Ein Grund hierfür war, dass aufgrund des niedrigen Zinsniveaus jüngere Menschen dazu animiert wurden, in den Dörfern im Umland ein Eigenheim zu bauen bzw. die durch die „Landflucht“ der älteren Einwohner dort freigezogenen Eigenheime zu erwerben. Ziel der zukünftigen Stadtentwicklung ist die weitere Anpassung des Wohnungsangebots an den Bedarf der Bevölkerung.

Das Holzhackschnitzel-Heizkraftwerk, das einen Großteil der Energie- und Wärmeversorgung der Stadt Neustrelitz liefert, kann durch die garantierte Einspeisungsvergütung im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wirtschaftlich betrieben werden. Im Jahr 2026 wird diese Förderung jedoch auslaufen, so dass neue Wege gefunden werden müssen, das Heizkraftwerk ggf. in andere Versorgungssysteme zu integrieren. Eine Möglichkeit hierfür wäre z.B. die Installation von Mikrowärmenetzen. Dazu schließen sich mehrere Haushalte zusammen, um gemeinsam ein kleineres Blockheizkraftwerk zu betreiben.

Zur Sicherung der Verfügbarkeit von Brennmaterial für das Heizkraftwerk wird u.a. die Anlage von Kurzumtriebsplantagen („Energiewald“) auf Brachflächen im Stadtgebiet angestrebt. Da diese jedoch definierten Anforderungen in Bezug auf die Flächengröße und die Bodenbeschaffenheit entsprechen müssen, steht eine Ausweisung der Flächen noch aus.

Ein weiteres Ziel ist die Förderung der Elektromobilität. Hierzu ist geplant, den beiden bereits bestehenden Ladestationen weitere Ladesäulen hinzuzufügen.

Fazit

Die Sanierung innenstädtischer Gebäude hat zur Abmilderung der Folgen des **demografischen Wandels** geführt und bewirkt, dass sich der Leerstand im Zentrum der Stadt merklich verringert hat. In den letzten zehn Jahren war eine Zunahme der dortigen Einwohnerzahlen zu verzeichnen. Dies wiederum führt zudem zu einer größeren Attraktivität des Stadtbilds, was bedeutet, dass die Qualität der Innenstadt als Wohnstandort steigt und der Zuzug weiterer Menschen gefördert bzw. die Abwanderung vermindert wird. Die spezielle Einrichtung altengerechten Wohnraums trägt dazu bei, das Wohnungsangebot der prognostizierten Überalterung der Einwohner anzupassen. Durch die Senkung des innerstädtischen Leerstands bleibt es auch für den Einzelhandel und sonstige Dienstleister im Bereich der Daseinsvorsorge interessant, sich in der Gemeinde anzusiedeln. Des Weiteren trägt die Versorgung mit regional erzeugter Energie und Wärme durch moderate und stabile Preise zur Daseinsvorsorge bei.

Die Belebung der Wirtschaft und damit ein größeres Angebot an Arbeitsplätzen, ist ein wichtiger Faktor für die Wohnortentscheidung von Menschen im erwerbsfähigen Alter. So wirkt sich auch der Betrieb des Holzhackschnitzel-Heizkraftwerks positiv auf den Arbeitsmarkt aus, da etwa 50 Arbeitsplätze damit verbunden sind. Auch die regionale Wertschöpfungskette wird gefördert, da acht der neun Lieferanten die Hackschnitzel aus einem Umkreis von maximal 80 km anliefern. Eine Analyse des Instituts für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft ergab, dass die jährliche regionale Bruttowertschöpfung bei ca. sechs Millionen Euro liegt.

In Neustrelitz hat es im Jahr 2012 eine Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung gegeben, das Schrumpfen der Stadt konnte zumindest zwischenzeitlich in ein leichtes Wachstum umgewandelt werden. Zu dieser positiven Entwicklung tragen verschiedene Faktoren bei, wie beispielsweise eine Verbesserung des Wohnangebots, niedrige und stabile Energiepreise, die Steigerung der Attraktivität der Altstadt, die Teilhabe am Stadtentwicklungsprozess sowie die Möglichkeit, sich für die Themen „Energie- und Umweltschutz“ zu engagieren.



Bild 7: Sanierete Objekte der Stadt Neustrelitz: Stadtkirche Markt, © Stadt Neustrelitz/Roman Vitt-Fotografie



Bild 8: Sanierte Objekte der Stadt Neustrelitz: Gebäude an der Carlstraße/Elisabethstraße, © Stadt Neustrelitz/Bernd Lasdin

Kontakt:

Andreas Grund
Bürgermeister Neustrelitz
Tel.: 03981/253101
E-Mail: buergermeister@neustrelitz.de

Axel Zimmermann
Leiter des Amtes für Stadtplanung und Grundstücksentwicklung
Tel.: 03981/253-312
E-Mail: stadtplanung@neustrelitz.de

Weiterführende Informationen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2015): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Stadtumbau Ost. Neustrelitz Neustadt. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Neustrelitz/Neustrelitz_node.html

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) (2017): Bioenergiedörfer: Wege zum Bioenergiedorf. <https://bioenergiedorf.fnr.de/>

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR); Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): Bundeswettbewerb Bioenergie-Kommunen 2016: Sieger 2016. <http://www.bioenergie-kommunen.de/sieger-2016/>

Landeszentrum für erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern (Leea) (o.J.): Verstehen – Erleben – Mitmachen. <http://www.leea-mv.de/>

Stadt Neustrelitz (2005): Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Stadtteilkonzept Stadtkern 2005. Neustrelitz. https://www.neustrelitz.de/leben/stadtentwicklung_und_bau/leitbild_neustrelitz

Stadt Neustrelitz (2016): Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Fortschreibung 2016. Neustrelitz (PDF Dokument). https://www.neustrelitz.de/leben/stadtentwicklung_und_bau/lib/media.php?id=4973

3.5 Willebadessen

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	kleine Kleinstadt, aktuell leichtes Bevölkerungswachstum, deutschlandweit überdurchschnittlich hoher Anteil minderjähriger Einwohner
Einwohner (12/2015)	8.267
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-1,73
2013-2015 in %	0,29
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	20,3
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	19,6
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	487
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	4,1
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	4,9
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	207
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	25,0

Ausgangssituation

Die Kleinstadt Willebadessen liegt im Landkreis Höxter im Osten Nordrhein-Westfalens. Sie besteht aus 13 Ortsteilen, in denen insgesamt etwa 8.300 Menschen leben. Zur Stadt Willebadessen gehört auch das Bioenergiedorf Peckelsheim, das nahezu 1.830 Einwohner in ca. 670 Haushalten beheimatet.

Die Bevölkerungszahl Willebadessens nahm von 1983 bis 1999 um etwa 15 % zu, in der Zeit zwischen 1999 bis 2013 verringerte sich die Einwohnerzahl jedoch wieder um etwa 8 %. Bis zum Jahr 2030 wird eine Abnahme der Bevölkerung um weitere 12 % prognostiziert.

Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen war im Jahr 2013 in Willebadessen im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich, die Zahl der über 65-Jährigen leicht unterdurchschnittlich. Beim Vergleich der Zahlen aus den Jahren 1979 und 2013 fällt jedoch auf, dass der Anteil der unter 20-Jährigen deutlich ab und der der über 70-Jährigen zunahm. Eine Modellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung für kreisangehörige Gemeinden prognostiziert eine weitere Verschiebung der Bevölkerungsstruktur hin zu einem weitaus größeren Anteil älterer Menschen über 70 Jahren. Die Gemeinde muss sich daher in Zukunft auf schrumpfende Einwohnerzahlen in Verbindung mit einer Überalterung der Bevölkerung einstellen.

Prozessablauf/Steuerung

In Willebadessen begann der Ausbau der regenerativen Energiegewinnung in den 1990er Jahren mit der Installation von Windkraftanlagen. Im Jahr 2000 trat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft, das eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestvergütung für regenerativ erzeugten Strom garantierte und somit Anreize für Investitionen in Bioenergieanlagen schaffte. Zeitgleich bot die Produktion von Biogas für Landwirte die Möglichkeit, eine neue Einnahmequelle zu erschließen, da die Lebensmittelpreise, insbesondere die Getreidepreise, niedrig waren. Dies führte zu verschiedenen Einzelinitiativen zur Errichtung von u.a. Biogas- und Photovoltaikanlagen. Der Maschinenring Höxter-Warburg begann, Hackschnitzel aus ungenutzten Rohstoffen (Waldresthölzer, Schnittreste von Straßenbegleitgrün etc.) zur Energiegewinnung zu nutzen und errichtete im Jahr 2002 ein Hackschnitzelheizwerk. Es diente als Leuchtturmprojekt, das zeigte, dass die Umsetzung solcher Initiativen möglich ist. In der Folge nahm die Zahl weiterer Initiativen zu. Im Jahr 2006 gründete der Maschinenring Höxter-Warburg in Willebadessen einen Biomassehof, an dem ungenutzte holzige Reststoffe zu nutzbaren Energieträgern veredelt werden.

Neben diesen Einzelinitiativen hat die Stadt Willebadessen in Zusammenarbeit mit der Stadt Borgentreich **das integrierte Klimaschutzkonzept** in Auftrag gegeben. Es wurde im März 2017 veröffentlicht und hat zum Ziel, die Treibhausgas-Emissionen beider Stadtgebiete zu reduzieren.

Um dem prognostizierten demografischen Wandel entgegenzuwirken, erarbeitete die Stadt Willebadessen zusammen mit der Stadt Borgentreich seit Juli 2016 ein **integriertes kommunales Entwicklungskonzept (IKEK)** für die beiden Gemeinden. Das Konzept umfasst u.a. die Handlungsfelder Mobilität, Versorgungsstrukturen, Kinder- und Jugendarbeit, Ortsbild, Gemeinschaftseinrichtungen und digitale Teilhabe. Das IKEK wurde von beiden Räten im September 2017 beschlossen.

Wichtige Akteure für die Einzelinitiativen zum Klimaschutz, das integrierte Klimaschutzkonzept und das IKEK sind die Verwaltungen der Gemeinden Willebadessen und Borgentreich, die Bürger und Gewerbetreibenden dieser beiden Gemeinden und der Maschinenring Höxter-Warburg.

Die **Finanzierung** der Einzelinitiativen zur Installation von Bioenergieanlagen erfolgt über Privatinvestitionen. Die Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzepts wurde im Rahmen seiner Klimaschutzinitiative durch den Bund, vertreten durch den Projektträger Jülich (Forschungszentrum Jülich), gefördert und das IKEK aus dem EU-Förderprogramm „ELER“ (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) finanziert.

Relevante Themenfelder

Die bisherigen Initiativen zum Klimaschutz bzw. zum Ausbau der erneuerbaren Energien hatten **Anpassungen der technischen Infrastrukturen** insbesondere im Bereich der **Energieversorgung** zur Folge.

In den verschiedenen Ortsteilen wurden bisher insgesamt sechs Biogasanlagen, drei Heizwerke auf der Basis von Hackschnitzeln, 183 Holzzentralheizungen für Hackschnitzel, Pellets und Scheitholz, etwa 2000 kleinere Holzöfen, 621 Photovoltaik- sowie zahlreiche Solarthermieranlagen errichtet. Durch diese und andere Anlagen konnte die Stadt Willebadessen im Jahr 2016 335,9 % ihres eigenen Strombedarfs und gut die Hälfte ihres Wärmebedarfs produzieren.

Im Ortsteil Peckelsheim ist die Energieausbeute pro Einwohner besonders hoch: Im Jahr 2013 konnte Peckelsheim insgesamt 146 Photovoltaikanlagen, 20 Windkraftanlagen und zwei Biogas-Blockheizkraftwerke aufweisen.

Die Nutzung der Abwärme der Biogasblockheizkraftwerke sowie der 105 Scheitholzvergaser, 500 Kaminöfen, acht Pelletkessel und fünf Hackschnitzelkessel ergab eine Wärmemenge von umgerechnet

1,5 Millionen Litern Heizöl. Mit Hilfe des über 5 km langen Nahwärmenetzes sowie der ca. 3 km langen Gasleitungen werden u.a. etwa 50 Wohnhäuser, drei landwirtschaftliche Betriebe sowie verschiedene öffentliche Gebäude (z.B. Rathaus, Grundschule, Sporthalle) mit Wärme bzw. Biogas versorgt. Der kleinräumige Ausbau der Energie- und Wärmeversorgung macht die Nutzung von Synergieeffekten möglich, wie z.B. die Verteilung der Abwärme aus den Biogas-Blockheizkraftwerken auf die umgebenden Gebäude der Ortschaft.



Bild 9: Biogasanlage, © Stadt Willebadessen, Fotografin Ingrid Menzel

Neben dem Ausbau der regenerativen Energien wurden in Willebadessen auch Projekte zur **Senkung des Energieverbrauchs** umgesetzt, wie z.B. die sukzessive Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie und Sanierungsarbeiten zur energetischen Optimierung kommunaler Gebäude.

Die Initiativen zum Ausbau der regenerativen Energien und zum Klimaschutz haben positive Auswirkungen auf die **lokale Wirtschaft**. So werden z.B. regionale Sanitärhandwerksbetriebe mit der Umsetzung der Projekte beauftragt, und Brennstoffe aus der Region werden vor Ort verwertet. Zudem haben die Einwohner Willebadessens die Möglichkeit, eigenständig Energie zu produzieren, die Überschüsse zu vermarkten und somit an der regionalen Wertschöpfung teilzuhaben.

Die lokalen Initiativen wirken sich auch positiv auf die **soziale Infrastruktur** aus: Da die aus Biogas produzierte Wärme zu einem günstigen Preis bezogen wird, kann das Schulzentrum in Peckelsheim mit Hallenbad und Sporthalle erhalten werden. Zudem kommt es durch das gemeinsame Engagement der Einwohner zu einer stärkeren Vernetzung in der Bevölkerung. So gründete sich im Jahr 2013 die "Initiative Bioenergienutzung Peckelsheim" mit dem Ziel, im Ortskern über ein Nahwärmenetzwerk weitere Wohnhäuser mit Wärme aus erneuerbarer Energie zu versorgen.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Der Maschinenring Höxter-Warburg, der für die bisher umgesetzten Initiativen eine wichtige Rolle spielt, bietet im Rahmen von Land(auf)Schwung am Biomassehof Borlinghausen Bildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen, wie z.B. „Bioenergie in Wärmenetzen“, an, zu denen Fachleute als Referenten eingeladen werden. Hierbei können sich interessierte Bürger Fachwissen in Energiefragen aneignen und Kontakte knüpfen. Zudem berät und begleitet der Biomassehof Bürger bei der Umsetzung von Energieprojekten.

Für die zukünftige Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzepts sowie die Erstellung des IKEK wurden verschiedene Arbeitsgruppen gegründet, denen Vertreter der Stadtverwaltungen, der begleitenden Planungsbüros sowie der Bürger angehören.

Ein Schülerwettbewerb zum Thema „Strom sparen“ in den Grundschulen des Stadtgebiets ergab eine Senkung des Stromverbrauchs in den entsprechenden Gebäuden. Zudem ist ein solcher Wettbewerb eine Möglichkeit, die Thematik in die Öffentlichkeit zu tragen und bereits Kinder zu sensibilisieren und zu motivieren, sich für den Schutz des Klimas einzusetzen.

Für sein Engagement zum Ausbau erneuerbarer Energien wurde Willebadessen beim „Bundeswettbewerb Bioenergie-Kommunen 2016“ als „herausragendes Leuchtturmprojekt“ geehrt und der Ortsteil Peckelsheim im Jahr 2014 als Bioenergiedorf ausgezeichnet.

Übertragbarkeit (Konzepte und Prozesse)

Die Existenz von mittlerweile 140 Bioenergiedörfern in ganz Deutschland, d.h. von Dörfern, die mehr als 50 % ihres Energiebedarfs (Wärme + Strom) regenerativ und lokal erzeugen, zeigt, dass der Ausbau regenerativer Energiegewinnungsanlagen bei entsprechendem Engagement unter verschiedenen Ausgangssituationen möglich ist. Den Erfahrungen der Beteiligten nach ist ein zentral verantwortlicher Ansprechpartner für die Bürger ein wichtiger Erfolgsfaktor. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Umstellung der Gemeinden auf eine dezentrale regenerative Energieversorgung ist die Stabilität der Strompreise, um den Bürgern Anreize zu schaffen, in die eigene Energieversorgung privat zu investieren.

Neue Herausforderungen

Neue Herausforderungen für die Stadt Willebadessen werden sein, die geplanten Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts umzusetzen sowie das IKEK zu erstellen.

Ein wichtiges Thema für die Menschen im ländlichen Raum ist die Mobilität. Durch schrumpfende Einwohnerzahlen ländlicher Gemeinden lässt sich der öffentliche Personennahverkehr oft nicht wirtschaftlich betreiben und wird abgebaut, so dass dem Individualverkehr eine wichtige Rolle zukommt. Laut Herrn Bluhm (Bürgermeister Willebadessen) und Herrn Hofnagel (Maschinenring Höxter-Warburg) wäre es daher eine sinnvolle zukünftige Entwicklung, die Elektromobilität weiter auszubauen und Car-Sharing-Strukturen für Zweitwagen zu installieren oder auch Firmen anzuregen, Ladestationen für Elektrofahrzeuge einzurichten.

Fazit

Der Ausbau der lokalen regenerativen Energiegewinnung wirkt sich auf unterschiedliche Art und Weise positiv auf den **demografischen Wandel** aus. Durch die regionale Energiegewinnung und die erhöhte Wertschöpfung in der Region wird die lokale Wirtschaft belebt, was zu positiven Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen kann bzw. der Sicherung der Arbeitsplätze (regionale Sanitärhandwerksbetriebe, landwirtschaftliche Betriebe etc.) dient. Das Vorhandensein von Arbeitsplätzen ist ein wichtiger Faktor für die Wohnortentscheidung von Menschen im erwerbsfähigen Alter.

Ogleich die Gründe von Wohnortentscheidungen, insbesondere beim Zuzug neuer Bürger, nur schwer messbar sind, ist eine Reduzierung des Wegzugs von Einwohnern bemerkbar. Die Einwohner haben die Möglichkeit, Bioenergie nachhaltig zu erzeugen, was in Kombination mit preiswertem Wohnraum die Attraktivität des Lebens in der Gemeinde erhöht. Ein weiteres Problem ländlicher Gemeinden ist der Leerstand von Gebäuden.

Durch die Möglichkeit, energieautark zu leben und gemeinschaftlich Energieprojekte zu realisieren, erhöht sich die Bereitschaft der Menschen, Häuser in der Gemeinde zu bewohnen und ggf. im Gegenzug längere Anfahrtswege zum Arbeitsplatz zu akzeptieren. Insbesondere die gemeinsame Betreuung von Mikrowärmenetzen und die generelle Vernetzung der Einwohner in Energiefragen bilden eine Schnittstelle für ein gemeinschaftliches soziales Miteinander (mündl. Mitt. Norbert Hofnagel).

Zudem liefern die Bioenergiedörfer nicht nur einen Beitrag zum **Klimaschutz** in Deutschland, sondern geben den Bewohnern die Möglichkeit, sich für den Klimaschutz und ihre Umwelt einzusetzen. Die Attraktivität des Wohnorts Willebadessen wird somit gefördert, was wiederum einen Beitrag zur Abmilderung des demografischen Wandels leistet.

Kontakt:

Hans Hermann Bluhm
Bürgermeister Stadt Willebadessen
Tel.: 05644/88-0
E-Mail: h.bluhm@willebadessen.de

Weiterführende Informationen

EnergieAgentur NRW (o.J.): Bioenergiedorf Peckelsheim. <http://www.energieagentur.nrw/bioenergieatlas/projekte/67.html?print=pdf>

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) (o.J.): Bioenergiedörfer: Liste. <https://bioenergie-dorf.fnr.de/bioenergiedoerfer/liste/>

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR); Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): Bundeswettbewerb Bioenergie-Kommunen 2016: Sieger 2016. <http://www.bioenergie-kommunen.de/sieger-2016/>

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2017): Kommunalprofil Willebadessen, Stadt. Düsseldorf. <https://www.it.nrw/kommunalprofile-82197>

Stadt Willebadessen; infas enermetric Consulting (2017): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Willebadessen. Willebadessen (PDF Dokument). <http://www.willebadessen.de/buergerbuero/downloads/Klimaschutzkonzept-Willebadessen.pdf>

3.6 Rhein-Hunsrück-Kreis

Rahmendaten

Bundesland	Rheinland-Pfalz
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	prognostizierte Schrumpfung
Einwohner (12/2015)	102.529
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	16,2 %
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	21,5 %
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2016)	35.718
Pendlersaldo	-4.071

Ausgangssituation

Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist ein ländlich geprägter Kreis in Rheinland-Pfalz. Die größte Kommune des Kreises ist die am Rhein gelegene Stadt Boppard mit knapp 15.000 Einwohnern. Auch hier zeigt sich der demografische Wandel durch eine Alterung der Bevölkerung und der zunehmenden Abwanderung der Jungen. Die Bevölkerung des Kreises wird in den nächsten Jahren schrumpfen. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass die Bevölkerung von derzeit rund 102.000 Einwohnern bis 2030 um knapp 10 % zurückgeht und sich bis 2060 gar um bis zu 30 % verringern wird.

Der Kreis sah in dem Sektor der erneuerbaren Energien die Chance, die Wertschöpfung im Kreis zu halten und somit an der zunehmenden Bedeutung erneuerbarer Energien zu profitieren. Bereits in den Jahren 2006 bzw. 2009 entstanden in Fronhofen und Külz im Rhein-Hunsrück-Kreis die ersten Nahwärmenetze. Im Jahre 2011 beschloss der Kreistag des Rhein-Hunsrück-Kreises ein Klimaschutzkonzept. Im Jahr 2017 wurden die in 2011 ehrgeizig gesteckten Ziele erreicht, sodass nun 300% des Gesamtstrombedarfs des Kreises bilanziell aus dezentralen und erneuerbaren Energien produziert wird.

Aufgrund der negativen Bevölkerungsprognose hat der Kreis im Jahr 2012 den Prozess „Zukunftsideen“ (innovative Daseinsvorsorge durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nachhaltig gestalten) eingeleitet, um modellhafte Lösungen zu erarbeiten, mit denen die Themenfelder Daseinsvorsorge und Wertschöpfung aus der regenerativen Energieerzeugung miteinander verknüpft werden können. Es wurden fünf Handlungsfelder identifiziert, wobei neben der Dezentralen Energieversorgung und Teilhabe auch Mobilität, Medizinische Versorgung, Nahversorgung sowie Gebäudemanagement/Energieeffizienz eine große Bedeutung zukommt.

Das Themenfeld erneuerbare Energie reicht im Rhein-Hunsrück-Kreis von Biomasseanlagen und einem großen Solarthermiefeld in Verbindung mit Nahwärmenetzen über dezentrale und zentrale Photovoltaikanlagen bis hin zu Windkraftanlagen. Als windreiche Region in Deutschland mit überdurchschnittlichen Windgeschwindigkeiten gab es bereits Anfang des 20. Jahrhunderts erste Windräder zur Wasserförderung. Stand heute beheimaten 60 der 137 Gemeinden des Kreises insgesamt 268 Windräder - ein Großteil davon auf Gemeindeland.

Prozessablauf/Steuerung

„Im Rhein-Hunsrück-Kreis steckt viel Energie!“ Dies ist das Motto, welches seit dem Jahr 2008 für sämtliche Energie- und Klimaschutzpräsentationen des Rhein-Hunsrück-Kreises verwandt wird. Der Satz wurde für das erste Biomassekonzept 2008 geprägt und ist ebenso wie die Klimaschutzanstrengungen seitdem mitgewachsen und spiegelt die Erfolge wider. Jetzt heißt es: „Im Rhein-Hunsrück-Kreis steckt viel Energie...wir machen was draus! Klimaschutz zahlt sich aus!“.

In diesem Sinne hatte der Kreistag im Jahr 2011 das integrierte Klimaschutzkonzept einstimmig beschlossen, dessen Erstellung vom Bund mit 60 % Zuschuss im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes gefördert wurde. Im Zuge der Konzepterstellung wurden Akteursworkshops mit den Zielgruppen Landwirtschaft, Industrie/Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Kreisverwaltung, Bildungseinrichtungen, Bürger, soziale Einrichtungen und Bürgermeister veranstaltet. Über 300 Bürger nahmen an den Workshops teil, bei denen etwa 200 Maßnahmen zum Klimaschutz vorgeschlagen wurden. Rund 100 Maßnahmen wurden als zentrales Arbeitspaket für den Klimaschutz-Manager ausgewählt, der bei der Kreisverwaltung angesiedelt ist. Mit einem Akteurskataster mit 250 Kontaktdaten wurde der Grundstein zur Etablierung eines Bioenergienetzwerks gelegt.

Seither fanden regelmäßig Zukunftswerkstätten in allen Verbandsgemeinden und in der Stadt Boppard statt, in denen allein in 2012/2013 über 600 Ideen gesammelt wurden. Das damals von allen Verbandsgemeinden unterzeichnete Zukunftsprotokoll soll dafür sorgen, den angestoßenen Prozess dauerhaft fortzuführen. Als Folge wurde die Gründung des Zukunftsrates vom Kreistag beschlossen, der seine Arbeit Ende 2013 aufnahm, um Ideen und Maßnahmenvorschläge aus den sieben Zukunftswerkstätten weiter voranzubringen und um die politischen Gremien wie den Kreistag und seine Ausschüsse als Beirat zu beraten. Das Gremium setzt sich zur Hälfte zusammen aus Vertretern der Politik sowie zur Hälfte aus Bürgerinnen und Bürgern, die sich im ZukunftsIdeen-Prozess als Experten zu den einzelnen Themen bewährt haben. Der Zukunftsrat hat ein breiteres Themenspektrum als das Klimaschutzkonzept. Seine Aufgaben sind Best-Practice-Projekte aus den Handlungsfeldern Nahversorgung, Mobilität, medizinische Versorgung, Gebäudemanagement und Energieeffizienz sowie dezentrale Energieversorgung und Teilhabe auszuwählen und voranzutreiben. Diese erste sowie auch die zweite Förderperiode wurden vom Bund mitfinanziert.

Die zielorientierte, konstruktive und unkomplizierte Arbeitsweise zahlreicher Akteure im Landkreis bilden die Basis des bisherigen Erfolgs. Pragmatisches und ausdauerndes Umsetzen von Ideen muss systematisch fortgesetzt werden, um die weiteren Ziele des Konzeptes bis 2020 und 2050 zu erreichen.

Relevante Themenfelder

Zum Nutzen der **Umwelt**, der **regionalen Wertschöpfung** sowie **Daseinsvorsorge**, werden nun folgende Themenfelder hinsichtlich der Bewältigung der demografischen Folgewirkungen für den gesamten Rhein-Hunsrück-Kreis betrachtet:

Energie: Das Ziel einer bilanziellen CO₂-neutralen Energieversorgung ist 2017 erreicht worden. Hierzu führten ein konsequenter Ausbau von Windkraftanlagen bzw. das Bestreben des Repowering von Altanlagen, die Errichtung von Nahwärmenetzen auf Basis von regionalen biogenen Brennstoffen oder auch Solarenergie, Photovoltaik-Anlagen sowie Energiekonzepten, die auch programmatisches, zielstrebiges Stromsparen beinhalten. Wichtige Grundlage für die Entscheidungsträger der Kreisgemeinde ist hierbei auch ein seit 1999 geführtes Energie-Controlling der öffentlichen Gebäude sowie die im Klimaschutzkonzept verankerte fortschreibbare Klima-/Energiebilanz, die in regelmäßigen Abständen die Erreichung der Konzeptziele nachweisen kann.

Mit dem Leitfaden „Bürger Nahwärmenetze im Rhein-Hunsrück-Kreis“ wurden die Leuchtturmprojekte der Nahwärmeverbünde in den Ortsgemeinden Fronhofen, Külz, Mannebach (Beltheim), Ober Kostenz, Kappel und Niederweiler herangezogen, um weitere Gemeinden zu ermutigen, eigene Nahwärmenetze zu gründen. Weitere Kommunen sind gerade in der Planungsphase eines dezentralen Wärmeversorgungsnetzes.

Kampagnen zur Anregung des Stromsparens, z.B. mit Eintauschprämien für Altgeräte (z.B. Kühlschränke, Gefrierschränke) wurden ebenso in vielen Gemeinden durchgeführt wie Förderprogramme für die Modernisierung der Heizungsanlagen wie beispielhaft durch die Ortsgemeinde Külz.

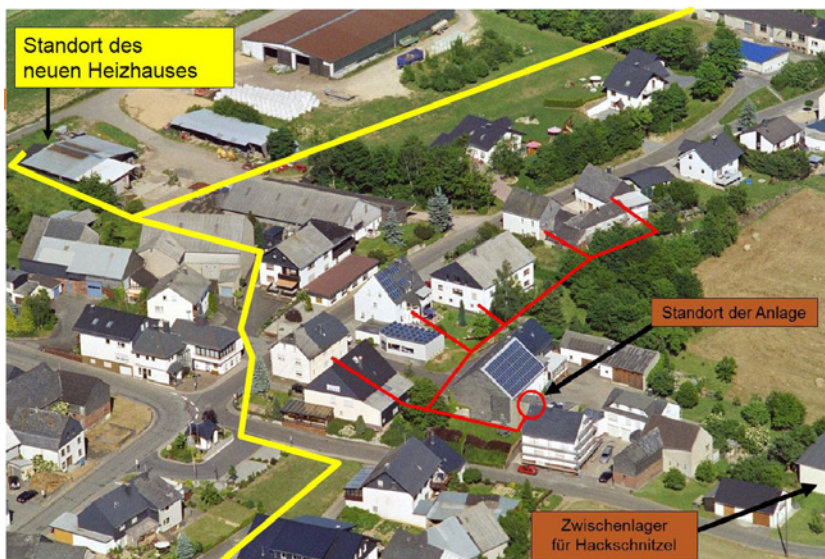


Bild 10: Bürger Nahwärmesystem in Fronhofen, © Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis



Bild 11: Dorfansicht mit Windrädern, © Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis

Infrastruktur: Seit 1.1.2017 gehört der Rhein-Hunsrück-Kreis als Region mit Erzeugungsüberschüssen zu den Modellregionen des Projekts „Designnetz“. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wird im Kleinen erprobt, wie die Versorgungsaufgabe der Zukunft deutschlandweit wirtschaftlich sinnvoll und nachhaltig gelöst werden kann. Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist dabei als einziger Landkreis assoziierter Partner in dem Verbundprojekt, welches durch den Bund gefördert wird. Die intelligente Vernetzung von vielen dezentralen Energieerzeugern und Verbrauchern spielt eine zentrale Rolle. Zur Erprobung investiert die Firma innogy in ein System mit intelligenter Steuerung des Stromnetzes (Smart-Operator) der Gemeinde Kisselbach in der Energiewabe Rhein-Hunsrück-Kreis.

Breitbandnetzausbau: Der Breitbandnetzausbau mit 1.200 Anschlüssen im Kreisgebiet wurde mit Förderbescheid von 2017 bewilligt und durch Bund und Land gefördert. Er ist zwar nicht direkt aus dem Projekt ZukunftsIdeen hervorgegangen, wird aber trotzdem die Folgen des Demografischen Wandels mildern. Als nächstes Anliegen wird die Kreisverwaltung versuchen, den Ausbau des Mobilfunknetzes voranzutreiben.

Mobilität: Das Netz der Bürgerbusse bzw. Ruftaxen ist sehr eng und wird nachgefragt. Weitere Projekte zeigen, dass ein Dorfmobil für die Einwohner des Dorfes und der Nachbargemeinde notwendig sind, um die Mobilität der gesamten ländlichen Bevölkerung zu steigern. Außerdem wird im Bereich Verkehr seit Oktober 2015 durch das Projekt „Einkaufen mit dem BürgerMobil“ die Nahversorgungssituation im ländlichen Raum verbessert. Mit diesem Konzept wird insbesondere älteren und mobilitäts eingeschränkten Personen der Einkauf des täglichen Bedarfs erleichtert.

Soziale Infrastruktur: Im Bereich der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum wurde im Rahmen einer Sitzung des Zukunftsrates eine Bestandsaufnahme im Rhein-Hunsrück-Kreis durchgeführt, sowie weitere Handlungsfelder eruiert, die zu einer weiteren Stabilisierung bzw. Verbesserung beitragen können. Es wird geprüft, inwieweit eine Gemeindeschwester oder auch eine Seniorenbeauftragte zur Unterstützung für ältere Menschen auch in weiteren Gemeinden etabliert werden kann. Weitere Themen sind Sprechstunden des Fach- und/oder Allgemeinarztes in den Bürgerhäusern der Gemeinden, Notdienste durch kollegiale Vertretung oder Bereitschaftsdienstzentralen, die Ansiedlung von niederlassungswilligen Ärzten durch ein finanzielles Anreizsystem unterstützen, z.B. durch mietfreie oder mietpreisgeminderte Bereitstellung von Praxisräume, sowie ein familienfreundliches Umfeld (z.B. gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten) zu schaffen.

Siedlungsentwicklung: Im Umgang mit den Dorfkernen und der Bausubstanz gibt es bereits in einigen Gemeinden Konzepte zur Dorferneuerung (Emmelshausen, Kastellaun, Kirchberg, Rheinböllen, Simmern, St.Goar-Oberwesel, Stadt Boppard). Daneben gibt es eigene Programme der Gemeinden, wie die „Richtlinien zum Vitalisierungsprogramm der Ortsgemeinde Mastershausen“. Hier sind Maßnahmen zuwendungsfähig zur Schaffung von Wohnraum in Altortslagen durch Umnutzung bzw. Vitalisierung leerstehender Bausubstanz, bauliche Maßnahmen zur Erneuerung, zum Aus-/Umbau oder zur Erweiterung älterer Gebäude. Sogar der Abbruch nicht erhaltenswerter bzw. baufälliger Gebäude in den Altortslagen zählt dazu. Ziele sind hierbei, den Zuzug von jüngeren Familien zu unterstützen und den Leerstand in den Dorfkernen zu verringern. Insgesamt gibt es zwischen dem Kreis und den Gemeinden eine Uneinigkeit darüber, wie viele Siedlungserweiterungen an den Dorfrändern noch ausgewiesen werden sollen, um das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung und die damit zusammenhängenden Dorfkernvitalisierung zu gewährleisten.

Fazit

Der Rhein-Hunsrück-Kreis hat die veränderten demografischen Rahmenbedingungen früh erkannt und einen konsequenten Weg zur Bewältigung des demografischen Wandels eingeschlagen. Grundlage dafür ist der unbeirrte **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Mit deren Erträgen sollen Projekte zur Verbesserung der Daseinsvorsorge und zur Anpassung an den demografischen Wandel finanziert werden.

Das **Klimaschutzkonzept** wird weiter Anwendung finden und der Rhein-Hunsrück-Kreis verfolgt deren Ziele bis 2020 und darüber hinaus. Als weitere Herausforderung werden die Siedlungsentwicklung und die Anpassung der sozialen Infrastruktur in den ländlich geprägten Regionen sowie die Steuerung auf Kreisebene gesehen. Eine Übertragbarkeit auf andere Regionen ist bei gleichen Rahmenbedingungen gegeben. Dazu zählen die günstigen Voraussetzungen für erneuerbare Energien, hier im speziellen die forstwirtschaftlich nutzbaren Biomassebestände sowie die guten Windbedingungen. Nächster Schritt wird sein, Unternehmen aus dem Bereich Erneuerbare Energien in den Kreis zu holen, um Arbeitskräfte in der Region zu halten und Perspektiven für junge Leute zu schaffen.

Kontakt:

Thomas Jakobs

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis, FB-Leiter Kreisentwicklung

Tel.: 06761/82-851

E-Mail: thomas.jakobs@rheinhunsrueck.de

Weiterführende Informationen:

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis (2017): Klimaschutz im Rhein-Hunsrück-Kreis.

<http://www.kreis-sim.de/Klimaschutz>

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis (2017): Projekt zur Daseinsvorsorge im Rhein-Hunsrück-Kreis. <http://www.zukunftsideeen.de>

4 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Mobilität

4.1 Ascheberg

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	wachsend
Einwohner (12/2015)	15.253
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	9,2
2011-2013 in %	0,2
2013-2015 in %	1,2
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	18,7
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	17,9
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	3.862
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	23,3
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	10,4
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	212
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	13,9

Ausgangssituation

Die Gemeinde Ascheberg ist im Süden des Münsterlandes gelegen, mit Verflechtungen einerseits in die Stadt Münster nach Norden und andererseits in die südlich angrenzenden Städte des nördlichen Ruhrgebiets, und weist über die vergangenen Jahre eine verhaltene Bevölkerungsentwicklung auf. Zielsetzung ist es, die Einwohnerzahl zu halten bzw. moderat zu wachsen, um die vorhandene Infrastruktur langfristig auszulasten und die Ortsentwicklung somit zu stabilisieren.

Die Gemeinde Ascheberg hat gemeinsam mit der Stadt Münster und weiteren zehn Umlandkommunen in den vergangenen Jahren ihre interkommunale Zusammenarbeit ausgebaut. Im letzten Jahr wurde die Zusammenarbeit im Bereich der Mobilität und Siedlungsentwicklung konkretisiert. Einen wesentlichen Punkt stellt in diesem Zusammenhang das Konzept der Velorouten dar, das in seinen Grundzügen und jeweiligen Teilabschnitten von den Kommunen zuvor politisch beschlossen wurde. Zielsetzung ist es, über eine verbesserte Fahrraderreichbarkeit (Alltagsradwegerouten mit definierten Standards und gleichzeitigem Ausbau von Knotenpunkten für Umstiege auf den öffentlichen Verkehr) den Modal Split zugunsten des Radanteils in Münster auf 50 % sowie im Umland auf 30 % zu erhöhen. Hintergrund ist, dass die Einwohnerzahl in der Stadt Münster in den letzten Jahren deutlich

gestiegen ist. Durch die Umlandkooperation und den Ausbau der Velorouten kann das Einwohnerwachstum in einer stadtreionalen Perspektive angegangen werden und es besteht die Möglichkeit, den Flächenverbrauch innerhalb der Region zu steuern.

Mit dem neuen stadtreionalen Mobilitätskonzept soll in Ascheberg und der gesamten Stadtregion die Standortattraktivität durch Mobilitätsalternativen im Umweltverbund gesteigert werden. Der Ausbau und die damit verbundene Nutzung der Velorouten bietet dabei eine gute Alternative zum MIV. Die stadtreionalen Velorouten und die damit verbundenen Ziele bedürfen einer Integration in die Raum- und Mobilitätsentwicklung in Ascheberg, wie auch in allen anderen stadtreionalen Kommunen, und fügen sich dabei gut in die Klimaschutzstrategie der Gemeinde Ascheberg ein.

Prozessablauf/Steuerung

Stadtreionale Leitvorstellungen (u.a. ein Leitbild für die Mobilität im Umweltverbund) wurden erarbeitet und in einem integrierten Konzept (Mobilität und Siedlungsentwicklung) zusammengeführt. Ein Fachgremium, zusammengesetzt aus Vertretern der kommunalen Verwaltungen, unter der Federführung einer Geschäftsstelle in der Stadt Münster, hat hierzu die operative Arbeit (Zusammenführung der gemeindlichen Planungen und Konzepte) durchgeführt. Fachgutachter haben die operative Arbeit ergänzt. Ein Gremium aus den Bürgermeistern der Umlandgemeinden sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Münster hat die Prozesse begleitet und gesteuert. Zudem wurden Vertreter aller Fraktionen der jeweiligen Stadt- bzw. Gemeinderäte in einer gemeinsamen Veranstaltung über den Umsetzungsstand und die Entwicklungsziele der stadtreionalen Kooperation informiert. Im November 2017 wurde darüber hinaus ein Rätetreffen mit dem Titel „Regionales Zukunftsforum Mobilität und Wohnen“ durchgeführt.

Die Erarbeitung des integrierten Entwicklungsansatzes wurde über den Stadt-Umland-Wettbewerb NRW **finanziert**. Der Ausbau der Velorouten soll unter anderem durch kommunale Eigenmittel und Fördermittel finanziert werden.

Velorouten Ausbau in Ascheberg

In der Planungsphase abgestimmt wurde, dass der Ausbau der Velorouten entlang der Wohnsiedlungsschwerpunkte sowie der Arbeitsplatzschwerpunkte erfolgt. Zudem erfolgt eine Verknüpfung von Strategien und Qualitäten in der Siedlungsentwicklung (z.B. Dichtediskussion) und der nachhaltigen Mobilitätsentwicklung in Ascheberg. Neben dem Ausbau (u.a. mit gesponserten Lichtkonzept sowie automatisierten Zählstellen) und der Verknüpfung mit dem ÖPNV werden weitere Bausteine, z.B. öffentliche Kommunikation oder der Ausbau Radlastenverkehr mitentwickelt.

Ziel der Stadtregion ist es, in den nächsten Jahren den Ausbau mindestens einer Route jährlich anzustoßen. Die zeitliche Priorisierung wird unter Berücksichtigung der örtlichen Entwicklungsgegebenheiten mit den Planungs- und Baulastträgern sowie den Fördermittelgebern abzustimmen sein. Die Verbindung nach Ascheberg erfüllt derzeit noch nicht die Anforderungen einer Veloroute. Entlang der L844 nach Davensberg gibt es bereits einen Radweg, dieser entspricht allerdings nicht den Anforderungen des Veloroutenkonzeptes. Ebenso ausbebaubedürftig ist der Radweg entlang der K39. Mit der Einführung des neuen Radwegformates werden deutliche Erhöhungen bei der Frequenz der Radfahrer erwartet.

Durch den Ausbau der Velorouten soll der Fahrradverkehr gefördert werden. Der Weg von Ascheberg in die Innenstadt von Münster mit dem Fahrrad würde etwa eine Stunde dauern, mit dem Auto sind es (ohne Stau) rund 30 Minuten. Ziele im südlichen Stadtbereich Münsters wären allgemein in deutlich kürzeren Zeiträumen erreichbar.

Die Velorouten sollen auch eine Alternative zu den klassischen Pendlerwegen mittels MIV zwischen Münster und seinen Umlandgemeinden bieten, um dem zukünftigen Verkehrsmengenwachstum zu begegnen. Außerdem wird die Reduzierung von Abgasemission und Lärmbelastung durch die Verlagerungen vom MIV auf das Fahrrad erwartet. Bei der Konzeption des gemeinsamen Veloroutenkonzeptes wurde auch die Anbindung an den ÖPNV berücksichtigt, so dass z.B. bei Einsetzen von Regenschauern ein Umstieg von Fahrrad auf den ÖPNV entlang der Route möglich ist. Da der Ascheberger Bahnhof etwas außerhalb des Zentrums und der geplanten Veloroute liegt, wird eine Anbindung an den Bahnhof Davensberg entlang der Route vorgesehen.

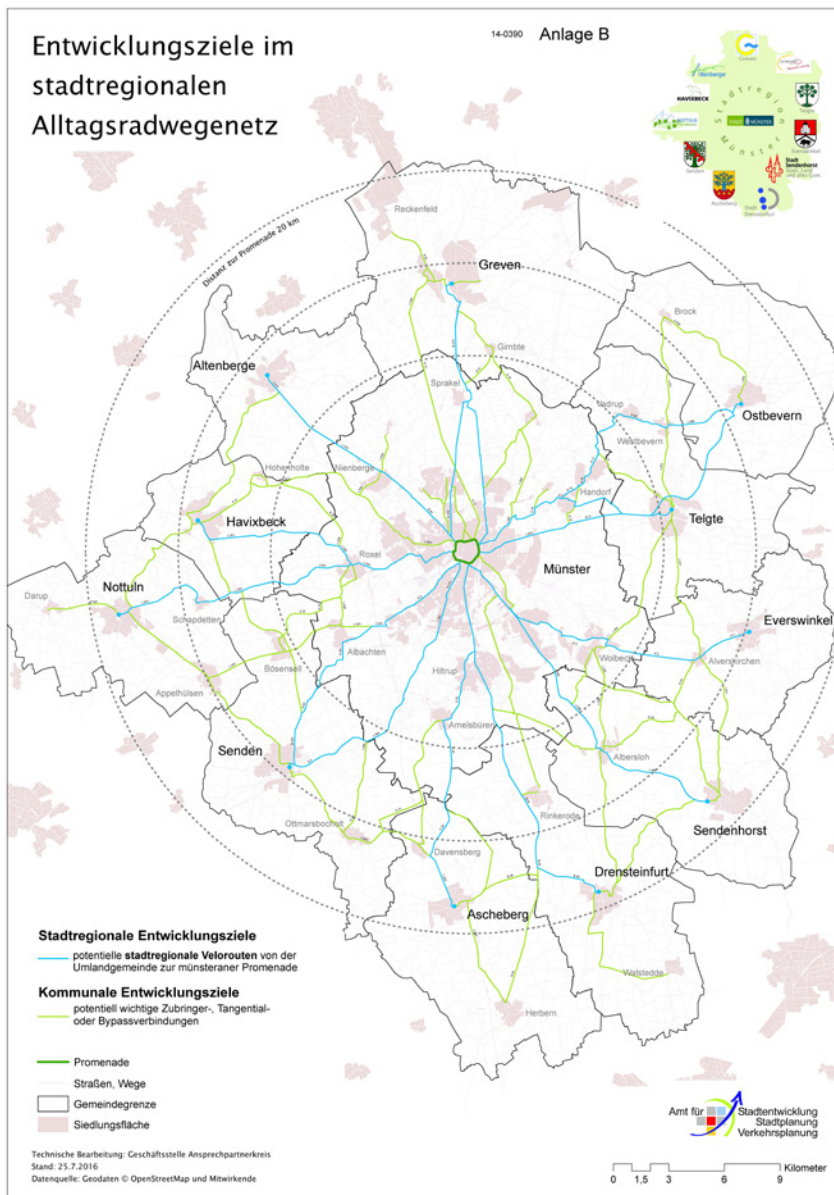


Bild 12: Übersicht über die geplanten Velorouten in der Stadtregion Münster, © Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung

Verknüpfung zur Siedlungsentwicklung

Der Veloroutenausbau erfolgt in Verknüpfung mit der aktuellen und künftigen Siedlungsentwicklung (Wohnsiedlungsschwerpunkte).

Die aktuell verfolgten Potenzialflächen befinden sich infolge der Konfiguration der Velorouten in deren unmittelbaren engeren Einzugsbereichen. Bei der Erschließung neuer Potentialflächen ist eine bestmögliche Anbindung an das Veloroutennetz (Velorouten, Zubringer-, Bypass- und Tangentialverbindungen) wie auch an das Schienen- und Busnetz obligatorisch.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, im Zuge der stadtreionalen Wohnsiedlungsentwicklung die städtebaulichen Qualitäten gemeindeübergreifend, standortgerecht und zeitgemäß weiterzuentwickeln und dabei insbesondere die Erfordernisse einer bezahlbaren Wohnraumversorgung zu berücksichtigen.

Weitere Klimaschutzaktivitäten in Ascheberg

Ascheberg hat ein Integriertes Klimaschutzkonzept. Der Veloroutenausbau integriert sich in die Klimaschutzziele von Ascheberg: Zu den Zielen zählt u.a. die Förderung des Radverkehrs. Im innerörtlichen Verkehr soll das Fahrrad sogar zum wichtigsten Verkehrsmittel werden.

Zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen gibt es in Ascheberg seit dem Frühjahr 2017 einen Klimaschutzmanager, der durch die Klimaschutzinitiative des Bundes für drei Jahre gefördert wird. Die Überprüfung der Zielerreichung findet z.B. durch (Zwischen-)Berichte und regelmäßige Energieberichte über den Energieverbrauch statt.

Im Rahmen der Initiative „100 Klimaschutzsiedlungen in NRW“ wurde beispielsweise eine Klimaschutzsiedlung in Ascheberg mit 26 Einfamilien- und Doppelhäusern errichtet. Dabei wurde z.B. durch die Ausrichtung der Baukörper versucht, die passive Solarenergie maximal auszunutzen. Die Käufer sind durch verschiedene Anforderungen einer Klimaschutzsiedlung in ihren Möglichkeiten zum freien Bauen eingeschränkt, da sie spezifische Auflagen erfüllen müssen. Damit verbunden sind teilweise auch höhere Kosten. Nichtsdestotrotz war das Projekt ein voller Erfolg für Ascheberg: Dies zeigt sich insbesondere darin, dass das letzte Grundstück bereits deutlich vor der angedachten Zeit vermarktet werden konnte. Grundsätzlich wird das Thema Klimaschutz sowie die Erfahrungen aus der Klimaschutzsiedlung bei der Bauleitplanung immer mitgedacht. Auch im stadtreionalen Kontext setzt sich Ascheberg ebenfalls für den Klimaschutz in der Bauleitplanung ein: Im Rahmen des stadtreionalen Arbeitskreises Klimaschutz sollen praktikable Kriterien für den Klimaschutz in der Bauleitplanung in der gesamten Stadtreion erarbeitet werden.



Bild 13: Klimaschutzsiedlung in Ascheberg, © Gemeinde Ascheberg

Fazit

Die Gemeinde Ascheberg verfolgt das Ziel eines moderaten Bevölkerungswachstums, um u.a. langfristig die bestehende Infrastruktur auslasten zu können. Die interkommunale Zusammenarbeit in der Stadtregion Münster hat unter anderem den Schwerpunkt der verkehrlichen Kooperation durch den Ausbau regionaler Velorouten und durch eine Vernetzung mit den öffentlichen Verkehrsträgern. Der Ausbau der Velorouten soll dabei entlang der Wohnsiedlungsschwerpunkte und in Verknüpfung zu öffentlichen Verkehrsträgern erfolgen. Dies bietet für die Gemeinde Ascheberg die Chance, die Attraktivität als Wohnstandort zu erhöhen und dadurch die Einwohner zu halten und ggf. neue Einwohner zu gewinnen. Dadurch wird ein Beitrag zur **Bewältigung des demografischen Wandels geleistet**. **Synergien zum Klimaschutz** sind durch die Förderung des nicht motorisierten Individualverkehrs klar erkennbar (Beitrag zur Einsparung von Abgasemission). Der Ansatz integriert sowohl stadtreionale Perspektiven und Planungen sowie die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung, ein Ansatz der bis jetzt in dieser Form noch nicht in Deutschland realisiert wurde.

Kontakt:

Martin Wolf
 Klimaschutzmanager Gemeinde Ascheberg
 Tel.: 02593/609 72
 E-Mail: wolf@ascheberg.de

Weiterführende Informationen:

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): StadtUmLand.NRW. Stadtregion Münster. <http://www.stadtumland-nrw.de/phase-2-ergebnisse/stadtregion-muenster.html>

4.2 Saarpfalz-Kreis

Rahmendaten

Bundesland	Saarland
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend und überaltert
Einwohner (12/2015)	73.784
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	-6,6
2011-2013 in %	-0,8
2013-2015 in %	0,4
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	14,1
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	23,9
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	64.463
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	13,6
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	2,6
Pendlersaldo	positiv
Arbeitslose	4081
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	28

Ausgangssituation

Bis 2030 wird die Zahl der über 75-Jährigen – auch im Saarpfalz-Kreis - stark zunehmen. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf die öffentliche Daseinsvorsorge, zu der auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gehört. Dabei steht der ÖPNV vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen wird sich seine Kundenstruktur stark ändern, zum anderen wird die Versorgung auf dem Land immer schwieriger, da die Nachfrage tendenziell sinkt und angesichts der Schuldenbremse mit geringeren staatlichen Ausgleichszahlungen gerechnet werden muss.

Neben den Älteren sind auch Menschen mit Behinderungen auf ein entsprechendes Angebot im ÖPNV angewiesen. Fast 11 % der Saarländerinnen und Saarländer leiden unter einer Behinderung, mehr als die Hälfte davon an einer erheblichen Gehbehinderung. Nach den Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) muss bis zum Jahr 2022 diesen besonderen Belangen durch eine vollkommene Barrierefreiheit des ÖPNV entsprochen werden.

Prozessablauf/Steuerung

Das Projekt baut auf den Ergebnissen des abgeschlossenen Projektes Mobia (Mobil bis ins Alter) auf. Der ursprünglich von dem Verkehrsunternehmen Saarbahn GmbH in Saarbrücken angebotene Mobia-Service ist an das neue mobisaar-Konzept angepasst worden und wird in mehreren Schritten auf das gesamte Saarland ausgedehnt. Kernelemente des Projektes sind von sogenannten Mobilitätslotsen angebotene Dienstleistungen, verbunden mit einer Anwendung über ein Smartphone (Fahrgast-App, Lotsen-App). Die Lotsen helfen beim Ein- und Aussteigen und begleiten bei Bedarf Fahrgäste während der gesamten Fahrt mit Bus und Bahn. Darüber hinaus bieten die Lotsen Orientierungshilfe an wichtigen Umstiegshaltestellen und bieten Unterstützung beim Bedienen der Fahrkartensysteme an oder beraten bei Fragen zum Fahrplan. Die mobisaar-Lotsen werden individuell nach einem Schulungskonzept eingearbeitet, fachlich begleitet und tauschen sich untereinander aus. Als hauptamtliche Lotsen werden Beschäftigte des öffentlich geförderten Arbeitsmarkts eingesetzt. Insbesondere in ländlichen Bereichen werden die hauptamtlichen Lotsen sukzessive durch ehrenamtliche Lotsen unterstützt. Die Lotsen können per App, aber auch per Telefon oder E-Mail gebucht werden. Hierzu wurden eine eigene Buchungs-App sowie eine Buchungsw Webseite entwickelt. Auch für die Lotsen wurde eine eigene App entwickelt. Mit der Lotsen-App werden die Lotsen automatisch eingeteilt. Die App registriert, welche Lotsen zur Verfügung stehen und dirigiert diese zu den Fahrgästen. Das Projekt mobisaar hat zum Ziel, mobilitätseingeschränkten Menschen die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erleichtern. Bestehende Barrieren im ÖPNV sollen durch moderne Dienstleistungen und Techniken überwunden und damit die Attraktivität des öffentlichen Verkehrsangebotes gesteigert werden. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Das finanzielle Volumen des mobisaar-Projektes umfasst mehr als 8 Millionen Euro. Der Förderanteil des BMBF beläuft sich auf 59 %, also rund 4,8 Millionen Euro. Das saarländische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr finanziert zusätzlich die Erfassung der Haltestelleninfrastruktur und anteilig eine Seniorenberaterin im Saarländischen Verkehrsverbund (saarVV).



Bild 14: Nutzung von mobisaar, © Saarbahn GmbH

Übertragbarkeit

Das Projekt „mobisaar“ baut auf den Ergebnissen des Projektes Mobia (Mobil bis ins Alter) auf. Das Projekt „mobisaar“ startete im Jahr 2015 zunächst im Regionalverband Saarbrücken. Im Sommer 2016 wurde der mobisaar-Service auf den **Saarpfalz-Kreis** und im Herbst 2017 auf den Landkreis Neunkirchen ausgeweitet. Bis 2019 werden weitere Landkreise im Saarland sukzessive in das Projekt einbezogen, sodass in 2019 ein saarlandweites Angebot vorhanden ist, dass nach Projektende auf andere Regionen übertragen werden kann.

Fazit

Im Zuge des demografischen Wandels steigt die Zahl der älteren Menschen. Die Zahl der mobilitätseingeschränkten Personen nimmt zu. Mit dem Projekt „mobisaar“ wird mobilitätseingeschränkten Personen die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erleichtert. Personen mit Behinderungen sowie älteren Personen ermöglicht das Projekt eine verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und leistet einen Beitrag zur **Sicherung der Daseinsvorsorge**. Das Projekt trägt somit zur **Abmilderung der Folgen des demografischen Wandels** bei. Durch die Fokussierung auf den ÖPNV wird gleichzeitig ein Beitrag zum **Klimaschutz** geleistet. Der Einsatz von Beschäftigten des öffentlich geförderten Arbeitsmarkts als Lotsen bietet den Beschäftigten neue Perspektiven. Durch die Entwicklung und den Einsatz von Apps wird die **Digitalisierung** für eine benutzerfreundliche Gestaltung des Angebots genutzt.

Kontakt:

Katharina Meßner-Schalk
Projektkoordination Saarbahn GmbH
Tel.: 0681/5003170
E-Mail: katharina.messner-schalk@saarbahn.de

Weiterführende Informationen:

Saarbahn GmbH (2016): mobisaar-Lotsenservice (PDF Dokument). <http://www.mobisaar.de/media/download-571e21237f13b>

Der mobisaar-Service. <http://www.mobisaar.de/>

4.3 Luckow/Rieth

Rahmendaten

Bundesland	Mecklenburg-Vorpommern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfende Landgemeinde
Einwohner (12/2015)	589
Einwohnerentwicklung	
▸ 2011-2013 in %	-4,12
▸ 2013-2015 in %	-2,64
Wirtschaftsstruktur	
▸ Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	34
▸ SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-14,3
▸ SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-11,8
▸ Pendlersaldo	negativ

Ausgangssituation

Der Ortsteil Rieth der Gemeinde Luckow gehört zum Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern und liegt damit im äußersten Nordosten Deutschlands an der Ostsee, in unmittelbarer Nachbarschaft zur polnischen Grenze. Derzeit leben in Rieth etwa 150 Personen.

Prozessablauf/Steuerung

Das Multiple Haus in Rieth wurde seit dem Jahr 2011 aus einem alten Stallgebäude aufgebaut. Das Gebäude wurde von zwei Privatinvestoren zur Verfügung gestellt. Es wurde ein Multifunktionsraum mit Sanitär- und Kücheneinrichtung ausgebaut und ein Schranksystem errichtet, in dem die notwendigen Utensilien verschiedener Dienstleister verstaut werden können. Die Dienstleister teilen sich als feste Nutzer die Räumlichkeiten. Ergänzt wird das Konzept des Multiplen Hauses seit Mai 2016 durch einen „virtuellen Tante Emma Laden“: Der virtuelle Laden ist ein innovatives Bestellsystem, das auch Internet ungeübten Menschen das Online-Einkaufen ermöglicht. Das speziell entwickelte Spracherkennungsprogramm „Fritze“ führt als Avatar durch den Bestellvorgang und erleichtert das Bestellen von Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs. Das Haus ist Teil eines Netzwerks von insgesamt fünf Multiplen Häusern in der Region Stettiner Haff.

Die **Finanzierung** des Baus erfolgte durch die privaten Investoren mit Unterstützung aus EU-Fördermitteln aus dem LEADER-Programm im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Die Betriebskosten erbringen z.B. der Dorfverein oder Dienstleister, die die Raummiete entrichten.

Relevante Themenfelder

Mobilität und Verbesserung der Daseinsvorsorge: Das Konzept der Multiplen Häuser reagiert auf mangelnde Versorgungs- und Mobilitätsstrukturen, indem die Mobilität von Dienstleistern gefördert wird. Derzeit wird das Haus zweimal in der Woche für drei bis vier Stunden von einer Physiotherapeutin genutzt, einmal im Monat kommt eine Friseurin in das Haus.

Auch der Dorfverein trifft sich im Multiplen Haus, oder der Raum kann für Familienfeiern gemietet werden, so dass das Haus für Aktivitäten der Einwohner Raum bietet. Die ursprüngliche Idee, dass das Haus auch durch Ärzte genutzt und somit eine medizinische Versorgung der Bevölkerung gewährleistet wird, wird angestrebt, da die letzte verbliebene Arztpraxis im Nachbarort aus Altersgründen geschlossen wurde. Die Installation eines Gemeindepflegers erwies sich als nicht sinnvoll.



Bild 15: Außenansicht des Multiplen Hauses „Seesalon“, © Marco Dorka, traumHaff GmbH



Bild 16: Nutzung des Multifunktionsraums durch eine Friseurin, © Fotograf Marek Kowalczyk



Bild 17: Nutzung des Multifunktionsraums im Multiplen Haus „Seesalon“ durch eine Physiotherapeutin (Links) sowie der für eine Feier geschmückte Raum (rechts), © Marco Dorka, traumHaff GmbH; Fotograf Marek Kowalczyk

Kommunikation

Zum Erfahrungsaustausch wurde das Netzwerk „Multiple Häuser“ eingerichtet. Es ist auch weiterhin aktiv, d.h. es finden Treffen statt, bei denen die Mitglieder aktuelle Fragen diskutieren.

Der Online-Shop wurde im Jahr 2014 für seine beispielgebende Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum in der Kategorie „Virtuelle Tante Emma“ durch den Landesentwicklungsminister prämiert.

Übertragbarkeit (Konzepte und Prozesse)

Laut den Betreibern des Multiplen Hauses Rieth läuft das Projekt gut und wird von der Bevölkerung genutzt. Es sei jedoch wichtig, dass eine Person bzw. eine Gruppe von Personen „den Hut auf hat“ und die Einrichtung dieses Hauses vorantreibt. Generell sei das Projekt auch für andere Kommunen im ländlichen Raum zu empfehlen. Es existiert bereits ein weiteres Multiples Haus in Sachsen, die Errichtung weiterer Häuser ist in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Rheinland-Pfalz geplant.

Fazit

Multiple Häuser bzw. die Mobilität der Dienstleister in Verbindung mit einem virtuellen „Tante Emma Laden“ sind ein sinnvolles Konzept für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und mildern dadurch die Folgen des **demografischen Wandels** ab. Sie bieten Dienstleistern die Möglichkeit, ihre Kunden an einzelnen Tagen zu empfangen, ohne für die gesamte Zeit die volle Miete zahlen zu müssen. Für die Bevölkerung erhöht sich die Attraktivität für das Leben auf dem Land, da auf diese Weise nicht für jede Dienstleistung und für jeden Einkauf die nächste Stadt aufgesucht werden muss. Dies ist insbesondere für Personen mit eingeschränkter Mobilität hilfreich.

Zudem reduziert sich durch die Versorgung vor Ort die Zahl der Fahrten mit dem PKW, was zu einer Verringerung der Luftschadstoff- und Treibhausgasemissionen führt.

Kontakt:

Dirk Bartelt und Marco Dorka
traumHaff GmbH
Tel.: 039775/26901
E-Mail: info@ostseeferienhaus.de

Weiterführende Informationen

Riether Winkel (o.J.): <http://www.riether-winkel.de/leben/>

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (o.J.b): Standorte der „Neuen Dorfmitte“. <http://www.neue-dorfmitte-mv.de/Standorte>

Rb Architekten (2017): Multiple Häuser als gemeinschaftlicher Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft. <http://www.multiples-haus.de/>

4.4 Uckermark

Rahmendaten

Bundesland	Brandenburg
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend
Einwohner (12/2015)	121.014
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	-21,8
2011-2013 in %	-2,2
2013-2015 in %	-0,3
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	13,7
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	25,3
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	37.782
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-7,0
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	0,2
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	9.371
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	77,4

Ausgangssituation

Der Landkreis Uckermark liegt im äußersten Nordosten des Landes Brandenburg, etwa 80 km nördlich von Berlin, an der polnischen Grenze. Mit seinen über 3.000 km² Fläche und ca. 121.000 Einwohnern gehört diese Region zu den am dünnsten besiedelten Gebieten Deutschlands. Als strukturschwache periphere Region ist die Uckermark in hohem Maße vom demografischen Wandel betroffen: Die Bevölkerungszahl ist in den letzten Jahren um etwa 25 % geschrumpft, einhergehend damit kam es zur Abwanderung insbesondere junger und gut qualifizierter Menschen.

Mit einem unterdurchschnittlichen Anteil von Einwohnern unter 18 und überdurchschnittlich vielen Menschen über 65 Jahren muss sich die Region auch weiterhin auf schrumpfende Bevölkerungszahlen in Verbindung mit einer Überalterung der Gesellschaft einstellen. Prognosen zufolge werden im Jahr 2030 nur noch etwa 100.000 Menschen in der Uckermark leben.

Prozessablauf/Steuerung

Im August 2012 wurde von der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH (UVG) der sogenannte KombiBus installiert. Hierbei übernehmen die Linienbusse des öffentlichen Personennahverkehrs weitergehende Transportfunktionen, wie z.B. den Transport von Klein- und Kleinstmengen (max. 200 kg) an Lebensmitteln, Briefen, Paketen oder Gepäck. Gefahrstoffe oder übelriechende Substanzen sind ausgeschlossen. Es sind Transporte innerhalb des Landkreises Uckermark und nach Berlin möglich. Seit Juli 2013 besteht darüber hinaus die Möglichkeit, Waren, die im Einkaufszentrum der Stadt Schwedt/Oder erworben wurden, an gewünschte Haltestellen oder Stationen liefern zu lassen.

Vorangegangen war eine Ausschreibung des Bundes für eine Förderung im Rahmen des Modellvorhabens „Daseinsvorsorge 2030“, auf die sich die UVG beworben hat. Die Idee, Güter in Linienbussen zu versenden, wurde in der Uckermark bereits in den 1960er und ´70er Jahren praktiziert, indem Postsäcke transportiert wurden.

Im Zuge der Umsetzung des Projekts wurde ein „integraler Taktfahrplan“ eingerichtet. Dabei wurden die Abfahrtszeiten der verschiedenen Buslinien aufeinander abgestimmt und an den Bahnverkehr angepasst, um einen reibungslosen Transport von Personen und Gütern zu gewährleisten.

Die Sendungen können telefonisch, per Fax, E-Mail und online bis spätestens 18.00 Uhr des Vortags angemeldet werden. Bei freien Kapazitäten sind im Rahmen eines Expressdienstes sogar Anmeldungen am gleichen Tag möglich. Um die Koordination des KombiBus-Angebots sowie um weitergehende Beratung kümmern sich KombiBus-Beauftragte und –Bearbeiter der UVG.

Die **Finanzierung** erfolgt über die Transportentgelte für die Sendungen. Die Preise richten sich nach der Entfernung, die die Lieferung zurücklegt, sowie nach deren Gewicht. In der Planungs- und Anfangsphase wurde das Projekt durch das Programm „Daseinsvorsorge 2030“ des Bundes gefördert (2012-2013).

Relevante Themenfelder

Das KombiBus-Angebot hat zum Ziel, mehr Lebensqualität im ländlichen Raum zu schaffen und wirkt sich insbesondere auf die folgenden Themenfelder aus.

Vor allem die **lokale Wirtschaft** profitiert von den neu gewonnenen Transportmöglichkeiten. Regional erzeugte landwirtschaftliche Produkte können auf diesem Wege auch in kleineren Mengen direkt vermarktet werden und erreichen taggleich (in der Regel innerhalb von zwei Stunden) ihren Zielort. Zudem haben Erzeuger die Möglichkeit, ihre frischen Produkte bis nach Berlin auszuliefern. Kleinere Lebensmittelläden in entlegenen Dörfern können auf diese Weise mit frischer, regional erzeugter Ware beliefert werden, so dass die Eigenversorgung der Bevölkerung verbessert wird. Händler können ihre Läden als Annahme- und Abholstation zur Bündelung und Zwischenlagerung der Ware anbieten und dadurch freie Lagerkapazitäten nutzen oder neue Kunden gewinnen. Über eine zukünftig geplante „Frachtraumbörse“ haben regionale Erzeuger und Transporteure die Möglichkeit, über die UVG freie Transportkapazitäten zu nutzen.

Auch die **Tourismusbranche** wird durch die Nutzung des KombiBusses gefördert. Entlegene Gaststätten und Hotels können ihre Gäste mit regional erzeugten, frischen und hochwertigen Produkten bewirten. Zudem werden die Busse zur Überführung von Gepäckstücken bei Wanderungen und zur Rückführung von Mietfahrrädern genutzt.

Der Rückgang der Bevölkerungszahlen geht mit sinkenden Fahrgastzahlen einher. Hierdurch wird es für den **öffentlichen Personennahverkehr** zunehmend schwierig, im dünnbesiedelten Raum ein flächendeckendes Liniennetz anzubieten. Durch die Nutzung der freien Kapazitäten zur Lieferung von Gütern ist es möglich, die Zuschüsse an den ÖPNV durch die öffentlichen Haushalte zu senken und die Angebotsqualität zu erhalten. Die Einrichtung des „integralen Taktfahrplans“ wirkt sich auch auf die Attraktivität des ÖPNV für den Personentransport aus, so dass eine Steigerung der Fahrgastzahlen verzeichnet werden konnte.

Übertragbarkeit (Konzepte und Prozesse)

Das Prinzip des Gütertransports in Linienfahrzeugen wird auch in anderen Ländern, z.B. in Skandinavien, umgesetzt. Es ist insbesondere für dünn besiedelte Regionen zu empfehlen, um freie Kapazitäten im ÖPNV wirtschaftlich zu nutzen, anstatt das Angebot zu verkleinern. Es ist dabei jedoch wichtig, die Mitarbeiter für das Prinzip zu begeistern, da durch das Be- und Entladen zusätzliche Arbeit anfällt. Zudem werden Räumlichkeiten benötigt, um die Güter zwischenzulagern (mündl. Mitt. Frau Förster, UVG).

Neue Herausforderungen

Insgesamt wird der KombiBus gut angenommen und genutzt. In dünn besiedelten Gebieten ist es jedoch auch zukünftig eine finanzielle Herausforderung, ein flächendeckendes Liniennetz zu betreiben, so dass es immer wieder zu Streichungen von Fahrten kommen kann. Des Weiteren werden zunehmend auch Niederflurbusse eingesetzt. Hier bieten sich Regalsysteme an, die eingebaut werden sollten. Dies stellt auch einen positiven Effekt für die Fahrgäste dar, die ihr Gepäck dort sicher verstauen können, wenn keine KombiBus-Lieferung erfolgt.

Fazit

Die Einrichtung des KombiBus-Angebots und die damit verbundene verbesserte Mobilität und Versorgung der Menschen trägt zur **Sicherung der Daseinsvorsorge** im ländlichen Raum bei und wirkt sich positiv auf den **demografischen Wandel** aus. Die Förderung der lokalen Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und ist somit ein wichtiger Faktor für den Verbleib von Personen im erwerbsfähigen Alter in der Region. Die Bewahrung der Angebotsqualität des ÖPNV ist insbesondere für ältere Menschen mit ggf. eingeschränkter Mobilität von hoher Bedeutung, um z.B. Arztbesuche wahrnehmen zu können. Durch die Belieferungen von Lebensmittelläden können Bewohner abseits gelegener Dörfer in fußläufiger Entfernung frische Ware einkaufen. Zudem werden die Läden als Treffpunkte und Orte des sozialen Miteinanders gestärkt.

Die Nutzung vorhandener Transportkapazitäten und die damit verbundene Vermarktung regionaler Produkte führen durch die Bündelung der Ressourcen zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens und tragen durch die Einsparung von Treibhausgasen zum **Klimaschutz** bei.

Die UVG wurde für die Einrichtung des KombiBusses mehrfach mit nationalen und internationalen Preisen ausgezeichnet.



Bild 18: Kühlboxtransport, © Uckermärkische Verkehrsgesellschaft



Bild 19: Warenannahme, © Uckermärkische Verkehrsgesellschaft



Bild 20: Mobiler Briefkasten, © Uckermärkische Verkehrsgesellschaft

Kontakt:

Marita Förster
Uckermärkische Verkehrsgesellschaft
Tel.: 03332/442713
E-Mail: kombibus@uvg-online.de

Weiterführende Informationen

Müller, Torsten (2016): Transport auf dem Land: In der Uckermark kommt der Quark mit dem Bus.
In: Berliner Zeitung (Hrsg.).

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/transport-auf-dem-land-in-der-uckermark-kommt-der-quark-mit-dem-bus-24824904>

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (o.J.): Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Modellvorhaben LandZukunft. Förderregion Uckermark.

<https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/LandZukunft/texte/Dossier-LandZukunft.html?notFirst=true&docId=7641920>

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2014): Modellvorhaben Daseinsvorsorge 2030. Innovativ und modern – eine Antwort auf den demographischen Wandel (PDF Dokument).

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/bilanz-modellvorhaben-daseinsvorsorge-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Landkreis Uckermark (2017): Uckermark.

<https://www.uckermark.de/>

UVG Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH: UVG online.

<http://www.uvg-online.com/de/auf-der-erfolgsspur-mit-dem-uvg-kombibus/kombibus.html>

4.5 Hürtgenwald-Gey/Eifel

Rahmendaten (Hürtgenwald)

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	leicht wachsend
Einwohner (12/2015)	8.780
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	3,6
2011-2013 in %	-0,7
2013-2015 in %	2,3
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	16,3
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	21
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	1.173
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	5,1
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	3,8
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	146
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	16,6

Ausgangssituation

In der Mittelgebirgsregion Eifel verfügen über 60 % der Haushalte laut einer LEADER-Befragung über mindestens zwei Autos. Hintergrund sind die vergleichsweise langen Distanzen, die für den Weg zur Arbeit oder Ausbildungsstätte, zu Freizeitaktivitäten oder zum Einkaufen überbrückt werden müssen. Das Fahrrad als Fortbewegungsmittel für kurze Distanzen ist aufgrund der Topographie für viele Menschen keine Alternative. Auch der ÖPNV stellt, obwohl er gut entwickelt ist, für viele Haushalte keine echte Alternative zum Auto dar. Daher wurde im Rahmen von LEADER das Projekt „Eifel Mobil“ ins Leben gerufen, mit dem Ziel, Organisationsformen für die geteilte Nutzung von Fahrzeugen im ländlichen Raum zu erproben. Aufgrund der positiven Resonanz und Nutzung wurde das Angebot in zwei Dörfern nach Projektende eigenständig weitergeführt, u.a. mit dem Dorfauto Gey in Hürtgenwald-Gey.

Prozessablauf/Steuerung

LEADER Projekt „E-ifel Mobil“

Als eines von fünf teilnehmenden Dörfern des LEADER-Projektes „E-ifel Mobil“ wurde dem Ort Hürtgenwald-Gey im Jahr 2013 ein Elektroauto sowie zwei Pedelecs für eine ca. achtmonatige Testphase (September 2013-April 2014) kostenneutral durch lokale Energieversorger und die Kreisverwaltung Düren zur Verfügung gestellt. Ziel des LEADER-Projektes war es, die Bedarfe in Bezug auf Car-Sharing und E-Mobilität zu identifizieren. Während der Projektlaufzeit übernahm die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Eifel die Projektsteuerung, eine Privatperson übernahm die Koordination vor Ort in Hürtgenwald. Für das Dorfauto wurde ein Google Blog mit einem Buchungskalender erstellt, über den die Interessenten das Auto buchen konnten. Auch persönlich, telefonisch oder per E-Mail konnten Buchungsanfragen gestellt werden. Die Nutzung des Autos war während der Testphase für die Nutzer kostenlos.

Bereits während der Testphase bildete sich ein fester Nutzerstamm des Dorfautos. Obwohl die Bewohner von Hürtgenwald dem Dorfauto zunächst skeptisch gegenüberstanden, konnte der Nutzerstamm durch persönliche Ansprache und eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erweitert werden. Dadurch konnte das Dorfauto ausgelastet werden. Ca. 40 Bewohner nutzten das Dorfauto während der Testphase und legten damit insgesamt ca. 8.000 Kilometer zurück.

Während der Testphase fand auch ein reger Austausch mit den anderen Dörfern statt, die am LEADER-Projekt beteiligt waren (Dorfauto Freilingen, Dorfauto Eicherscheid, Dorfauto am Thürne und die Pedelecs Berg), man präsentierte sich z.B. gemeinsam auf der Internationalen Grünen Woche. Außerdem wurden die Projekte gemeinsam als innovatives und zukunftsweisendes Projekt im Rahmen des bundesweiten Innovationswettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet.

Verstetigung des Projektes als „Dorfauto Gey“

Bereits gegen Mitte der Testphase wurde von den Nutzern der Wunsch geäußert, dass das Projekt auch nach Ende der Projektlaufzeit weitergeführt wird. Dafür war zunächst eine betriebswirtschaftliche Kalkulation nötig. Es musste die Unternehmensform festgelegt und Sponsoren für die Anschaffung eines Fahrzeuges gefunden werden. Unterstützend wirkte sich dafür der zeitweise sehr hohe regionale Bekanntheitsgrad des Projektes aus, der durch das LEADER-Projekt entstand. Nach einer mehrmonatigen Vorbereitungszeit konnte das Dorfauto Gey seit Februar 2015 dauerhaft in Betrieb genommen werden. Für den Betrieb gründeten die Vor-Ort-Koordinatorin des LEADER-Projektes und ein Ortsvorsteher eine Unternehmergeellschaft (UG). Das Angebot steht nun für alle Bewohner aus Hürtgenwald-Gey sowie Bewohnern aus den Nachbarorten Straß, Schafberg und Horm zur Verfügung.

Die **Finanzierung** des Dorfautos findet durch Werbepartner und die Nutzungsgebühren statt. Die Gebühren setzen sich aus einem monatlichen Grundpreis sowie den Kosten für die tatsächlich gefahrenen Kilometern (zwischen 0,10 und 0,20 €/km je nach Tarif) und gebuchten Stunden (zwischen 0,50 und 2,00 €/h je nach Tarif) zusammen. Für die monatliche Grundgebühr gibt es verschiedene Tarif-Optionen (Wenig-, Mittel- und Viel-Fahrer) mit monatlichen Beiträgen zwischen 5 und 45 Euro. Es ist auch möglich, das Auto als „Einmal-Fahrer“ zu nutzen, allerdings nur zweimal jährlich. Zusätzlich gibt es Sondertarife für Familien und Paare sowie den „Disco-Tarif“ (Rabatt auf die Fahrtkosten zwischen 20 Uhr und 08 Uhr).

Während der Testphase war die Verwaltung und Koordination des Dorfautos aufwendig. Dies wurde mit der Verstetigung des Projektes optimiert, um die Koordinatoren zu entlasten. Dafür wurde z.B. durch ein automatisiertes Buchungssystem geschaffen.

Gleichzeitig trägt dies auch zur Verbesserung des Nutzungskomforts bei. Derzeit liegt die Nutzung bei ca. 40 Nutzern. Zunächst waren es vier Dauernutzer, wobei das Auto zuletzt von zwei Personen fest genutzt wurde.

Neue Herausforderungen

Das Projekt wird zukünftig durch die Gemeinde übernommen. Hintergrund dafür ist, dass sich die gewählte Unternehmensform (UG) als ungeeignet herausgestellt hat, da keine Spenden oder Unterstützungen in Anspruch genommen werden können. Außerdem sind die Verwaltungskosten hoch. Der Wechsel zu einem Verein war nicht möglich, da dafür genügend Nutzer fehlten. Rückblickend wäre es aus Sicht der Koordinatoren sinnvoll gewesen, wenn direkt zwei Fahrzeuge angeschafft worden wären, um den Nutzern mehr Flexibilität zu ermöglichen. Außerdem ist eine Dorfgemeinschaft, die sich für das Projekt einsetzt und es mitträgt, wichtig für den Projekterfolg.

Fazit

Mit Hilfe des LEADER-Projektes konnten an fünf Standorten Modelllösungen in Bezug auf eine nachhaltige Mobilität aufgezeigt werden. Neben der Sensibilisierung und Information zu den Themengebieten des „Mobilitätswandels“, der „Elektromobilität“ und der „Regenerativen Stromerzeugung in der Region“, standen örtliche Prozesse im Mittelpunkt, sowie der Dialog mit den Nutzern. Die gemeinschaftliche Nutzung von Elektroautos und E-Bikes stellte in der Testphase ein neues Mobilitätskonzept für den ländlichen Raum dar. Durch das Projekt gelang es in zwei Modelldörfern ein Mobilitätsangebot zu initiieren, das über die Testphase hinaus geht und an die Bedürfnisse der Bewohner angepasst ist.

Durch das alternative Mobilitätsangebot in Hürtgenwald-Gey kann eine Stärkung des bürgerlichen Engagements und damit verbunden die Steigerung der Lebensqualität und Attraktivität der Bewohner erreicht werden. Damit wird mit dem Projekt ein Beitrag zur **Bewältigung des demografischen Wandels** geleistet. Von bürgerschaftlichen Initiativen organisiert funktioniert das Carsharing Angebot in diesem Beispiel einwandfrei. Durch die Förderung der E-Mobilität wird zusätzlich ein **Beitrag zum Umweltschutz** geleistet.

Kontakt:

Sylvia Fahle
Dorfauto Gey
Tel.: 02429/2383
E-Mail: sylvia.fahle@gmx.de

Weiterführende Informationen:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): Infoportal Zukunft.Land. Erfolgsgeschichten. Mobilität. Fahren und gefahren werden – neue Mobilität in der Eifel.

<https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Erfolgsgeschichten/Mobilitaet/texte/Dossier-Mobilitaet.html?docId=8536076>

Dorfauto Gey UG (2017): Internetseite des Dorfauto Gey.

<https://gey.mobilesdorf.de/>

Lokale Aktionsgruppe der LEADER-Region Eifel (2015): E-ifel mobil. Gemeinsame Fahrzeugnutzung und Elektromobilität im ländlichen Raum. Ergebnisse des LEADER-Projektes. Nettersheim (PDF Dokument). <https://www.kreis-euskirchen.de/umwelt/downloads/kreisentwicklung/Eifelmobil.pdf>

LAG der Leader Region Eifel beim Naturpark Nordeifel e.V. (o.J.): Projekte 2007 – 2013. E-ifel mobil. http://www.leader-eifel.de/de/projekte_2007_2013/E-ifel-mobil.html

5 Beispiel für einen integrierten Ansatz mit Schwerpunkt Wasserversorgung/Abwasserentsorgung

5.1 Könnern

Rahmendaten

Bundesland	Sachsen-Anhalt
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend/überaltert
Einwohner (12/2015)	8.603
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-3,1
2013-2015 in %	-1,6
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	14,2
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	23,4
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	2.465
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	3,8
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	461
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	53,6

Ausgangssituation

Aus wirtschaftlichen Gründen ist es nicht immer möglich, Grundstücke an zentrale Abwasserentsorgungsanlagen anzuschließen (z.B. bei Grundstücken im Außenbereich oder bei geringer Besiedlungsdichte). Die Verantwortung für die Abwasserentsorgung liegt dann beim Grundstückseigentümer selbst. Grundsätzlich sind zwei Vorgehensweisen für den Eigentümer möglich: Die Installation einer eigenen, dezentralen Abwasserbehandlungsanlage (Kleinkläranlage) oder das Sammeln des Abwassers in einer abflusslosen Sammelgrube mit anschließender Abfuhr und Aufbereitung in eigenen Anlagen durch die Gemeinde bzw. den Verband. Auch im Zuständigkeitsgebiet des Wasserzweckverbandes Saale-Fuhne-Ziethe gibt es Ortsteile, deren Anschluss an zentrale Anlagen unwirtschaftlich ist. Eine Studie ergab, dass sich zentrale Abwasserentsorgungssysteme für den Wasserzweckverband erst ab 200 Einwohnern rentieren. Bereits damals war daher absehbar, dass es Gebiete gibt, in denen sich eine zentrale Kanalisation nicht lohnt. Dies betraf insbesondere drei Ortsteile von Könnern mit weniger als 50 Einwohnern. Mitte der 2000er Jahre wurde daher ein Pilotprojekt zur dezentralen Abwasserentsorgung in den drei Ortsteilen von Könnern durchgeführt. Das Projekt hatte zum Ziel, Informationen über Kosten und Einsparpotentiale von dezentralen Abwasserbeseitigungsanlagen zu ermitteln.

Prozessablauf/Steuerung

Der Wasserzweckverband „Saale-Fuhne-Ziethe“ ist als Körperschaft des öffentlichen Rechtes für die Abwasserentsorgung im gesamten Verbandsgebiet zuständig und hat ein Pilotvorhaben zur Errichtung dezentraler vollbiologischer Kläranlagen umgesetzt. Der Wasserzweckverband Saale-Fuhne-Ziethe war einer von zwei Verbänden, die sich an dem Vorhaben beteiligt haben. Das Pilotprojekt wurde durch das Umweltministerium Sachsen-Anhalt **finanziell unterstützt**.

Die Vorbereitungen für das Pilotprojekt begannen im Jahr 2004. Hier waren vor allem intensive Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern notwendig, um entsprechende Verträge zu schließen. Im Mai 2005 konnten schließlich alle Anlagen in Betrieb genommen werden. Insgesamt wurden 20 Anlagen in Betrieb genommen, darunter Einzel- und Gruppenanlagen (bis zu sechs Haushalte teilen sich eine Anlage).

Der Wasserzweckverband übernahm die Installation und Betreuung der Anlagen (z.B. Betrieb und Wartung), ist aber nicht deren Eigentümer. Die Kosten für die Leistungen des Wasserzweckverbandes werden von den Grundstückseigentümern getragen und sind abhängig vom Wasserverbrauch.

Die Förderung für die Installation von dezentralen Anlagen durch das Land Sachsen-Anhalt stellte für die Grundstückseigentümer einen finanziellen Anreiz dar, um sich an dem Pilotprojekt zu beteiligen. Allerdings gab es in jedem Ortsteil auch Eigentümer, die sich nicht beteiligt haben. Diese organisieren ihre Abwasserentsorgung „in Eigenregie“.

Ende 2005 wurde analysiert, in welchen weiteren Ortsteilen der Stadt Könnern kein zentraler Anschluss möglich wäre. Im Jahr 2006 wurden daraufhin in verschiedenen Eigentümerversammlungen die Gruppenlösungen vorgestellt (semi-zentrale Kläranlage). Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Eigentümer war dafür die Gründung einer formalen Organisationsform, z.B. eine GbR, erforderlich, welche dann den Wasserzweckverband beauftragt. Auf diesem Wege wurde z.B. Ende 2008 eine semi-zentrale Anlage für 40 Einwohner installiert. Vorteil dieser Lösung ist vor allem, dass die finanzielle Last aufgeteilt wird.

Stellenwert der dezentralen Abwasserentsorgung heute

Seit 2009 sind Haushalte in Sachsen-Anhalt bei der dezentralen Abwasserentsorgung zu vollbiologischen Kleinkläranlagen verpflichtet. Dadurch fließt kein ungereinigtes Abwasser mehr ab. Der Verzicht auf den Anschluss an zentrale Abwasserentsorgungseinrichtungen hat auch positive Auswirkungen auf den Umweltschutz: Durch semi-zentrale oder dezentrale Abwasserentsorgung verzichtet man auf lange Leitungen und spart Ressourcen (Material, Energie, Fläche) ein. Gleichzeitig kann Abwasserentsorgung in dünn besiedelten Gebieten oder in Außenbereichen bei geringeren Investitionskosten gewährleistet werden.

Der Wasserzweckverband Saale-Fuhne-Ziethe betreibt noch heute die Kleinkläranlagen des Pilotvorhabens. Das Pilotprojekt war für den Wasserverband ein Anstoß, sich intensiver mit dem Thema auseinander zu setzen und das eigene Tätigkeitsfeld um die Wartung der Anlagen zu erweitern.

Für die Ortschaft Könnern zahlt sich das Pilotprojekt aus: Bei Eigentümerwechseln sind die neuen Eigentümer meist dankbar, dass die dezentrale Abwasserentsorgung bereits geklärt ist und man sich nicht darum kümmern muss. Dies leistet einen positiven Beitrag zur Vermarktung der Grundstücke.

Fazit

Das Errichten von dezentralen, vollbiologischen Kläranlagen für Grundstücke im Außenbereich oder in dünn besiedelten Gebieten stellt Möglichkeiten dar, die Abwasserentsorgung unter wirtschaftlichen, umweltbezogenen, siedlungsstrukturellen und demografischen Gesichtspunkten anzupassen. Das Pilotprojekt zeigte, dass es möglich ist, semi-zentrale Anlagen zu bauen (Gruppenkläranlagen für mehrere Grundstücke) und gemeinschaftlich zu betreiben. Dadurch wird der technische und finanzielle Aufwand für den Einzelnen verringert. Allerdings besteht bei der dezentralen Abwasserentsorgung in Form semi-zentraler Lösungen die Herausforderung darin, die unterschiedlichen Eigentümerinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, z.B. in Hinblick auf die Standortfrage der Kläranlage. Durch die semi-zentrale Abwasserentsorgung erfolgt die Anpassung an den **demografischen Wandel**. Außerdem leistet sie durch Vermeidung langer Leitungen einen Beitrag zur Ressourcenschonung (Material, Energie, Fläche), so dass **Synergien zum Umwelt- und Naturschutz** entstehen.



Bild 21: Abwasserentsorgung einer Gruppenkleinkläranlage, © Wasserzweckverband WZV "Saale-Fuhne-Ziethen"



Bild 22: Standort einer Gruppenkleinkläranlage, © Wasserzweckverband WZV "Saale-Fuhne-Ziethen"

Kontakt:

Ralf Borchardt

Wasserzweckverband WZV "Saale-Fuhne-Ziethe"

Tel.: 03471/3757505

E-Mail: ralf.borchardt@wvsfz.de

Weiterführende Informationen:

Wasserzweckverband „Saale-Fuhne-Ziethe“ (o.J.): Präsentation zum Pilotprojekt für dezentrale Abwasserbehandlung in Sachsen-Anhalt – Betriebserfahrungen. Bernburg.

<http://doczz.net/doc/5929790/pilotprojekt-f%C3%BCr-dezentrale-abwasserbehandlung-in-sachsen>

6 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Innenentwicklung

6.1 AG Bachtal

Rahmendaten

Bundesland	Bayern		
	Bachhagel	Syrgenstein	Zöschingen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend	leicht wachsend	leicht wachsend
Einwohner (12/2015)	2.174	3.658	737
Einwohnerentwicklung			
1995-2015 in %	1,6	8,2	6,7
2011-2013 in %	-1,4	0,4	-2,3
2013-2015 in %	-1,1	2,6	2,1
Altersstruktur			
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	15,3	17,0	15,3
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	17,8	20,2	17,1
Wirtschaftsstruktur			
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	262	331	111
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	k.A.	1,8	-5,9
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	2,3	-9,8	18,1
Pendlersaldo	negativ	negativ	negativ
Arbeitslose	25	36	10
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	16,1	9,8	13,6

Ausgangssituation

Die Gemeinden Bachhagel, Syrgenstein und Zöschingen, an der Landesgrenze von Bayern und Baden-Württemberg, sehen sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels konfrontiert: Durch die veränderten Altersstrukturen ändern sich auch kontinuierlich die Anforderungen an die soziale Infrastruktur. Gleichzeitig gibt es in den Ortskernen der Gemeinden immer mehr Gewerbe- und Einzelhandelsleerstände. Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Jahr 2007 eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den drei Gemeinden initiiert und die AG Bachtal gegründet. Ursprünglich ging es dabei vor allem um eine optimale Organisationsform für die Bauhöfe. Die Zusammenarbeit wurde im Rahmen des Landesprogramms der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ auch auf andere Bereiche ausgedehnt, mit dem Ziel die Lebens- und Wohnbedingungen zu verbessern und dadurch die Auswirkungen des demografischen Wandels abzumildern.

Prozessablauf/Steuerung

Grundlage der Zusammenarbeit bildet ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) aus dem Jahr 2008. Bereits von Anfang an lag ein strategischer Schwerpunkt auf dem Thema Wohnen. Im Jahr 2010 wurde die AG Bachtal in das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ aufgenommen. Dadurch konnte die Zusammenarbeit unter dem Leitbild „In allen Lebenslagen – Leben im Bachtal“ noch intensiviert werden. Ausgangspunkt für die erfolgreiche Bündelung der Angebote ist zudem, die gemeinsam entwickelte Internetseite der drei Kooperationsgemeinden. Im Jahr 2012 wurde zusätzlich das interkommunale städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) fertiggestellt. Das Thema Wohnen wurde weiterentwickelt und inhaltlich stärker auf das Thema Wohnraumanpassung ausgerichtet.

Die Steuerung der interkommunalen Zusammenarbeit läuft über die Geschäftsführung der Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein als übergeordnete Stelle. Die Bürgermeister der Gemeinden treffen sich regelmäßig und stimmen das weitere Vorgehen und Projekte ab. Aufgrund der überschaubaren Größe der Gemeinden ist keine eigene Koordinierungsstelle für die interkommunale Zusammenarbeit notwendig.

Die **Finanzierung** der Maßnahmen erfolgt vor allem über Fördermittel aus dem Städtebauförderprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“ sowie aus Mitteln der Integrierten Ländlichen Entwicklung Bayern (ILE).



Bild 23: Gemeinsames Logo der Interkommunalen Zusammenarbeit, © Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein

Relevante Themenfelder

Im integrierten Entwicklungskonzept sind verschiedene Handlungsfelder zur interkommunalen Stärkung und Stabilisierung der Daseinsvorsorgefunktionen festgelegt. Die städtebauliche und funktionale Stärkung der Ortskerne ist Querschnittsaufgabe der AG Bachtal. Dabei sollen die vorhandenen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen sowie die Aufenthaltsfunktionen besonders berücksichtigt werden. Weitere Handlungsfelder des Entwicklungskonzeptes sind Grund- und Nahversorgung, Wohnen und Gewerbeentwicklung. In der AG Bachtal wird ein breites Spektrum an Aktivitäten umgesetzt.

Die **nachhaltige Siedlungsentwicklung** im Bachtal verfolgt das Kernziel „Innen entwickeln“. Es geht vor allem um die zielgruppen- und bedarfsorientierte Anpassung und Ergänzung des Wohnungsbestandes (barrierefreie Wohnangebote, gezielte Angebote für junge Menschen). Die Anpassung des Wohnraumangebotes wird als wichtiger Beitrag zur **Bewältigung bzw. Abmilderung des demografischen Wandels** gesehen, da dies direkt und indirekt zur Stärkung von Daseinsvorsorgefunktionen beiträgt.

Die Anpassung des Wohnraumangebots läuft unter der Prämisse des „rollierenden Wohnens“, abgeleitet vom Begriff der sogenannten „rollierenden Planung“ (Aktualisierung, Konkretisierung und Überarbeitung der Planungen nach bestimmten Zeitintervallen). Ziel ist es, dass dadurch unter Einbeziehung des gesamten Wohnungsangebotes sowohl im Ortskern als auch in den Siedlungsgebieten ein Angebot für Haushalte in allen Lebensphasen entsteht und Haushalte „Veränderungsmöglichkeiten“ durch alternative Wohnangebote haben.

Ein Kernprojekt im Bereich der Siedlungsentwicklung bzw. des Leerstands- und Flächenmanagements ist das seit Mai 2011 bestehende gemeinsame Online-Immobilienportal „In allen Lebenslagen – Wohnen im Bachtal“ zur Belebung innerörtlicher Wohnpotentiale und Wohnraummobilisierung. Seit Mai 2011 wurde der Verkauf von ca. 100 Gebrauchtimmobilen vermittelt. Insbesondere in den letzten Jahren gibt es eine wachsende Nachfrage. Zusätzlich ist im Immobilienportal ein Beratungsangebot für die Gebrauchtimmobilen integriert („Bestandscheck“ durch unabhängige Berater). Beim Bestandscheck wird durch Architekten der Zustand des Gebäudes festgestellt, wodurch für potentielle Käufer eine wichtige Informationsgrundlage, z.B. hinsichtlich notwendiger Sanierungsmaßnahmen, zur Verfügung gestellt wird.

Die **Kosten** für den Bestandscheck wurden zunächst über die Integrierte Ländliche Entwicklung und später über die Städtebauförderung finanziert. Nach Auslaufen der Förderung haben sich die Beteiligten dazu entschieden, die Kosten aus kommunalen Eigenmitteln zu tragen.

Bei der **Anpassung der sozialen Infrastruktur** geht es vor allem um die Vernetzung von Angeboten, z.B. im Bereich Leben im Alter. Mit dem Bürgerservice Bachtal wurde eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle für Ältere und ihre Angehörigen geschaffen. Das Angebot umfasst insbesondere die Vermittlung von begleitenden Diensten, wie z.B. Fahrdiensten, Vorlesen oder Einkaufsservice. Dafür kann der Bürgerservice auf einen Kreis von 50-60 Personen zurückgreifen, die für solche Dienste zur Verfügung stehen. Außerdem umfasst das Angebot die Beratung und Weitervermittlung zu allen Anliegen von Älteren und ihren Angehörigen. Zur Organisation und Koordination der Seniorenarbeit gibt es zudem einen Seniorenbeirat mit zwölf Mitgliedern. Auch in anderen Bereichen der sozialen Infrastruktur wurden bzw. werden Maßnahmen umgesetzt, z.B. die Umwandlung eines ehemaligen Bauhofs in ein interkommunales Jugendzentrum, die Aufwertung einer Gemeindehalle in Zöschingen zu einer multifunktionalen Gemeinde- und Kulturhalle sowie die Schaffung eines Pflegeheims mit betreutem Wohnangebot und einem integrierten Generationenpark in Syrgenstein.



Bild 24: Gemeindezentrum Zöschingen mit integriertem Dorfladen, © Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein



Bild 25: Interkommunales Jugendzentrum, © Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein

Die **Anpassung der technischen Infrastrukturen** war bisher nicht notwendig. Allerdings werden im Bereich Verkehr Einzelmaßnahmen umgesetzt, z.B. die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz, wodurch Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) gefördert werden, sowie die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch den Ausbau ländlicher Wege und die zeitgemäße Erschließung von Einzelhöfen.

Fazit

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit der drei Gemeinden Bachhagel, Syrgenstein und Zöschingen wurde ein breites Spektrum an Projekten sukzessive umgesetzt. Die Aktivitäten der AG Bachtal fokussieren sich vor allem auf die Anpassung der Siedlungsstruktur und die Sicherung des Nahversorgungsangebotes mit der städtebaulichen und funktionalen Stärkung der Ortskerne als Querschnittsaufgabe. Im Jahr 2016 wurde die AG Bachtal mit dem Sonderpreis des Bayerischen Staatspreises 2016 Land- und Dorfentwicklung ausgezeichnet. Besonders hervorgehoben wurden dabei die konsequente interkommunale Zusammenarbeit, die hohe Umsetzungsorientierung sowie die Breite zu Aktivitäten.

Mittlerweile ist die interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit fest in den Gemeinden verankert und wird weiterhin fortgesetzt. Insgesamt wurde die Attraktivität der Gemeinden verbessert und somit ein **Beitrag zur Abmilderung des demografischen Wandels** geleistet. Als besonderer Erfolg wird das Immobilienportal eingeschätzt, das einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Ortskerne leistet. Durch das gezielte Flächenmanagement und den Schwerpunkt auf die Innenentwicklung wird außerdem ein **Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz** geleistet.

Kontakt:

Martin Schadl
Geschäftsleitung VG Syrgenstein
Tel.: 09077/70920
E-Mail: schadl@syrgenstein.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2015): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Kleinere Städte und Gemeinden. AG Bachtal. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/Massnahmen/AGBachtal/AGBachtal_node.html

Steiner, Bernd & Raab, Andread (2015): Präsentation Transfer-Werkstatt „Kleinere Städten und Gemeinden generationengerecht gestalten“ (PDF Dokument).
http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Transfer7Steiner-Raab.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein (o.J.a): Unsere interkommunale Kooperation. Kurzportrait.
http://www.vg-syrgenstein.de/iK_Kurzportait.html

Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein (o.J.b): Wohnen im Bachtal Syrgenstein, Bachhagel, Zöchingen.
<http://www.wohnen-im-bachtal.de/>

6.2 Hiddenhausen

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	leicht wachsende, alternde Kleinstadt
Einwohner (12/2015)	19.758
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	k.A.
2011-2013 in %	-0,54
2013-2015 in %	0,73
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	16,1
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	23,6
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	4.895
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-9,8
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	1,3
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	483
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	24,4

Ausgangssituation

Die Gemeinde Hiddenhausen im Kreis Herford, Regierungsbezirk Detmold, liegt im Nordosten Nordrhein-Westfalens. In den sechs Dörfern, aus denen die Gemeinde besteht, leben derzeit nahezu 20.000 Einwohner.

Vor dem Hintergrund einer Bevölkerungsprognose der Bezirksregierung Detmold wurde eine Analyse der örtlichen Altersstruktur erstellt, nach der die Zahl älterer Menschen über 70 Jahren in den folgenden fünf Jahren ansteigen werde. Junge Familien kämen dagegen nur in kleiner Zahl neu hinzu. Dies führe entsprechend der Analyse zu einem großen Anteil an Altimmobilien, die zum Verkauf stehen, was wiederum eine große Zahl an Leerständen zur Folge habe. Dadurch würden die Immobilienpreise sinken, die Infrastruktur wäre nicht mehr entsprechend ausgelastet und das Dorfleben würde verarmen. Diese prognostizierte Entwicklung stieß zu einem Umdenken in der Baulandplanung an.

Prozessablauf/Steuerung

Auf Anregung des Rats und der Verwaltung der Gemeinde wurde im Jahr 2007 eine Expertenrunde aus Banken- und Sparkassenvertretern, Maklern, Vertretern von Wohnbaugesellschaften, Planern und Architekten zusammengerufen, um über zukünftige Möglichkeiten der Altbaunutzung zu beraten. Ergebnis dieser Expertenrunde war die Idee, durch das Programm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ insbesondere junge Familien beim Kauf von Altimmobilien zu fördern. Die Gemeinde Hiddenhausen fungiert im Prozess nicht als Immobilienmakler, sondern arbeitet mit Maklern zusammen, die auf das Förderprogramm verweisen.

Im Gegensatz zu Neubauten besteht beim Kauf von Altimmobilien für den Käufer das Problem, dass nur schwer abzuschätzen ist, wie hoch die Kosten für den Umbau und die Sanierung des Bauwerks sein werden. Aus diesem Grund fördert die Gemeinde in einem ersten Baustein des Programms die fachkundige Erstellung von Altbau-Gutachten durch eine einmalige Zahlung in Höhe von 600,00 Euro (Grundbetrag), der sich mit jedem zur Familie gehörenden Kind um 300,00 Euro bis zu einem Höchstsatz von 1.500,00 Euro erhöhen kann. Der zweite Baustein besteht aus der Förderung des Kaufes einer Gebrauchtimmobilie über einen Zeitraum von sechs Jahren. Gefördert wird der Kauf eines über 25 Jahre alten Bauwerks. Hierbei wird ein jährlicher Grundbetrag in Höhe von 600,00 Euro gezahlt, der sich mit jedem Kind um 300,00 Euro bis zu höchstens 1.500,00 Euro im Jahr erhöht. Auch bei der Geburt eines Kindes innerhalb des Förderzeitraums steigt der jährliche Förderbetrag. Sollte sich die Sanierung eines Altbaus entsprechend energetischer Standards aus ökonomischer Sicht als nicht sinnvoll erweisen, kann auch der Abriss und Neubau auf dem Gelände entsprechend gefördert werden. Weitere Voraussetzungen für die Förderung sind der Eintrag des Antragstellers im Grundbuch sowie die Anmeldung in der Gemeinde mit Hauptwohnsitz.

Die **Finanzierung** erfolgt ausschließlich aus Geldern der Gemeinde Hiddenhausen. Derzeit beträgt das Budget, das jeweils zur Jahresmitte ausgeschüttet wird, 270.000,00 Euro, wobei jedes Jahr rund 40.000,00 Euro neu bewilligt werden können. Das Programm war anfangs bis zum Ende des Jahres 2009 angesetzt, aufgrund der positiven Auswirkungen läuft das Programm laut Ratsbeschluss seit 2009 unbefristet.

Relevante Themenfelder

Der geförderte Verkauf der Altimmobilien wirkt sich in verschiedener Art und Weise positiv auf die **Siedlungsentwicklung** aus: Für Hausbesitzer wird der Wert ihrer Immobilie erhalten und es kommt zu einer Wiederbelebung ihres Umfelds. Die Käufer profitieren von der finanziellen Unterstützung aus dem Förderprogramm sowie von der bestehenden Nachbarschaft und vorhandenen Infrastruktur (z.B. Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, die Nähe zu Kindergärten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten). Und auch die Gemeinde profitiert u.a. durch die Auslastung der bestehenden Infrastruktur.

Bis September 2017 wurden bereits 450 Erwerbe von Altbauten finanziert, darüber hinaus wurden 45 Altbaugutachten gefördert. Dabei fallen ca. 60 % der geförderten Haushalte auf Familien mit Kind (statistisch gesehen lebt in jedem geförderten Haus mehr als ein Kind), in etwa 20 % der geförderten Altbauten leben Paare im gebärfähigen Alter, in ungefähr 10 % Singles und in ca. 10 % ältere Paare über 50 Jahren.

Bei den geförderten Familien handelt es sich Großteils um junge Familien. Etwa 45 % der Kinder sind unter fünf, 25 % zwischen sechs und neun, 18 % zwischen 10 und 14 sowie 12 % zwischen 15 und 18 Jahre alt. Die geförderten Personen stammen hauptsächlich aus Hiddenhausen und dem Kreis Herford (89 %), 11 % der Antragsteller sind von außerhalb der Kreisgrenzen hinzugezogen.

Seit dem Jahr 2011 wurden keine Neubaugebiete am Ortsrand mehr ausgewiesen.

Der Verkauf, Umbau und die Sanierung der Altbauten fördert verschiedene Berufsgruppen, die direkt beteiligt sind, wie z.B. Makler, Architekten und Handwerker, und wirkt sich somit positiv auf die **lokale Wirtschaft** aus. Auch verschiedene Dienstleister, wie z.B. der Einzelhandel, profitieren vom Zugang junger Familien.

Übertragbarkeit (Konzepte und Prozesse)

Das Programm „Jung kauft Alt - Junge Menschen kaufen alte Häuser“ wurde bereits von mehreren Kommunen aufgegriffen, wie z.B. von der Stadt Emden und der Gemeinde Heek (s.u.).

Eine Möglichkeit der Verbesserung des Programms wäre eine zusätzliche Förderung von Energiegütern, da das Thema „Energieeffizienz“ in den letzten zehn Jahren weiter in den Fokus der Aufmerksamkeit gelangt ist. Des Weiteren ist eine Untergliederung der Altersstruktur der „über 70-Jährigen“ in „über 70-, über 80- und über 90-Jährige“ zur besseren Abschätzung zukünftiger Leerstände zu empfehlen.

Fazit

Auch wenn in der Gemeinde insgesamt mehr ältere Menschen sterben als durch Geburten hinzukommen, konnte der negative Wanderungssaldo seit dem Jahr 2010 umgekehrt werden: Mit Ausnahme des Jahres 2016 wurde die Abwanderung gebremst und die Wanderungsbilanz nach Hiddenhausen fiel positiv aus. Es ist somit eine **Abmilderung des demografischen Wandels** zu verzeichnen, da vor allem für Familien mit Kindern der Kauf einer Altimmobilie in der Gemeinde attraktiv ist. Dadurch kommt es zu einer Wiederbelebung der Dörfer, das durchschnittliche Alter der Bevölkerung sinkt und auch die Schulen und Kindergärten sowie die Infrastruktur werden besser ausgelastet. Zudem werden die Immobilienwerte bestehender Bauten stabilisiert.

Der Kauf einer Altimmobilie anstelle eines Neubaus am Dorfrand schont die Ressourcen Fläche und Boden bzw. es kommt zu keiner weiteren Bodenversiegelung durch einen Neubau. Somit trägt dieses Programm zur **Reduzierung des Flächenverbrauchs** bei.

Die Gemeinde Hiddenhausen wurde für ihr Förderprogramm mehrfach ausgezeichnet.



Bild 26: Sanierte Altbauten, © Christian Grube, Gemeinde Hiddenhausen

Kontakt:

Andreas Homburg

Gemeinde Hiddenhausen, Amtsleiter Amt für Gemeindeentwicklung, Wirtschaftsförderer,

Erster stv. Betriebsleiter KBH

Tel.: 05221/964252

E-Mail: a.homburg@hiddenhausen.de

Weiterführende Informationen

Bezirksregierung Detmold (2003): Demografischer Wandel in Ostwestfalen-Lippe. Langfristige Bevölkerungsentwicklung mit ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und die Infrastruktur (PDF Dokument). <http://www.strukturanalyse.de/DemoWa.pdf>

Gemeinde Hiddenhausen (o.J.): Jung kauft Alt - Junge Menschen kaufen alte Häuser. <http://www2.hiddenhausen.de/Hiddenhausen/Wohnen/Jung-kauft-Alt>

Stadt Emden (o.J.): Förderprogramm "Jung kauft Alt". Junge Familien kaufen alte Häuser. <https://www.emden.de/rathaus/verwaltung/fb-300-stadtentwicklung-und-wirtschaftsfoerderung/fd-361-stadtplanung/jung-kauft-alt/>

6.3 Heek

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	prognostizierter Bevölkerungsrückgang
Einwohner (12/2015)	8.505
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	1,24 %
2013-2015 in %	0,46 %
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	22,2 %
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	15,6 %
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	2371
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	9,0 %
Pendlersaldo	-932
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	13,6

Ausgangssituation

Für den Landkreis Borken, in dem die Gemeinde Heek liegt, wird bis zum Jahre 2040 ein Bevölkerungsrückgang von ca. 7 % prognostiziert. Insbesondere der Anteil der Kinder und Jugendlichen (unter 19 Jahren) soll um über 22,5 % sinken, wohingegen der Anteil der Älteren (65+) um mehr als die Hälfte ansteigen soll. Gründe hierfür liegen sowohl in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (abnehmende Geburtenraten bei steigenden Sterberaten) als auch in einer selektiven Abwanderung jüngerer Menschen (besonders die Gruppe der 18 - 25-Jährigen).

Der Demografiebericht „Heek 2025“ hatte die Aufgabe, Entwicklungspotentiale und -defizite der Kommune aufzuzeigen und entsprechende Maßnahmen zur Anpassung und aktiven Steuerung der demografischen Entwicklung vorzuschlagen.

Ein Beispiel für eine solche Maßnahme ist das Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Leute kaufen alte Häuser“. Das Förderprogramm wurde 2012 erstmalig beschlossen und dient der besseren Vermarktung von Altbauten. Das Förderprogramm richtet sich vornehmlich an junge Paare und Familien mit Kindern, da diese das Potential haben dem demografischen Wandel und seinen Folgen entgegenzuwirken. Neben der Kaufkraft, die junge Familien mit sich bringen, profitieren auch soziale Einrichtungen wie etwa Kindergärten oder Schulen durch sie von einer höheren Auslastung.



Bild 27: „Jung kauft Alt“-Immobilie in Heek, © Gemeinde Heek

Prozessablauf/Steuerung

Im Rahmen von Workshops zum **Demografiebericht „Heek 2025“** wurden in vier Arbeitsgruppen (1. Begegnung - soziale Netze, 2. Arbeit, Wirtschaft und Familie, 3. Wohnen und Nahversorgung und 4. Freizeit, Kultur und Tourismus) Best-Practice-Beispiele zur Anpassung an den demografischen Wandel analysiert.

In den Workshop zum Handlungsfeld 3 (Wohnen und Nahversorgung) stieß man auf das Förderprogramm **„Jung kauft Alt“** der Gemeinde Hiddenhausen. Auf Grund ähnlicher demografischer und städtebaulicher Voraussetzungen beschloss der Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde in Heek ein ähnliches Förderprogramm ins Leben zu rufen. Durch einen GIS-basierten Abgleich von Melde- und Katasterdaten wurde die Altersstruktur in verschiedenen Wohngebieten ermittelt und festgestellt, dass vielerorts ein altersbedingter Leerstand droht. Um dieser Entwicklung aktiv zu begegnen und den Zuzug von Familien mit Kindern zu begünstigen, wurde die Erarbeitung des o.g. Förderprogramms beschlossen.

Das Förderprogramm ist Teil weiterer Bemühungen zur kommunalen Steuerung und Anpassung an die Auswirkungen des demografischen Wandels - u.a. Stärkung des ÖPNVs, Verbesserung des Angebots an sozialer und kultureller Infrastruktur, Stärkung der Nahversorgung durch mobile Versorgungsangebote.

Die Einzelheiten zum Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Leute kaufen alte Häuser“ sind in einer gleichnamigen **kommunalen Richtlinie** festgeschrieben. Im Detail ist gemäß der Richtlinie folgendes förderfähig:

1. Altbaugutachten

Im Rahmen einer einmaligen Förderung wird bereits vor dem eigentlichen Kauf einer Immobilie die Erstellung eines Altbaugutachtens (inklusive Ortsbegehung, Bestandsaufnahme mit Empfehlungen zur Modernisierung und Kostenschätzung) gefördert. Das Altbaugutachten soll einerseits den Zustand der Immobilie fachkundig aufzeigen, andererseits aber auch bei der Identifizierung von Nutzungsmöglichkeiten (z.B. durch Änderung des Grundrisses) und einer damit verbundenen Kalkulation der Umbau- und Sanierungskosten helfen. Hierdurch sollen die Wiedernutzungs- bzw. Vermarktungschancen des Altbaus erhöht werden.

Ein solches Gutachten ist in Heek nur dann förderfähig, wenn die Begutachtung durch einen Architekten oder Sachverständigen für die Bewertung von bebauten Grundstücken erfolgt, eine Einverständniserklärung des Altbaueigentümers vorliegt und wenn nicht schon mal ein Altbaugutachten für das entsprechende Gebäude erstellt worden ist.

Die Förderung des Altbaugutachtens erfolgt durch Bezuschussung. Diese setzt sich aus einem einmaligen Grundbetrag von 600 Euro sowie aus möglichen Zuschlägen von 300 Euro, für jedes dem Haushalt zugehörigen Kind, zusammen. Der maximale Förderbetrag beträgt 1.500 Euro.

Alle mit Hilfe der Förderung erstellten Altbaugutachten werden durch die Gemeinde in einem Informationspool gesammelt und an Interessierte weitergegeben.

2. Erwerb eines Altbaus

Die Förderung des Erwerbs eines Altbaus erfolgt ebenfalls über Zuschüsse. Die Förderphase beginnt mit dem Einzug in den entsprechenden Altbau und erfolgt i.d.R. über eine Laufzeit von 5 Jahren. Die Zuschüsse zum Erwerb setzen sich auf einer Basissumme von 800,00 Euro und möglichen Erhöhungsbeträgen über 400,00 Euro pro Kind und Jahr zusammen. Der Höchstbetrag für die Förderung beträgt 2.000,00 Euro pro Jahr.

Gleiche Konditionen gelten für den Erwerb und Abriss eines nicht mehr sanierungsfähigen Altbaus sowie für die anschließende Errichtung eines Ersatzbaus auf dem gleichen Grundstück.

3. Energetische Sanierung

Gefördert werden vorbereitende Untersuchungen und Beratungen, die zur Durchführung einer energetischen Sanierung notwendig sind. Damit die Beratung förderfähig ist, muss sie von einem neutralen und zertifizierten Energieberater durchgeführt werden.

Die durch die Gemeinde bereitgestellte Fördersumme ist beschränkt auf 30 % der Erstellungskosten, maximal aber auf 400,00 Euro. Damit stockt die Gemeinde eine bereits bestehende Förderung durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf.

10 % der Beratungskosten müssen als Eigenanteil vom Eigentümer getragen werden.

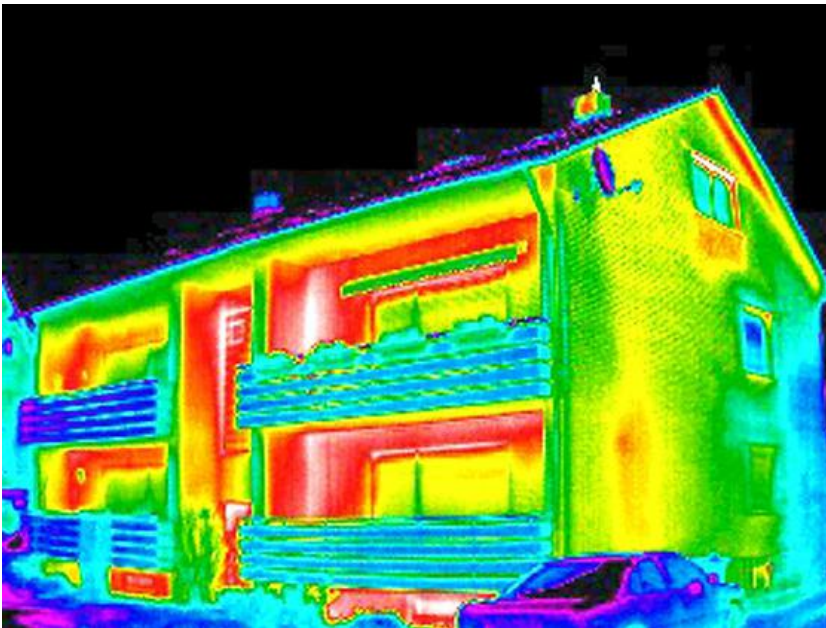


Bild 28: Gebäudeaufnahme durch eine Wärmekamera, © John Trenaman, Fa. Bau Qualität-Sicherung-KG

4. Förderung auf Grund städtebaulicher Qualitäten

Für Altbauten mit besonderer städtebaulicher Bedeutung ist es möglich Zuschüsse von bis 1.000,00 Euro jährlich zu erhalten. Die maximale Förderdauer beträgt hierbei fünf Jahre. Eine Entscheidung über die städtebauliche Bedeutung bzw. die Förderfähigkeit trifft der Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Denkmalpflege im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung. Eine besondere städtebauliche Bedeutung eines Altbaus, entsprechend der Richtlinie liegt gemeinhin dann vor, wenn dieser in den zentralen Bereichen der Ortslagen steht. Hier soll bei der Sanierung ein besonderer Wert auf optische Gesichtspunkte (Fassadengestaltung etc.) gelegt werden.

Die **Antragstellung** ist auf unkompliziertem Wege möglich und wird durch die Verwaltungsmitarbeiter unterstützt. Die Antragsunterlagen sind online über die Homepage verfügbar.

Die **Finanzierung** der Fördermittel erfolgt aus Eigenmitteln der Gemeinde. Mit Beschluss des Gemeinderates über das Programm wurde im kommunalen Haushalt auch ein entsprechender Etat eingerichtet.

Relevante Themenfelder

Nachhaltige Siedlungsentwicklung: Mit Hilfe des Förderprogramms wird ein aktives Leerstandsmanagement verfolgt, das ebenfalls Auswirkungen auf die Baulandentwicklung der Kommune hat. Durch die Förderung des Erwerbs von Bestandsimmobilien wird die Neuinanspruchnahme von Flächen für die Entwicklung neuer Wohnbaugebiete reduziert. Das Förderprogramm dient damit sowohl der Bestandsorientierung als auch dem Flächensparziel.

Soziale und technische Infrastruktur: Durch die Förderung des Altbauerwerbs kann der drohende Leerstand zum Teil aufgehalten werden und eine Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die Kernbereiche der Ortslagen erreicht werden. Hierdurch wird nicht nur die städtebauliche Attraktivität erhöht, sondern auch das Leerlaufen und die mangelnde Auslastung der technischen und sozialen Infrastruktur verhindert.

Energie: Durch die Förderung von energetischen Sanierungen im Altbau können Energieeinsparungen im Wohnbereich als weitere positive Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutz verbucht werden.

Neue Herausforderungen

Zentrale Voraussetzungen zur Weiterführung des Förderprogramms sind zum einen die Mittelverfügbarkeit im kommunalen Haushalt und zum anderen das Vorhandensein von Fördernehmern und Förderinteressierten.

Dieses hängt wesentlich von der Qualität des Wohnstandorts ab, welche u.a. durch die Erreichbarkeit und die Versorgungssituation im Ort bedingt wird. Entsprechend der örtlichen Verwaltung wird daher die Sicherstellung der Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und mit einer ausreichenden Zahl an Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur, neben der Verbesserung der Erreichbarkeit (Ausbau der Busverbindungen, da kein Bahnanschluss besteht), eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sein.

Fazit

Mit dem Förderprogramm „Jung kauft Alt - Junge Menschen kaufen alte Häuser“ konnte dem im Rahmen des Demografieberichtes „Heek 2025“ prognostizierten Leerstand in den gewachsenen Ortsteilen von Heek und Nienborg proaktiv entgegengewirkt werden.

In den fünf Jahren seit Programmstart wurden jährlich etwa zehn Anträge auf Förderung gestellt und bewilligt. Ein Großteil der Anträge bezieht sich auf die laufende jährliche Förderung zur finanziellen Unterstützung des Altbauerwerbs. Das Förderprogramm trägt somit zur Vermeidung des Leerstands bei und hat das Potential weitere **negative Folgen des demografischen Wandels für die Gemeinde Heek abzumildern** (u.a. das Leerlaufen der vorhandenen technischen und sozialen Infrastruktur) und fördert die **nachhaltigere Nutzung von Energie** im Gebäudereich.

Das Feedback der Fördernehmer ist durchweg positiv. Viele Antragsteller nutzen die in Aussicht stehende Förderung auch bei Finanzierungsgesprächen mit Banken. Die wesentlichen Vorteile des Altbauerwerbs ergeben sich im Vergleich zum Kauf bzw. zur Errichtung eines Neubaus durch einen meist geringeren Kaufpreis, größere Grundstücke, bereits angelegter und gewachsener Gärten, zentrale Lage, keine Erschließungskosten u.v.m.

Kontakt:

Heidi Schiller

Gemeindeverwaltung Heek, FB 1 Allg. Verwaltung, Schule, Jugend und Kultur

Tel.: 02568/930022

E-Mail: h.schiller@heek.de

Weiterführende Informationen:

EnergieAgentur.NRW (2007): Energetisch Modernisieren - Erfahrungen von Bauherren für Bauherren (PDF Dokument). http://www.alt-bau-neu.de/database/data/datainfopool/041108_144250_abn_energetisch_modernisieren.pdf

Gemeinde Heek (2017): Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Menschen kaufen alte Häuser“. <https://www.heek.de/portal/seiten/foerderprogramm-jung-kauft-alt-junge-menschen-kaufen-alte-haeuser-900000010-24120.html>

6.4 Vrees

Rahmendaten

Bundesland	Niedersachsen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	Herausforderungen durch Überalterung und drohende Abwanderung
Einwohner (12/2016)	1.797
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	22,0
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	14,2
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	441 (laut Webseite und Gesprächspartner aber 800)
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	+6,8
Pendlersaldo	-100 / negativ

Ausgangssituation

Die Gemeinde Vrees liegt im ländlichen Raum Niedersachsens und besitzt rund 1.800 Einwohner.

In Vrees treffen viele Entwicklungsprobleme des ländlichen Raumes, wie zum Beispiel Überalterung, drohende Abwanderung junger und aktiver Bevölkerungsschichten in Verbindung mit der dezentralen Lage zusammen. Wenngleich die Bevölkerung in der Region wächst, nimmt in Vrees der Anteil der Jüngeren deutlich ab, wohingegen der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung zunimmt.

Größte Herausforderung ist es, für die Bevölkerung eine attraktive Wirtschafts- und Infrastruktur zu entwickeln und die verschiedenen Gruppen auf diesem Weg mit zu nehmen, denn das Dorf soll für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert bleiben.

Diese Tendenzen wurden frühzeitig erkannt und die Gemeinde hat mit verschiedenen Maßnahmen entgegen gewirkt. Die Gemeinde Vrees verfolgt bei ihren Aktivitäten einen ganzheitlichen Ansatz im Sinne des Leitbildes vom "sorgenden Dorf" und adressiert die Folgen des demografischen Wandels auf zweierlei Wegen: Zum einen durch die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem durch die Bindung von Unternehmern ans Heimatdorf, was die überdurchschnittlich große Anzahl an Arbeitsplätzen in Bezug auf die Gesamteinwohnerzahl vor Ort begründet. Insgesamt sind ca. 800 Arbeitsplätze, darunter ca. 70 Auszubildende in Vrees angesiedelt. Die örtliche Unternehmerschaft stellt ein Erfolgsmodell in der Gemeinde dar, was stetig ausgebaut wird. Auch die Nutzung erneuerbarer Energien trägt zu dieser gesunden wirtschaftlichen Entwicklung bei, indem sie die Wertschöpfung (Forstwirtschaft, Landwirtschaft) in der Region behält.

Zum anderen sind durch die Dorfgemeinschaft immer wieder lokale Initiativen entstanden, um die Lebensqualität für alle Generationen zu erhalten. Hier sind das aktuelle Projekt des Vereins „Wir für euch - Altwerden im Dorf“ und die in der Vergangenheit gelaufenen Projekte zu nennen, die im Rahmen der zahlreichen Teilnahmen von „Unser Dorf hat Zukunft“ ausgezeichnet wurden.

Ziel ist es, Junge Menschen und Familien ebenso wie Senioren in der Gemeinde zu halten, was durch das Aufrechterhalten der sozialen und technischen Infrastruktur, Schaffen von Arbeitsplätzen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge erreicht werden soll.

Prozessablauf/Steuerung

Schon in den 80er Jahren wurden eine Richtlinie zur Dorfentwicklung sowie ein Dorferneuerungsplan erstellt, die bis heute Anwendung finden. Seit Mitte der 1990er Jahre stehen im Zuge der Nachhaltigkeitsdiskussion Überlegungen unter dem Fokus an: „Was braucht ein Dorf, um zukunftsfähig zu bleiben?“

Diese Projekte wurden bereits mehrfach innerhalb diverser Wettbewerbe gewürdigt. Vor allem im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ (bis 1997 „Unser Dorf soll schöner werden“) errang Vrees bereits etliche Auszeichnungen, was eine große Bestätigung und Ansporn für die Gemeinschaft darstellt. Die Gemeinde hat seit 1994 mehrfach Gold- und Silbermedaillen und Sonderpreise von Landkreis- bis zur Bundesebene des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“ gewonnen sowie 1996 den zweiten Platz beim „Europäischen Dorferneuerungswettbewerb“ belegt.

Im Jahr 2005 begann die Gemeinde den Fokus auf das Altwerden im Dorf zu legen. Mit der Gründung des Arbeitskreises „Wir für Euch - Altwerden im Dorf“ wurde ein Titel gewählt, der bis heute trägt und viele substanzielle Projekte für die soziale Infrastruktur hervorbrachte. Das wichtigste Projekt ist das Bürgerhaus als Mehrzweckhaus im Dorfbereich, welches Möglichkeiten der Tagesbetreuung schafft. Hierdurch werden die pflegenden Angehörigen im Haus entlastet und die zu pflegende Person erhält mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Dorf. Die fünf Wohnungen zum gemeinschaftlichen und betreuten Wohnen sind der zweite Baustein des Projektes und können seit März 2018 vermietet werden.

Das Projektthema „Altwerden in Vrees“ ist 2016 vom Bund im Rahmen der „Demografiewerkstatt Kommunen“ für fünf Jahre aufgenommen worden und Vrees wird zusammen mit dem Landkreis Emsland als eine von acht Kommunen gefördert. Vrees errang im Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ den Sonderpreis „Demografische Entwicklung“. Im Projekt „Demografiewerkstatt“ werden Handlungsmodelle und Instrumente erarbeitet, mit denen eine Kommune Lebensqualität für alle Generationen sichern kann.

Für die Koordination der auf den demografischen Wandel bezogenen Aufgaben und Projekte im Querschnitt der kommunalen Verwaltung sorgt der Gemeindebürgermeister mit Unterstützung des Demografiebeauftragten (Querschnittsaufgabe) des Landkreises Emsland. Gremien wie der Arbeitskreis Demografie arbeiten gemeinsam im Leitsystem Demografie des Landkreises bei lokalen Handlungsansätzen oder auch innerhalb des Bundesprojekts Demografiewerkstatt Kommune eng zusammen. Es zeigt, dass Vrees das Thema Demografie als regionale Aufgabe in Kooperation mit dem Landkreis Emsland versteht.

Relevante Themenfelder

Siedlungsentwicklung:

In Vrees wird stetig im Sinne des Vorrangs der Innenentwicklung gehandelt, um einen lebendigen Ortskern zu erhalten. Unter anderem durch konsequentes Leerstandsmanagement, den Neubau, womöglich auch in zweiter Reihe oder Renovierung, immer verbunden mit dem Anschluss an das Nahwärmenetz. Darüber hinaus wird die Siedlungsentwicklung in Vrees geprägt durch Neuausweisung von Wohngebieten mittels Bebauungsplänen, die den Ortskern abrunden, sowie durch Ausweitung des im Osten gelegenen Gewerbegebietes mit den zu 100 % aus Vrees stammenden Unternehmern.

Von Vorteil ist hier, dass der Landkreis Emsland seine ländlichen Gemeinden mit den gleichen Fördersätzen für Gewerbeansiedlung unterstützt wie die großen Städte im Kreisgebiet. Voraussetzung für eine vitale Siedlungsentwicklung ist aus Sicht der Gemeinde auch, dass junge Leute im Ort investieren. In Vrees wird dies erreicht, indem jungen Leuten verschiedenster beruflicher Qualifikationen Arbeitsplatzperspektiven sowie eine gute soziale Infrastruktur (Krippe, Kindergarten, Grundschule, alle als Ganztagesangebot sowie das Mehrfunktionshaus) geboten wird. Das Angebot vergünstigter Bauplätze für Familien mit Kindern ergänzt die „Siedlungsflächenpolitik“ in Vrees. Insgesamt entwickelte sich die Bevölkerungszahl (1980: 960, 2015: 1800 Einwohner) überdurchschnittlich gut im Vergleich zu den anderen Gemeinden in der Samtgemeinde Werlte.

Allerdings stellen die Ortskerne durch ihre gewachsene Struktur eine besondere Herausforderung dar. Im Hinblick auf eine Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz, z.B. der Ställe im hinteren Bereich der Grundstücke und der durch die Nutzungsmischung bedingten Konflikte bei Immissionen, ist eine flexible und lösungsorientierte Bausatzung wünschenswert. Jedoch verhindert nach Einschätzung des Bürgermeisters das starre Baurecht in vielen Fällen zurzeit einen Umbau von Nebengebäuden oder eine Erweiterung in der zweiten Reihe und steht somit dem Ziel lebendiger Ortskerne im Weg. Einige Lösungen wurden mit der Baubehörde beim Landkreis allerdings gefunden.



Bild 29: Dorfansicht Zentrum, © Gemeinde Vrees

Energie: Bioenergiedorf Vrees

Vrees ist eines der ersten Bioenergiedörfer in Niedersachsen und Niedersächsische Klimakommune 2016. Bereits seit 1997 wird in Vrees durch den Betrieb einer Holzhackschnitzelanlage Energie aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen. Die notwendigen Unternehmen im Dorf zu halten. Die Betreibergesellschaft und der forstwirtschaftliche Dienstleister sind in Vrees ansässig.

Die Energie (Strom und Wärme) wird demnach zu über 50 % aus erneuerbaren Energiequellen (Holzhackschnitzelheizwerk und zwei Biogasanlagen) erzeugt und vor Ort genutzt. Im Bereich Wärme konnte der Dorfkern nahezu komplett an das Nahwärmesystem angeschlossen werden, so dass rund 60 % aller Haushalte mit Wärme aus eigener zentraler Energieerzeugung versorgt werden. In der Gemeinde Vrees gibt es 500 Haushalte, wovon ca. 300 Haushalte an das Versorgungsnetz des Bioenergiedorfes angeschlossen sind. Auch in den Neubaugebieten außerhalb des Ortskerns befinden sich die Wohnhäuser auf einem energetisch hohen Standard. Hier nutzen die Eigentümer vorwiegend Erdwärme und Kombinationen mit Solaranlagen, um ihren Wärmebedarf zu decken.

Zusätzlich wird durch Solar- und Windkraftanlagen Strom erzeugt. Die Summe der genutzten Dachflächen für die Photovoltaikanlagen beträgt in Vrees beachtliche 5,5 Hektar. In Vrees werden ca. 240 % des Strombedarfs der Gemeinde auf dem eigenen Gemeindegebiet durch erneuerbare Energie gedeckt.

Die beschriebene Investition in die Infrastruktur der Wärmeversorgung konnte aber nur nachhaltig gelingen, weil gleichzeitig die Dorfgemeinschaft mit dem Bürgermeister an der Spitze mit vielen innovativen Projekten auf sozialer Ebene und einer vorausschauenden Steuerung die Entwicklung des Dorfes vorangetrieben hatten.

Bürgerliches Engagement:

Für die zahlreichen Projekte und Auszeichnungen bei Wettbewerben ist ein enger Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft entscheidend. Die hohe Zahl von 41 Gruppen und Vereinen in Vrees engagieren sich für die Entwicklung der Gemeinde und werden in die Entscheidungen der Gemeindeverwaltung durch informelle Partizipationsformen eingebunden und übernehmen. Ebenso übernimmt die starke Unternehmerschaft gerne Verantwortung. Spenden aus der dörflichen Unternehmerschaft z.B. von mehreren 10.000,00 Euro für den Bau der Turnhalle helfen der Gemeinde bei ihren Aufgaben maßgeblich.

Das Erneuerbare Energien Konzept ist auf vielen Bürgerversammlungen diskutiert und dann von der Gemeinde beschlossen worden. Aber auch in speziellen Themen zeigt sich das bürgerliche Engagement. Z.B. sind alle Energieanlagen innerhalb der Gemeinde Vrees Teil des Bildungsprogramms im Umweltbildungszentrum. Die Gästeführer und Energiescouts der Gemeinde bieten eine entsprechende Besichtigungstour an.

Beispielhaft für die gelebte Partizipationskultur ist auch das Projekt der neuen Turnhalle. Die Gemeinde, die die Planungshoheit steuert den Planungsprozess in einer moderierenden Rolle den Prozess kann, weil einzelne Bürger eine Vorreiterrolle im Sinne der Gemeinschaft eingenommen haben und Treiber des Prozesses geworden sind. Die Turnhalle wird einen Gymnastikraum erhalten, damit auch für Kleinkinder, Ältere und Zupfleger ein entsprechendes Bewegungsangebot geschaffen werden kann. Das dazugehörige Sport- und Bewegungskonzept erarbeiten Ehrenamtlerinnen aus Jugendgruppen (z.B. Landjugend, Sportverein, Jugendzentrum) gemeinsam mit dem Kreissportbund. Wichtig hierfür sind die Themen Integration und Inklusion.

Soziale Infrastruktur:

Im Ortskern der Gemeinde entstand eine Service- und Dienstleistungszentrale im Mehrfunktionenhäus, „Bürgerhaus“ genannt. Darin ist eine Organisationszentrale untergebracht, von der aus Pflegekräfte zu älteren Menschen nach Hause geschickt werden können. Auch eine Tagesbetreuung befindet sich in der Zentrale, in der pflegebedürftige Menschen tagsüber qualifizierte Pflege erhalten und am Abend zu ihren Angehörigen zurückkehren können, unterstützt von ehrenamtlichen Kräften. Im zweiten Schritt werden ab März zudem sechs Wohnungen angrenzend an das Mehrfunktionenhäus gebaut. Es ist das Ziel so weit möglich selbstbestimmtes, häusliches Wohnen der Senioren zu gewährleisten und Umzüge in Pflegeheime außerhalb des Dorfes wenn möglich zu vermeiden.



Bild 30: Bürgerhaus, © Gemeinde Vrees

Der dritte Baustein soll die Intensiv- und Palliativpflege in einem Gebäude mit 12 Singlewohnungen ermöglichen. Diese Einrichtung ist z.Zt. in der Planung.

Das Bürgerhaus ist gezielt auf die Begegnung unterschiedlicher Generationen ausgerichtet, sodass im Gebäudekomplex auch ein Jugendzentrum, eine Eltern-Kind-Gruppe, die Bibliothek, ein Vereinsraum, Tagungsräume, Mensa und das Gemeindebüro untergebracht sind.

Neue Herausforderungen

Es wird sich zeigen, ob das Konzept **des Mehrfunktionenhauses** auch zukünftig erfolgreich sein wird und sich finanziell trägt, damit neue Projekte, wie der Bau einer Turn- bzw. Mehrzweckhalle oder eine zweite Kindertagesstätte ermöglicht werden können.

Es ist beabsichtigt, ein Netzwerk von ehrenamtlichen Kümmerern (Seniorenbeauftragte) aufzubauen, damit die alternde, aber noch aktive Vreeser Bevölkerung auch zwischen den Pflegezeiten der hauptamtlichen Dienste betreut und beschäftigt werden können.

Obwohl die **Landwirtschaft** noch eine starke Position einnimmt, können sich aus der Weiterentwicklung zum Wohnstandort Konflikte ergeben. Denn die früheren Strukturen des landwirtschaftlichen Dorfes sind nicht mehr gegeben. Immissionen erschweren den Betrieb in der Ortslage und das gegenseitige Verständnis muss ständig gepflegt werden.

Die **Vermittlung und Kommunikation des Themas Demografischer Wandel** und die Sensibilisierung der gesamten Bewohnerschaft hinsichtlich der wachsenden Bedeutung der Senioren-Betreuung und den weiteren Herausforderungen des demografischen Wandels wird eine zukünftige Aufgabe bleiben. Die Veranstaltungen wie das Zukunftsforum Demografie auf Ebene des Landkreises Emsland und der in den Medien präsente Prozess der Demografiewerkstatt Kommune bieten eine gute Möglichkeit stetige Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Darauf aufgesetzte Arbeitskreise, wie „Alt werden in Vrees“, können mit Hilfe des Demografiebeauftragten aktiv vorangetrieben und wiederum medial unterstützt werden.

Fazit

Die Gemeinde Vrees stellt sich bereits seit vielen Jahren den Herausforderungen des demografischen Wandels und entwickelt vorausschauend Ideen und Konzepte zu deren Bewältigung. Ein erfolgreicher Weg bei der Anpassung der technischen Infrastruktur wurde im Sektor **Energie** in Bezug auf die Wärmeversorgung gegangen. Durch die Versorgung des energieintensiven Altgebäudebestandes im Dorfzentrum mittels **regional angebaute Biomasse** (Holz, Energiepflanzen) in einem **Holzhack-schnitzelheizwerk** und zwei **Biogasanlagen** sowie konsequentes Leerstandsmanagement konnte der Gebäudebestand erhalten und somit der Dorfkern lebendig gehalten werden.

Kontakt:

Heribert Kleene
Gemeindebürgermeister Vrees
Tel.: 04479/94840
E-Mail: kock@werlte.de

Weiterführende Informationen:

Geschäftsstelle DWK | Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. (2017): Demografiewerkstatt Kommune. <https://www.demografiewerkstatt-kommunen.de/Kommunen/Emsland>

Landkreis Emsland (2017): Siedlungsentwicklung im Emsland.

<https://www.emsland.de/wirtschaft-struktur/seniorendemografie/leitsystem-demografie/siedlungsentwicklung/siedlungsentwicklung.html>

Samtgemeinde Werlte (2017): Gemeinde-Homepage. Allgemeine Informationen.
<http://www.vrees.de/>

Verbund Oldenburger Münsterland e.V. (2017): Bioenergiedorf Vrees. <http://www.land-mit-energie.de/energie-erleben/energiestationen/alle-stationen/item/vrees-bioenergiedorf-vrees>

6.5 Dahlem und Hellenthal

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen	
Gemeinde	Dahlem	Hellenthal
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	natürliche Bevölkerungsentwicklung rückläufig, langfristig Schrumpfung erwartet	
Einwohner (12/2015)	4.297	8.094
Einwohnerentwicklung		
2011-2013 in %	-0,90	-2,39
2013-2015 in %	1,53	1,04
Altersstruktur		
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	18	16,2
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	22,7	24,2
Wirtschaftsstruktur		
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	434	2.575
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-7,9	4,2
Pendlersaldo	negativ	negativ
Arbeitslose	96	168
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	22,7	20,8

Ausgangssituation

In Folge einer anhaltenden negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung sind in den beiden Eifelgemeinden Hellenthal und Dahlem langfristig Bevölkerungsrückgänge zu erwarten. Während Dahlem, durch Zuwanderungsüberschüsse, zuletzt noch stabile Einwohnerzahlen zu verzeichnen hatte, sind die Bevölkerungszahlen in der Gemeinde Hellenthal bereits leicht rückgängig. Trotz dieser weitestgehend stabilen Bevölkerungsentwicklung sind in der Region viele Neubaugebiete ausgewiesen worden, was zu einem sehr großen Angebot an Neubauflächen geführt hat. Diese stehen auch im Wettbewerb mit innerörtlichen Bestandsimmobilien. Dort führen unzureichende Grundstückszuschnitte, ein erhöhter Modernisierungsbedarf und erhöhte Preisvorstellungen des Eigentümers zur Minderung der Vermarktbarkeit. Daher gibt es in Hellenthal und Dahlem erhöhte Leerstandsquoten im Dorfkern. Bedingt durch diesen dispers verteilten Leerstand der Ortskerne sinken die Auslastungskapazitäten der technischen Infrastruktur. Dies ist mit erhöhten Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten pro Kopf verbunden.

Es ist damit zu rechnen, dass sich diese Problemlagen in der Zukunft verschärfen werden, da aktuelle Hochrechnungen bis zum Jahr 2040 einen Bevölkerungsrückgang zwischen neun und 10 % prognostizieren.

Prozessablauf/Steuerung

Sowohl die Gemeinde Hellenthal, als auch die Gemeinde Dahlem befassen sich bereits seit über zehn Jahren mit dem demografiegerechten Umbau ihrer Dorfkerne.

Mit finanzieller Hilfe durch das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ versuchen die beiden Kommunen, unterstützt durch die Professur für Städtebau und Bodenordnung der Universität Bonn, die bestehenden Gestaltungs- und Funktionsmängel zu beseitigen. Dazu wurden zwischen 2011 und 2013 im Rahmen eines interkommunalen Modellprojekts die strategischen Grundlagen innerhalb von Entwicklungs- und Handlungskonzepten erarbeitet und durch die Gemeinderäte beschlossen.

Die Konzeptentwicklung war von einem intensiven interkommunalen Austausch innerhalb des Arbeitskreises, der sich aus den Verwaltungsmitarbeitern und politischen Akteuren beider Kommunen sowie Vertreten des Kreises Euskirchen zusammensetzte, geprägt. In diesen monatlich stattfindenden Arbeitskreisen wurden die Analyseschritte, Handlungsfelder und Entwicklungsperspektiven diskutiert und weiterentwickelt. Die Dorfgemeinschaften wurden im Rahmen einer Bürgerversammlung und Eigentümerbefragung ebenfalls intensiv in den Erarbeitungsprozess integriert. Zur formellen Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms wurden die Ortskerne in Hellenthal und Dahlem im Frühjahr 2015 als förmliche Sanierungsgebiete im Sinne des § 136 BauGB beschlossen. Die Umsetzung erfolgte im vereinfachten Sanierungsverfahren gemäß § 142 Abs. 4 BauGB.

Relevante Themenfelder

Mit dem Ziel einer gemeinsamen Anpassung an den demografischen Wandel wurde im interkommunalen Arbeitskreis das Leitbild „Dahlem und Hellenthal im Herzen der Eifel - gemeinsam für die Zukunft von Jung und Alt!“ entwickelt. Um das Leitbild umzusetzen sind vor allem Maßnahmen zur Aktivierung des Gebäudeleerstandes, zur Verbesserung der Verkehrs- und Baustruktur sowie zur Erhaltung und Aufwertung des öffentlichen Raums und der Daseinsvorsorge erarbeitet worden.

Ein wichtiges Themenfeld in Dahlem und Hellenthal ist der **Umbau der Siedlungsstruktur** mit dem Ziel u.a. die Attraktivität im Dorfkern zu steigern. Durch den Abriss nicht mehr nutzbarer Wohn- und Geschäftsgebäude werden stark verdichtete Bereiche aufgelockert und durch punktuellen Neubau ergänzt. Im Jahr 2018 wird ein automatisiertes und GIS-gestütztes Leerstandsmanagement in der Gemeinde Hellenthal eingeführt, das einen weiteren wertvollen Beitrag zur Identifikation und Aktivierung vorhandener Leerstände in der gesamten Gemeinde leisten und Ortsteile mit kritischen Leerstandsentwicklungen identifizieren soll.

Durch die Förderung zahlreicher privater Modernisierungs- und Aufwertungsmaßnahmen an innerörtlichen Bestandsimmobilien konnten Gestaltungs- und Funktionsmängel reduziert und die Bausubstanz verbessert werden. Eine baukulturell verträgliche Durchführung wird darüber hinaus durch die interkommunale und mit ortskundigen Architekten erarbeitete Gestaltungsfibel sichergestellt, die die Ergebnisse des LEADER Projektes zur Baukultur der Eifel konkretisiert (vgl. Abbildung 28). Durch die Umnutzung vorhandener Ladenlokale sowie den punktuellen Neubau von barrierefreiem Wohnraum, kann ein Beitrag zur altersgerechten Wohnraumversorgung in den beiden Dorfkernen geleistet werden.

Durch die strukturellen und gestalterischen Maßnahmen im Dorfkern werden die Ortskerne als Wohn- und Gewerbestandorte gestärkt und wiederbelebt. Eine Auslastung der technischen Infrastrukturen kann auch durch bedarfsgerechte Nachverdichtungen im Innenbereich langfristig gewährleistet werden. So wirken sich die Neubauplanungen eines Discountmarktes durch einen Investor in Hellenthal nicht nur positiv auf die allgemeine Versorgungssituation aus, sondern mobilisieren auch bestehendes Nachverdichtungspotenzial in zentraler und fußläufig erreichbarer Lage.



Bild 31: Ortstypische Fassaden- und Dacherneuerung in Dahlem (Oben: Vor der Maßnahme; Unten: Nach der Maßnahme), © Gemeinde Dahlem, Erwin Bungartz

Zudem macht die alternde Bevölkerung auch eine bedarfsgerechte Anpassung der **Verkehrsinfrastruktur** notwendig.

- **Verbesserung der fußläufigen Wegeverbindungen:** Die fußläufige Erreichbarkeit des Ortskerns wurde in Dahlem durch punktuelle Verbreiterungen und barrierefreie Gestaltung der Gehwege an bekannten Engstellen erreicht. Weiterhin wurden bei der Neugestaltung des zentralen Kreuzungsbereichs an der Kirche barrierefreie Fußgängerüberwege und ein Blindenleitsystem integriert. Gleichmaßen wurde auch in Hellenthal die Aufenthaltsqualität für Fußgänger entlang der Ortsdurchfahrt durch verbreiterte und barrierearme Fußwege verbessert. Mithilfe eines Parkraumkonzeptes konnte zudem die Erreichbarkeit für die anliegende gewerbliche Nutzung verbessert werden.

Durch die Neugestaltung des Vogellehrpfads wird die Ortsmitte Dahlems an die umgebende Natur und Landschaft angebunden und damit auch die Tourismusfunktion der Gemeinde gestärkt. Zudem werden die innerörtlichen Wegeverbindungen zwischen Ortsmitte und Grundschule verbessert. Der Wanderpfad wurde in einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen dem Naturpark Nordeifel und der Gemeinde Dahlem finanziert und führt durch Misch- und Fichtenwälder. Im Rahmen der Städtebauförderung wird die Zuwegung zum Ortskern verbessert.

- **Bedarfsgerechter Öffentlicher-Personen-Nahverkehr:** Der Kreis Euskirchen hat dazu das bestehende öffentliche Personennahverkehrskonzept angepasst. Mit dem TaxiBusPlus können nun Abfahrtszeiten und Streckenverläufe an die Beförderungswünsche des Fahrgastes angepasst werden. Damit kann die Mobilität von Bevölkerungsgruppen ohne eigenes Auto auch in den Randbereichen der Gemeinden Hellenthal und Dahlem sichergestellt und diese deutlich aufgewertet werden.

Ein weiterer wichtiger Baustein des Dorfumbaus ist der **Umgang mit vorhandenen Brachflächen**. Diese sind vor allem durch den strukturellen Wandel im ländlichen Raum entstanden und liegen in Hellenthal im Bereich der ehemaligen Bahnlinie. Mit den Bürgern Hellenthals wurde deshalb ein Plankonzept zur Umgestaltung der Brachfläche entlang des Olef-Ufers und der ehemaligen Bahnlinie entwickelt, welches sich derzeit in der Umsetzung befindet.

- Ziel ist es die Erlebbarkeit des Baches Olef zu verbessern und stärker in die Ortslage zu integrieren. Im Vordergrund des mit den Bürgern Hellenthals erarbeiteten Konzepts steht deshalb die Gestaltung eines neuen Naherholungsbereichs für Jung und Alt. Zu diesem Zweck werden die alten Bahnschienen, die eine Barriere zwischen Ortslage und Olef darstellen, zurückgebaut und die Brachflächen als Wasserspielplatz mit Generationenpark gestaltet. Die Begehrbarkeit des Olef-Ufers soll durch Trittsteine verbessert werden.
- Die Bepflanzung und Gestaltung des Freizeitentrums soll die landschaftstypischen Besonderheiten der Region aufgreifen. Daher soll eine Narzissenwiese mit Obstbäumen angelegt werden. Weiterhin sollen Picknick und Erholungsmöglichkeiten geschaffen werden. Durch sogenannte „ökologische Inseln“ rücken schützenswerte Tiere und Pflanzen in den Fokus.
- Durch den Bau einer neuen Erschließung wird eine fußläufige Verbindung zwischen Busbahnhof und dem westlichen Ortsteil geschaffen. Außerdem können Nachverdichtungspotenziale in zentraler Lage erschlossen werden. Diese sollen in Kooperation mit Investoren zu barrierefreiem Wohnraum in zentralörtlicher Lage und in fußläufiger Erreichbarkeit zu öffentlichen Einrichtungen des täglichen Bedarfs entwickelt werden.

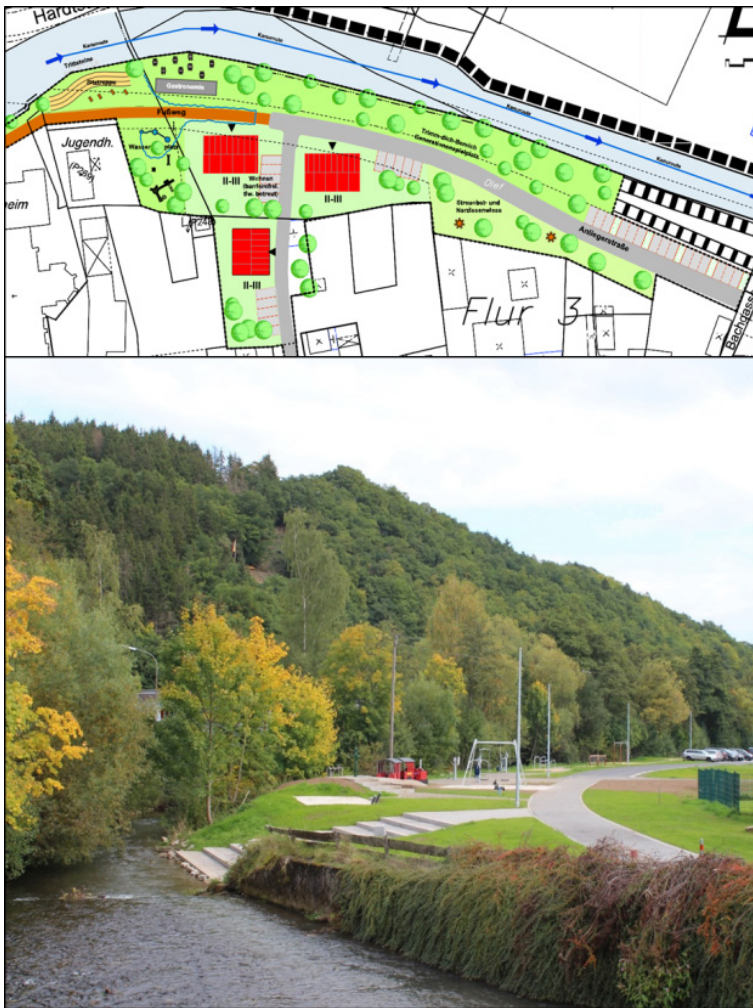


Bild 32: Neugestaltung des Olef-Ufers in Hellenthal (Oben: Plankonzept; Unten: Stand der Um-setzung September 2017), © Universität Bonn (oben); Gemeinde Hellenthal (unten)

Neue Herausforderungen

Auch künftig liegen die Herausforderungen insbesondere in der Stabilisierung der Bevölkerungszahlen und dem Abbau innerörtlicher Leerstände.

Bürgerengagement und Verstetigung: Durch das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ werden durch Investitionen in die örtliche Infrastruktur und private Fördergelder Anstoßwirkungen erzeugt, die die Gemeindeentwicklung fördern und die Investitionsbereitschaft von Eigentümern und Investoren erhöhen. Diese positiven Effekte gilt es auch über das Programm hinaus zu verstetigen. Dabei spielt privates Engagement eine zentrale Rolle. Die Gründung des Fördervereins Dorfentwicklung Dahlem spiegelt das bestehende hohe Bürgerengagement wider, welches ein informelles Grundgerüst in der Gemeinde schafft und auch zukünftig genutzt werden sollte. Dieser Verein kann zur Sicherung der Daseinsvorsorge als verlässlicher Kooperationspartner eingebunden werden. Auch in Hellenthal wird die Ortsentwicklung besonders durch den Arbeitskreis Gemeindeentwicklung positiv unterstützt.

Stärkung der Dorfkerne und ländlicher Versorgungszentren: Bereits seit Jahrzehnten ist der ländliche Raum von Zentralisierungsprozessen geprägt. Zur Sicherung der Daseinsvorsorge kommt daher ländlichen Zentralorten eine Schlüsselrolle zu. Dementsprechend gilt es diese als Versorgungszentren zu stärken und Infrastrukturen durch Agglomerationseffekte langfristig zu erhalten.

Sowohl in Hellenthal als auch in Dahlem ist daher das Ziel die wichtigsten Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu erhalten und mithilfe regional abgestimmter Konzepte auf der einen Seite effiziente Versorgungsstrukturen und auf der anderen Seite angemessene Erreichbarkeiten, auch im dünn besiedelten ländlichen Raum, sicherzustellen. Die Lebensqualität in den Dörfern soll erhalten bleiben und damit auch die Funktionalität und Effizienz technischer Infrastrukturen durch stabilere Bevölkerungszahlen gesichert werden.

Fazit

Sowohl die Gemeinde Hellenthal als auch die Gemeinde Dahlem befassen sich bereits seit mehr als zehn Jahren mit der strategischen Weiterentwicklung ihrer Zentralorte. **Infolge dessen konnten zahlreiche Anpassungsmaßnahmen an den demografischen Wandel umgesetzt werden.** Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Dorfkerne, die es auch über das Städtebauförderprogramm hinaus zu verstetigen gilt. Bereits heute wirken sich die Maßnahmen positiv auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen aus.

Mit der Programmumsetzung konnten außerdem Synergien zum Umwelt- und Klimaschutz erzielt werden. Durch energetische Maßnahmen am Gebäudebestand (insbesondere dem Austausch von Fenstern) konnte der Energiebedarf von Gebäuden nachhaltig reduziert werden. Die Aktivierung von Leerständen und Nachverdichtungspotenzialen im Innenbereich führt zudem zu einer verringerten Flächeninanspruchnahme und zur besseren Auslastung von technischen Infrastrukturen. Mit der Umgestaltung ehemaliger Brachflächen werden Siedlungsbereiche an Natur und Landschaft angebunden. Außerdem werden bei der Gestaltung ökologische Aspekte wie Insektenhäuser oder bienenfreundliche Bepflanzungen berücksichtigt.

Kontakt:

Erwin Bungartz
Gemeinde Dahlem
FB 5 Bau- und Planungswesen,
Gemeindeentwicklung
Tel.: 02447/955547
E-Mail: E.Bungartz@dahlem.de

Winfried Kaiser
Gemeinde Hellenthal
FB 3 Bauen und Planen
Tel.: 02482/85161
E-Mail: wkaiser@hellenthal.de

Weiterführende Informationen:

Gemeinde Dahlem (2017): Stadterneuerung. <https://www.dahlem.de/staedtebauprojekt>

Land NRW: Kleinere Städte und Gemeinden (PDF Dokument). https://www.mhkbw.nrw/stadtentwicklung/pdf_container/internetksg.pdf

Gemeinde Hellenthal: Integriertes Handlungskonzept(PDF Dokument). http://www.hellenthal.de/fileadmin/data/hellenthal/pdf/bauen/staedtebauprojekt/Integriertes_Handlungskonzept_Hellenthal_2-4-14.pdf

Kreis Euskirchen; Regionalverkehr Köln GmbH (2016): Die Linien des neuen TaxiBusPlus (Flyer) (PDF Dokument). https://www.kreis-euskirchen.de/service/downloads/oepnv/Flyer_taxibusplus.pdf

6.6 Wallmerod

Rahmendaten (Verbandsgemeinde Wallmerod)

Bundesland	Rheinland-Pfalz
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	stagnierend/viele junge Menschen
Einwohner (12/2015)	14.714
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	7,8
2011-2013 in %	-0,2
2013-2015 in %	0,0
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	20,6
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	17,8
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	2.713

Ausgangssituation

Die voranschreitende Verödung der Dorfkerne in den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde (VG) Wallmerod war Ausgangspunkt für das Projekt „Leben im Dorf – Leben mittendrin!“. Mit dieser Initiative sammelt die VG Wallmerod bereits seit 2004 Erfahrungen zur Wiederbelebung der Ortskerne, um den demografischen Wandel abzumildern. Das Kernstück der Initiative bildet das „Wallmeroder Modell“. Neben einer stark restriktiven Baulandausweisung bietet das Wallmeroder Modell finanzielle Anreize zum Bau oder Erwerb von Gebäuden innerhalb definierter Ortskerne. Das „Wallmeroder Modell“ dient mittlerweile vielen anderen Kommunen als Ideengeber und wurde bereits mehrfach übertragen. Wallmerod stellt demnach ein Beispiel für eine etablierte Strategie der Innenentwicklung mit Bezügen zum Umweltschutz dar. Seit 2010 wurde außerdem das Aktionsprogramm „Energie 2020“ (Leben im Dorf – Energie mittendrin) gestartet, mit dem Ziel, die Energieeffizienz in Wallmerod zu verbessern und dadurch Ressourcen einzusparen.

Prozessablauf/Steuerung

Auslöser für den Prozess waren erste Untersuchungen und Berichte zum demographischen Wandel und den Auswirkungen auf die Dorfkerne in ländlichen Raum auf Landesebene. Dies war der Anlass für die Verbandsgemeinde, sich mit den einzelnen Ortsgemeinden näher zu beschäftigen. Zusammen mit den Ortsbürgermeistern wurden die Leerstände und Baulücken erfasst und daraufhin vom Verbandsgemeinderat der Beschluss „Innen vor Außen“ gefasst. Hierzu mussten die einzelnen Ortsgemeinden Teile ihrer Zuständigkeiten an die VG Wallmerod übertragen, um z.B. die **Finanzierung** über die Gemeindeumlage zu ermöglichen.

Die inhaltliche Steuerung und Weiterentwicklung des Modells übernimmt der Bürgermeister der VG Wallmerod selbst, die reine Abwicklung erfolgt dann in den Fachabteilungen. Der Gemeinderat wird regelmäßig über die Entwicklungen und Projekte informiert, zusätzlich gibt es einen eigenen Ausschuss, der sich mit „strittigen“ Sonderfragen beschäftigt (z.B. Einbeziehung von Grenzfällen, Grundsatzentscheidungen).

Im Rahmen einer interkommunalen Kooperation mit der benachbarten VG Westerbürg wurde das Wallmeroder Modell zunächst auf fünf Ortsgemeinden der VG Westerbürg übertragen, seit dem 1. Januar 2018 ist die gesamte VG Westerbürg einbezogen. Die VG Wallmerod übernimmt die VG-übergreifende Abwicklung des Förderprogramms. Mehrere weitere Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz und Gemeinden in anderen Bundesländern haben das Wallmeroder Modell übernommen.

Relevante Themenfelder

Siedlungsentwicklung:

Bei der Siedlungsentwicklung liegt der Fokus auf den Innenbereichen. Mit dem Wallmeroder Modell reagiert die VG Wallmerod bereits seit 2004 gegen die Verödung der Ortskerne und fokussiert auf eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, indem die Ortskerne gestärkt und gefördert werden. Hierzu wurden in jeder Ortsgemeinde Kernbereiche definiert, in denen der Kauf, die Sanierung alter Bausubstanz, die Bebauung von Baulücken und der Abriss alter Gebäude und Neubau an gleicher Stelle finanziell gefördert werden (max. 1.000 Euro Zuschuss für bis zu acht Jahre). Gleichzeitig werden keine Neubaugebiete mehr ausgewiesen. Durch die Fokussierung der Siedlungsentwicklung auf definierte Kernbereiche wird der Flächenverbrauch reduziert und ein Beitrag zur **Abmilderung des demografischen Wandels** durch Stärkung und Wiederbelebung der Ortskerne geleistet. Zudem erfolgen Aktionen und Maßnahmen zur Einsparung von Energie an alter Bausubstanz. Aktuell wurde das Förderprogramm um den Aspekt „Barrierefreiheit“ und „Schaffung abgeschlossener Wohneinheiten in Bestandsgebäuden“ erweitert. Dadurch können in den definierten Kernbereichen ebenfalls Umbaumaßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit oder eigenständiger Wohneinheiten in Bestandsgebäuden finanziell gefördert werden.

Wasserversorgung/Abwasserentsorgung:

Mit dem Ansatz „Innen vor Außen“ wird zugleich die bestehende technische Infrastruktur besser ausgelastet und Investitionskosten müssen nur für bestehende technische Infrastrukturen geleistet werden.

Die VG Wallmerod kooperiert in diesem Bereich mit der benachbarten VG Westerbürg, um langfristig weitere Kosten zu sparen. Hierzu wurden im Jahr 2013 Analysen durchgeführt. Auf dieser Basis wurden Synergien aufgezeigt, wie z.B. gemeinsame Beschaffung, Schulungen und arbeitsschutzrechtliche Untersuchungen sowie der Austausch von Geräten und Werkzeugen.

Energie:

Auf Initiative des VG-Bürgermeisters wurde 2010 das Aktionsprogramm „Energie 2020“ gestartet. Ausgangspunkt war eine Bestandsanalyse, die verschiedene Optimierungsbedarfe ermittelte. Das Aktionsprogramm setzt sich aus verschiedenen Maßnahmen zusammen: Energetische Optimierung von Verwaltungsgebäuden (u.a. Einbau neuer Heizungsanlagen, Umwälzpumpen in Freibädern), Einrichtung und Betrieb von eigenen Solaranlagen, Teilflächennutzungspläne für Windenergie sowie Anreize zur Änderung des Nutzerverhaltens durch Einführung eines Energiebonus, z.B. bei Schulen und Feuerwehrgerätehäusern (finanzielle Einsparungen werden zu 50 % an die Nutzer weitergegeben).

Für die energetische Optimierung von Verwaltungsgebäuden wurde ein Excel-Tool für eine „Gebäudedatenbank“ selbst entwickelt. Mit dem Tool werden Verbrauchsdaten aller kommunalen Gebäude erfasst und regelmäßig analysiert.

Parallel wurden die Verwaltungsstrukturen an die neuen Anforderungen angepasst. So wurden beispielsweise nebenamtliche Hausmeisterstellen durch Vollzeitstellen im Gebäudemanagement ersetzt. Hierzu war ein Beschluss durch den VG-Rat notwendig. Zudem wurde jedes öffentliche Gebäude einem festen Ansprechpartner zugeordnet, so konnten Instandhaltungsmaßnahmen reduziert werden.

Die Kosten für die Baumaßnahmen und Umstrukturierungen wurden über eigene Haushaltsmittel finanziert bzw. durch stetig ansteigende Einsparungen bei Energiekosten gegenfinanziert.

Ziel ist es, bis 2020 für die Liegenschaften der VG Wallmerod 30 % weniger Heizenergie zu verbrauchen und den Stromverbrauch um 10 % zu reduzieren. Der Strombedarf soll zudem bis 2020 zu 100 % durch eigenen Strom aus der VG Wallmerod gedeckt werden. Seit 2010 konnte der Stromverbrauch bereits um 7 % und die Heizenergie um 31 % gesenkt werden (Stand 2017).



Bild 33: Verwaltungsgebäude der VG Wallmerod im Ortskern, © Verbandsgemeinde Wallmerod

Fazit

Die unabhängig voneinander entstandenen Initiativen wurden unter der Dachmarke „Leben im Dorf“ als Gesamtstrategie zusammengefasst. Die Wiederbelebung der Ortskerne führt zur Attraktivitätssteigerung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur **Abmilderung des demografischen Wandels**. Zusätzlich wird durch das Aktionsprogramm Energie ein wichtiger **Beitrag zum Klimaschutz** geleistet. Der VG-Bürgermeister bildet die konzeptionelle Schnittstelle. Die fachliche Abwicklung läuft ressortübergreifend. Das Projekt hat eine Vielzahl von innovativen Einzelprojekten hervorgebracht, die nun in ein Gesamtkonzept integriert wurden. Die Projekte haben mittlerweile „Modellcharakter“ und werden gerne von anderen Gemeinden übernommen, so z.B. das „Wallmeroder Modell“ oder die „Gebäudedatenbank“.

Kontakt:

Klaus Lütkefedder
Bürgermeister der VG Wallmerod
Tel.: 06435/508112
E-Mail: k.luetkefedder@wallmerod.de

Weiterführende Informationen:

Verbandsgemeinde Wallmerod (2017a): Leben im Dorf – Leben mittendrin. <http://www.lebenim-dorf.de/>

Verbandsgemeinde Wallmerod (2017b): Leben im Dorf - Energie mitten drin! Aktionsprogramm Energie 2020. <http://www.energiemittendrin.de/>

Verbandsgemeinde Wallmerod (2017c): Präsentation des Aktionsprogramms „Energie 2020“ der Verbandsgemeinde Wallmerod (PDF Dokument). <http://www.energiemittendrin.de/images/energie2020/downloads/2017-03-16-Energiebilanz-VG-2016z.pdf>

6.7 Kreuzbergallianz

Rahmendaten

Bundesland	Bayern				
	Bischofs- heim a.d. Rhön	Wildflecken	Sandberg	Oberelsbach	Schönau a.d. Brend
Bevölkerungs-entwicklung und -struktur	schrump- fend	schrump- fend	schrump- fend	schrump- fend	schrump- fend/über- altert
Einwohner (12/2015)	4.698	2.968	2.506	2.671	1.237
Einwohnerentwicklung					
1995-2015 in %	-10,5	-20,9	-15,3	-9	-13,6
2011-2013 in %	-0,9	-3,2	-1,0	-2,1	-1,8
2013-2015 in %	-1,2	-1,5	-1,6	-1,6	-0,2
Altersstruktur					
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	16,9	15,8	16,0	16,6	13,8
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	20,5	19,1	21,6	19,9	23,2
Wirtschaftsstruktur					
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	1.095	1.074	180	305	112
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	6,9	-15,4	k.A.	15,5	-23,3
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	9,7	-0,5	9,8	3,4	7,7
Pendlersaldo	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Arbeitslose	80	86	38	37	18
Arbeitslose je 1.000 Ein- wohner (2015) (BRD = 34,0)	17,7	29,0	15,2	13,9	14,6

Ausgangssituation

Die „Kreuzbergallianz“ ist eine interkommunale Kooperation der unterfränkischen Gemeinden Bischofsheim a. d. Rhön, Wildflecken, Sandberg, Oberelsbach und Schönaa a. d. Brend. In den Gemeinden der Kreuzbergallianz wurde ursprünglich im Jahr 2009 davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2021 um gut 13 % zurückgeht. Als Reaktion schlossen sich die Gemeinden im Jahr 2010 zur interkommunalen Kooperation Kreuzbergallianz e.V. zusammen, um sich gemeinsam den Aufgabenstellungen der Sicherung der Daseinsvorsorge zu stellen und z.B. durch gemeinsame Erstellung von Konzepten einzelne Themen und Aufgabenstellungen inhaltlich fundiert zu erarbeiten, die sie ohne Kooperation in der Form nicht angehen könnten.

Prozessablauf/Steuerung

Die Gründung des Vereins Kreuzbergallianz e.V. erfolgte im Jahr 2010. Neben den fünf Gemeinden (Bischofsheim a. d. Rhön, Wildflecken, Sandberg, Oberelsbach, Schönaa a. d. Brend) zählen auch die Deutsche Franziskanerprovinz, die Sparkassen Bad Kissingen sowie Bad Neustadt a.d. Saale und die VR-Banken Bad Kissingen – Bad Brückenau eG sowie RhönGrabfeld eG zu den Gründungsmitgliedern der Kreuzbergallianz. Bereits vor der Gründung des Vereins arbeiteten die Gemeinden Bischofsheim, Wildflecken und Sandberg zusammen und erarbeiteten das Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept Kreuzberg (2008).

Nach dem Zusammenschluss im Jahr 2010 wurde das Entwicklungskonzept Kreuzberg erweitert. Ziel war es, eine gemeinsame Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge in der Region zu entwickeln. Das ILEK und dessen Erweiterung waren die Grundlage für die Aufnahme der Kreuzbergallianz in das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ im Jahr 2011 sowie für den Start der Dorferneuerung in der Gemeinde Sandberg. Die Allianzgemeinden haben gemeinsam die strategischen Konzepte zum Flächenmanagement (2012) und zur demografiesicheren Daseinsvorsorge (2013) sowie ein interkommunales Energiekonzept (2014) erarbeitet. In den Konzepten sind zahlreiche Maßnahmen aufgelistet, an deren Umsetzung die Allianz kontinuierlich arbeitet.

Die Kooperation der Kreuzbergallianz fungiert als Plattform und Vernetzungsstelle der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Kommunen, ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie Verbänden und Vereinen. Die Lenkungsgruppe setzt sich aus den Bürgermeistern sowie Vertretern aus Gemeinderäten, Verwaltung, Wirtschaft und Regionalentwicklung zusammen.

In der Kreuzbergallianz sind Unternehmen wichtige Partner für die Umsetzung von Projekten. Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung von Projekten, sondern vielmehr um die Synergieeffekte, die durch den gegenseitigen Austausch entstehen.

Zur professionellen Koordination und Organisation richtete die Kreuzbergallianz ein „Allianzmanagement“ ein, welches mit zwei Stellen besetzt ist (12 Stunden und 30 Stunden). Zu den Aufgaben des Allianzmanagements zählen in erster Linie die Projektarbeit sowie die Innenentwicklungsberatung (siehe Punkt Siedlungsentwicklung). Zu den zusätzlichen Aufgabenbereichen des Allianzmanagements gehören die Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit, die Organisation sowie Vor- und Nachbereitung von Besprechungen.

Die **Finanzierung** der Maßnahmen der Kreuzbergallianz erfolgt über die Fördermittel aus dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Städtebauförderung sowie Mitteln der Kommunen und durch Sponsoren aus der Wirtschaft.

Relevante Themenfelder

Zentrale Themen und Ziele in der Kreuzbergallianz sind die Sicherung der Daseinsvorsorge und Anpassung an den demografischen Wandel sowie die Förderung der Innenentwicklung durch gezieltes Flächenmanagement. Weitere Themen sind z.B. Energieeffizienz, Mobilität und Tourismus.

Siedlungsentwicklung/Flächenmanagement:

Seit dem Jahr 2012 betreibt die Kreuzbergallianz ein aktives Flächenmanagement. Es wurde ein datenbankgestütztes Flächenmanagementsystem zur Verwaltung von innerörtlichen Baulücken und Leerständen aufgebaut. Im Zuge des Flächenmanagements wurden seit Bestehen der Kreuzbergallianz und Beginn der Innenentwicklungsberatung vier Eigentümerbefragungen durchgeführt. Dadurch liegen Informationen zur (zukünftigen) Nutzung der Grundstücke vor, wodurch eine gezielte und bessere Gesamtplanung ermöglicht wird. Der Zusammenschluss in der Kreuzbergallianz fördert zudem aktiv die Innenentwicklung. Die Kreuzbergallianz bietet eine umfassenden Erstberatung zu den Themen Neubau, Umbau und Umnutzung von Bestandsgebäuden oder Baulücken sowie die Vermittlung von Kontakten zu Fördermittelgebern und weiteren Beratungsangeboten. Hier wird auch an das Netzwerk für Energieberatung des Energiespar-Kreises Rhön-Grabfeld vermittelt, die auf energetische Sanierung spezialisiert sind. Somit wird auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Um zu verhindern, dass sich Leerstände und Baulücken dauerhaft im Ortsbild festsetzen, erhalten verkaufsbereite Eigentümer Unterstützung beim Verkauf von Gebäuden und Bauplätzen über eine landkreisweite Immobilienbörse.



Bild 34: Gewinner des Sanierungspreises 2017, © Kreuzbergallianz e.V.

Ein weiteres Angebot im Bereich der Innenentwicklung ist das Projekt Beratungsgutscheine. Im Rahmen dieses Projektes wurde erstmals in Unterfranken, ein aus Städtebauförderungsmitteln geförder-tes Angebot geschaffen. Die Kommunen der Kreuzbergallianz bieten hierbei in einem festgesetzten Umfang kostenfreie Beratungsleistungen durch spezialisierte Architekten an. Bau- und Umbauinter-essierte werden zu den Themen der energetischen Sanierung, Umbau oder Umnutzung von Be-standsgebäuden, der Sanierung ortsbildprägender oder denkmalgeschützter Anwesen sowie dem al-tersgerechten Umbau beraten. Zusätzlich gibt es in der Stadt Bischofsheim a.d. Rhön und dem Markt Wildflecken ein kommunales Förderprogramm (Revitalisierungsprogramm) zur Unterstützung von privaten Investoren bei Baumaßnahmen zur Wiederbelebung von Leerständen. Darüber hinaus vergibt die Kreuzbergallianz jährlich einen Sanierungspreis, um gelungene Sanierungen öffentlich-keitswirksam zu würdigen und einen Anreiz für weitere Sanierungswillige zu setzen. Zur breiteren Sensibilisierung für das Thema Innenentwicklung wurde eine umfassende Informationsbroschüre (siehe weiterführende Informationen unten) zu den Themen Bauen und Umbauen, Kaufen und Ver-kaufen erstellt.

Erfolge der Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung sind bereits spürbar: Bis Ende 2017 wurden in den fünf Kommunen bereits über 300 Leerstände, Baulücken und Leerstandsrisiken wie-der einer dauerhaften Nutzung zugeführt. Insbesondere die Immobilienbörse gewinnt zunehmend an Bekanntheit. So wurden allein im Jahr 2017 insgesamt 23 Objekte erfolgreich vermittelt.



Bild 35: Innenentwicklungsbroschüre, © Kreuzbergallianz e.V.

Daseinsvorsorge:

Bereits im Jahr 2011 widmete sich die Kreuzbergallianz dem Thema Daseinsvorsorge mit einem eigen-ten Projekt. Als Ergebnis wurde das „Strategiekonzept demografiesichere Daseinsvorsorge in der Kreuzbergallianz“ (2013) erarbeitet. Das Strategiekonzept deckt alle relevanten Handlungsfelder der Daseinsvorsorge ab und analysiert für jedes Handlungsfeld die zukünftigen Bedarfe/die zukünftige Versorgungssituation und gibt Handlungsempfehlungen. Im Konzept werden konkrete Projekte und Maßnahmen inkl. Kostenschätzungen vorgestellt und Prioritäten festgelegt. Bereits umgesetzte Bei-spiele sind die Generalsanierung des Freibades in der Stadt Bischofsheim sowie die Einrichtung eines Seniorenforums zur Koordinierung der Aktivitäten in der Seniorenarbeit.

Energie:

Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde ein interkommunales Energiekonzept erstellt. Dafür erfolgte zunächst die umfassende Analyse des energetischen Ist-Zustandes der Gebäude in der Kreuzbergallianz. Aus den Erkenntnissen wurden Potentiale für Energieeffizienzsteigerungen, Energieeinsparung sowie für den Ausbau Erneuerbarer Energien berechnet und ein konkreter Maßnahmenkatalog mit Projektvorschlägen erarbeitet. Für jede Kommune wurde anschließend ein Schwerpunktprojekt ausgewählt, welches auf Wirtschaftlichkeit, Ökologie und Umsetzungsfähigkeit hin geprüft wird. Es wurden bewusst für jeden Ort verschiedene Projekte ausgewählt. So wurde z.B. die Möglichkeit zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik in Bischofsheim anhand einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung untersucht. In Oberelsbach wurden Möglichkeiten zur Erweiterung und Verdichtung des Nahwärmenetzes durch eine Holzvergaseranlage analysiert. Die Maßnahmen wurden im Anschluss auch in den Gemeinden umgesetzt. So wurde beispielsweise die energetische Sanierung des Bürgerhauses im Ortsteil Burgwallbach und die Umstellung der Straßenbeleuchtung in Bischofsheim vollzogen. Durch den Bau einer zusätzlichen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage im Markt Oberelsbach konnte die Bereitstellung der Wärmeversorgung mit regenerativen Energien ausgebaut werden. Auch weitere Projekte sind in der Planung, z.B. die Umstellung auf LED-Technik in öffentlichen Gebäuden in Oberelsbach. Dort sind die Straßen bereits zu 100 % mit LED-Technik beleuchtet. Außerdem wurde ein Flyer zum Thema Energiesparen erstellt und an die Haushalte der Kreuzbergallianz verteilt.

Es bestehen auch Schnittstellen zum Themenfeld **Mobilität**: In der Kreuzbergallianz sollen zwei E-Schnellladesäulen installiert werden. Der erste Förderbescheid für eine 50 kW-Säule in Oberelsbach liegt bereits vor. Die zweite Säule soll in Bischofsheim installiert werden.

Fazit

Die Gemeinden der Kreuzbergallianz stellen sich gemeinsam der Herausforderung des demografischen Wandels. Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen auf den Themen Daseinsvorsorge und Flächenmanagement. Damit wird ein wichtiger **Beitrag zur Anpassung an den demografischen Wandel** geleistet. Außerdem ergeben sich **Synergien zum Klima- und Umweltschutz** (durch energetische Sanierung und Reduzierung der Flächeninanspruchnahme).

Ein wesentlicher Erfolg ist, dass durch die Zusammenarbeit das „Kirchturmdenken“ sukzessive verschwunden ist und die gemeinsame Betrachtung der Region im Vordergrund steht. Hilfreich ist dabei, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden bereits vor der Aufnahme in die Förderprogramme existierte (zum Umgang mit Brach- und militärischen Konversionsflächen), so dass auf diesen Strukturen und dem bestehenden Vertrauen aufgebaut werden konnte. Im Rahmen der Zusammenarbeit erarbeiteten die Kommunen gemeinsam eine Strategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Über die Kooperation wurden zahlreiche Maßnahmen in den einzelnen Gemeinden angestoßen und umgesetzt. Auch die Bevölkerung nimmt wahr, dass sich in der Region um den Kreuzberg etwas bewegt, auch, wenn dies nicht immer unmittelbar mit den Aktivitäten der Allianz in Verbindung gebracht wird.

Die erste Förderperiode der Umsetzungsbegleitung durch das Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken endete im April 2018. Eine Folgeförderung für die kommenden zwei Jahre ist in Aussicht.

Kontakt:

Kreuzbergallianz e.V.

Tel.: 09772/910136

E-Mail: info@kreuzbergallianz.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Kleinere Städte und Gemeinden. Kreuzbergallianz. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/Massnahmen/Kreuzbergallianz/kreuzbergallianz_inhalt.html

Institut für Energietechnik (IfE) (o.J.): Interkommunales Energiekonzept für die 5 Gemeinden der Kreuzbergallianz. Amberg (PDF Dokument). http://www.kreuzbergallianz.de/fileServer/KREUZBERG/1080/16148/20141120_Kreuzbergallianz_ENDVERSION.pdf

Kreuzbergallianz e.V. (o.J.a): Innenentwicklung in der Kreuzbergallianz. Bischofsheim a. d. Rhön (PDF-Dokument). http://www.kreuzbergallianz.de/fileServer/KREUZBERG/1080/17245/160621_6322-02_f03_brosch%20innenentw_kl.pdf

Kreuzbergallianz e.V. (o.J.b): Kreuzbergallianz – Fünf Gemeinden stehen zusammen. <http://www.kreuzbergallianz.de/>

7 Beispiele für integrierte Ansätze mit Schwerpunkt Rückbau

7.1 Schwedt/Oder

Rahmendaten

Bundesland	Brandenburg
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	leicht schrumpfende, deutlich alternde Kleinstadt
Einwohner (12/2015)	30.262
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-3,10
2013-2015 in %	-0,91
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	12,0
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	29,8
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	12.017
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-10,2
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-2,5
Pendlersaldo	positiv

Ausgangssituation

Schwedt/Oder ist die größte Stadt im Landkreis Uckermark im Nordosten des Landes Brandenburg. Nach dem Beschluss der DDR-Regierung, die Stadt zum Zentrum der Papier- und der Petrolindustrie zu machen, stieg die Einwohnerzahl von 10.000 in den 1960er Jahren auf ca. 54.000 in den 1980er Jahren an. Durch diesen Bevölkerungsanstieg entstand in den 1960er Jahren nordwestlich des Zentrums von Schwedt ein isolierter und eigenständiger Stadtteil. Die dort vorhandenen Wohngebiete "Am Waldrand", "Talsand" und "Kastanienallee" wiesen insgesamt rund 11.000 Wohnungen auf. Der Anteil von fünf bis 11-geschossigen Plattenbauten lag dort zur Zeit der Wende bei über 90 %.

Seit dem Bevölkerungshochstand von 1980 verlor die Stadt Schwedt/Oder bis zum Jahr 2008 rund 38 % ihrer Einwohner. Um die daraus resultierenden Herausforderungen für die Stadtentwicklung aktiv steuern zu können, wurde bereits sehr frühzeitig (Ende der 1990er Jahre) ein Prozess des Stadtbbaus eingeleitet. Die zum Großteil bereits durchgeführte Reduzierung von Wohnungseinheiten war notwendig, um die Leerstandsquote im gesamten Stadtgebiet zu stabilisieren und um eine zentrumsgerechte Entwicklung voranzutreiben.

Prozessablauf/Steuerung

Im Jahr 2002 standen in Schwedt rund 4.000 Wohnungen leer. Besonders stark betroffen war der Stadtteil „Am Waldrand“ mit einem Leerstand von 44 % des gesamten Wohnbestands. In enger Zusammenarbeit mit den ansässigen Wohnungsbaugesellschaften setzte die Stadt im nördlichen Bereich dieses Stadtteils einen flächenhaften Rückbau von etwa 3.700 Wohnungen um, wohingegen im südlichen Teil ein Abriss von Wohneinheiten bei gleichzeitiger Aufwertung des Gebietes stattfand.

Grundlage hierfür war die Erstellung des ersten integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK 2002), welches in den Jahren 2007, 2010 und 2015 fortgeschrieben wurde. Ferner wurde im Jahr 2005 der erste Stadtumbauplan für die gesamte Kernstadt mit Schwerpunkt auf das Gebiet „Am Waldrand“ erarbeitet, dessen Fortschreibung im Jahr 2008 erfolgte. Neben dem INSEK und dem Stadtumbauplan wurde im Jahr 2009 der „Masterplan Wohnen 2025+“ erstellt. In die Konzeptentwicklungen waren neben den Fachämtern der Stadtverwaltung sowohl die beiden Wohnungsunternehmen als auch die Versorgungsbetriebe bereits frühzeitig eingebunden.

Eine Besonderheit der **Finanzierung** beim Rückbau des Wohnungsbestands im Gebiet „Am Waldrand“ war, dass nur die Stadt und nicht die Wohnungsunternehmen die Mittel des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau Ost“ (2002-2009) beanspruchte. Hierdurch lag die Steuerung der Wohnungsabrisse und der Nachbereitung der Grundstücke in einer Hand. Formal traten die Wohnungsunternehmen hierbei die leergeräumten Wohngebäude an die Stadt ab, die nach Abschluss der Rückbaumaßnahmen die Grundstücke wieder an die Wohnungsunternehmen übergab. Dies sparte anfallende Grunderwerbssteuern und Kosten für die notwendige katastermäßige Vermessung der Flächen. Die Finanzierung erfolgte zudem aus den Förderprogrammen „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ (1993 – 2001) sowie dem Programm „Soziale Stadt“ (seit 1999).

Relevante Themenfelder

Mit dem flächenhaften Rückbau der Wohngebäude im nördlichen Bereich des Stadtteils **„Am Waldrand“** (2000-2008) gingen folgende Themenfelder einher:

- **Verkehrsinfrastruktur:** Die Gehwege entlang der Straßen wurden zurückgebaut, um den Abfluss des Niederschlagwassers seitlich der Fahrbahnen zu ermöglichen. Die ehemaligen Straßen wurden zu Waldwegen umgebaut, so dass die Grundstruktur des ehemaligen Wohngebiets für Spaziergänger weiterhin ablesbar und die Anbindung an die angrenzenden Stadtbereiche erhalten blieb.
- **Technische Infrastruktur:** Mit der flächenhaften Aufgabe der Wohnnutzung erfolgte die Stilllegung aller Versorgungsnetze (Strom, Gas, Fernwärme, Wasser/Abwasser, Regenwasser, Straßenbeleuchtung, TV/Telefon). Entsprechend des Förderprogramms „Stadtumbau Ost“ wurde von der Stadt Schwedt/Oder die technische Infrastruktur nur vom Wohnblock bis zum Übergabeschacht (Anbindungsschacht an das öffentliche Netz) zurückgebaut und dieser verschlossen. Für den weiteren Rückbau waren die einzelnen Medienträger und Versorger, nicht die Stadt oder die Wohnungsunternehmen, verantwortlich.

Der Komplettrückbau der technischen Versorgungssysteme in seiner Gesamtheit ist sehr kostspielig. Das führt häufig dazu, dass keine durchgängige Tiefenenttrümmerung erfolgt. Im ehemaligen Wohngebiet „Am Waldrand“ war es in einem Pilotprojekt möglich, in einem ersten Schritt 760 m begehbare Sammelkanäle² der Leitungsträger, unter Einsatz von Eigenmitteln der Stadtwerke und einer

² Sammelkanäle/Sammelkollektoren: So werden unterirdische, oft begehbare Kanäle bezeichnet, in denen verschiedene Versorgungsleitungen wie Strom, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Telekommunikationsleitungen gemeinsam verlaufen.

Förderung des Bundes über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, aus dem öffentlichen Straßenraum vollständig zurückzubauen. Da Teile der Leitungsschächte und Installationen wiederverwendbar waren, konnte die ausführende Baufirma ein entsprechend reduziertes Angebot für den Rückbau machen. Der Rückbau der noch verbliebenen über 1.500 m Sammelkollektoren wurde ab 2007 durchgeführt, unterstützt durch Fördermittel aus dem Programmbereich „Rückführung Städtischer Infrastrukturen (RSI)“. Als Maßnahme zum Schutz der Biodiversität wurde ein ca. 200 m langes Teilstück als **Fledermausquartier** erhalten.

- **Beräumte Flächen, Freiflächen:** Die beräumten Flächen wurden in einem ersten Schritt mit einer Raseneinsaat stabilisiert und anschließend vollständig zu einem Mischwald aufgeforstet. Die hierdurch entstandenen Forstflächen wurden als Ausgleichsflächen in den Flächenpool der Stadt eingebracht. Entsprechend des Naturschutz- und Waldrechts wurden dabei bereits die Bodenentsiegelung und die Waldgründung als Ausgleichsmaßnahmen für eine zeitgleich geplante Industrieansiedlung im Norden der Stadt vorgehalten. Die Aufforstung des Gebiets ist Teil eines gesamtstädtischen Freiflächenkonzepts, das den Nationalpark Unteres Odertal und den nordwestlichen Waldgürtel Schwedts verbindet. Sie ist im nördlichen Bereich der beräumten Flächen heute bereits weit fortgeschritten.
- **Soziale Infrastruktur:** Der Stadtteil „Am Waldrand“ verfügte über fünf Schulen und ebenso viele Kitas. Im nördlichen Teilbereich dieses Stadtteils wurden bereits bis zum Jahr 2002 alle Einrichtungen geschlossen und abgerissen.

Im südlichen Bereich des Stadtteils „Am Waldrand“ erfolgte bis Oktober 2007 ein Umbau dieses Quartiers (Külzviertel) mit rund 500 Wohnungen. Im Rahmen dieses Quartiersumbaus wurden **unterschiedliche Sanierungsstrategien erprobt**, um verschiedene Mieterinteressen zu berücksichtigen. So wurden Wohnblöcke teilweise relativ einfach saniert, um die Mieten möglichst gering zu halten. Andere Wohnblöcke wurden dagegen aufwendig (u.a. mit großen Dachterrassen, Einbau von Aufzügen) umgebaut. Zudem entstanden durch den Abriss einzelner Plattenbausegmente neue Gebäudekonfigurationen (Stadt villencharakter). Neben dem Umbau der Wohnungen wurden eine Schule, eine Kita, Sportanlagen sowie ein Jugendclub umfassend saniert bzw. neu errichtet.

Nach Abschluss des Stadtumbaus im Stadtteil „Am Waldrand“ verfügt dieses durchgrünte Quartier heute über ein differenziertes Wohnungsangebot mit geringer Leerstandsquote sowie über eine gut ausgelastete Schule.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Die frühzeitige Aufklärung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit des Rückbaus sowie die konkrete Einbindung der betroffenen Bewohner ist zur Umsetzung der Stadtumbaukonzepte von zentraler Bedeutung. In der Stadt Schwedt erfolgte dies über Informationsveranstaltungen für die Betroffenen sowie durch die Ankündigung der jeweiligen Abrissmaßnahme im Stadtjournal SCHWEDTerLEBEN, der jedem Haushalt zugestellt wird. Zudem wurde ein Stadtteilbüro eingerichtet. Die vor Ort installierten Mitarbeiter verantworten kontinuierlich die Kommunikation zum Stadtumbauprozess und die Einbeziehung der Anwohner. Mit wenigen Ausnahmen reagierten die Anwohner positiv auf die Maßnahmen gegen den Leerstand und die Rückbaupläne.

Neue Herausforderungen

Mit dem Auslaufen des ersten Städtebauförderprogramms „Stadtumbau Ost“ (2002 - 2009) blickt die Stadt Schwedt/Oder auf erfolgreich abgeschlossene Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen zurück. Der Stadtumbau gilt jedoch noch nicht als abgeschlossen. Bevölkerungs- und Wohnraumbedarfsanalysen haben ergeben, dass bei gleichbleibendem Wohnungsbestand bis zum Jahr 2030 eine Leerstandsquote von ca. 36 % in der Kernstadt auftreten könnte (Stand 2009, aus dem Masterplan Wohnen 2025+). Mit dem aktuellen Masterplan Wohnen 2025+ werden städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Ziele für den Zeitraum nach 2015 konzeptionell erfasst. Soweit dies möglich ist, sollen diese Ziele mit konkret möglichen Maßnahmen sowohl gesamtstädtisch als auch wohngebiets- und quartiersweise umgesetzt werden.

Im INSEK Schwedt/Oder 2025+ (Stand 2015) ist aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs eine Fortführung des Stadtumbaus bis zum Jahr 2025 mit den Wohnungsunternehmen vereinbart worden. Langfristiges Ziel ist, die Leerstandsquote bis 2030 auf max. 10 % zu stabilisieren. Ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz der zukünftigen Rück- und Umbaumaßnahmen ist es, gleich- oder höherwertigen Wohnraum in attraktiver Nachbarschaft in Aussicht zu stellen, ohne erheblichen finanziellen Mehraufwand für die Mieter entstehen zu lassen.

Die technischen Versorgungsmedien (Trink- und Löschwasser, Schmutzwasser, Regenwasser, Fernwärme, Gas, Strom und TV-Kabelnetz) sind aktuell in einem guten Zustand. Die bislang mit Schwerpunkt im Stadtteil „Am Waldrand“ durchgeführten Stilllegungen der Versorgungsnetze beförderten die Stabilisierung kompakter geplanter Ringnetze. Aufgrund der neuen Stadtumbaustrategie „weg vom quantitativen, flächigen hin zum punktuellen, quartiersbezogenen Eingriff“ sind die Versorgungsunternehmen in der Lage, quartiersbezogene und kleinteilige Lösungsansätze hinsichtlich der Bedarfssparameter (Anlagenalter etc.) zu formulieren.

Die Nachnutzung der beräumten Flächen wird von den Wohnungsbaugesellschaften bestimmt. In der Regel werden diese wohnungsnahen Flächen zur Aufwertung des Wohnumfelds in parkähnliche Grünflächen umgewandelt. Ebenso leistet das integrierte kommunale Energie- und Klimaschutzkonzept (2015) seinen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen des Stadtumbaus.

Die Schwedter Doppelstrategie mit der Herangehensweise „Sanierung/Rückbau“ und gleichzeitiger „Stabilisierung/Vitalisierung“ im Wechselspiel zwischen Wohngebiet und Gesamtstadt wird auch zukünftig als strategischer Ansatz weiter verfolgt. Dies ermöglicht die Umsetzung des Prinzips der kurzen Wege in der Stadt.



Bild 36: Sanierte Wohngebäude, © Stadt Schwedt/Oder

Fazit

Zur Bewältigung des **demografischen Wandels** sind in der Stadt Schwedt/Oder bereits umfangreiche Rück- und Umbaumaßnahmen durchgeführt worden. Die Anpassung der Wohnungsbestände und der technischen Infrastruktur an den demografischen Wandel ist nicht abgeschlossen. Zukünftig stehen jedoch keine großflächigen Rückbaumaßnahmen im Vordergrund, sondern eher die Anpassung einzelner Quartiere (Quartiersumbau). Durch die Begrünung der beräumten Flächen durch Aufforstung (hier: Mischwald) oder die Anlage von Grünflächen wird das Wohnumfeld aufgewertet und ein Beitrag zur Reduzierung des Flächenverbrauchs geleistet. Zudem entstehen durch diese Maßnahmen sowie insbesondere durch die Nutzung der stillgelegten Sammelkollektoren als Fledermausquartiere Synergien zum **Umwelt-, Klima- und Naturschutz**.

Kontakt:

Tamara Pakulat

Stadt Schwedt, FB 4: Hoch- und Tiefbau, Stadt- und Ortsteilpflege

Tel.: 03332/446353

E-Mail: tpakulat@schwedt.de

Frank Hein

Stadt Schwedt, FB 3: Stadtentwicklung und Bauaufsicht

Tel.: 03332/446-341

E-Mail: stadtentwicklung.stadt@schwedt.de

Weiterführende Informationen:

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2004): Zwischennutzung und neue Freiflächen - Städtische Lebensräume der Zukunft. Bonn. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/DownloadZwischennutzung/DL_Gesamtbrochure.pdf?blob=publicationFile&v=2

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (o.J.): Städtebauförderung für Bund, Länder und Gemeinden. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Schwedt/Schwedt_node.html

Stadt Schwedt (Oder) (2010): Masterplan Wohnen 2025+. Strategisches Wohnungs- und Stadtumbaukonzept. Schwedt (Oder) (PDF Dokument). http://www.schwedt.eu/media_fast/457/Masterplan-Wohnen-2025.pdf

Stadt Schwedt (Oder) (2015a): INSEK Schwedt (Oder) 2025+. Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Schwedt (Oder). Schwedt (Oder) (PDF Dokument). https://service.brandenburg.de/media_fast/457/INSEK_2025.pdf

Stadt Schwedt (Oder) (2015b): Obere Talsandterasse Schwedt (Oder). Soziale Stadt 2025+. 4. Fortschreibung des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Schwedt (Oder) (PDF Dokument). https://service.brandenburg.de/media_fast/457/Handlungskonzept-Soziale-Stadt.pdf

7.2 Parchim

Rahmendaten

Bundesland	Mecklenburg-Vorpommern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	wachsende, stark alternde Kleinstadt
Einwohner (12/2015)	17.918
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	- 22,6 (von 1991 bis 2014)
2011-2013 in %	-1,19
2013-2015 in %	4,61
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	12 % (unter 15 Jahre)
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	26 %
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	9.298
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	1,6
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-2,9
Pendlersaldo	positiv
Arbeitslose	1.100 (in 2014)
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	63,58 (in 2014)

Ausgangssituation

Die Stadt Parchim mit ihren rund 18.000 Einwohnern im Landkreis Ludwigslust-Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) erfuhr durch die Ansiedlung des Großbetriebs „Hydraulikwerk Nord“ in den 1960er Jahren und durch den damit verbundenen Wohnungsbau eine bedeutsame Veränderung. An der Peripherie westlich der Parchimer Altstadt entstand ein neues Wohngebiet, bestehend aus fünfgeschossigen Plattenbauten mit 3.200 Wohneinheiten. In der sogenannten „Parchimer Weststadt“ lebten bis 1990 fast 8.500 Einwohner und somit etwa 37,5 % der Parchimer Gesamtbevölkerung.

Obgleich Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung und Sanierung von Wohnblöcken durch die Wohnungsunternehmer vorgenommen wurden, kam es in der „Parchimer Weststadt“ nach 1990 zu einem zunehmendem Leerstand von Wohneinheiten. Im Jahr 2002 erreichte die Leerstandsquote 17 %, sodass eine Reduzierung der Wohneinheiten notwendig wurde.

Prozessablauf/Steuerung

Im Gegensatz zur üblichen Vorgehensweise, den Rückbau an den Außenrändern von Wohngebieten vorzunehmen, entstand im Jahr 2002 in Parchim die Idee, das Zentrum der Weststadt zurückzubauen. Auf diesem Wege sollte eine zentrale Grünfläche entstehen.

Ein Stadtumbau in der „Weststadt Parchim“ setzte die Zusammenführung verschiedener Handlungsfelder und Beteiligter voraus. Wichtige Akteure des Stadtumbauprozesses waren verschiedene Abteilungen der Stadtverwaltung Parchim, der Sanierungsträger, die Versorger (Stadtwerke, Abwasserentsorgungsbetrieb), die ansässigen Wohnungsunternehmen sowie private Eigentümergemeinschaften, Geschäftsinhaber und Anwohner.

Für den seit rund 20 Jahren anhaltenden Stadtumbau „Weststadt Parchim“ wurden einige aufeinander aufbauende städtebauliche Konzepte entwickelt und durch verschiedene städtebauliche Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene finanziell unterstützt. Folgende Planungen und Handlungskonzepte sind zu nennen:

- ▶ 1993: Aufnahme in das „Programm zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete,“
- ▶ 1994: Soziologische Studie zu Stadterneuerung und Wohnumfeld/Erste Bürgerbefragung,
- ▶ 1996: Städtebaulicher Rahmenplan Parchim Weststadt,
- ▶ 2000: Zweite Bürgerbefragung,
- ▶ 2002: Aufnahme in das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“, Programmteile Aufwertung, Rückbau und Rückführung städtischer Infrastruktur,
- ▶ 2002: Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Parchim, Vertiefungsgebiete Weststadt und Altstadt,
- ▶ 2004: Weiterführung Rahmenplan mit Rückbaukonzept,
- ▶ 2006: Fortschreibung ISEK, Konzeptentwurf „Grüne Mitte“.

Grundlage für die Umsetzung der konkreten Einzelprojekte waren die jeweils aufeinander abgestimmten Entwurfspläne. Entsprechend dieser Entwurfspläne wurden Finanzierungsanteile und gegebenenfalls Nutzungsrechte zwischen der Stadt und den jeweiligen Wohnungsbauunternehmen bzw. Eigentümern als Sanierungspartner vertraglich vereinbart. Zudem wurden die Wohnungsunternehmen dazu verpflichtet, die neu gestalteten Freiflächen durch Pflegemaßnahmen dauerhaft zu erhalten und Änderungen an der Gestaltung nur in vorheriger Abstimmung mit der Stadt Parchim durchzuführen. Hierdurch sollte sichergestellt werden, dass die umgesetzten Maßnahmen dauerhaft Bestand haben.

Die **Finanzierung** des Stadtumbaus „Weststadt Parchim“ erfolgte über die zwei Städtebauförderprogramme „Programm zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ (1993 – 2001) und „Stadtumbau Ost“ (2002-2015). Je nach Projektart wurde der Eigenanteil innerhalb dieser Förderprogramme durch die Stadt Parchim oder die Wohnungsbauunternehmen getragen. Außerhalb der Städtebauförderung wurden Maßnahmen zum Rückbau und zur Sanierung der öffentlichen Gebäude, wie z.B. Schulen oder Kindertagesstätten, durch die Stadt Parchim vorgenommen. Die Wohnungsunternehmen führten den Rückbau und die Sanierung von Wohneinheiten durch. Zudem gab

es privatwirtschaftliche Investitionen, beispielsweise durch den Neubau von Einzelhandelseinrichtungen, einer Sparkassenfiliale und Wohngebäuden, wobei der Großteil der Wohnungsbauprojekte auf Senioren ausgerichtet war (u.a. Pflegeheim, Seniorenwohnanlagen).

Relevante Themenfelder

Insgesamt wurden in der „Weststadt Parchim“ 39 Einzelmaßnahmen umgesetzt, wobei 72 % (36 Hektar) der Gesamtfläche von 50 Hektar detailplanerisch aufgearbeitet wurden. Die Maßnahmen lassen sich folgenden Themenfeldern zuordnen:

- ▶ **Rückbau und Sanierung:** In der Zeit zwischen 1992 und 2002 wurde vorrangig die Sanierung der vorhandenen Wohnbebauung (Fassaden, Modernisierung der Wohnungen, zusätzlicher Anbau von Balkonen, teilweiser Einbau von Fahrstühlen) vorgenommen, so dass aktuell ein differenziertes Wohnungsangebot vorliegt (sozialer Wohnungsbau, höherwertige Wohnungen im Süden). Zur Reduzierung der Leerstandsquote sind seit Beginn des Jahres 2002 insgesamt 528 Wohneinheiten zurückgebaut worden. Zudem erfolgte der Abriss von öffentlichen Einrichtungen wie z.B. der Haupt- und Realschule. Ferner entstanden eine Wohnanlage für Senioren, ein Pflegeheim, eine Tagespflegeeinrichtung, eine neue Sport- und Freizeithalle sowie ein neues Einkaufszentrum. Die Schulen und Kindertagesstätten wurden der Bevölkerungszahl angepasst. Die Weststadt verfügt heute über eine Grundschule, ein Gymnasium und zwei Kindertagesstätten.
- ▶ **Technische Infrastruktur:** Der Rückgang der Bevölkerungszahl und der damit verbundene Abriss von Wohnblöcken erforderte eine Anpassung der technischen Infrastruktur, die in Zusammenarbeit mit den Parchimer Stadtwerken durchgeführt wurde. Im Rahmen des Abbruchs von Wohnblöcken sind die Versorgungsleitungen zurückgebaut und die Entsorgungsleitungen vom öffentlichen Netz getrennt und verschlossen worden. Die Weststadt wird heute über ein neues zentrales Heizwerk, welches sich außerhalb des Wohngebiets befindet, mit Wärme versorgt. Die drei ursprünglich vorhandenen Heizkraftwerke wurden abgebaut. Die Heizkanäle des Fernwärmenetzes wurden 2011 durch die Stadtwerke Parchim GmbH zurückgebaut und der Einbau von Umwälzpumpen vorgenommen. Zur Anpassung des Stromnetzes sind vereinzelt Trafohäuschen verlegt worden. Die Anpassung des Querschnitts der Grundleitungen für Trink- und Abwasser wurde nicht vollständig umgesetzt.
- ▶ **Verkehrsinfrastruktur:** Der Rückbau von Wohnblöcken und die Entwicklung der „Grünen Mitte“ machte eine Umstrukturierung des Straßen- und Wegenetzes notwendig. Es wurden einige Straßen in der Weststadt durch eine klarere Trennung der Funktionen (Kfz-Verkehr, Parken, Fußgängerverkehr) sowie durch eine stärkere Durchgrünung neu gestaltet. Das Wegenetz musste teilweise neu angelegt werden und es entstanden verschiedene Fußgängerverbindungen sowie eine Fuß- und Radwegbrücke.
- ▶ **Beräumte Flächen, Frei- und Grünflächen:** Die durch den Abbruch entstandenen Freiflächen sind durch zahlreiche Einzelprojekte neu gestaltet worden. Durch die Neuordnung der Grundstücke hat sich der Anteil der städtischen Freiflächen deutlich erhöht und liegt bei 93.000 m², von denen 79.000 m² als Grünflächen angelegt wurden.

Von zentraler Bedeutung war hierbei die **Gestaltung der „Grünen Mitte“** mit einer Fläche von ca. 26.500 m², die sich stufenweise in Abhängigkeit vom Fortschreiten des Rückbaus entwickelte. Die ersten Konzepte, im Zentrum einen Wald anzulegen („Weststadt wird Waldstadt“), wurden zunächst kritisch betrachtet, sodass letztendlich eine waldartige Parkanlage mit Nutzungsmöglichkeiten für „Jung und Alt“ gestaltet wurde (u.a. Spielplatz, Sportanlagen, Rasenflächen). Die waldartigen Bereiche der „Grünen Mitte“ sind mit Kiefern, Birken und vereinzelt eingestreuten Eichen aufgeforstet worden. Die Randbereiche des Parks wurden unter dem Thema „Waldrand“ angelegt, hier bilden insbesondere Strauchpflanzungen mit Rosen und Blühgehölzen den gestalterischen Aspekt. Insgesamt wurden rund 700 Bäume gepflanzt.

Neben der Gestaltung der öffentlichen Grünflächen wurden durch die Wohnungsunternehmen Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung durchgeführt, wie z.B. durch die Anlage von Wohnhöfen, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.



Bild 37: Parchim - „Grüne Mitte“, © Stadt Parchim

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Der Sanierungsprozess erfolgte durch die enge und offensive Einbindung der Eigentümer und der Anwohner. Grundlage hierbei bildete die bereits erwähnte soziologische Studie, die Stadtentwicklungskonzepte (ISEK, Rahmenplanungen) sowie Bürgerbefragungen, aber auch Fotowettbewerbe mit dem Titel „Die Weststadt und Ich“. Ferner wurde den Bürgern im Rahmen der städtebaulichen Veröffentlichungsreihe „Planen und Bauen in Parchim“ das Wohngebiet und dessen Entwicklung vorgestellt. Im Rahmen der Vorplanungen war das Interesse der Bürger nicht sehr hoch, erst bei der konkreten Umsetzung stieg das Interesse und es wurde viel und intensiv über das jeweilige Einzelprojekt diskutiert.

Das städtebauliche Großprojekt „Weststadt Parchim“ mit der Besonderheit der „Grünen Mitte“ wurde bereits oftmals überregional vorgestellt, so auch im Jahr 2010 auf der Expo in Shanghai im deutschen Pavillon mit seinem Arbeitstitel „Balancity – die Stadt im Gleichgewicht“.

Neue Herausforderungen

Die Weststadt ist der Stadtteil Parchims mit den höchsten Einwohnerverlusten zwischen 2002 und 2012, die Bevölkerungszahl ist um rund 20 % gesunken. Als wichtigste Aufgabe der Zukunft wird die Konsolidierung des bisher Erreichten gesehen, denn die Anwohner der Weststadt reagierten sehr positiv sowohl auf die Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung als auch auf die Aufwertung ihrer Wohnungen.

Die Leerstandsquote von 6 % ist in den Jahren 2010 bis 2014 konstant geblieben. Demzufolge besteht auch zukünftig noch Handlungsbedarf. Im Jahr 2019 soll ein weiterer Wohnblock entlang der Bundesstraße B 191 abgerissen werden. Da der Rückbau von Wohneinheiten ausschließlich durch das städtische Wohnungsunternehmen getragen wurde, sind weitere Rückbauten jedoch nicht beliebig fortführbar.

Auch die Unterhaltungskosten der durch die Stadtumbaumaßnahmen umfangreicher gewordenen städtischen Grünflächen stellt bei rückläufigem Haushaltsbudget eine zukünftige Herausforderung für die Verwaltung der Stadt Parchim dar.

Fazit

Zur Bewältigung des **demografischen Wandels** sind in der „Parchimer Weststadt“ umfangreiche Rückbau- und Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt worden, mit der Besonderheit, dass der Abriss vorwiegend im Zentrum des Wohngebietes zur Entwicklung einer waldartigen grünen Mitte vorgenommen wurde. Obwohl nicht alle Einzelziele des ersten Rahmenplans von 1994 umgesetzt werden konnten, liegt der Erreichungsgrad in den Bereichen Bebauung, soziale/technische Infrastruktur, Verkehrsinfrastruktur sowie Grün- und Freiflächengestaltung bei über 95 %. Für die Einwohnerzufriedenheit und auch für die Außenwirkung der Stadt wird der Sanierung der Weststadt eine große Bedeutung zugesprochen. Ferner trägt der Stadtumbau der Weststadt zur Reduzierung der Leerstandsquote in der gesamten Stadt Parchim bei, was insbesondere für die Stabilisierung der Siedlungsstruktur der Altstadt bedeutsam ist.

Ein Rückbau von Wohnblöcken mit anschließender Begrünung führt zu Synergien zum **Umwelt- und Klimaschutz**, da beispielsweise hohe Grünanteile innerhalb von Wohngebieten die Biodiversität fördern, die Auswirkungen des Klimawandels (u.a. Hitzeinseln) abmildern, die Luftqualität verbessern und den natürlichen Wasserkreislauf unterstützen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Attraktivität und Lebensqualität.

Kontakt:

Gudrun Goertz
Stadt Parchim, FB 6 Bau und Stadtentwicklung, SG Stadtplanung
Tel.: 03871/71522
E-Mail: gudrun.goertz@parchim.de

Karola Kimmen
Stadt Parchim, FB 6 Bau und Stadtentwicklung, SB Grünflächen
Tel.: 03871/71544
E-Mail: karola.kimmen@parchim.de

Weiterführende Informationen:

Agentur für Stadterneuerung (AfS) (2015): Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Stadt Parchim. Parchim (PDF Dokument). http://www.parchim.de/export/sites/parchim/wirtschaft-bau/stadtentwicklung/isek-integriertes-stadtentwicklungskonzept/ISEK_2015.pdf

Proske Landschaftsarchitektur; Stadt Parchim (2013): Weststadt Parchim - Abschlussbericht städtebauliche Sanierung und Entwicklung 1994 – 2012. Parchim. (PDF Dokument). http://www.parchim.de/export/sites/parchim/.galleries/PDF/Weststadt_Parchim-Abschlussbericht-Sanierung.pdf

Weeber + Partner; Stadt Parchim (2016): Parchim – Monitoring Stadtentwicklung Datenreport 2015. Parchim. (PDF Dokument). http://www.parchim.de/export/sites/parchim/.galleries/PDF/Stadtentwicklungsmonitoring-Parchim_Datenreport_2015_Abgabe_2auf1.pdf

7.3 Schwerin

Rahmendaten

Bundesland	Mecklenburg-Vorpommern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend, stark überaltert
Einwohner (12/2015)	96.800
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	0,28 %
2013-2015 in %	5,70 %
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	14,2 %
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	24,7 %

Ausgangssituation

Der Stadtteil Neu Zippendorf ist einer von drei Stadtteilen mit ausgedehnten Großwohnsiedlungen im Süden der Landeshauptstadt Schwerin. Die drei Stadtteile gehörten zu den größten zusammenhängenden Neubaustadtteilen in industrieller Bauweise (1970er Jahre) in Mecklenburg-Vorpommern und wurden alle drei im Jahr 2002 als Stadtumbaugebiet im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Stadtumbau“ ausgewiesen. Sie befinden sich einige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt im Südosten der Stadt, zwischen Wald und See. Sie entstanden ab 1975 in der Folge der Errichtung des Industriegebiets »Schwerin-Süd« und bescherten Schwerin einen Entwicklungsschub. Einhergehend mit dem Aufschwung stieg die Bevölkerung Schwerins bis zur Wende rapide um ca. 30.000 Einwohner (+30 %) an, um dann ebenso rasant wieder um den gleichen Betrag zu sinken.

Der Stadtteil Neu Zippendorf litt unter diesem enormen Bevölkerungsrückgang zwischen 1995 und 2004 und wies daher hohe Leerstandsdaten von nahezu 20 % auf. Zur Lösung des Spannungsfeldes zwischen einer Wohnbaulandnachfrage, der Erneuerung historischer und erhaltenswerter Stadtstrukturen und dem bedrohlichen Wohnungsleerstand in der Stadt Schwerin wurde 2002 ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) beschlossen.

Prozessablauf/Steuerung

Neu Zippendorf wurde 1998 in das Programm zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete, 1999 in das Programm Soziale Stadt und 2002 in das Programm Stadtumbau Ost aufgenommen. Der großflächige Umbau und Rückbau von Wohnkomplexen erfolgte im Rahmen des Stadtumbaus ab 2002. Strategische Grundlage war das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK), mit dem die Stärkung der Qualitäten des Wohnstandortes durch die Schaffung von Grünachsen, die gezielte Aufwertung von öffentlichen Räumen und Wohnhöfen, die Reduzierung und Umstrukturierung des Wohnungsbestandes sowie die Anpassung der sozialen Infrastruktur verfolgt wurde. Diese Ziele wurden in den Konzeptfortschreibungen 2005, 2008 und 2015 beibehalten und konnten inzwischen zu einem großen Teil umgesetzt werden. Aufgrund der bestehenden räumlich-funktionalen Verflechtungen der drei Stadtteile können diese nicht isoliert sondern müssen immer im Zusammenhang betrachtet werden.

In die Konzeptentwicklung und strategische Vorgehensweise für den Rückbau sind alle Beteiligten eingebunden: Neben den zuständigen Fachämtern der Verwaltung gibt es den aktiven Verein „Haus der Begegnung“ seit 1995 sowie den Ortsbeirat Neu-Zippendorf seit 2009. Außerdem sind auch die beiden Wohnungsunternehmen sowie die Versorgungsbetriebe involviert. Es finden regelmäßige Treffen statt. Träger und damit Treiber der Projekte ist der Fachdienst Stadtentwicklung der städtischen Verwaltung Schwerin. Das 1999 eingerichtete Stadtteilbüro für Stadtplanung und Wohnumfeld-Verbesserung steuert die Prozesse vor Ort.

Die Wohnungsbestände befinden sich seit jeher überwiegend im Eigentum der kommunalen Wohnungsgesellschaft Schwerin mbH (WGS) und der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft e.G. (SWG), was den Prozess vereinfacht. Zu Beginn des Prozesses unterzeichneten diese Wohnungsunternehmen eine „Erklärung zum Stadtumbau Schwerin“, in dem die Grundsätze des Stadtumbaus und konkrete Rückbauprojekte bis 2005 festgehalten wurden. Nach zahlreichen Sanierungen besteht heute die Herausforderung darin, die Wohnungsbaugesellschaften weiterhin zur Sanierung ihrer Bestände zu animieren. Die Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Wohnungsbaunternehmen macht die Entwicklung schwierig.



Bild 38: Abriss und Neubau in Neu Zippendorf, © Landeshauptstadt Schwerin

Relevante Themenfelder

Anhand von Modellquartieren wurde der **Umbau der Siedlungsstruktur** in Neu Zippendorf punktuell vorangetrieben. Die Ergebnisse der letzten Erhebung zum 31.12.2015 wiesen eine Verringerung der Wohneinheiten seit 2002 von 16 % aus. Die ansteigende Leerstandsentwicklung konnte gestoppt werden und sank zwischen 2002 und 2013 von 18 % auf 11 %.

Im Stadtteil Neu-Zippendorf war es in den Jahren 2012 bis 2015 Aufgabe von zwei Sanierungsmanagern, das Konzept zur energetischen Erneuerung des Stadtteils umzusetzen. Mit dem Wohnungsrückbau ging auch eine Anpassung der technischen Infrastruktur einher. Zur **Anpassung der technischen Infrastrukturen** wurden folgende Maßnahmen vorgenommen.

- ▶ **Energie:** Fast das gesamte Gebiet Neu Zippendorf gehört seit seiner Errichtung zum Fernwärmeversorgungssystem der Stadt Schwerin. Im Zuge des Teilrückbaus und der Sanierung der fünfgeschossigen Plattenbauten wurden auch zugleich die meisten Hausanschlussstationen erneuert. Dadurch konnten erhebliche Effizienzsteigerungen bei der Wärmeversorgung durch Fernwärme realisiert werden. Die Schweriner Fernwärme wird effizient über die Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt und erfüllt das EEWärmeG, was für die Wohnungsbauunternehmen von Vorteil ist. Denn mit Anschluss an das System ist bei der umfassenden Sanierung oder auch dem Neubau nach Teilrückbau in Neu-Zippendorf, ein weiterer Einsatz von erneuerbarer Energie, wie Solarkollektoren o.Ä. nur noch optional. Somit kann das bestehende Fernwärmenetz einen Kostenvorteil bieten.
- ▶ **Öffentliche Verkehrsfläche/Grünanlagen:** Das im Rahmen der Förderung Stadtumbau-Ost in 2011/12 realisierte Projekt „Grün für Neu Zippendorf“, erzielte für das gesamte Quartier eine deutliche Aufwertung. Es wurden kranke oder nicht standortgerechte Bäume durch Neupflanzung ersetzt, Strauch- und Heckenflächen angelegt, ca. 24.000 Frühblüher gesetzt, ca. 1.000 m² Gehwege erneuert, 50 Findlinge gelegt und weitere Maßnahmen zur Straßengestaltung durchgeführt. Insgesamt wurden 6.677 m² Fläche neu gestaltet.
- ▶ **Klima:** Neu Zippendorf grenzt im Süden an weite Waldgebiete. Durch gezielte Rückbaumaßnahmen konnten der westlich angrenzende Kaltluftfluss unterstützt sowie die Belastungsschwerpunkte im Nordwesten entschärft werden. Damit wurde das Kleinklima im Quartier verbessert.

Ein weiterer wichtiger Baustein im Stadtumbau ist der **Umgang mit Brachflächen**, die im Zuge der Abrissarbeiten entstehen.

- ▶ Im Zentrum von Neu Zippendorf entstand eine Grünverbindung zum Zweck der Freiraumgestaltung und Naherholung. Die durch den Rückbau entstehenden entsiegelten Bereiche leisten einen Beitrag zum Klimaschutz der Landeshauptstadt Schwerin. Aus dem Handlungsfeld Stadtentwicklung werden die Maßnahmen „Erhöhung der Grünvolumenzahl/ Biodiversität“ und „Verringerung des Versiegelungsgrades“ im Besonderen erfüllt.
- ▶ Durch den überwiegend durchgeführten Teilrückbau wurden die Rückbauflächen den sanierten bzw. neu gebauten Wohnhäusern zugeordnet. Somit entstanden in Neu Zippendorf keine großen Brachflächen.
- ▶ Im Stadtteil Mueßer Holz entstanden hingegen nach dem Abriss rund 20 Hektar Brachflächen, die mit Hilfe eines Konzeptes zur Gestaltung für eine (Zwischen-)Nutzung aufgewertet werden sollen. Hierbei kommen bisher nur herkömmliche Nutzungen in Form von blühenden Freiflächen zur Anwendung. Das Projekt „Brach und danach?“ möchte hier hingegen auch das Potenzial der Freiflächen für Bewohneraktivitäten, Erlebnispädagogik, Gartenkunst und Gartenexperimente heben.

Neue Herausforderungen

Der strategische Rückbau findet bereits seit 1999 statt. Die überwiegenden Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, so dass ein Ausstieg aus dem Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost vorgesehen ist. Gegenwärtig wird der Stadtteil durch eine zweigeteilte Entwicklung geprägt, in dessen Norden mit Modellquartieren und Seeterrassen attraktive Wohnangebote geschaffen wurden sowie dem zentralen und südlichen noch weitgehend unsanierten Bereich mit wenig Aufenthaltsqualität. Um eine Weiterentwicklung unabhängig von der Wirtschaftskraft der Wohnbaugesellschaften voranzutreiben, sind auch Verkäufe an Investoren mögliche Optionen, um den Standort weiter zu sanieren.

Nach dem Vorbild der bereits durchgeführten energetischen Sanierungen der Wohnblöcke mit Fördermitteln aus dem KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ werden weitere Quartiere folgen. Ein weiterer Beitrag zum Klimaschutz bzw. zur Klimaanpassung stellt die Entsiegelung von Flächen im Zuge des Rückbaus dar. Durch die Aufwertung der bestehenden Grünflächen im Projekt „Grün für neu Zippendorf“ (u.a. 80 neue Bäume und 250 m² Strauch- und Heckenflächen), gefördert aus dem Programm Stadtumbau-Ost, wurde ein Beitrag im Sinne des Klima-, Natur- und Umweltschutzes geleistet.

Weiteres Hauptproblem in Neu Zippendorf ist die starke Überalterung: Die Kinder der ehemaligen Bewohner sind weggezogen, der Anteil über 65-Jähriger liegt bei 45 % und gleichzeitig ist der Anteil von Kindern unter fünf Jahren um 25 % gesunken. Eine erneute umfassende Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts wird durch die Verwaltung angestrebt, um diesen veränderten demografischen Entwicklungen zu begegnen.

Vermittlung und Kommunikation des Rückbaus in der Öffentlichkeit: Die Bewohnerinnen und Bewohner sowie soziale Träger wurden bereits zu Beginn des Stadtumbaus durch die Ausrichtung von Wohnforen, Stadtteilforen und einer Planungswerkstatt einbezogen. Die Beteiligung und zielgruppengerechte, quartiersbezogene Einbeziehung der Bewohnerschaft in die Stadtteilentwicklung wird in Neu Zippendorf jedoch maßgeblich über das Quartiersmanagement des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt wahrgenommen.



Bild 39: ISEK 2008, Entwicklungskonzept Schweriner Süden, © Landeshauptstadt Schwerin

Fazit

Die demografischen Rahmenbedingungen zwingen die Stadt Schwerin in den Stadtteilen Großer Dreesch, Zippendorf und Mueßer Holz zum **strategischen Rückbau** und der **Anpassung der sozialen wie technischen Infrastruktur**.

Der Stadtumbau in der Schweriner Großwohnsiedlung Neu Zippendorf zeigt beispielhaft, wie neue Wohnqualitäten in einer Großwohnsiedlung erreicht werden können. Durch den hochwertigen Umbau von Beständen in ausgewählten Quartieren sind neue Bautypologien entstanden und die Vielfalt des Wohnungsangebots wurde erhöht. Die Aufwertung der Freiflächen und der strategische Rückbau greifen derart ineinander, dass die Nähe zur umgebenden Natur als besondere Qualität erlebbar wird.

Synergien im Sinne des **Klima-, Natur- und Umweltschutzes** durch die Rückbau- oder Teilrückbaumaßnahmen wurden genutzt, indem die entstandenen Flächen nicht nur die Aufenthaltsqualität steigerten, sondern diese Grün- bzw. Brachflächen einen ökologischen Nutzen zum Schutz der biologischen Vielfalt darstellen.

Kontakt:

Reinhard Huß

Landeshauptstadt Schwerin , Fachdienst Stadtentwicklung, Wirtschaft

Tel.: 0385/5452657

E-Mail: rhuss@schwerin.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2016): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Stadtumbau Ost. Schwerin - Neu-Zippendorf. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Schwerin/Schwerin_node.html

Landeshauptstadt Schwerin (2015): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schwerin 2025, 3. Fortschreibung. <https://www.schwerin.de/mein-schwerin/leben/planen-bauen/stadtplanung/stadtentwicklung/integriertes-stadtentwicklungskonzept/>

Stadtteilmanagement Neu Zippendorf/Mueßer Holz (2015): Stadtumbau und Chronik. <http://www.dreesch-schwerin.de/sn/stadtumbau/>

7.4 Hoyerswerda-Neustadt

Rahmendaten (Hoyerswerda)

Bundesland	Sachsen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend, stark überaltert
Einwohner (12/2015)	33.843
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-3,8
2013-2015 in %	-1,4
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	11,0
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	33,6
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	10.805
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	-16,9
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	5,0
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	2.290
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	67,7

Ausgangssituation

Die Neustadt in Hoyerswerda ist künstlich gewachsen: Sie wurde in der DDR als Wohnstandort für die Arbeiter des Braunkohleveredlungskombinates „Schwarze Pumpe“ geschaffen. Heute ist das Hauptproblem in der Neustadt die starke Überalterung mit einem Anteil über 65-Jähriger von rund 45 %. Dadurch ist Hoyerswerda-Neustadt in besonderem Maße mit den Auswirkungen des demografischen Wandels konfrontiert. Lebten im Jahr 2015 noch rund 19.000 Einwohner im Stadtumbaugebiet, werden es aktuellen Prognosen zufolge bis 2030 nur noch etwa 11.000 Einwohner sein (rund - 42 %). In der Folge des starken Bevölkerungsrückgangs steigen die Wohnungsleerstände. Bereits seit Ende der 1990er Jahren erfolgt hier der Abriss von Wohnungsleerständen. Im Rahmen des strategischen Rückbaus des (Wohn-)Gebäudebestandes erfolgte nicht nur eine Anpassung der technischen Infrastruktur (Wasser u. Energie), sondern es wurden auch Lösungen für die Nachnutzung der Rückbauflächen diskutiert und erprobt.

Es ist damit zu rechnen, dass es in der Neustadt auch in Zukunft einen Rückbau geben wird. Die Steuerung des künftigen Gesamtprozesses ist eine besondere Herausforderung. Zum einen geht es um Fragen des Lastenausgleichs zwischen den Wohnungsunternehmen, die absehbar in ungleichem Maße vom Rückbau betroffen sein werden und zum anderen um die öffentliche Vermittlung der strategischen Ziele/Notwendigkeiten eines fortgesetzten Rückbaus sowie dem Erhalt einer lebenswerten Stadt mit all ihren derzeit vorhandenen Einrichtungen, auch für das Umland.

Prozessablauf/Steuerung

Strategische Grundlage für den großflächigen Abriss von Wohnkomplexen in der Neustadt war zunächst das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) 2001, welches 2008 fortgeschrieben wurde. Zusätzlich wurde das „Fachkonzept Freiraum“ im Ergebnis des „Städtebaulichen Leitkonzeptes zum – durch Rückbau entstandenen – unbebauten Stadtraum“ (TU Dresden) entwickelt. Das Städtebauliche Entwicklungskonzept (SEKo) wurde 2016 fortgeschrieben und im Februar 2018 beschlossen. Die **Finanzierung** des Rückbaus erfolgt durch Fördermittel aus der Städtebauförderung (Stadtumbau-Ost bzw. Stadtumbau).

In die Konzeptentwicklung und strategische Vorgehensweise für den Rückbau sind alle Beteiligten aus Verwaltung, Wohnungs- und Versorgungswirtschaft eingebunden: Neben den zuständigen Fachämtern der Verwaltung sind auch die beiden Wohnungsunternehmen sowie die Versorgungsbetriebe involviert. Dass der Rückbau in Hoyerswerda nur zwei Wohnungsunternehmen betrifft, vereinfacht den Prozess. Allerdings besteht die Herausforderung nun darin, zwischen den beiden Wohnungsunternehmen, bzw. mit der Stadt, einen Lastenausgleich zu entwickeln, um den jeweiligen Interessen gerecht zu werden.



Bild 40: Altstadt und Neustadt von Hoyerswerda, © Stadt Hoyerswerda, Fotograf Gernot Menzel

Relevante Themenfelder

Der **Umbau der Siedlungsstruktur** erfolgt von außen nach innen und wird mit einer Stärkung und Aufwertung des Zentrums der Neustadt verknüpft. Nach aktuellem Stand (07/2017) wurden bisher rund 9.000 Wohneinheiten zurückgebaut. Der Rückbau von mindestens 3.000 weiteren Wohneinheiten steht noch aus. Ein Problem dabei ist, dass sich die aktuellen Leerstände auf die einzelnen Wohngebäude verteilen – somit stehen nicht ganze Gebäude sondern in vielen Gebäuden einige Wohnungen leer. Neben dem Rückbau von Wohnungen wurden auch bereits zahlreiche soziale Infrastruktureinrichtungen (Kitas, Schulen etc.) ab- oder umgebaut.

Mit dem Wohnungsrückbau ging auch eine Anpassung der technischen Infrastruktur einher. Zur **Anpassung der technischen Infrastrukturen** wurden folgende Maßnahmen umgesetzt.

Energie: Gebietsweise wurde ein Umbau der Gasversorgung von einer 3-schienigen Energieversorgung (Strom, Fernwärme, Gas) auf eine 2-schienige Versorgung vorgenommen, um mit perspektivischer Einstellung der Gasversorgung für Kochzwecke im Mietwohnungsbereich Teile des Gasnetzes stilllegen zu können. Aufgrund eines geänderten Abnahmeverhaltens bei der Versorgung mit Fernwärme wurden fünf Wärmeüberträgerstationen stillgelegt. Die verbleibenden Stationen wurden modernisiert, angepasst sowie nicht mehr benötigte Abschnitte des Primär- und Sekundärnetzes außer Betrieb genommen.

Wasserversorgung/Abwasserentsorgung: Zur zentralen Entsorgung des Abwassers wurde ein Abwasserbeseitigungskonzept erarbeitet und ebenso wie bei der Trinkwasserversorgung Leitungen vom Netz genommen. Aus Kostengründen verblieben jedoch viele stillgelegte Leitungen im Erdboden, was die Nachnutzung der Abrissflächen einschränkt. Im Inliner-Verfahren wurden kleinere Leitungen in die bestehenden Rohre gesetzt

Ein weiterer wichtiger Baustein im Stadtumbau ist der **Umgang mit Brachflächen**, die im Zuge der Abrissarbeiten entstehen. Die Nachnutzung der Brachflächen erfolgt auf verschiedene Weise: Im Zentrum von Hoyerswerda-Neustadt entstand auf den freiwerdenden Flächen die „grüne Mitte“ mit Spielplatz und Bürgerwiese, Zentralpark, Familienpark und einer Beachvolleyballanlage zum Zweck der Freiraumgestaltung und Naherholung. Im Vordergrund der Planung stand die Nutzbarkeit der Freifläche als Naherholungsbereich. Die Brachflächen in den Randbereichen werden zur Bepflanzung und Aufforstung genutzt. Auf zwei Bereichen der Rückbraubrachen werden Einfamilienhäuser entwickelt. Dadurch wird die Eigentumsbildung gestärkt und gleichzeitig der Flächenverbrauch im Stadtgebiet reduziert sowie die bestehende Erschließungsinfrastruktur genutzt.

Für die Rückbauflächen wurde ein Öko-Konto eingerichtet, d.h. für Flächen, die die Stadt zurückgebaut hat, werden Ausgleichspunkte für andere Bauvorhaben gesammelt. Die Ökokonto-Regelung im Allgemeinen ermöglicht es, großflächige und komplexe Maßnahmen umzusetzen wodurch Naturschutzziele besser erreichbar und der Flächenverbrauch reduziert werden kann.



Bild 41: Zentralpark Hoyerswerda, © Stadt Hoyerswerda, Fotograf Gernot Menzel

Neue Herausforderungen

Der strategische Rückbau findet bereits seit über zehn Jahren statt. Viele Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, darunter der Rückbau von bisher 9.000 Wohnungen sowie die Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur. Die Einbindung aller Beteiligten hat sich im bisherigen Prozess als vorteilhaft erweisen. Derzeit bestehen für die weitere Steuerung des Prozesses zwei zentrale Herausforderungen:

„Lastenausgleich“ und weiterer Rückbau: Die Bestände in den Randbereichen sind vor allem im Besitz der Wohnungsgenossenschaft. Das geplante konzentrische Vorgehen von außen nach innen im Rückbau würde bedeuten, die Randbestände zuerst abzureißen, die im Eigentum der Genossenschaft sind. Daher muss künftig ein Ansatz erarbeitet werden, wie solch ein „Lastenausgleich“ geschaffen werden kann. Dafür ist eine gut funktionierende Gesprächskultur erforderlich. Mit der künftigen strategischen Fortsetzung des Rückbaus werden entsprechende Management- und Koordinierungsaufgaben verbunden.

Mögliche Trendumkehr, "intelligente Schrumpfung“: Den Rückbauplänen stehen Bewohner und Politiker in den letzten zwei Jahren teils zunehmend skeptisch gegenüber. Es besteht vielmehr der Wunsch, die Entwicklung umzukehren, in der Hoffnung mit ausreichend Investitionen in die Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze auch wieder eine starke Zuwanderung nach Hoyerswerda zu erreichen. In diesem Fall wäre ein Rückbau in diesem Maße nicht erforderlich. Daher haben Politik und Bewohnerschaft im Rahmen der Erarbeitung des „Leitbildes Hoyerswerda 2030 – für eine solidarische, selbstbewusste und weltoffene Heimatstadt“ gemeinsam das Ziel formuliert, zusammen den Schrumpfungsprozess aufzuhalten. Planung und Kommunikation des weiteren Rückbaus müssen daher künftig flexibel auch auf neue Anforderungen reagieren können.

Fazit

Durch den strategischen Rückbau und die Anpassung der Infrastruktur passt sich die Stadt Hoyerswerda an die veränderten demografischen Rahmenbedingungen an und leistet durch die Kapazitätsanpassung einen wesentlichen **Beitrag zur Abmilderung des demografischen Wandels**. Grundlage für die künftige Fortsetzung des Stadtumbauprozesses bildet ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das die Handlungsfelder miteinander verzahnt. Im Rahmen des bisherigen Stadtumbauprozesses wurden innovative Lösungen für die Nachnutzung der Rückbauflächen erprobt. Durch die Schaffung von Grünflächen und die Aufforstung von Teilflächen der Rückbaubereiche sowie durch die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme (Öko-Konto), entstehen **Synergien zum Umwelt- und Klimaschutz**. Durch den Rückbau der Infrastrukturen ergeben sich außerdem Potentiale zur Ressourceneinsparung.

Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen, sondern geht mit weiteren Herausforderungen an die Steuerung und dem erforderlichen Interessensausgleich sowie die Akzeptanzschaffung für das Vorgehen in eine neue Entwicklungsphase.

Kontakt:

Annette Krzok
Fachgruppenleiterin Stadtentwicklung
Stadt Hoyerswerda
Tel.: 03571/456540
E-Mail: annette.krzok@hoyerswerda-stadt.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2013): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Stadtumbau Ost. Hoyerswerda Neustadt. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Hoyerswerda/Hoyerswerda_node.html

Stadt Hoyerswerda (2008): Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) für die Stadt Hoyerswerda. Fortschreibung 2008.

<http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=3&n=24&o=198>

Stadt Hoyerswerda (2017): Stadtentwicklung. <http://www.hoyerswerda.de/>

7.5 Weißwasser

Rahmendaten

Bundesland	Sachsen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	wirtschaftsstrukturbedingte Bevölkerungsverluste von über 50% seit der deutschen Wiedervereinigung, starke Überalterung
Einwohner (12/2015)	16.851
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	-45,7
2011-2013 in %	-3,35
2013-2015 in %	-2,53
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	12,4
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	27,2
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	5.234
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	3,2
Pendlersaldo	negativ

Ausgangssituation

Aufgrund der gravierenden Schrumpfungsprozesse in der Stadt Weißwasser (Einwohner 1987: ca. 37.000; 2015: ca. 17.000) ist Weißwasser schon lange mit einem gravierenden Überhang von Wohnungen, viele davon in Plattenbauweise und nicht ausgelasteter Infrastruktur konfrontiert. Die Im Zuge des „Stadtumbau Ost“ hat die Stadt bereits 2001 ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (InSEK) verabschiedet. Darin ist u.a. der umfassende Rückbau der Bausubstanz in den südlichen Stadtteilen vorgesehen, woran umfassende Aufforstungsarbeiten im Bereich der Brachflächen anschließen. Das Konzept sieht die Schrumpfung der Stadt von außen nach innen vor. Der süd-westliche Stadtrand verlagert sich im Zuge des Rückbaukonzeptes für „Weißwasser-Süd“ durch den flächendeckenden Abriss von Plattenbauten Richtung Innenstadt. Bis 2015 wurden insgesamt 4.400 Wohnungen in diesem Stadtteil zurückgebaut und in Waldflächen verwandelt. Die Bevölkerung in diesem Stadtteil ging in dieser Zeit um drei Viertel zurück. Somit soll der Fokus wieder mehr auf die Innenstadt gelenkt werden, um deren Attraktivität und die Funktionalität zu stärken.

Prozessablauf/Steuerung

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept (InSEK) der Stadt Weißwasser wurde im Jahr 2001 beschlossen. Das aktualisierte InSEK von 2011 und die Teilfortschreibung von 2015 greifen das Thema der schrumpfenden Stadt erneut auf und legen Ziele und Strategien fest, auf welche Weise die zukünftige Entwicklung der Stadt Weißwasser, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, gestaltet werden kann. Überwiegende Träger der Renaturierung der Brachflächen sind die Wohnungsunternehmen und der Betreiber des Tagebaus Nochten, (zunächst die Vattenfall AG und heute die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG)), in enger Kooperation mit der Sächsischen Forstverwaltung.

Im Anschluss an das InSEK 2011 aber unabhängig vom InSEK wurde von der Vattenfall AG ein städtebauliches Entwicklungsmodell (SEM) mit ähnlichen Zielen in 2012 erarbeitet. Demzufolge soll die Stadtentwicklung mit der Strategie der Innen- vor Außenentwicklung verfolgt werden, um den Schrumpfungsprozess in der Weise zu nutzen, dass eine kompakte Stadt mit kurzen Wegen geschaffen bzw. erhalten wird. Ziele sind Standortfaktoren wie Bildung, Wohnqualität oder Landschaft weiterzuentwickeln, die Wirtschaftsstruktur zu stärken, Abwanderung von Fachkräften zu verhindern, sowie ein intelligentes Flächenmanagement zu betreiben. Weiteres Ziel der Planungen ist, die Potentiale der innerstädtischen Brachflächen insbesondere durch moderne, hochwertige Mehrfamilienhäuser zu nutzen.

Eine kooperative Planungswerkstatt in 2013 hatte das Ziel einen strategischen Entwicklungsfahrplan sowie Maßnahmen und konkrete Handlungsempfehlungen zur Umsetzung zu erstellen. Unter anderem wurden die Themen künftiger räumlicher und funktionaler Konzentration betrachtet: „Leerstände und Brachen“ und „Belebung der Innenstadt“. Im Jahr 2014 wurde eine Agentur eingerichtet, die die Ergebnisse der kooperativen Planungswerkstatt als Maßnahmen und Projekte (u.a. der Bahnhof Weißwasser, das Bebauungsgebiet Innenstadt II, das geplante EFRE-Gebiet, Neufert-Bau, Volkshaus, Gelsdorfhütte) unterstützt und begleitet.

Relevante Themenfelder

Die **Siedlungsentwicklung** ist einerseits geprägt durch den koordinierten, flächenhaften Rückbau, wodurch die Stadt den anhaltenden Schrumpfungsprozessen Rechnung trägt und andererseits durch eine Vitalisierung der Innenstadt, damit vor allem ältere Menschen dort auf kurzem Wege Einrichtungen der täglichen Daseinsvorsorge erreichen können. Die umfassenden Rückbaumaßnahmen des Stadtteils Süd bieten dabei eine Chance die Flächen ökologisch sinnvoll zu nutzen und gleichzeitig neue Naherholungsflächen in unmittelbarer Stadtnähe zu erschließen und stärker zu vernetzen. Hierdurch wird sowohl die Attraktivität und Lebensqualität als auch die ökologische Diversität in der Stadt erhöht. Sport- und Freizeiteinrichtungen können in den zurückgebauten Stadtteilen größeren Raum einnehmen, womit die Stadt für junge Menschen lebenswerter wird.

In dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept wurde zudem der jährliche Rückbaubedarf bis in das Jahr 2025 ermittelt. Es sollen zudem auch private Eigentümer beteiligt werden, damit nicht nur die sogenannten „Plattenbauten“ zurückgebaut werden. Der Fokus der Rückbauprozesse liegt auf dem Stadtteil Am Freizeitpark/Am Eisstadion, damit sich die Wohnraumnachfrage in den übrigen Stadtteilen auf stabilem Niveau hält. Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept wurde zudem der **zukünftige Bedarf an Versorgungs- und Entsorgungsleistungen** (beispielsweise Strombedarf und anfallendes Schmutzwasser) kalkuliert sowie der **Rückbau technischer Infrastruktureinrichtungen** zur Reduzierung der laufenden Unterhaltungskosten berücksichtigt. Gleichzeitig soll im EFRE-Förderprogramm zur nachhaltigen Stadtentwicklung 2014 bis 2020 auch die Revitalisierung innerstädtische Brachen förderfähig werden. Ziele der Nutzbarmachung dieser brachliegenden Flächen können auch das Anlegen von Grünanlagen und die Renaturierung von Gewässern sein.

Zur **Anpassung der technischen Infrastrukturen** wurden folgende Maßnahmen umgesetzt.

Der gesamte südliche vom Rückbau betroffene Bereich liegt im Fernwärmeversorgungsgebiet. Im Zuge des Rückbaus wurden die Hausanschlüsse sowie die Leitungen der Fernwärme sowie der Strom-, Wasser- und sonstiger Versorgungs- und Entsorgungsträger vollständig zurückgebaut. Sie sind im Maßnahmenkonzept des InSEK zur Rückführung der städtischen Infrastruktur enthalten. Auch der Straßenkörper wurde zurückgebaut, um die Stadtrandflächen aufzuforsten. Die verbleibenden Versorgungsnetze konnten durch die stadumbaubezogene Förderung auch angepasst, d.h. in ihren Dimensionen optimiert werden.

Einzelne Quartiere wurden vollständig zugunsten der Natur zurückgebaut. Nach einem Mutterboden-auftrag wurden Setzlinge gepflanzt, damit neuer Wald entstehen kann. Darüber hinaus erfolgt die Gestaltung der entstehenden Brachflächen einheitlich in Koordination der Revitalisierung ehemaliger Tagebauflächen zu einem Landschafts- bzw. Naturschutzgebiet.

Die **Finanzierung** wurde über einen großen Anteil an Fördermitteln der EU, des Bundes, des Landes und der Kommune, z.B. über die Programme Stadtbau Ost, Soziale Stadt und EFRE gesichert. Zusätzlich wurden auch Eigenmittel der Stadt Weißwasser bzw. den Wohnungsbauunternehmen, sowie das „Landesprogramm Rückbau Wohngebäude“ des Freistaates Sachsen beansprucht.



Bild 42: Beispiel für eine Straßenansicht vor und nach Rückbau in Weißwasser, © Stadt Weißwasser

Neue Herausforderungen

Weißwasser wird für 2030 ein hoher Anteil (über 35 %) an über 65-Jährigen bei gleichzeitig abnehmendem Anteil an jungen Menschen prognostiziert. Wegen des für die nächsten Jahre prognostizierten, anhaltenden Rückgangs der Bevölkerung müssen bisherige Rückbaukonzeptionen weiterentwickelt werden. Problematisch ist auch, dass Wohnungsbauunternehmen an die Grenze der Wirtschaftlichkeit stoßen und die Haushaltssituation der Kommune weiter strapaziert wird.

Fazit

Weißwasser vollzieht seit der Wende einen stetigen Anpassungsprozess, der sich durch alle Bereiche des städtischen Lebens zieht und noch nicht am Ende angekommen ist.

Die Aufwertung des Stadtbildes durch die bereits durchgeführte Vermehrung des Stadtgrüns sowie die vorgesehen Maßnahmen aus den Stadtentwicklungskonzepten in den einzelnen Stadtteilen können zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl beitragen. Positiv zu werten ist auch die gemeinsame Gestaltung des Übergangs in die Tagebaufolgelandschaft, die in einem Guss mit den neu aufgeforsteten Stadtrandbereichen gestaltet wird

Synergien zwischen der Anpassung der technischen Infrastruktur und klimatischen Aspekten ist durch die Entsiegelung und Schaffung neuer Naturflächen gegeben. Die Aufforstung führt zu einer **Verbesserung des Ökosystems und wirkt dem Flächenverbrauch entgegen**.

Weißwasser ist mit dem **konsequenten Rückbau** einen mutigen Schritt gegangen, der die notwendige Integration des Bevölkerungsrückgangs und der demografischen Entwicklung in die Zukunftsplanung der Stadt deutlich macht und die Stabilisierung der Stadt in ihren neuen Grenzen bezweckt. Der Anpassungsprozess wird weitergeführt.

Kontakt:

Torsten Pöttsch
Oberbürgermeister der Stadt Weißwasser
Tel.: 03576/265101
E-Mail: ob.poetzsch@weisswasser.de

Detlef Krahle
Stadt Weißwasser, Referat Bau, Sachgebiet Stadtplanung/Liegenschaften
Tel.: 03576/265410
E-Mail: detlef.krahl@weisswasser.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2005). Stadtrandbebauung weicht Wald -Weißwasser „Süd“ <http://www.werkstatt-stadt.de/de/projekte/133/>

Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung (2009): Konzept Region schafft Zukunft (PDF Dokument): <https://www.stadtverein-weisswasser.de/Broschuere/Broschuere%20Weisswasser.pdf>

Bertelsmann Stiftung (2017): Statistiken zur Kommune Weisswasser. <http://www.wegweiser-kommune.de/kommunen/weisswasser-oberlausitz>

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Komplexer Stadtumbau mit differenzierter Nachnutzung beräumter Flächen (PDF Dokument). http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/DownloadZwischennutzung/einzelkapitel4.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Stadt Weisswasser/O.L. (2015a): InSEK 2011 mit Teilfortschreibung 2015 (PDF Dokument) http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/150623_insek_wsw_2015_endstand_mit-sprungfunktion.pdf

Stadt Weisswasser/O.L. (2015b): EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung 2014-2020 (PDF Dokument). http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/2015.05.27_steg_praesentation_buerger-info_efre_kurz.pdf

Stadt Weisswasser/O.L. (2017): Stadtrandbebauung weicht Wald - Weisswasser-Süd (PDF Dokument). http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/12.5_projektblatt_oeffentlichkeitsarbeit_wsw_-_stadtrand_0.pdf

8 Beispiele für integrierte Ansätze mit mehreren Schwerpunkten

8.1 Arnsberg

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend, überaltert
Einwohner (12/2015)	73.784
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	-6,6
2011-2013 in %	-0,8
2013-2015 in %	0,4
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	16,6
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	22
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	29.302
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	8,7
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	3,9
Pendlersaldo	positiv
Arbeitslose	2.951
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	40,0

Ausgangssituation

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre beschäftigt sich die Stadt Arnsberg (Hochsauerlandkreis) mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und entsprechenden Handlungsansätzen. Der Grundtrend der Einwohnerentwicklung ist seit Jahren rückläufig, die Haushalte verkleinern sich und das Durchschnittsalter steigt. Die Bevölkerungsprognose 2035 geht von einem Rückgang der Einwohner um -11 % aus. Die Stadt Arnsberg verfolgt daher die Doppelstrategie „Einwohner halten – Anpassung an den Wandel“. Wesentlicher Meilenstein war die Erarbeitung des Stadtentwicklungsprogramms 2003 und die Etablierung der „Zukunftsagentur | Stadtentwicklung“ als Schnittstelle für zukünftige Entwicklungsprozesse in der Stadt Arnsberg. Hiervon ausgehend wurden im Laufe der Zeit weitere Projekte, Strategien und Ansätze mit Bezug zum demografischen Wandel initiiert.

Prozessablauf und Steuerung

Durch das Stadtentwicklungsprogramm (STEP) 2003 unter dem Titel „Arnsberg erneuert sich“ wurde das Thema demografischer Wandel auch in der Politik verankert. Das STEP 2003 hat die Ausgangssituation analysiert, Leitlinien definiert und Empfehlungen für Impulsprojekte bis zum Jahr 2015 gegeben. Arnsberg zeichnet sich durch eine polyzentrale Siedlungsstruktur mit Dörfern und Stadtzentren und dementsprechend vielfältigen Herausforderungen aus. Ein Ziel des STEP 2003 war es daher auch, sowohl die Gesamtstadt als auch die einzelnen Orts- und Stadtteillagen hinsichtlich ihrer Besonderheiten zu profilieren. Das Städtebauliche Entwicklungskonzept (STEK) wurde 2007 beschlossen. Die Themen des STEP 2003 und des STEK 2007 wurden mittlerweile für das STEK 2030 weiterentwickelt. Dieses Konzept dient als Grundlage für die Städtebauförderung und konzentriert sich vor allem auf die Zentren (Alt-Arnsberg, Neheim-Hüsten, Oeventrop). Eine gesamtstädtische Perspektive verfolgt das Integrierte Kommunale Entwicklungskonzept (IKEK) 2016. Das IKEK stellt die Zukunftsfähigkeit der einzelnen Dörfer sowie ihren Beitrag zur gesamtstädtischen Entwicklung dar. Außerdem ist Arnsberg Teil der LEADER-Region LEADERsein! - Bürgerregion am Sorpesee für die Förderperiode 2014 bis 2020.

Neben diesen Konzepten als inhaltliche strategische Grundlagen für die Entwicklung und Anpassung an den demografischen Wandel nimmt die Zukunftsagentur | Stadtentwicklung eine zentrale Rolle in der Steuerung des Entwicklungsprozesses ein. Die Zukunftsagentur wurde nahezu gleichzeitig zum STEP 2003 initiiert und ihre Aufgabenbereiche und Kompetenzen mit der Zeit sukzessive ausgebaut und erweitert, z.B. durch die Fachstelle Alter, den Klimaschutzmanager oder das Bildungsbüro. Mittlerweile hat die Zukunftsagentur rund zehn Mitarbeiter. Hintergrund der Gründung der Zukunftsagentur war, dass die Stadt aus ihrer eher passiven und reaktiven in eine aktive Rolle kommen wollte. Eine zentrale Aufgabe der Zukunftsagentur besteht in der Koordination sowie der Initiierung von Beteiligungsprozessen zu Projekten oder übergeordneten Themen (z.B. Bürgerforen, Werkstätten). Außerdem steuert die Zukunftsagentur interne Arbeitskreise wie den Arbeitskreis Klimaschutz oder strategisches Bodenmanagement. Verankert ist die Zukunftsagentur als Stabsstelle mit direkter Zuordnung zum Verwaltungsvorstand der Stadt Arnsberg. Sie orientiert sich an den drängenden Zukunftsfragen der Stadtgesellschaft und entwickelt sich inhaltlich laufend weiter. Die Themen sind ressortübergreifend und fördern innovative Ansätze für eine nachhaltige Gestaltung der Stadt. Dabei kommt der Berücksichtigung der demografischen Entwicklung eine besondere Bedeutung zu.

Die **Finanzierung** der Zukunftsagentur erfolgt durch kommunale Eigenmittel. Die Finanzierung der verschiedenen Projekte erfolgt u.a. durch die Inanspruchnahme verschiedener Fördermittel, z.B. von der EU (LEADER), dem Bund (z.B. KIQ), Land (z.B. Bürgerradwege, städtebaulicher Denkmalschutz) oder dem Bund-/Länder-Programm des Stadtumbaus.

Relevante Themenfelder

Die Themenfelder in Arnsberg sind vielfältig und werden durch die Zukunftsagentur fachbereichsübergreifend initiiert und koordiniert.

Bei der **nachhaltigen Siedlungsentwicklung** geht es sowohl um einen gesamtstädtischen Ansatz als auch um die Profilierung der Stadtteile bzw. Dorflagen. Der Fokus liegt auf der Innenentwicklung. Vorhandene Strukturen sollen räumlich nicht noch wesentlich erweitert werden (sehr restriktiver Umgang mit Entwicklung neuer Flächen). Die fachbereichsübergreifende AG „Strategisches Bodenmanagement“, unter Federführung der Stadtentwicklung, beschäftigt sich intensiv mit der Innenentwicklung in Arnsberg und trifft sich dazu monatlich.

Die **Anpassung der technischen Infrastruktur** (Anpassung Kanalnetz etc.) ist organisatorisch zu den Stadtwerken ausgegliedert. Die Planungen liegen bei der Stadt als Auftraggeber, die Ausführung bei den Stadtwerken. Die künftigen Herausforderungen liegen vor allem in den Erneuerungszyklen der Infrastrukturen der Dörfer. Ein Rückbau war bisher aber noch nicht notwendig. Der Problemdruck liegt bisher eher im Bereich der sozialen Infrastruktur.

Die **Digitalisierung** bzw. der Breitbandausbau steht in Arnsberg an erster Stelle, wenn es um die Anpassung technischer Infrastruktur geht. Besonders ist hierbei, dass der Ausbau nicht nur durch die Telekom, sondern auch durch lokale Akteure gefördert wird. Insbesondere die Anbindung der Dörfer ist wichtig. Im Rahmen eines Wettbewerbs wurden unter breiter Beteiligung der Bürger Ideen gesammelt, die in rund 80 Projekten konkretisiert wurden und zu einer Sensibilisierung der Bürger für die Zukunftsthemen im Zusammenhang mit der Digitalisierung beitrugen.

Dem **Klimaschutz** ist in Arnsberg ein eigener Bereich in der Zukunftsagentur gewidmet. Bereits seit sechs Jahren gibt es einen Klimaschutzmanager, der in der Zukunftsagentur angesiedelt ist. Dieser Klimaschutzmanager war für fünf Jahre durch die Nationale Klimaschutzinitiative gefördert und wird nun unbefristet kommunal finanziert. Ein Beispielprojekt ist „Stadt der Thermografie“, eine Einzelberatung für private Haushalte bei der Thermoaufnahmen für die Häuser durchgeführt und ausgewertet werden. In Arnsberg wurde ein Klimaschutzkonzept erarbeitet.

Ein Teilkonzept ist der **Masterplan Mobilität**. Hintergrund war eine Modal Split Untersuchung die zeigte, dass in Arnsberg 71 % der täglichen Wege mit dem Auto stattfinden. Der Schwerpunkt des Masterplans Mobilität liegt daher auf der Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs und des ÖPNVs. Die Bedeutung des Radverkehrs ist seit ca. 10 Jahren in Arnsberg gestiegen. Der touristisch interessante Ruhrtalradweg wurde konsequent zum alltagstauglichen Rückgrat der Radverkehrsinfrastruktur ausgebaut. Umgesetzt wurden auch Bürgerradwege, die das Land mit einem Modellprojekt fördert und die als kombinierte Fuß- und Radwege an Landesstraßen auch dann erstellt werden können, wenn die Kommune kurzfristig keine Haushaltsmittel zur Verfügung hat. Zur Umsetzung ist dann bürgerschaftliches Engagement vor Ort (im Rahmen der Möglichkeiten z.B. beim Freischneiden des Baufeldes oder beim Abschieben von Mutterboden), die Beteiligung lokaler Bauunternehmen und der Kommune in Kooperation mit Straßen NRW notwendig. Gegenüber der üblichen Bauweise wird ein reduzierter Standard gebaut, wobei der Stand der Technik den Sicherheitsanforderungen entspricht. Der Impuls für die „Bürgerradwege“ stammt aus der Verwaltung, wobei die Bürgerschaft eine Hauptverantwortung trägt. Die Bürgerradwege werden auf Initiative der Ortschaften gebaut. Auch E-Mobilität und CarSharing sind als Themen im Mobilitätskonzept hinterlegt. Darüber hinaus plant und realisiert die Stadt abschnittsweise den Radexpressweg Arnsberg (RXA) als schnelle und komfortable Wegeverbindung im Ruhrtal. Der RXA ist ein an die örtlichen Strukturen angepasster „Radschnellweg light“.

Die **Anpassung der sozialen Infrastruktur** stellt wichtige Weichen für die Sicherung der Daseinsvorsorge in Arnsberg. Dabei versucht die Stadt Arnsberg vor allem in den Dörfern, die schrumpfen, die Infrastrukturen zu halten, zu bündeln und/oder zu optimieren. Dem Aspekt Alter wurde in Arnsberg eine eigene Fachstelle gewidmet. Sie widmet sich allen Themen, die mit dem Alter und Älterwerden einhergehen – Wohnen, Gesundheit, Pflege, Demenz, Barrierefreiheit, Mehrgenerationenhäuser, öffentlicher Raum etc. Über die Fachstelle wird gemeinsam mit der Agentur für bürgerschaftliches Engagement z.B. das Arnsberger Seniorennetzwerk betreut, in dem eine Vielzahl von Gruppen, Projekte und Initiativen gebündelt sind.



Bild 43: Installation von Sitz- und Erholungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum in Alt-Arnsberg, © Stadt Arnsberg, Erik Jan Ouwerkerk

Fazit

Die Stadt Arnsberg setzt in der Stadtentwicklung auf ein gezieltes Flächenmanagement durch Zentrenstärkung und Innenentwicklung. Die soziale und technische Infrastruktur wird an die veränderten Bedarfe angepasst. Vor allem bei der sozialen Infrastruktur steht die Qualität im Vordergrund und hat Vorrang gegenüber der Quantität an Einrichtungen. Es besteht eine bereits langjährig erprobte fachübergreifende strategische Zusammenarbeit im Umgang mit dem demografischen Wandel. Mit der Zukunftsagentur Stadtentwicklung wurde eine ressortübergreifende Schnittstelle geschaffen, in der die verschiedenen Aufgabenstellungen gebündelt thematisiert und bearbeitet werden und die innovative Ansätze entwickelt. Durch die Attraktivitätssteigerung der Stadt Arnsberg sowie die entstandenen Strukturen wird ein wichtiger Beitrag zur **Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels** geleistet.

Als Wirkung wird z.B. eine gestiegene Wertschätzung der Dörfer durch ihre Bewohner anhand von Erhebungen festgestellt. Dennoch gibt es weiterhin Orts- und Stadtteile, die nicht nachgefragt werden und wo noch Lösungen entwickelt werden müssen, um die Infrastruktur langfristig zu halten und die Daseinsvorsorge zu sichern.

Die **Synergien zum Umwelt- und Klimaschutz** sind in Arnsberg deutlich sichtbar: Durch den Fokus auf die Innenentwicklung kommt es zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Außerdem werden durch den Ausbau des Radwege- und ÖPNV-Netzes eine nachhaltige Mobilität gefördert sowie Luftschadstoff- und Treibhausgasemissionen verringert.

Besonders in Arnsberg sind die innovativen Einzelprojekte (z.B. Bürgerradwege, Fachstelle Zukunft Alter) und die stringente strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung in der Verwaltung (Leitlinienprozesse). Arnsberg hat bereits zahlreiche Preise und Anerkennungen auf nationaler Ebene für seine Aktivitäten zu Fragen des Alters und Älterwerdens erhalten. Insbesondere die Fachstelle Zukunft Alter stößt auf ein hohes Interesse bei anderen Kommunen.

Kontakt:

Dr. Birgitta Plass
Stadt Arnsberg, Abteilung Stadt- und Verkehrsplanung
Tel.: 02932/2011425
E-Mail: b.plass@arnsberg.de

Weiterführende Informationen:

Stadt Arnsberg (o.J.): 15 Jahre Stadtentwicklung Arnsberg.
<https://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/infos/>

Stadt Arnsberg (o.J.): Die altersgerechte Stadt – eine kommunale Gestaltungsaufgabe.
<https://www.arnsberg.de/demografischer-wandel/die-altersgerechte-stadt.php>

8.2 Mittelbereich Pritzwalk-Wittstock/Dosse

Rahmendaten

Bundesland	Brandenburg			
	Pritzwalk	Wittstock/ Dosse	Heiligen- grabe	Meyenburg
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	schrumpfend, stark überaltert	schrumpfend, überaltert	schrumpfend, überaltert	schrumpfend, stark überaltert
Einwohner (12/2015)	11.922	14.380	4.441	2124
Einwohnerentwicklung				
2011-2013 in %	-2,1	-1,1	-2,1	-3,9
2013-2015 in %	-0,5	-1,7	-1,4	-1,5
Altersstruktur				
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	13,3	13,5	14,9	13,3
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	24,3	22,5	20,5	24,9
Wirtschaftsstruktur				
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	5.637	4.259	1.820	871
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	2,4	0,3	5,8	-3,1
Pendlersaldo	positiv	negativ	ausgeglichen	positiv
Arbeitslose	759	780	185	114
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	63,7	54,2	41,7	53,7

Ausgangssituation

Der Nordwesten Brandenburgs ist eine strukturschwache und ländlich geprägte Region. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels wie z.B. einer abnehmenden Siedlungsdichte und einer reduzierten kommunalen Finanzausstattung zu begegnen, entschlossen sich die Städte Pritzwalk (LK Prignitz) und Wittstock/Dosse (LK Ostprignitz-Ruppin) gemeinsam mit ihren Nachbarkommunen Meyenburg und Heiligengrabe zu einer intensiven Zusammenarbeit, um gemeinsam regionaler Wachstumskern zu werden. Die Kommunen sehen sich mit einem prognostizierten erheblichen Bevölkerungsrückgang bis 2030 konfrontiert. Im Rahmen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg wurden Mitte der 2000er Jahre bei der Ausweisung regionaler Wachstumskerne weder Pritzwalk noch Wittstock/Dosse berücksichtigt.

Im Jahr 2007 wurde der Mittelbereich Pritzwalk – Wittstock/Dosse dann als Mittelzentrum in Funktionsteilung ausgewiesen, wobei den Kommunen ein jeweiliger Funktionsschwerpunkt zugewiesen

wurde (Pritzwalk: Bildung, Wittstock: Kultur). Seit 2011 besteht die interkommunale Arbeitsgemeinschaft „Kooperation Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse“, bei der über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag auch Unternehmen eingebunden sind. Ziel der Kooperation ist es, die Region zu stärken und positive Entwicklungsimpulse zu generieren. Besonders ist zudem, dass die Kooperation über Landkreisgrenzen hinweg stattfindet.

Prozessablauf/Steuerung

Erste Erfahrungen in der interkommunalen Zusammenarbeit konnten die Kommunen bereits im wirtschaftlichen Bereich sammeln: Im Jahr 2005 wurde gemeinsam mit regional ansässigen Unternehmen die Arbeitsgemeinschaft „Autobahndreieck Wittstock/Dosse“ gegründet, die 2007 in einen Verein überführt wurde. Im Rahmen der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik wurde anschließend in einem intensiven zweijährigen Prozess ein gemeinsames, integriertes Mittelbereichskonzept (2009) erarbeitet. Allerdings fehlten die finanziellen Mittel, um die Zusammenarbeit fortzusetzen und Maßnahmen umzusetzen. Daher schlossen die vier Kommunen 2010 einen Kooperationsvertrag als Verantwortungsgemeinschaft und bewarben sich für die Aufnahme in das Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“. 2011 wurde die kommunale Arbeitsgemeinschaft „Kooperation Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse“ gegründet. Über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag wurde auch der Verein Autobahndreieck Wittstock/Dosse und die dort vertretenen Unternehmen eingebunden. Durch die **finanzielle Förderung** über das Städtebauförderungsprogramm stehen vor allem Projekte aus dem Themenfeld Bildung im Vordergrund der Umsetzung.

Zur Begleitung und Organisation der Kooperation wurde ein internes (bei den Kommunen Pritzwalk und Wittstock angesiedelt) und externes (durch externen Dienstleister) Kooperationsmanagement implementiert, das vor allem durch Fördermittel aus der Städtebauförderung finanziert wird. Die Aufgaben des externen Kooperationsmanagements liegen vor allem im Bereich der Prozessbegleitung, Fördermittelakquise, Projektberatung und Unterstützung bei der Antragsstellung. Durch das zusätzliche interne Kooperationsmanagement steht der Zusammenarbeit ein starker Partner in der Verwaltung zur Seite und es gibt kurze Wege in der Abstimmung mit der Verwaltung.

Das wichtigste **Steuerungsgremium der Zusammenarbeit ist der Kooperationsbeirat**, der viermal jährlich tagt. Zusätzlich tagt jährlich der Kooperationsrat, der sich aus Bürgermeistern, Amtsleitern und weiteren kommunalen Vertretern, Vertretern des Vereins Autobahndreieck Wittstock/Dosse sowie dem Kooperationsmanagement zusammensetzt und ein eher informatives Gremium darstellt.

Derzeit wird das Mittelbereichskonzept weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden Putlitz-Berge und Groß Pankow ausgebaut werden kann. Erste Erfahrungen in der Zusammenarbeit sammelten die Kommunen bereits im Jahr 2015, als sie gemeinsam am Stadt-Umland-Wettbewerb Brandenburg teilnahmen.

Relevante Themenfelder

Zwischen 2007 und 2009 wurde eine Integrierte Konzeption der Städte Pritzwalk und Wittstock/Dosse zur gemeinsamen und funktionsteiligen Wahrnehmung der mittelfunktionalen Funktionen und Aufgaben erarbeitet. Damit wird eine angemessene Grundversorgung der Region sichergestellt. Die Themenfelder sind Siedlungsentwicklung, Wirtschaft- und Einzelhandel, überregionaler Verkehr und Versorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Versorgung, Kultur und Freizeit sowie Verwaltung. Sowohl Pritzwalk als auch Wittstock/Dosse haben jeweils im Bereich Bildung bzw. Kultur einen eigenen qualitativen Schwerpunkt.

Der Schwerpunkt der bisher umgesetzten Projekte liegt vor allem auf der **Anpassung der sozialen Infrastruktur** entsprechend den Förderrichtlinien des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“. Hierbei verfolgt man die Strategie „Diversifizierung statt Schließung von Einrichtungen“. Die bestehenden Einrichtungen sollen erhalten und zukunftsfähig gestaltet werden (z.B. energetische Sanierung und Schaffen von inklusiven Einrichtungen). Die Angebote sollen verbessert und bei Doppelungen des Angebots in den Kommunen spezialisiert werden. Damit kann die Nachfrage erhöht werden. Zu Maßnahmen im Bereich der Anpassung sozialer Infrastrukturen zählen u.a. die Umsetzung investiver Maßnahmen zur Sanierung von Schulen und Kitas, wodurch zukunftsfähige und inklusive Einrichtungen entstehen sollen (energetische Sanierung, Verbesserung der Ausstattung etc.) sowie die Wiederbelebung und Umbau des ehemaligen Bahnhofs Pritzwalk für verschiedene Nutzungen (Bürgeramt, Polizei, Ausbildungszentrum für Lokführer). Die Umwandlung der ehemaligen Tuchfabrik ist das Leuchtturmprojekt der Kooperation. Die Räumlichkeiten der ehemaligen Tuchfabrik werden nach der Umwandlung von der Bildungsgesellschaft Pritzwalk (Räumlichkeiten, Internat) sowie dem Stadt- und Brauereimuseum genutzt. Außerdem entstehen im alten Hauptverwaltungsgebäude Wohnungen.



Bild 44: Ehem. Tuchfabrik Pritzwalk – 1. Bauabschnitt: Räumlichkeiten für die Bildungsgesellschaft mbH Pritzwalk, © Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (B.B.S.M.)



Bild 45: Ehem. Tuchfabrik Pritzwalk – 2. Bauabschnitt: Wohnen, © Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (B.B.S.M.)

Die **Anpassung technischer Infrastruktur** war ein Themenfeld im integrierten Mittelbereichskonzept und sieht z.B. die Erarbeitung eines regionalen Energiekonzeptes sowie eines regionalen Kooperationskonzeptes zur Ver- und Entsorgung (Wasser, Trinkwasser, Strom, Fernwärme, Telekommunikation) vor. Die Umsetzung dieser Maßnahmen fand bisher nicht statt, da keine finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen.

Die Kooperationspartner haben z.T. von der Städtebauförderung unabhängig Projekte, insbesondere im Bereich **Energie**, umgesetzt. Erneuerbare Energien spielen in der gesamten Region eine wichtige Rolle. Zur Ausweisung von Windenergieflächen erfolgt eine intensive Zusammenarbeit und Abstimmung der Kommunen. Außerdem wurden auf kommunaler Ebene energetische Quartierskonzepte umgesetzt, z.B. in Pritzwalk-Nord.

Ein besonderes Projekt ist das Projekt „Energy Cloud“. Es wurde durch das Förderprogramm RENplus Verein, den Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock Dosse und dem Amt Meyenburg (federführend) unterstützt. Die Region nimmt einen der Spitzenplätze im Bereich der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien ein. Da in der Region aufgrund des geringen Eigenverbrauchs deutlich mehr Energie produziert als verbraucht wird, wird sie über Hochspannungsleitungen in andere Regionen transportiert. Infolgedessen entstehen Kosten für den Netzausbau, die dann regional umgelegt werden und zu hohen Energiepreisen in der Region führen. Ziel ist es, dass die Energieerzeugung der Region stärker zugutekommt. Im Rahmen von „Energy Cloud“ werden verschiedene Modellvorhaben entwickelt, z.B. durch eine Power-to-Gas-Anlage, durch die Strom aus Windkraftanlagen in Wasserstoff umgewandelt wird. Der erzeugte Wasserstoff kann direkt in das Erdgasnetz eingespeichert oder für Mobilitätszwecke genutzt werden. Perspektivisch wird dies auch für e-Methan möglich sein. An der Autobahnanschlussstelle Meyenberg soll z.B. eine Wasserstoff-Tankstelle entstehen, die direkt mit dem Gas aus der Anlage versorgt wird. Ein weiteres Modellprojekt ist das „Virtual-Power-Plant“ bei dem bestehende BHKW- und Biomassekraftwerke genutzt und um Speicher- und Power-to-X-Anlagen ergänzt werden. Die Energie wird zu einem Virtual-Power-Plant zusammengeführt, wodurch die Flexibilität und Versorgungssicherheit erhöht wird

Fazit

Durch die Aktivitäten des „Wachstumskerns Autobahndreieck Wittstock/Dosse e.V.“ profitiert die Region. Zum einen erfährt sie einen Bedeutungszuwachs, gleichzeitig profitiert sie von Fördermitteln für Projekte. Insbesondere die Investitionen in die Bildungsinfrastruktur werden positiv hervorgehoben. Durch die Umwandlung der Tuchfabrik wird z.B. ein wesentlicher Beitrag zur Aus- und Weiterbildung sowie zur Fachkräftesicherung in der Region geleistet. Gleichzeitig entstehen durch die umfassenden Sanierungsmaßnahmen und einer Erhöhung der Energieeffizienz **Synergien zum Umwelt- und Klimaschutz**. Es zeigt sich, dass der prognostizierte Bevölkerungsrückgang nicht so schlimm eingetroffen ist, wie erwartet. Vor allem ältere Menschen ziehen zunehmend von den Dörfern in die Kernstädte, weil sie dort die nötigen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge finden. Durch die Kooperation der Kommunen wird der Erhalt der mittelzentralen Funktionen sichergestellt und damit ein wesentlicher Beitrag zur Daseinsvorsorge in einer schrumpfenden Region geleistet. Die Maßnahmen zu Attraktivitätssteigerung tragen somit zur **Abmilderung der Auswirkungen des demografischen Wandels** bei. Beispielfhaft ist hierbei vor allem auch die formale Beteiligung von regionalen Unternehmen.

Kontakt:

Rainer Blank
Kooperationsmanagement
B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung
Tel.: 0331/2899734
E-Mail: rainer.blank@bbsm-brandenburg.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Kleinere Städte und Gemeinden. Mittelbereich Pritzwalk - Wittstock/Dosse. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/Massnahmen/Wittstock-Pritzwalk/wittstock_node.html

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2013): Sicherung der Daseinsvorsorge im dünn besiedelten Raum – mittelzentrale Aufgaben und Funktionen gemeinsam gestalten. http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSP/SharedDocs/Projekte/NSPProjekte/Regionalsicherung/Sicherung_der_Daseinsvorsorge_Pritzwalk.html

Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (B.B.S.M.) (2009): Integrierte Konzeption zur Wahrnehmung der mittelzentralen Funktionen und Aufgaben Pritzwalk – Wittstock/Dosse.(PDF Dokument) http://daten.verwaltungsportal.de/daten/news/195543/20091217_konzept_endfassung.pdf

EBP (2017): Projekt Energy Cloud. <https://www.ebp.de/de/projekte/energy-cloud>

8.3 Legden

Rahmendaten

Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	wachsend
Einwohner (12/2015)	7.254
Einwohnerentwicklung	
1995-2015 in %	20,8
2011-2013 in %	-0,3
2013-2015 in %	4,7
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	20,0
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	16
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	1.683
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	11,8
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	7,3
Pendlersaldo	negativ
Arbeitslose	87
Arbeitslose je 1.000 Einwohner (2015) (BRD = 34,0)	12,0

Ausgangssituation

Die Gemeinde Legden im westlichen Münsterland stellte sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die Frage, wie ländliche Kommunen auf die verschiedenen Anforderungen einer älter werdenden Bevölkerung reagieren können. Die Strukturen der Gesellschaft ändern sich und damit einhergehend auch die Ansprüche und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, Legden weiterhin so zu gestalten, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig in der Gemeinde wohl fühlen können und ein langes selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden möglich ist. Dafür wurde das Projekt „Älter werden im ZukunftsDORF – Leben und Lernen über Generationen“, kurz „ZukunftsDORF Legden“ initiiert.

Prozessablauf/Steuerung

Bereits seit 2009 beschäftigen sich die Bürgerinnen und Bürger von Legden mit den Leitlinien und Fragestellungen des Projektes in Workshops, Sitzungen und Arbeitskreisen. Die Federführung des Projektes liegt bei der Gemeinde Legden. Das zentrale Steuerungsgremium ist die Lenkungsgruppe, welche aus Vertretern der Gemeinde Legden, einem externen Planungsbüro sowie den Trägern der Teilprojekte besteht.

Die Gemeindeverwaltung von Legden dient als Vernetzungsstelle zwischen der Lenkungsgruppe und weiteren Akteuren. Im Jahr 2014 wurde das Projekt vom Lenkungsrat der REGIONALE 2016 einstimmig als Projekt aufgenommen.

Im Rahmen des Prozesses wurden vier Handlungsfelder festgelegt. Jedes Handlungsfeld umfasst mehrere Projektbausteine. Die Grundlage dafür waren Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern sowie eine schriftliche Befragung und eine e-Partizipation (digitale Beteiligung) durch eine interaktive Website, auf der Wünsche und Anregungen geäußert werden konnten. Aus deren Ergebnissen erarbeiteten sich Umsetzungsvorschläge und Handlungsempfehlungen.

Der Stellenwert des Themas hebt sich durch die begleitende Öffentlichkeitsarbeit hervor und stellte sich im Ort permanent dar, wodurch die Resonanz und Nachfrage sowie die Bereitschaft zur Beteiligung an dem Projekt sehr groß war.

Zu den Projektpartnern und Unterstützern zählen zahlreiche Legdener Vereine, Sozialverbände, Hochschulen, die Handwerkskammer und der Kreis Borken.

Die **Finanzierung** der Projekte wurde durch die Bündelung verschiedener Fördermittel von Bund und Land geleistet, z.B. durch LEADER, den Wettbewerb „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Forschung für Nachhaltige Entwicklung) sowie durch Städtebaufördermittel von Bund und Land der REGIONALE 2016.



Bild 46: Logo des Projektes „ZukunftsDORF Legden“, © Gemeinde Legden

Die Handlungsfelder

Die Projektidee des ZukunftsDORFes geht davon aus, dass die zukünftigen Herausforderungen mit innovativen und kreativen Lösungen zum Wohle aller Generationen gemeistert werden können. Der Grundgedanke dabei ist: Was ältere Menschen und Menschen mit Handicaps dabei hilft, so lange wie möglich selbstbestimmt zu leben, das kommt allen anderen Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls zugute. Im ZukunftsDORF Legden sollen sich auch in Zukunft alle Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen und es soll ihnen ein langes Leben in den eigenen vier Wänden möglich sein.

Handlungsfeld Versorgung:

Kurze Wege zur Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Dienstleistern wie Frisör, Banken oder der Post sind der Leitgedanke zu einer zukunftsfähigen Grundversorgung im Dorf. Dies gilt ebenso für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung im Ort, gerade im Hinblick auf altersabhängige Erkrankungen wie Demenz. Projektbausteine waren hier neben dem Thema „gesund älter werden“ mit dem Schwerpunkt der Demenzprävention und Demenzfrüherkennung, die „Teilhabe am Leben“ bei dem die Demenzerkrankten mit Unterstützung der Familien weiterhin im gewohnten sozialen Umfeld verbleiben können, bis hin zur „Telemedizin“. Letztere wurde als virtuelles Betreuungsnetzwerk mit altersgerechtem Assistenzsystem in einem Modellversuch in der Gemeinde Legden durchgeführt, da auch viele Kommunen vor dem Problem stehen, dass die ärztliche Versorgung im Ort nicht mehr gegeben ist.

Handlungsfeld Service & Betreuung:

„Innen vor außen“ ist hier der Leitgedanke des Handlungsfeldes, denn nicht nur die ausreichende Grundversorgung muss für das eigenständige Wohnen in der Gemeinde gegeben sein, sondern auch eine den neuen Herausforderungen entsprechende bauliche Umgebung. Hierzu führte Legden im Projektbaustein „Innen Leben – Neue Qualitäten entwickeln“ ein Flächenmanagement durch, um einen bewussten und nachhaltigen Umgang mit den Flächen und Immobilien der Region zu bewirken. Darüber hinaus sollte es die Dorfmitte stärken und die Inanspruchnahme von weiteren Freiflächen im Außenbereich sowie Leerstand vermeiden. Ein weiterer Projektbaustein befasste sich mit den neuen Wohnformen, die es der älteren Bevölkerung ermöglicht auch im Alter noch selbstständig zu wohnen. Eine Musterwohnung zeigt das Ergebnis dieser Analyse. Daneben ist das Thema Bauen im Bestand genauso wichtig, denn die wenigsten möchten im Alter aus dem Eigenheim in eine andere Immobilie wechseln.

Handlungsfeld Mobilität:

Neben der inneren Struktur ist die Mobilität ein weiteres wichtiges Handlungsfeld im ZukunftsDORF Legden. Allen Altersgruppen soll es ermöglicht werden, für sich selbst zu sorgen und sich selbstständig im Dorf zu bewegen. Hierzu wurde der Projektbaustein „Barrierefreier Ortskern“ entwickelt mit dem Schwerpunkt des barrierefreien Umbaus der Hauptstraße im Zentrum von Legden. Daneben untersuchte man das Thema „Nahmobilität“ weiter, um auch für die Bewohnerinnen und Bewohner in den vom Ortskern entfernter gelegenen Wohngebieten ein zukunftsfähiges Mobilitätsangebot zu schaffen. Neben dem Angebot des Bürgerbusses (ehrenamtliche Busfahrer übernehmen Fahrdienst) wurde eine Mitfahrerbank in Legden und Asbeck installiert. Wartende nehmen auf der Bank Platz und mit dem Auto Vorbeifahrende halten an und nehmen die Person mit. So verbindet die Mitfahrerbank die Ortsteile Legden und Asbeck miteinander und ermöglicht das Erreichen der Einrichtungen im Ortskern und des Ortsteils Asbeck auch ohne Auto.

Handlungsfeld Leben & Lernen:

Um die Projekte der Innenentwicklung, ausreichender Versorgung und Mobilität umzusetzen, musste eine breite Basis im Dorf geschaffen werden. Dabei sollten sich alle Bürger ob jung oder alt bei Planungen mit einbringen. Deshalb stand hier das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger im Zentrum. Die Projektbausteine befassen sich mit Themen wie „Wissen weitergeben“ bei dem Gruppen aus unterschiedlichen Generationen gegründet wurden, um einen Erfahrungsaustausch anzuregen. Der Umgang mit digitalen Medien wird z.B. älteren von jüngeren Menschen beigebracht. Andersherum werden traditionelle Kochrezepte weitergegeben. „Der Friedhof, Ort der Erinnerung“ soll als Projektbaustein dazu beitragen, den Friedhof nicht nur als Ort der Trauer und des Abschieds wahrzunehmen, sondern auch als Ort der Erinnerung. Positive Momente sollten im Vordergrund stehen und in der Begegnung der Hinterbliebenen soll ein Austausch stattfinden. Daneben sollten im Projektbaustein „Integration älterer Menschen mit Handicap“ Berührungsängste auf allen Seiten minimiert werden, um eine Isolation Einzelner zu vermeiden. Raum für soziale Begegnungen schaffte der Projektbaustein „Dahliengarten“. Mitten im Zentrum von Legden ist 2015 auf einer Fläche von über 4.000 m² ein Garten entstanden, der das Wahrzeichen von Legden, die Dahlie, würdigt und beherbergt. Neben der großen Rasenflächen sowie dem Spielplatz geben Infotafeln wichtige Details über die Dahlie preis und laden Groß und Klein ein hier miteinander zu lernen, spielen und sich auszutauschen.



Bild 47: Dahliengarten – Luftbild, © Gemeinde Legden

Fazit

Die Gemeinde Legden versteht sich als „Zukunftslabor“ in dem eine offene und flexible Prozessgestaltung existiert. Konkrete Ansätze wurden in umfassenden Fragestellungen in allen Facetten diskutiert. Somit entstanden nachhaltige Lösungen zur Verwirklichung der Zukunftsvisionen. Der ganzheitliche Ansatz, den Legden mit dem ZukunftsDORF verfolgt, war Neuland für die Gemeinde und auch das gesamte Münsterland. Die gewonnenen Erkenntnisse sind systematisch gesammelt und aufbereitet worden, um auch Vorbild für andere Kommunen zu sein.

Durch die generationenübergreifenden Projekte wird ein **Beitrag zum Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels** geleistet. Zu den Anpassungsaktivitäten zählen z.B. die Integration von Älteren mit Handicap, die Anpassung der Versorgungs- und Infrastruktur, neue Wohnformen und Stärkung des Gemeinschaftsgefühls unabhängig vom Alter. Gleichzeitig wird durch die Projekte ein **Beitrag zur Ressourcenschonung** geleistet (u.a. durch Flächenmanagement sowie alternative Formen der Nahmobilität).

Das Projekt „ZukunftsDORF“, im Rahmen der REGIONALE 2016, wurde von Frühjahr 2016 bis Sommer 2017 mit Veranstaltungen, Kulturevents, Führungen und Touren der Öffentlichkeit vorgestellt. Auch wenn die REGIONALE 2016 abgeschlossen ist, konzentriert sich die Gemeinde Legden auf die Schaffung von Mehrwerten für die Bürgerinnen und Bürger. Sie ist weiterhin darauf fokussiert mit dem demografischen Wandel erfolgreich umzugehen.

Vielfach ausgezeichnet

Dass dieser ganzheitliche Projektansatz innovativ für eine Gemeinde im ländlichen Raum ist, zeigen auch die Bewertung unabhängiger Expertenjurys: Im Februar 2014 wurde das Projekt als Preisträger im vierten Ideenwettbewerb der NRW.BANK ausgezeichnet. Im September 2014 folgte die Auszeichnung als „Ausgezeichneter Ort“ im bundesweiten Innovationswettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“. Auch im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Wettbewerb „Zukunftsstadt“ wurde die Gemeinde Legden als eine von deutschlandweit 52 teilnehmenden Städten, Gemeinden oder Landkreisen als „Zukunftsstadt“ ausgezeichnet.

Kontakt:

Friedhelm Kleweken
Bürgermeister der Gemeinde Legden
Tel.: 02566/910-221
E-Mail: kleweken@legden.de

Weiterführende Informationen:

Bürgerbusverein Heek – Legden (o.J.): Bürgerbus Heek – Legden. Startseite. <https://www.buergerbus-heck-legden.de/>

Gemeinde Legden (o.J.): ZukunftsDORF Legden – Startseite <https://www.legden.de/portal/seiten/zukunftsDORF-legden--900000165-24110.html>

Regionale 2016 Agentur GmbH (2011): Älter werden im ZukunftsDORF – Leben und Lernen über Generationen. Velen. <https://wettbewerb-aelter-werden-in-balance.de/file/546/download?token=SBtZ80PK>

8.4 Nördliches Fichtelgebirge

Rahmendaten

Bundesland	Bayern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	Rückgang der Bevölkerung um 6,5 % zwischen 1995 und 2005
Einwohner (12/2015)	31.093
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-2,14
2013-2015 in %	-1,70
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	14,8
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	25,5
Wirtschaftsstruktur	
Pendlersaldo	-3.518

Ausgangssituation

Die Region „Nördliches Fichtelgebirge“ liegt im Norden Bayerns und seine 31.000 Einwohner verteilen sich auf die Städte Kirchenlamitz, Marktleuthen, Schönwald, Schwarzenbach a. d. Saale, Weißenstadt, die Gemeinde Röslau, Markt Oberkotzau, Markt Sparneck und Markt Zell aus den Landkreisen Hof und Wunsiedel.

Ein Rückgang der Bevölkerung in der Region des nördlichen Fichtelgebirges um 6,5 % zwischen 1995 und 2005 ging einher mit einem noch gravierenderen Rückgang der Beschäftigten in der Region um 37 %. In acht der neun oben genannten Gemeinden war sogar ein Bevölkerungsrückgang von bis zu 10 % zu verzeichnen, weil nicht nur der natürliche Saldo negativ war sondern auch eine deutliche Abwanderung stattfand.

Die Gemeinden weisen eine gewachsene, industriell geprägte Struktur auf. Der Niedergang der Industriezweige Porzellan, Textil sowie steinverarbeitende Industrie führte zu einem deutlichen Rückgang der Beschäftigten in diesen Bereichen. Arbeitslosigkeit, Leerstand und Unternutzung von Wohn-, Gewerbe- und Einzelhandelsimmobilien waren die Folgen.

Die Gemeinden erkannten, dass sie nur durch eine interkommunale Gesamtstrategie aus dieser Situation herausfinden konnten. Somit schlossen sich neun Städte, Gemeinden und Märkte (Bezeichnung für Gemeinden mit historischem Marktrecht) des Fichtelgebirges seit 2005 zusammen, um ihre Probleme landkreis- und gemeindeübergreifend zu bewältigen.

Der Verbund Nördliches Fichtelgebirge dient der interkommunalen Zusammenarbeit im Kontext der Bewältigung des demografischen Wandels. Gemeinsam wurden mit Förderung aus dem Programm Stadtumbau West II ein Entwicklungskonzept erarbeitet und das interkommunale Stadtumbau-Management eingerichtet.

Prozessablauf/Steuerung

Das Interkommunale Entwicklungskonzept (IEK) aus dem Jahr 2006 „Zukunft Nördliches Fichtelgebirge“ umfasst in seinem Katalog über 70 mögliche Projekte und Maßnahmen. Bei der Erstellung des IEK diskutierten Bürgerinnen und Bürger in Workshops und erarbeiten das Konzept als strategische Grundlage für weitere Entwicklung der Region. Im Jahre 2008 wurde das Stadtumbaumanagement eingerichtet, dass seitdem die Umsetzung der Projekte koordiniert. Das für das Stadtumbaumanagement zuständige Büro wurde von allen Kommunen gemeinsam beauftragt. Die Koordinationsarbeit des Stadtumbau-Managements erfolgte in enger Zusammenarbeit mit einer regelmäßig tagenden Lenkungsgruppe, der die Bürgermeister der beteiligten Städte und Gemeinden angehörten. In der Kommune Schwarzenbach a.d. Saale wurde ein Stadtumbaubüro eingerichtet, in welchem das Stadtumbau- und Immobilienmanagement vor Ort zu erreichen ist. Seit 2012 konzentriert sich das Modellprojekt „Stadtumbau- und Immobilienmanagement“ gezielt auf Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Themen wie Leerstand und Innenentwicklung sowie Beratung bei Sanierungs- und Umbaumaßnahmen. Die Außendarstellung der Kooperation „Nördliches Fichtelgebirge“ erfolgt zum einen über einen gemeinsamen Internetauftritt und zum anderen über die **monatlich erscheinende Zeitschrift „Komm Mit!“**, die über aktuelle Projekte, Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten der Kooperation bzw. einzelner Kommunen informiert.

Insgesamt zeigt die Zusammenarbeit, dass ein solcher Prozess allein in dem Bewusstsein aller beteiligten Bürgermeister funktioniert, nur gemeinsam etwas bewegen zu können.

Relevante Themenfelder

Die **Siedlungsentwicklung** auf Grundlage des Interkommunalen Entwicklungskonzeptes (IEK) „Zukunft Nördliches Fichtelgebirge“ konzentriert sich auf die Aspekte **Flächen-, Leerstands- und Immobilienmanagement**. Der Leerstand von Einzelhandels- und Gewerbeimmobilien sowie großflächigen Industriebrachen resultiert direkt aus dem wirtschaftlichen Strukturwandel in der Region. Leer stehende Immobilien und brach liegende Flächen wurden als Potenzialflächen detailliert erhoben und durch eine besondere Kooperation mit dem Land kostenfrei in der Gewerbeflächendatenbank SISBY (Standort-Informationen-System Bayern) aufgenommen. Neben der Erfassung und Veröffentlichung von Angeboten verfolgen die Kommunen damit das Ziel, die Wahrnehmung der Leerstände als Potenzial der Region zu schärfen.

Das Initialprojekt für das IEK „Zukunft Nördliches Fichtelgebirge“ war die Belebung und Wiedervermarktung der stillgelegten Winterling-Werke. Mit Hilfe eines Wettbewerbs und verschiedenen Studien wurden die Potentiale der Standorte der beiden Winterling-Werke in Kirchenlamitz und Schwarzenbach an der Saale ermittelt und für die Vermarktung vorbereitet. Seit 2009 ist z.B. das Areal in Kirchenlamitz in ein Stadtentwicklungskonzept (Masterplan) eingebettet, das neben dem Konversionsbereich auch den historischen Ortskern betrachtet. Im Jahr 2013 gründeten die Bürgermeister von Arzberg, Kirchenlamitz, Röslau und Schwarzenbach a.d. Saale das gemeinsame Kommunalunternehmen Winterling Immobilien, das die Standorte erwarb, um die Vermarktung gebündelt voranzutreiben. Unterstützt werden die Gemeinden hierbei durch Fördermittel aus dem Programm der Städtebauförderung des Landes Bayern. Aktuell gibt es im Kirchenlamitzer Winterling-Werk elf Mieter und der Umbau nach den Vorgaben des Masterplanes ist in vollem Gange.

Insgesamt geht es bei der Umsetzung des interkommunalen Entwicklungskonzeptes um eine integrierte Vorgehensweise, welche die Bezüge der unterschiedlichen Handlungsfelder wie z.B. der Ortsbildgestaltung oder dem Tourismus herstellen will.

Dies ist die Aufgabe des vom Verband der neun Gemeinden „Nördliches Fichtelgebirge“ beauftragten Stadtbau-Managements in Diskussion mit den Bürgern und der Politik. Dazu steht seit Anfang 2016 ein interkommunaler Immobilienfonds zur Verfügung, der größtenteils mit Mitteln der Städtebauförderung der Regierung von Oberfranken gespeist wird. Hierdurch ergeben sich für die Gemeinden Handlungsmöglichkeiten beim Zwischenerwerb oder bei der Vorfinanzierung von Immobilienentwicklungen ohne jeweils eine eigene Antragstellung bei der Städtebauförderung durchlaufen zu müssen. Mithilfe von Sanierungsmaßnahmen und der Entwicklung von Nutzungskonzepten werden die Immobilien wieder marktfähig gemacht. Anschließend soll mit Unterstützung des Stadtbau-Managements die Immobilie wieder in Wert gesetzt werden. Die generierten Einnahmen fließen wieder in den Fonds zurück, so dass ein revolvierender Fonds entstehen soll. Dies bedeutet, dass die erwirtschafteten Mittel wieder für Investitionen in neue Projekte zur Verfügung stehen.

Der Vertrag zur Vereinbarung eines Fonds wurde in 2014 durch sieben der neun Räte der Gemeinden beschlossen. Markt Sparneck und Markt Zell beteiligen sich nicht an dem Fonds. In der ersten Phase bis Ende 2016 wurde ein gemeinsamer Fondsplan aufgestellt, in dem nach einer Bewertungsmatrix verschiedene Objekte mit hohem Handlungsbedarf festgelegt wurden. Insgesamt trägt das Konzept des Immobilienfonds zur Sanierung der Ortskerne und damit zur Verbesserung der Standortbedingungen bei.

Die kommunale Zusammenarbeit zeigt sich auch im Hinblick auf die **technische Infrastruktur**. So haben die Gemeinden Röslau und Weißenstadt vereinbart in den Bereichen Abwasserentsorgung, Wasser- und Stromversorgung sowie beim Bauhof zusammenzuarbeiten. Dazu wurde das gemeinsame Kommunalunternehmen „Oberes Egertal“ mit Sitz in Weißenstadt gegründet, um die Betriebsergebnisse zu stabilisieren. Weitere kleinere kommunale Verbünde gibt es auf dem Gebiet der Schulversorgung.

Im Bereich des Klimaschutzes wurde aufbauend auf dem interkommunalen Entwicklungskonzept, das der Region ein großes Potential bei den **erneuerbaren Energien** bescheinigt, ein **interkommunales Klimaschutzkonzept** erstellt. Fünf der neun Gemeinden haben sich zu einem Verbund zusammengeschlossen, um unter Einbeziehung von aktiven Bürgern vor Ort eine detaillierte Bestandsaufnahme zu erstellen, die für die einzelnen Sparten (z.B. Windkraft, Solar, Biomasse) die Potentiale in der Region aufzeigen soll.

Mit dem Gemeinschaftsprojekt Zukunftsenergie Fichtelgebirge (ZEF GmbH) soll der Energiestandort Fichtelgebirge gefestigt werden. Die Städte Arzberg, Wunsiedel, Kirchenlamitz und die Stadtwerke Wunsiedel als Gründungsgesellschafter möchten erreichen, dass die Wertschöpfungskette vor Ort verbleibt und die Menschen im Fichtelgebirge mit regionaler und regenerativer Energie versorgt werden.

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt, der sich in den Workshops zum interkommunalen Entwicklungskonzept herauskristallisiert hat, ist der Bereich **Tourismus**. In der über Jahrzehnte durch Industrie geprägten Region wurde der Tourismusgedanke bisher stiefmütterlich behandelt. Es bestand bereits eine etablierte Dachmarke für das Fichtelgebirge, so dass das Nördliche Fichtelgebirge innerhalb dieser einen eigenen Auftritt erhalten hat. Die Stärken der Region aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten sollen durch regionale wie überregionale Werbemaßnahmen und neue Projektideen weiter entwickelt und außenwirksam dargestellt werden. Hierzu haben die Gemeinden der Region nördliches Fichtelgebirge eine gemeinsame Tourismuskordinatorin angestellt.



Bild 48: Rathaus Kirchenlamitz, © Stadt Kirchenlamitz



Bild 49: Nördliches Fichtelgebirge, Kirchenlamitz mit Winterling-Werk, © Stadt Kirchenlamitz

Neue Herausforderungen

Mit dem installierten Immobilienfonds im Rahmen des Immobilienmanagements im Nördlichen Fichtelgebirge ist ein nützliches Instrument geschaffen worden, das hinsichtlich der Leerstandsbekämpfung bereits eingesetzt wird. Auch in den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, punktuelle Leerstände in den Ortslagen, ebenso wie größere industrielle Brachflächen, wieder zu beleben sowie die Wirtschaft zu stärken und umzustrukturieren.

Fazit

Die Region „Nördliches Fichtelgebirge“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass in einer interkommunalen Zusammenarbeit **wirtschaftliche und demografische Umbrüche in einer Region gemeinsam erfolgreich bewältigt** werden können. Fördermöglichkeiten können in der Kooperation besser erzielt und genutzt werden. Wichtig für die Schaffung von Synergien im Verbund ist eine gesunde ökonomische und demographische Entwicklung aller beteiligten Gemeinden. Deswegen teilen die Bürgermeister ein gemeinsames Grundverständnis der Gleichbehandlung, wobei unterschiedliche Stärken der Kommunen akzeptiert und gefördert werden. Auch die ökologischen Belange werden im interkommunalen Entwicklungskonzept berücksichtigt. Das aufgebaute Tourismusmanagement fördert den **naturnahen Tourismus**, so dass z.B. der **Ausbau des Egerradweges auch aus naturschutzfachlicher Sicht** betrachtet wurde. Aus der interkommunalen Zusammenarbeit erwuchs auch die **Partnerschaft im Sinne des Klimaschutzes**, der mit Hilfe eines **interkommunalen Klimaschutzkonzeptes** von fünf der neun Gemeinden nun vorangetrieben wird.

Kontakt:

Thomas Schwarz
Erster Bürgermeister Stadt Kirchenlamitz
Tel.: 09285/959-0
E-Mail: stadt@kirchenlamitz.de

Büro PLANWERK - Stadtentwicklung Stadtmarketing Verkehr, GdbR
Tel.: 0911/650828-0
E-Mail: kontakt@planwerk.de

Weiterführende Informationen:

Gemeinsames Kommunalunternehmen Winterling Immobilien (2017): Neunutzung der Winterling Immobilien gemäß Masterplan. <http://gku-winterling.de/>

Stadt Kirchenlamitz (Vertreter der interkommunalen Kooperation) (2017): Die Region nördliches Fichtelgebirge. <http://www.noerdliches-fichtelgebirge.de/>

Stadt Schwarzenbach a.d. Saale (2010): u.a. Vortrag zu „Stadtumbau und Klimaschutz interkommunal: Wie funktioniert das?“. <http://www.schwarzenbach-saale.de>

Tourismuswebseite der Region Fichtelgebirge: <https://www.tz-fichtelgebirge.de/de/>

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz: Interkommunales Entwicklungskonzept (PDF Dokument). http://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/flaechensparen/bestpractice/doc/oberfranken/neu_noerdliches_fichtelgebirge.pdf

8.5 Perlesreut

Rahmendaten

Bundesland	Bayern
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	stagnierende Bevölkerung in dezentraler Lage mit Überalterungstendenzen
Einwohner (12/2017)	2.893
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	0,36
2015-2017 in %	2,88
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2017) in % (BRD = 16,1 %)	17,2
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2017) in % (BRD = 21,0 %)	19,1
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2016)	548
SVP-Entwicklung (2002-2015) in %	
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-0,07
Pendlersaldo	-574

Ausgangssituation

Die Marktgemeinde Perlesreut liegt im Osten von Bayern in der Nähe der tschechischen und österreichischen Grenze in einem eher dünn besiedelten ländlichen Kreis (Landkreis Freyung-Grafenau). Der landschaftlich reizvollen Lage im Bayrischen Wald verdankt Perlesreut das Prädikat „staatlich anerkannter Kurort“. Als nächstgelegene größere Stadt ist die Stadt Passau in etwa 35 Autominuten zu erreichen.



Bild 50: Ortsansicht Perlesreut, © Stadt Perlesreut

Die Bevölkerungsentwicklung von Perlesreut stagniert gegenwertig. Während die Zahl der älteren Menschen (60-Jährige oder Ältere) in Zukunft zunehmen wird, gehen Prognosen von einer leichten Abnahme der Gesamtbevölkerung, zu Lasten der Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen (unter 18 Jahren) und der Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren, aus. Für den gesamten Landkreis-Freyung-Grafenau wird ein Bevölkerungsrückgang zwischen 2,5 und 7,5 % (2034 gegenüber 2014) vorausgerechnet.

Um den Herausforderungen der prognostizierten demografischen Entwicklungen zu begegnen, hat der Ort eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, die auf die Sicherung der Daseinsvorsorge in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Soziales und Baugestaltung abzielen. Allen Maßnahmen gemein ist, dass sie auf dem Fundament einer engagierten Dorfgemeinschaft entstanden sind. Der Zusammenhalt und das Engagement der Dorfgemeinschaft basieren auf einer Tradition zu genossenschaftlichem Handeln. So bildeten z.B. bereits 1923 knapp 100 Landwirte die noch heute bestehende Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft (EVG) Perlesreut.

Für das Engagement der Dorfgemeinschaft wurde der Markt Perlesreut im Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ im Jahre 2016 mit Gold ausgezeichnet. Für ihre herausragenden Aktivitäten zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels hat die Marktgemeinde Perlesreut darüber hinaus den „Sonderpreis Demografie“ erhalten. Seit 2015 ist Perlesreut Teil der Ökomodellregion Ilzer Land.

Prozessablauf/Steuerung

Ziel der Marktgemeinde Perlesreut ist die Sicherung der Daseinsvorsorge durch eine nachhaltige und gemeinschaftlich organisierte Neu- bzw. Umgestaltung in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Soziales und Baugestaltung. Der Prozess der Neu- und Umgestaltung wird durch verschiedene kommunale und interkommunale Projekte getragen. Die Projekte sind zehn Handlungsfeldern (z.B. Innenentwicklung, Einzelhandel, Senioren) zugeordnet, die im Rahmen eines interkommunalen und interdisziplinär ausgerichteten städtebaulichen Entwicklungskonzepts bestimmt wurden.

Die Demografie orientierte Ortsentwicklung in Perlesreut profitiert maßgeblich vom Engagement der Bürger und von innovativen Akteurskonstellationen. So haben sich zahlreiche Netzwerke wie „Bündnis Familie Perlesreut“, „Gemeindeentwicklung Perlesreut gestalten e.V.“ oder die bereits erwähnte „Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft (EVG)“ innerhalb des Ortes gebildet. Für die Begleitung und Steuerung der örtlichen Projekte sind neben dem Bürgermeister zwei Mitarbeiter der Verwaltung zuständig. Diese werden nach Bedarf durch projektbezogene Mitarbeiter mit Werksverträgen unterstützt. Die interkommunalen Projekte werden durch den „Verein Ilzer Land“ (Zusammenschluss von zwölf Gemeinden, mit insgesamt sechs Mitarbeitern) gesteuert.

Die Bemühungen der Marktgemeinde Perlesreut beruhen auf einem interkommunal abgestimmten und ergebnisorientierten Handlungsansatz, der im Rahmen des überörtlichen Entwicklungskonzepts festgeschrieben wurde. Die Erarbeitung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts wurde durch Mittel der Dorferneuerung und der Städtebauförderung unterstützt.

Die Finanzierung der Projekte läuft über unterschiedliche Stellen. Mittelgeber sind u.a. das Land Bayern (Förderprogramm für private Hausbesitzer & Projekt Ökomodellregion), das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ durch Bund und Länder und der Entschädigungsfonds Bayern (Sanierung Marktplatz) und das europäische Förderprogramm LEADER (Interkommunales Entwicklungskonzept Ilzer Land). Weitere Projekte werden durch die Marktgemeinde Perlesreut sowie mit Hilfe der lokalen/regionalen Vereine und Verbände sowie der Investitionsbereitschaft seitens der Bürger realisiert.

Relevante Themenfelder

Siedlungsentwicklung: Durch eine, über den Verein Ilzer Land e.V. organisierte Online-Immobilienbörse wird ein aktives Leerstandsmanagement betrieben, um den Verkauf bzw. die Vermietung von Objekten im Ilzer Land zu vereinfachen. Durch die Vermeidung von Leerständen wird die Attraktivität des Ortsbildes gewahrt und die Inanspruchnahme von Flächen für die Neuentwicklung von Wohngebieten kann verringert werden. Über dies kann das Leerlaufen und die mangelnde Auslastung der sozialen und technischen Infrastruktur in den gewachsenen Ortsteilen vermieden werden.

Unterstützt durch die Städtebauförderung der Regierung von Niederbayern und dem Amt für Ländliche Entwicklung in Niederbayern hat die Marktgemeinde Perlesreut, zusammen mit weiteren Kommunen des Ilzer Landes ein **Förderprogramm zur Beseitigung von Leerständen** in den Ortszentren aufgestellt. Förderungsfähig sind hierbei alle Umbau- und Anbaumaßnahmen, die der Beseitigung und Vermeidung von Leerständen sowie der Etablierung von neuen Geschäfts-, Dienstleistungs- und Gastronomieflächen dienen. Die Marktgemeinde Perlesreut betreibt darüber hinaus ein sogenanntes Fassadenprogramm, das Hauseigentümer in den Ortskernen bei gestalterischen Maßnahmen mit Außenwirkung finanziell unterstützt.

Im Zusammenhang mit der Sanierung des Marktplatzes in Perlesreut (Handlungsfeld „Innenentwicklung“ unterstützt durch Städtebauförderungsmittel) wurde 2015 die „Bauhütte Ilzer Land“ in einem denkmalgeschützten und zuvor leerstehenden Gebäude am Marktplatz in Perlesreut eröffnet. Die Bauhütte dient als zentrales Informations- und Begegnungszentrum für die Bürger der Marktgemeinde Perlesreut und die Bürger der übrigen Ilzer Land Gemeinden und gilt als Leuchtturmprojekt für die Innenentwicklung.



Bild 51: Informations- und Begegnungszentrum „Bauhütte“, © Stadt Perlesreut, Fotografin Marianne Lechner

Durch ein gutes und zentral organisiertes Betreuungsangebot im „Haus der Kinder“ soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die ortsansässige Bevölkerung gewährleistet werden. Das „Haus der Kinder“ beherbergt von der Eltern-Kind-Gruppe über den Kindergarten mit Vorschulangebot sowie einem Waldkindergarten, ebenfalls die örtliche Grund- und Mittelschule mit Ganztagsbetreuung.

Durch den zentralen Standort können Fahrwege innerhalb des Ortes reduziert werden. Gerade für Eltern die außerhalb von Perlesreut arbeiten, ist das „Haus der Kinder“ eine wichtige Anlaufstelle, weil die Kinderbetreuung nun mit kurzen Wegen verbunden ist.



Bild 52: „Haus der Kinder“, © Stadt Perlesreut, Fotografin Marianne Lechner

Energie: Die Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft (EVG) Perlesreut erzeugt ihre Energie vollständig aus regionalen regenerativen Quellen. Laut eigener Aussage beliefert die EVG derzeit 2.400 Kunden. Das Stromnetz der EVG umfasst ein Versorgungsgebiet von 50 km² in den Gemeinden Perlesreut, Ringelai, Fürsteneck und Grafenau.

Die Marktgemeinde Perlesreut bewirbt aktiv (z.B. auf ihrer Homepage) das bayerische Förderprogramm für private Hausbesitzer, mit dem energetische Sanierungen durchgeführt werden können. Dies dient der Energieeinsparung im Wohnbereich und der Verbesserung der Bausubstanz.

Auf interkommunaler Ebene wurde außerdem als zentrales Instrument zur Gestaltung der Energiewende ein Energienutzungskonzept entwickelt. Das Konzept bezieht sich zunächst nur auf die kommunalen Liegenschaften und enthält einen Katalog mit Maßnahmen für die nachhaltige Energienutzung.

Mobilität: Der Nahverkehr wurde mithilfe eines Linienbündelungskonzeptes umstrukturiert. Konkret bedeutet dies, dass die Schulbuslinien für „Jedermann“ freigegeben wurden. Ohne die Einführung neuer Buslinien konnte so die Erschließung und Auslastung des ÖPNVs verbessert werden. Zur Bedarfsdeckung an Wochenenden und Feiertagen sollen Rufbusse eingesetzt werden. Ferner sollen preislich günstigere Monats- und Jahrestickets eingeführt werden, um die Attraktivität und damit die Auslastung des ÖPNVs zu erhöhen. Die Maßnahmen im Bereich Mobilität beruhen auf dem interkommunalen „Mobilitätskonzept Ilzer Land Ost“.

Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT): Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern (Breitbandinitiative Bayern) führt die Gemeinde Perlesreut zusammen mit der Deutschen Telekom die Breitbanderschließung der Gemeinde durch.

Ländliche Entwicklung: Darüber hinaus findet eine überörtliche Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden durch den Verein „Ilzer Land e.V.“ und die Teilnahme am Projekt Ökomodellregion „Ilzer Land“ statt. Das Projekt hat die Stärkung der ökologischen Landwirtschaft in der Region zum Ziel. Hierzu werden ökologisch wirtschaftende Erzeuger gefördert und umstellende Landwirte bei der Zertifizierung zum ökologischen Betrieb begleitet. Darüber hinaus steht die regionale Vernetzung und Zusammenarbeit der Landwirte im Vordergrund. Begleitet werden diese Projekte durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit sowie durch entsprechende Bildungsprojekte.

Neue Herausforderungen

Eine zentrale Herausforderung für die Marktgemeinde Perlesreut besteht darin, die aktuell stabile Bevölkerungsentwicklung und das Engagement der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Damit können die zahlreichen kommunalen und interkommunalen Projekte weiterhin ausgeführt werden.

Weiter fehlen in Perlesreut, wie in vielen anderen ländlich geprägten Kommunen, alternative Wohnraumangebote, die den veränderten Wohnbedürfnissen Rechnung tragen. Der Markt Perlesreut möchte die eigenverantwortliche Entwicklung eines ländlichen Miet- und Eigentumswohnprojektes im Marktgebiet fördern und unterstützen. Aktuell fehlt häufig geeigneter attraktiver Wohnraum abseits des Einfamilienhausmodells für die steigende Zahl an Haushalten, für die das Einfamilienhaus nicht die ideale Wohnform darstellt. Junge Paare, Singles, Alleinerziehende und Personen mit besonderen Wohnbedürfnissen stellen schon bald drei Viertel der Haushalte.

Fazit

Der Erfolg der Marktgemeinde Perlesreut im Umgang mit dem Demografischen Wandel basiert auf dem Engagement und der Eigeninitiative der Bürgerschaft. Durch die aktive Mitwirkung der Bürger, über alle Generationen hinweg, werden der Zusammenhalt und die Identifizierung mit dem Ort gestärkt. Eine offene Kommunikation und attraktives kulturelles und soziales Angebot beleben das Dorfleben. Gemeinsames Ziel aller Bemühungen ist es, die Attraktivität der Marktgemeinde sowie die Lebensbedingungen der ortsansässigen Bevölkerung zu erhöhen. Hierdurch sollen Abwanderungsbewegungen in die Ballungszentren vermieden werden und Menschen zum Zuzug in die Marktgemeinde motiviert werden, um die **Auswirkungen des Demografischen Wandels abzumildern**.

Durch den Breitbandausbau soll die Standortqualität für Bewohner, aber auch für Gewerbetreibende in Perlesreut verbessert werden. Daneben wird durch das Leerstandsmanagement die Attraktivität der Bausubstanz bzw. des Ortsbildes erhöht. Gleichzeitig wird durch das aktive Bewerben von Landesfördermitteln für private, energetische Sanierungen eine Verbesserung der örtlichen Bausubstanz und **Verringerung** des Energieverbrauchs vorbereitet.

Die Übertragbarkeit der kommunalen Projekte und Prozesse auf andere Kommunen ist durchaus möglich, hängt jedoch stark vom Engagement der jeweilig ortsansässigen Bevölkerung ab.

Kontakt:

Manfred Eibl
Bürgermeister Verwaltungsgemeinschaft Perlesreut
Tel.: 08555/961913
E-Mail: Manfred.Eibl@perlesreut.de

Weiterführende Informationen:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2017): Gute Praxis in Deutschland: Demografie-Gemeinde Perlesreut. https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Demografiegemeinde_Perlesreut.html

Marktgemeinde Perlesreut (2017): Perlesreut - Leben im Ilzer Land.
<http://www.perlesreut.de/>

8.6 Teuschnitz/ARGE Rennsteig

Rahmendaten

Bundesland	Bayern	
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	Teuschnitz	ARGE Rennsteig
Einwohner (12/2015)	2.020	ca. 12.000
Einwohnerentwicklung	rückläufig	rückläufig
2011-2013 in %	-1,67	
2013-2015 in %	-1,80	
Altersstruktur		
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	13,1	Trend zur Überalterung
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	23,2	
Wirtschaftsstruktur		
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	357	ca. 5.000
Pendlersaldo	negativ	ausgeglichen

Ausgangssituation

Die Arnikastadt Teuschnitz, die Stadt Ludwigsstadt sowie die Gemeinden Reichenbach, Steinbach am Wald und Markt Tettau (insgesamt circa 12.000 Einwohner, Landkreis Kronach) liegen in Oberfranken in Nordbayern (Landkreis Kronach) an der Grenze zu Thüringen und bilden gemeinsam die interkommunale Kooperation "ARGE Rennsteig".

Diese wurde 1989 durch die Bürgermeister der Kommunen gegründet und 2004 mit einer Kooperationsvereinbarung gestärkt. Anlass dieser Kooperation und insbesondere der formellen Institutionalisierung waren der demografische Wandel sowie ein wirtschaftlicher Strukturwandel. Seit Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre kam es in der Region zu starken strukturellen Umbrüchen und einem stetigen Bevölkerungsverlust, der sich weiter fortsetzte. Zwischen 2011 und 2014 betrug der Rückgang der Einwohnerzahlen in den Gemeinden im Durchschnitt ca. 3,8 %.

Dieser starke Arbeitsplatz- und Einwohnerrückgang stellt die Kommunen der Rennsteigregion vor große Herausforderungen, wenngleich sich innerhalb des Kooperationsraumes und kleinräumig betrachtet die Problematik differenzierter darstellt. So verzeichnen einige Gemeinden eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Andere Gemeinden müssen weiterhin mit großen strukturellen Problemen und einer angespannten kommunalen Haushaltslage umgehen. Da die Region als Reiseziel während der 1990er Jahre weniger nachgefragt wurde und besonders die Tourismusbranche Einbußen zu verzeichnen hatte, liegt der Schwerpunkt der Kooperation auf der Tourismusförderung, um die Bedeutung des Tourismus für die Region wieder zu stärken. Für eine wirtschaftlich-touristische Profilierung und die Herausbildung einer gemeinsamen Identität werden z.B. gemeinsame Veranstaltungen wie die Rennsteig-Messe durchgeführt. Darüber hinaus wurde auf Anregung des Landkreises und mit Unterstützung der Regierung von Oberfranken eine interkommunale Entwicklungsstrategie, das integrierte Entwicklungskonzept, erstellt.

Das Besondere an diesem zunächst planerischen Konzept ist die konsequente Umsetzung einzelner Maßnahmen auf kommunaler Ebene, die zuvor im interkommunalen Entwicklungskonzept formuliert wurden. Dabei haben die beteiligten Städte durch eigene Leitbilder auch räumliche Themenschwerpunkte gesetzt. Dieses gemeindeübergreifende Entwicklungskonzept stellt die Grundlage für zukünftige Planungen in der Rennsteig-Region dar und verteilt somit auch die funktionalen Aufgaben. Diese Aufgabenverteilung entsprechend der lokalen Prägungen und Qualitäten der Orte und der Landschaft soll verhindern, dass eine Doppelung von Angeboten und somit unnötige Konkurrenz entsteht. So konzentriert sich der Markt Tettau mit dem Leitbild Industriekultur und Veranstaltung u.a. auf die Sanierung der Festhalle. Zudem sollen bereits erfolgreiche Lichtkunst-Events verstetigt und institutionalisiert werden. Die Schwerpunkte der anderen Städte sind Versorgung und Wohnen (Ludwigstadt), Ökologie und Ökonomie (Steinbach am Wald), Sport und Erlebnis (Reichenbach) sowie Gesundheit und Natur (Teuschnitz).

Die fünfte Stadt im Rahmen dieser Kooperation, die Arnikastadt Teuschnitz, mit dem Leitbild Gesundheit und Natur, ist mit knapp 2000 Einwohnern eine kleine, sehr alte Stadt im ländlichen Raum. Entsprechend dem Leitbild Gesundheit und Natur werden mit dem Thema Arnika die Potenziale der biologischen Vielfalt in der umgebenden Landschaft in Wert gesetzt, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Zudem legt die Stadt Wert darauf, die Gebäudesubstanz aufzuwerten und Leerstände zu vermeiden. Die Kommune sanierte z.B. mit einer kirchlichen Stiftung als Investor und der Caritas als Betreiber ein altes Gebäude für das Projekt „in der Heimat Wohnen“. In diesem betreuten aber auf Selbstständigkeit ausgerichteten Wohnangebot für Ältere wird gewährleistet, dass sich die Bewohner mit der Unterstützung durch ein Quartiersmanagement in dem kleinen Ort autark versorgen können.

Prozessablauf/Steuerung

Die Ursprünge der ARGE Rennsteig reichen bis zum Ende der 1980er Jahre zurück. Anfang der 2000er wurde die vorher eher lose Zusammenarbeit intensiviert und durch den Kooperationsvertrag 2004 verfestigt. Gemäß dieser Vereinbarung wechseln sich die Bürgermeister mit dem Vorsitz der ARGE Rennsteig alle zwei Jahre ab. Das erste gemeinsame Projekt war die mit bürgerschaftlicher Unterstützung der regionalen Wirtschaft finanzierte Studie „Tourismus schafft Zukunft“, zwischen den Jahren 2005 und 2007. Diese Kooperation ermöglichte in der Folge auch die Einwerbung von Fördermitteln des Städtebauförderprogramms "Kleinere Städte und Gemeinden" für die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes. Initiiert wurde die Kooperation vom Regionalmanagement des Landkreises Kronach.

Das interkommunale Entwicklungskonzept Rennsteig Region wurde von den Städten bzw. Gemeinden Ludwigstadt, Reichenbach, Steinbach a. Wald, Tettau und Teuschnitz zusammen erarbeitet. Dieser interkommunale Prozess über alle kommunalen Arbeitsebenen umfasste auch eine breite Bürgerbeteiligung. Bis zu 150 Bürger aus allen Kommunen engagierten sich in Arbeitskreisen und entwickelten Ziele und Teilprojekte. Die Koordination der Projektwerkstätten und Fachgespräche erfolgte durch eine interkommunale Lenkungsgruppe.

Die Maßnahmen im regionalen Entwicklungskonzept (REK) gliedern sich in die Strategiekonzepte, Wohnen, Arbeiten, Tourismus, Energie, sowie Versorgung und Infrastruktur. Bereits in dieser frühen Konzeptphase wurden erste Kostenschätzungen vorgenommen und Finanzierungsquellen identifiziert.

Mit diesem Maßnahmenkatalog versuchen die beteiligten Städte und Gemeinden die Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv zu gestalten. Um Ziele des regionalen Entwicklungskonzeptes zu erreichen, werden projektbezogen verschiedene Wege der Finanzierung (z.B. Städtebauförderung, EU-Mittel, Landesprogramme sowie Gelder von Stiftungen) beschritten.

Da Teuschnitz als Kommune mit einem Haushaltssicherungskonzept nur über sehr geringe freie Mittel verfügt, ist die Kofinanzierung immer mit der Aufsichtsbehörde abzustimmen. Die planvolle Abstimmung der Maßnahmen im Regionalen Entwicklungskonzept ermöglicht regelmäßig die Zustimmung. Die Projekte, insbesondere der Betrieb müssen sich nach der Anfangsförderung selbstständig tragen. Dies wird vor der Realisierung intensiv geprüft. Eine Abschätzung des Mittelvolumens wurde bereits im REK vorgenommen. Gleichwohl ist eine Förderung erforderlich.

In Teuschnitz, wie auch in Ludwigsstadt, Reichenbach und Tettau wurden daher Sanierungsgebiete festgelegt, die die Umsetzung baulicher Maßnahmen ermöglichen. Die Voruntersuchung nach §142 BauGB wurde bereits durchgeführt. Es wurden Stadtumbaumanagements eingerichtet, welche den jeweiligen Stadtumbau koordinieren und begleiten. An der Gestaltung des Stadtumbaus in Teuschnitz beteiligt sich zudem der Arnika Verein als Netzwerk lokaler Akteure.

Relevante Themenfelder

Nachhaltige Anpassung der Siedlungsstruktur

Die Anpassungsmaßnahmen konzentrieren sich vor allem auf den Gebäudebestand und die Ortszentren in fast allen an der ARGE Rennsteig beteiligten Städten und Gemeinden. Im Vordergrund steht die Revitalisierung leerstehender Gebäude mit neuen Funktionen. Ziel ist es, die Gebäudesubstanz von Leerständen zu befreien und auch das Umfeld durch öffentliche Investitionen aufzuwerten. Weiterhin werden auch Private bei Investitionen in die Bausubstanz unterstützt. Um Investitionen in die Innenentwicklung zu fördern und die Maßnahmen zu koordinieren wurde in Teuschnitz und Ludwigsstadt ein Stadtumbau- und Leerstandsmanagement etabliert.

Besonders erfolgreiche Beispiele sind der Umbau eines ungenutzten Wohnhauses für selbstbestimmtes Wohnen im Rahmen der Initiative "In der Heimat Wohnen" in Teuschnitz oder die 2016 begonnene Revitalisierung der Jahns-Bräu-Brache zu einem Handwerkerhaus als Freizeit- und Erlebnisstandort in Ludwigsstadt.

Die Folgen des demografischen Wandels, wie die Schließung der Hauptschule in Teuschnitz lösten eine spezielle Dynamik der Nachnutzung aus. Während die Grundschule in das Gebäude der Hauptschule umziehen konnte, wurde in den Räumen der leerstehenden Grundschule die **Arnika-Akademie in Teuschnitz** eröffnet. Mit Seminaren zur Heilkräuterkunde und der Herstellung von Naturprodukten entstand hier wieder eine sinnvolle Nutzung des alten Gebäudebestands. Das daran anschließende aufgelassene Schulsportgelände wurde 2015 zu einem Kräuter-, Lehr- und Schaugarten umgestaltet. Dieser Garten ermöglicht es, die Heilpflanzen zu ernten, was in der als Naturschutzgebiet ausgewiesenen Teuschnitzau nicht möglich ist, bzw. nur mit einer Sondergenehmigung der Regierung von Oberfranken zur Arnikaentnahme möglich ist. Um diese Projekte städtebaulich besser einzubinden wurde 2016 ein Wettbewerb zur Neugestaltung der Stadtmitte von Teuschnitz durchgeführt, ebenfalls ein Projekt, das im Entwicklungskonzept bereits enthalten war.



Bild 53: Kräutergarten Teuschnitz, © Stadt Teuschnitz

In Ludwigsstadt und Tettau wurden zur Schaffung neuer Wohnangebote für Jung und Alt brachliegende Grundstücke freigelegt. Schließlich gilt es, die Attraktivität des öffentlichen Raumes in den Städten und Gemeinden weiter zu entwickeln. Weitere Vorhaben sind die Umnutzung einer alten Porzellanfabrik in Tettau zu einer Designschule für Glas und Keramik. In Zusammenarbeit mit der Hochschule Coburg (FH) soll hier ein neues Studienangebot entstehen.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Die Kommunen der ARGE Rennsteig intensivieren derzeit den Breitbandausbau. Hierbei hilft die Richtlinie zur Förderung des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern. Insbesondere aufgrund des ländlichen Umfelds könnte dieser Ausbau einen wichtigen Standortfaktor bilden, der dabei hilft, Menschen im Ort zu halten. Der Fortschritt erfolgt, wie in Teuschnitz, straßenabschnittsweise.

Verkehr

Der Ausbau des ÖPNV zur Sicherstellung der Mobilität insbesondere älterer Menschen wird angestrebt, hierbei sollen vor allem Bürgerbusse bzw. Bürgertaxen eine Rolle spielen. Auch in diesem Bereich ist es wichtig interkommunal zu denken, um die Qualität des öffentlichen Verkehrs in der Region anzuheben. Aus Effizienzgründen ist das Busnetz auf den Schülerverkehr ausgerichtet. Die meisten Busverbindungen laufen sternförmig auf die Kreisstadt Kronach zu. Dies hat zur Folge, dass es nur schlechte oder gar keine Verbindungen zwischen den einzelnen Rennsteig-Gemeinden gibt. Die Stadt Teuschnitz und die Gemeinde Tschirn bieten zur Kompensation von Angebotslücken einen Bürgerbus im Stadtgebiet an, der insbesondere von älteren Bürgern gerne angenommen wird, um Einkäufe, Arztbesuche, Bankgeschäfte usw. im Hauptort zu erledigen. Auch Kindergartenkinder werden täglich von Tschirn nach Teuschnitz gefahren. Während die Fahrzeuge mit Werbeunterstützung von der Kommune angeschafft wurden übernehmen Bürgerinnen und Bürger den Betrieb. Neben dieser lokalen Eigeninitiative ist vorgesehen auf der Ebene des Kreises ein flexibles Rufbus-Konzept einzuführen. Problematisch gestaltet sich aber derzeit die Ausschreibung, da die Busunternehmen noch sehr zurückhaltend auf das innovative Angebot reagieren, das aufgrund der mangelnden Erfahrung auch betriebswirtschaftliche Risiken birgt.

Energie

Die Idee des Entwicklungskonzeptes, interkommunale Hackschnitzelwerke und ein Nahwärmenetz als regenerative und dezentrale Energiequelle einzurichten, lässt sich nicht umsetzen. Viele Haushalte haben aufgrund eigener Waldanteile, bereits die Möglichkeit sich mit Holz zu versorgen und setzen auf individuelle Lösungen. Die für einen wirtschaftlichen Betrieb des Nahwärmenetzes notwendigen Anschlussgrade können daher nicht erreicht werden.

Dafür konnte ein anderes innovatives energetisches Projekt in Tettau umgesetzt werden: Die Abwärme der Glasindustrie wird für ein Tropenhaus genutzt. In diesem Gewächshaus wird in Zusammenarbeit mit der Universität Bayreuth an Aquakulturen für die Fischzucht und dem Anbau tropischer Früchte geforscht. In diesem mit EU-Förderung umgesetzten Projekt, das gemeinschaftlich von Landkreis, Gemeinden, Unternehmen und Unterstützern der Region getragen wird, zeigt, dass innovative Projekte im ländlichen Raum gelingen können. Es ist auch deshalb als gutes Beispiel zu sehen, weil hier das Leitbild Industriekultur und Veranstaltung fortschrittlich und flexibel umgesetzt wurde.

Wasser, Abwasser und Abfallwirtschaft

Die klassischen technischen Infrastrukturen sind im Rahmen des Entwicklungskonzeptes nicht explizit adressiert worden. Vielmehr sind sie routinemäßig im Verwaltungsalltag der beteiligten Kommunen etabliert. Die Wasserversorgung ist kommunal organisiert. Änderungen und Anpassungen der Wasserversorgung werden planmäßig und nach Bedarf (z.B. nach einem Rohrbruch) durchgeführt. Da es bei einer dezentralen Wasserversorgung mittels Flachbrunnen im Ludwigstädter Weiler Spitzberg Probleme bei der Wasserqualität gab, wurde die Versorgung von drei Anwesen über eine Fernleitung an einen Hochbehälter realisiert. Eine Sanierung bzw. Ertüchtigung des Brunnens wurde aus wirtschaftlichen Gründen verworfen. Fördermittel stehen für diese Maßnahmen nicht zur Verfügung. Kanäle werden im Zuge des Straßenbaus erneuert und über eine Ausbaubeitragssatzung nach Kommunalabgabengesetz (KAG) finanziert. Der Ausbau der Straßen wird in Teuschnitz mit den Bürgern jeweils intensiv abgestimmt und auf individuelle Wünsche, z.B. bei der Bepflanzung von Grünstreifen und Baumscheiben, Rücksicht genommen. Auf diese Weise akzeptieren die Bürger den Ausbau und tragen die Kosten mit.

Die Abfallwirtschaft wird für die Gemeinden der ARGE Rennsteig über den Landkreis Kronach betrieben. Diese Struktur etablierte sich aufgrund der ländlichen dünn besiedelten Region und für die Auslastung der Betriebe.

Fazit und neue Herausforderungen

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation ist es dauerhaft von Bedeutung, die angestoßenen Projekte auf ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit zu testen. In vielen Fällen wie dem Bürgerbus hilft zwar ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Für eine flächendeckende Versorgung mit Rufbussen scheint es aber derzeit noch keine finanzielle Basis zu geben.

Synergien zum Umwelt-, Klima- und Naturschutz sind insbesondere in den Projekten rund um die Vermarktung der Arnikapflanze zu sehen. Dadurch wird ein Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und der Kulturlandschaft erbracht. Auch das Tropenhausprojekt in Tettau hat einen Naturbezug.

Der **strategische Ansatz zur Bewältigung und Abmilderung der Folgen des demografischen Wandels** der Arge Rennsteig basiert auf einer planvollen aktiven und dabei interkommunal arbeitsteiligen Regionalentwicklung. Es gelang lokale Schwerpunkte und Leitbilder herauszuarbeiten und sich auf die Entwicklung und Ausnutzung der vorhandenen Potenziale der Region zu besinnen. Insbesondere das Ziel über eine Funktionsaufteilung kostenintensiver Doppelstrukturen Konkurrenzen zu vermeiden ist eine zukunftsorientierte Handlungsmaxime vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Die innovativen Ideen und Konzepte werden in den Kommunen mit einer klassischen baulichen Sanierung verbunden. Die Aufwertung vorhandener Gebäudesubstanz, die Freilegung nicht mehr nutzbarer Brachen für neuen Wohnraum und die Revitalisierung leerstehender Gebäude, fußen auf wirtschaftlich tragfähigen Konzepten. Erkennbar unwirtschaftliche Projekte, wie ein interkommunales Nahwärmenetz wurden verworfen. Für viele Maßnahmen ist eine öffentliche Anschubfinanzierung und Förderung erforderlich. Dies gilt auch für den Breitbandausbau. Jedoch ist dies eine Zukunftsinvestition, um die Standortbedingungen für den Tourismus und die Unternehmen zu verbessern und die Lebensqualität und Attraktivität der Region für die Bewohner zu erhöhen. Hervorzuheben ist die umfangreiche Kommunikations- und Beteiligungskultur, die sich durch den Planungsprozess in der Region entwickelt hat. Wenngleich nicht alle technischen Infrastrukturen einen dringenden Handlungsbedarf aufweisen, ist die Region durch die gute Kommunikation und institutionalisierten Governance-Strukturen gut darauf vorbereitet in der Zukunft richtige Entscheidungen für notwendige Anpassungsmaßnahmen zu treffen.

Kontakt:

Gabriele Weber
Erste Bürgermeisterin Stadt Teuschnitz
Tel.: 09268/97221
E-Mail: gabi.weber@vgem-teuschnitz.de

Willi Fehn
Regionalmanager Landkreis Kronach
Tel.: 09261/678-223
willi.fehn@lra-kc.bayern.de

Weiterführende Informationen:

Schirmer Architekten und Stadtplaner (2011): Interkommunales Entwicklungskonzept. Rennsteig Region (PDF Dokument). http://teuschnitz.de/fileadmin/user_upload/120731_REN_Abschlussbericht.pdf

InFranken (o.J.): Teuschnitz will schnelles Internet. <https://www.infranken.de/regional/kronach/Teuschnitz-will-schnelles-Internet;art219,1005387>

Markt Tettau (o.J.): Das Tropenhaus Klein Eden. <http://www.tettau.de/BildungundEinrichtungen/TropenhausKleinEden.aspx>

Merkur (2015): Mit Arnika gegen Bevölkerungsschwund. <https://www.merkur.de/bayern/oberfranken-arnika-gegen-bevoelkerungsschwund-5093996.html>

Regionalmanagement Landkreis Kronach (2017): Arnikastadt Teuschnitz. <http://www.regionalmanagement-landkreiskronach.de/projekt/arnikastadt-teuschnitz/>

Stadt Ludwigstadt (2016): Das Erreichte. Bericht zur Bürgerversammlung 9.11.2016 (PDF Dokument). http://www.ludwigsstadt.de/upload/Allgemein/Broschuere_das_Erreichte_2016_A4_Web.pdf

Stadt Teuschnitz (2015): ARNIKA Blättla (Dezember 2015) (PDF Dokument). http://teuschnitz.de/fileadmin/user_upload/Arnikablaettla_12-2015.pdf

8.7 Werra-Meißner-Kreis

Rahmendaten

Bundesland	Hessen
Bevölkerungsentwicklung und -struktur	aktuell leichtes Bevölkerungswachstum
Einwohner (12/2015)	100.206 (2014)
Einwohnerentwicklung	
2011-2013 in %	-1,5
2013-2015 in %	0,4
Altersstruktur	
Anteil Einwohner unter 18 Jahre (2014) in % (BRD = 16,1 %)	14,6
Anteil Einwohner 65 Jahre und älter (2014) in % (BRD = 21,0 %)	25,2
Wirtschaftsstruktur	
Beschäftigte am Arbeitsort (SVP/2015)	27.594
SVP-Entwicklung (2013-2015) in %	-0,01
Pendlersaldo	-7.100

Ausgangssituation

Der Werra-Meißner-Kreis ist ein ländlich geprägter Kreis in Hessen, der durch die Folgen des demografischen Wandels vor große Herausforderungen gestellt wird. Schon seit Mitte der 1990er Jahre verzeichnet der Kreis hohe Bevölkerungsverluste. Für die ansonsten vorherrschenden Bevölkerungsverluste ist neben einer abnehmenden Zuwanderungsrate auch eine niedrige Geburtenrate verantwortlich. Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich auf Kreisebene, dass gerade die Zahl der unter 65-Jährigen, speziell die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, abnimmt, während die Zahl der über 65-Jährigen zunimmt. Entsprechend der Prognosen wird die Bevölkerungszahl bis 2034 um bis zu 20 % zurückgehen.

Eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene zeigt hingegen kleinräumige Unterschiede. Während die Bevölkerungsentwicklung in den meisten Gemeinden in den nächsten Jahren stagnieren bzw. negativ verlaufen wird, gibt es auch Gemeinden, mit einem anhaltenden Bevölkerungswachstum. Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Herleshausen, deren Bevölkerungsentwicklung entsprechend der Prognosen noch bis mindestens 2019 positiv verlaufen wird. Gründe hierfür sind vor allem die Nähe zur Autobahn A4 und die gute Anbindung an die Städte Eisenach und Erfurt.

Zur Begegnung der Herausforderungen des demografischen Wandels hat der Werra-Meißner-Kreis, im Zuge des Modellvorhabens „Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft“, einen Masterplan aufgestellt („Masterplan Daseinsvorsorge“). Ziel des Masterplans war einerseits die systematischen Erarbeitung und Festlegung von kleinräumig wirksamen Anpassungsstrategien an die Folgen des demografischen Wandels und andererseits die Vorbereitung, Umsetzung und Begleitung verschiedener Projekte. Insgesamt wurden im Rahmen des Masterplan 20 konkrete Projekte zum Thema „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ (ExWoSt-Programm) sowie zum Thema „Wachstum und Innovation“ (Modellvorhaben der Raumordnung) realisiert.

Prozessablauf & Steuerung

Die Erarbeitung der Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel erfolgte mit Hilfe von drei **Arbeitsgruppen** („AG Soziale Infrastrukturen“, „AG Kultur und Bildung“ und „AG Energie, Siedlungsflächen und Erreichbarkeit“).

Die Arbeitsgruppen beschäftigten sich insgesamt mit acht Handlungsfeldern aus dem Bereich der Daseinsvorsorge und setzten sich jeweils aus einem breiten Spektrum an Personen des öffentlichen und privaten Lebens zusammen. Insgesamt wirkten zwischen 80 und 200 Personen regelmäßig bei der Bearbeitung des Masterplans mit. Die Leitung der Arbeitsgruppen erfolgte durch je eine Fachvertreterin aus der Kreisverwaltung. Zudem wurden alle Arbeitsgruppen (AGs) durch ein **externes Fachbüro** für Datenanalysen und Datenaufbereitung, durch einen externen **Moderator** sowie durch eine studentische Arbeitsgruppe der Universität Kassel unterstützt. Der **Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.** (LAG) bildete die Schnittstelle zwischen öffentlichen und privaten Akteuren und band diese in die Strategiearbeit der AGs ein. Eine Übersicht über die Arbeitsgruppen und die o.g. Projekte enthält Abbildung 45.

Der Arbeitsprozess der AGs wurde durch eine **zentrale Lenkungsgruppe** gesteuert. Diese besteht nach wie vor und wird vom Landrat geleitet. Im Masterplanprozess fungierte die Lenkungsgruppe als zentrales Entscheidungsgremium und beschied über die aus dem Masterplan heraus umzusetzenden Projekte. Die Lenkungsgruppe ist daher auch für die Begleitung und Überprüfung der Zielerreichung der Projekte zuständig.

Das Vorgehen der drei **Arbeitsgruppen (Masterplanprozess)** folgte einer weitestgehend einheitlichen Grundstruktur. Diese Struktur wurde im Vorhinein von der genannten Lenkungsgruppe entwickelt und schließt an den Arbeitsprozess für die Bewerbung zum Modellvorhaben „Region schafft Zukunft. Alte Länder“ (Vorprozess) an.

Arbeitsgrundlage für alle AGs bildeten eine **kleinräumige Bevölkerungsprognose** (bis 2034) sowie Modellrechnungen zu den Themen Kinderbetreuung, Senioren, Hausärzte, Nahversorgung, Schulen und Erreichbarkeiten, aus denen wiederum fachspezifische Fragestellungen abgeleitet werden konnten. Die kleinräumige Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung war auf Grund der differenzierten demographischen Situation in den einzelnen Gemeinden im Kreis unumgänglich. Die Arbeit innerhalb der AG „Siedlungsflächen, Energie und Erreichbarkeit“ wurde zusätzlich durch **qualitative Bearbeitungsansätze ergänzt**. So wurden zum Themenbereich „Siedlungsflächen“ z.B. vorhandene Best-Practice Beispiele zur Innenentwicklung sowie Ergebnisse aus verschiedenen Befragungen zum Nachfrageverhalten und zur Wohnqualität analysiert. Zum Thema „Energie“ konnte ebenfalls auf bereits bestehendes Material zurückgegriffen werden (u.a. Studien und Projekte zur Nutzung von erneuerbarer Energien im Kreis).

Das Vorgehen der Arbeitsgruppen zur Identifizierung von wichtigen Handlungsfeldern und der daran anknüpfenden Strategien zur Anpassung an den demografischen Wandel entspricht insgesamt dem nachfolgend erläuterten Ablauf des Masterplanprozesses.

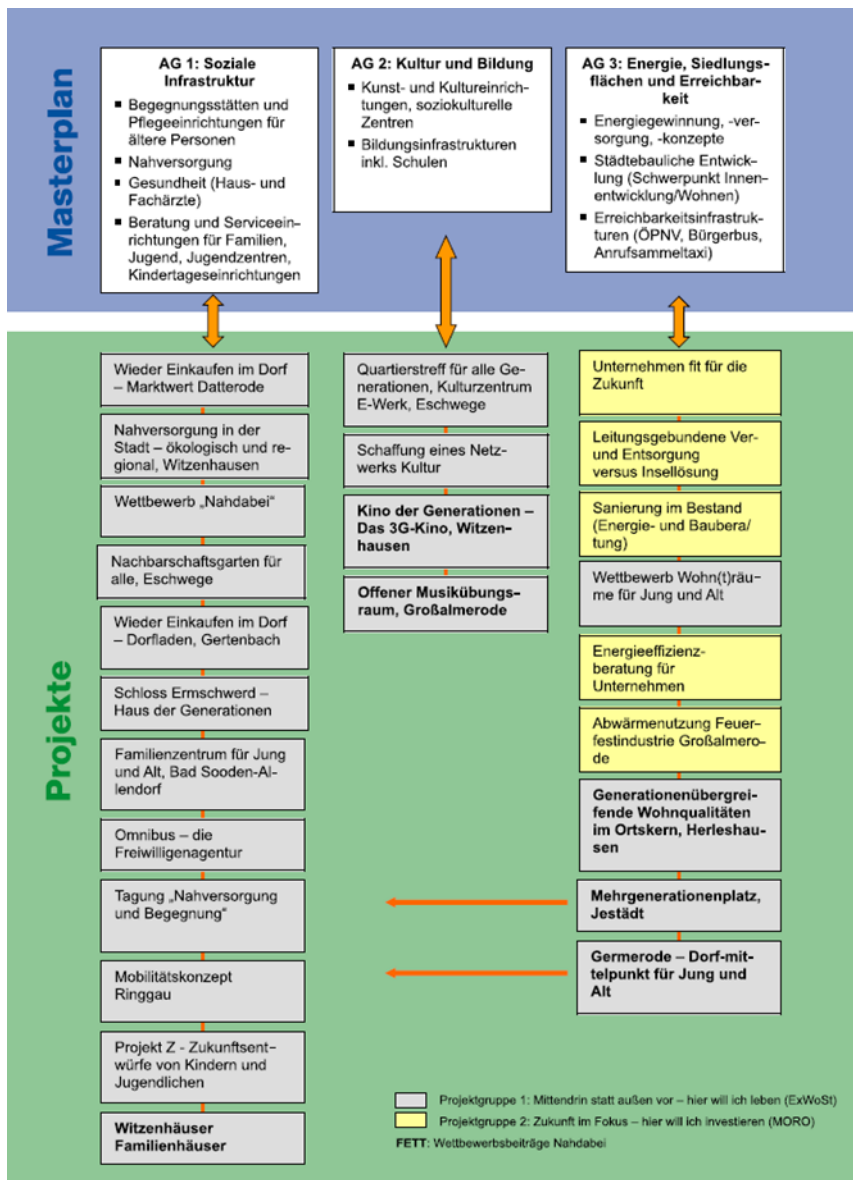


Bild 54: Übersicht Masterplan Arbeitsgruppen und Projekte, © Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.

Masterplanprozess

Die Vorauswahl der wichtigsten Handlungsfelder im Bereich der Daseinsvorsorge erfolgte durch die Lenkungsgruppe sowie durch weitere Vertreter der Kreisverwaltung und des Vereins für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. Die Auswahl der Infrastrukturbereiche erfolgte dabei anhand von drei Kriterien (1. Handlungsnotwendigkeit, 2. Handlungsmöglichkeiten und 3. Datenverfügbarkeit). Im Ergebnis wurden die in Abbildung 45 aufgeführten Infrastrukturbereiche („Soziale Infrastruktur“, „Kultur und Bildung“ sowie „Energie, Siedlungsflächen und Erreichbarkeit“) als wichtigste Handlungsfelder identifiziert und die drei dazugehörigen Arbeitsgruppen (siehe oben) gebildet. Das grundsätzliche Vorgehen der Arbeitsgruppen zur Entwicklung der Handlungsempfehlungen lässt sich wie folgt zusammenfassen:

In den ersten drei Sitzungen wurden jeweils die Handlungsnotwendigkeiten und Prioritäten in der Bearbeitung der im Vorprozess vorgeschlagenen Themenfelder überprüft. Anschließend wurden die dazugehörigen Zielsetzungen mit Hilfe des externen Fachbüros verfeinert und konkrete Fragestellungen für qualitative Nachfrageanalysen gesammelt. Die Nachfrageanalysen wurden durch eine studentische Arbeitsgruppe der Universität Kassel durchgeführt.

In den folgenden Sitzungen wurden die Ergebnisse der qualitativen Nachfrageanalyse sowie die Ergebnisse der Modellrechnungen (Trendfortschreibung und Szenarienbetrachtung) vorgestellt und diskutiert. Hieraus wurden im Anschluss sowohl konkrete Handlungsempfehlungen als auch Umsetzungsmöglichkeiten abgeleitet. Diese wurden in verschiedenen Ausschüssen des Kreistages präsentiert und mit einer Mehrheit aus allen Fraktionen beschlossen. Zur Sicherung der Qualität fand nach etwa der Hälfte der Bearbeitungszeit eine Zwischenevaluierung des Arbeitsprozesses und der erzielten Ergebnisse statt. Des Weiteren gab es einen intensiven Austausch mit der Partnerregion Nordfriesland (ebenfalls beteiligt am Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“).

Relevante Themenfelder

Zur **Anpassung der Siedlungsentwicklung** sieht der Masterplan eine Stärkung der Innenentwicklung vor. Aufgrund des vorhandenen Leerstands und der geringen Nachfrage nach Grundstücken wurde daher zum besseren Management ein **Leerstands- und Baulückenkataster** angelegt. Eine Gemeinde im Kreis will die Innenentwicklung zusätzlich durch die Zusammenlegung von Grundstücken in zentraler Lage vorantreiben und so größere und attraktivere Bauflächen im Innenbereich schaffen, die sonst häufig nur in Randlagen zu finden sind (Projekt „Innerörtliches Flächenmanagement“). Ferner wurde beschlossen, zunächst **keine weiteren Bauflächen auszuweisen**. Darüber hinaus gibt es ein Projekt „Leben Wohnen Arbeiten“ im Werra-Meißner-Kreis, das eine stärkere Vermarktung leerstehender Gebäude zum Ziel hat. Es wurde zudem diskutiert, bestehende Bebauungspläne wieder zurückzunehmen.

Aus dem Modellvorhaben bzw. dem Masterplan entwickelte Projekte zur Anpassung und Steuerung der Siedlungsentwicklung sind ebenfalls ein Wettbewerb („Wohn(t)räume für Jung und Alt“), eine Studie („Generationenübergreifende Wohnqualitäten“) und das Projekt „Sanieren im Bestand - Gründung einer Energieagentur“.

Technische Infrastruktur

Verkehr: Zur Sicherung der Mobilität wurde zunächst das aktuelle ÖPNV-Angebot analysiert und bewertet. Hierzu wurde eine Bewertungsmatrix erstellt, die die Erreichbarkeit von verschiedenen Orten, differenziert nach Wegeanlass, Tageszeit, Wegedauer und anderen Kriterien evaluiert (siehe Abbildung 46). Im Ergebnis wurden hierdurch Gebiete mit unterschiedlichen Erreichbarkeitsdefiziten identifiziert und entsprechende Handlungsoptionen entwickelt. Hierzu gehört z.B. die Schließung von Taktungslücken, über Gemeindegrenzen hinweg organisierte Anrufsammeltaxis oder ein sogenannter Richtungsbandbetrieb. Bei diesem Konzept werden nur stärker genutzte Haltestellen regelmäßig angefahren und andere nur nach Voranmeldung.

Außerdem wurde das „Nahmobilitätskonzept Ringgau - Weißenborn“ aufgestellt, durch das ein neu entstandenes Versorgungszentrum, mittels des „Ärzte- und Einkaufsbus Ringgau- Weißenborn“,verkehrlich in das bestehende Netz aus Versorgungseinrichtungen und Ortsteilen eingebunden wurde.

Zur Auswertung	Nahversorgungs- zentren (14 Orte im Kreis)	Zentralere Orte im Kreis (5 Orte im Kreis)	Sehr zentrale Orte, auch außerhalb des Kreises (5 Orte)
Arbeit („früher“) an: 6:30 – 7:30 ab: 15:30 – 16:30	Arbeit	Arbeit	Arbeit
Arbeit („später“) an: 8:00 – 9:00 ab: 17:30 – 18:30	Arbeit	Arbeit	Arbeit
Vormittag an: 8:30 – 9:30 ab: 11:30 – 12:30	Einkaufen Hausarzt, Bank, Apotheke, Verwaltung	Einkaufen (Aperiodischer Bedarf) Facharzt, Krankenhaus	Spezialisierte Einkauf Facharzt, Krankenhaus
Nachmittag an: 13:30 – 14:30 ab: 17:00 – 18:00	Sport, Vereine Freibad, Einkaufen, Arzt, Bank, Apotheke, Verwaltung	Hallenbad, Sport, Vereine, Einkaufen (Aperiodischer Bedarf)	Spezialisierte Einkauf Facharzt, Krankenhaus
Abend an: 19:30 – 20:30 ab: 22:00 – 23:00	Kultur, Vereine	Kultur	Kultur

Bild 55: Bewertungsmatrix Erreichbarkeit, © Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.

Energie: Im Umgang mit den Themen Klimawandel und Energie knüpft der Masterplan an das seit 2005 verfolgte Ziel an, mindestens 20 % des Gesamtenergiebedarfs des Kreises (bis 2015) mittels heimischer erneuerbarer Energien zu decken (Beschluss des Kreisausschusses). Ein weiterer Beschluss sieht vor, diesen Anteil schrittweise (alle fünf Jahre) um 10 % zu erhöhen. Hierzu wurden auf Kreisebene u.a. folgende Maßnahmen getroffen:

- ▶ Schon Ende der 1990er Jahre wurde ein Eigenbetrieb zum Gebäudemanagement gegründet, der den Energieverbrauch der kreiseigenen Liegenschaften optimieren soll.
- ▶ Einrichtung einer Stelle zur Energieberatung für interessierte Bürger (Schwerpunkt Gebäudebestandssanierung).
- ▶ Durchführung eines Standortwettbewerbs für Biogasanlagen. Ausgewählt wurden Standorte in vier Kommunen, für die die Kosten der Vorplanung entsprechender Anlagen vom Kreis übernommen wurden.
- ▶ Entwicklung und Umsetzung von Energiesparkonzepten in verschiedenen Kommunen. Die Konzepte sehen z.B. die Abschaltung oder Reduzierung der nächtlichen Straßenbeleuchtungen vor.

Neue Herausforderungen

Die meisten der im Rahmen des Masterplans entwickelten Maßnahmen und Projekte befinden sich derzeit in der Umsetzung oder sind bereits umgesetzt. Die zentralen Herausforderungen bestehen daher gegenwärtig in der kontinuierlichen Projektbetreuung und der Verstärkung der im Masterplan festgelegten Anpassungsstrategien.

Der „Masterplan Daseinsvorsorge“ wurde in der Vergangenheit als Entwicklungsgrundlage für die Aufstellung weiterer themenspezifischer Masterpläne genutzt. Hierin werden einzelne Themen des demografischen Wandels konkretisiert (u.a. Masterplan Integration, Masterplan Inklusion und Fortschreibung des Masterplans Senioren). Die erfolgreiche Organisationsstruktur, in Form einer Kooperation aus Kreisverwaltung, dem Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. (VfR) und den Arbeitsgruppen (private und öffentliche Bürger und Akteure des Kreises), wurde dabei beibehalten.

Fazit

Der Masterplan wurde als ein informelles Instrument der regionalen Daseinsvorsorge entwickelt und hat durch den Beschluss des Kreistages Bindungswirkung erhalten. Der Masterplan verfolgt **im Umgang mit dem demografischen Wandel** in allen Infrastrukturbereichen **eine duale Strategie aus „anpassen“ und „gestalten“**. Wesentlich für den „Masterplan Daseinsvorsorge“ und die aus ihm entwickelten Projekte ist, dass diese durch öffentliche und private, sowie überörtliche und überfachliche Akteure aus dem Kreis selber entwickelt wurden. Im gesamten Arbeitsprozess hat sich die enge Zusammenarbeit zwischen der Kreisverwaltung und dem Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. (VfR), als wichtiges Sprachrohr der privaten Akteure des Kreises, als sehr positiv herausgestellt.

Hierdurch konnte eine integrierte und umfassende Bearbeitung der wichtigsten Themen der regionalen Daseinsvorsorge sichergestellt werden und wichtige Maßnahmen zum Klimaschutz (Nutzung heimischer erneuerbarer Energien und Energieeinsparungsmaßnahmen in kreiseigenen Liegenschaften) umgesetzt werden.

Insgesamt diente der Masterplan Daseinsvorsorge den verschiedenen Akteuren aus Politik und Verwaltung als strategische Grundlage im Umgang mit dem demografischen Wandel. Mit Hilfe des Masterplans werden außerdem weiterhin neue Fördermittel akquiriert, Projekte und Maßnahmen zur Anpassung an den demografischen Wandel inhaltlich begründet und Handlungsansätze für eine weitere Handhabung der demografischen Veränderungen im Werra-Meißner-Kreis identifiziert.

Kontakt:

Sabine Wilke

Geschäftsführerin Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.

Tel.: 05651/70511

E-Mail: sabine.wilke@vfr-werra-meissner.de

Weiterführende Informationen:

Werra Meissner Kreis (2014): Regionales Entwicklungskonzept. <http://www.vfr-werra-meissner.de/rek.html>

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.: Region hat Zukunft - Demografischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis. <http://www.vfr-werra-meissner.de/modell.html>

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.: Land(auf)Schwung - Webseite: <https://www.landaufschwung-wmk.de/>

9 Exkurs Intelligente Vernetzung: Zukunftskonzept Lippe 2025

Die Digitalisierung und die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), ist ein Thema, das mit dem demografischen Wandel verknüpft ist. So bietet die technologische Entwicklung vielfältige Chancen und Handlungsansätze auf Probleme und Herausforderungen des demografischen Wandels in anderen Infrastrukturbereichen und der Lebens- und Arbeitswelt zu reagieren. Hierzu gehört z.B. der Rückbau von Bildungsinfrastrukturen, der Fachkräftemangel in der Pflege oder der öffentliche Personennahverkehr. Mit dieser Relevanz soll das „**Zukunftskonzept Lippe 2025**“ als Exkurs dargestellt werden. Das Beispiel zeigt, wie Möglichkeiten der Digitalisierung für die regionale Entwicklung perspektivisch genutzt werden können. Die Stärkung der Region als Wohn- und Arbeitsort ist das Ziel.

Der Kreis Lippe liegt im Nordosten von Nordrhein-Westfalen und weist einen hohen Industriebesatz auf. Der Anteil des produzierenden Gewerbes liegt mit rund 29 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von NRW (ca. 23 %). Die demografische Belastung äußert sich im Kreis Lippe durch die langfristig schrumpfende Bevölkerungszahl. Seit der Jahrtausendwende ist die Bevölkerungszahl gesunken und wird gemäß der Bevölkerungsvorausberechnung von IT.NRW auch weiterhin rückläufig sein. Damit einher geht die Zunahme der über 65-Jährigen und zugleich die Abnahme der Bevölkerung in den erwerbsfähigen Altersstufen. Dieser Prozess stellt die leistungsstarke Industrie- und Dienstleistungsregion hinsichtlich des Fachkräftebedarfs vor große Anpassungsaufgaben. Das Zukunftskonzept „Lippe 2025“ soll den Kreis Lippe als Vorreiterregion bei der Digitalisierung profilieren, um die Chancen dieser Technologie für die regionale Entwicklung zu nutzen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen beim Digitalisierungsprozess unterstützt werden und es soll ein leistungsfähiges E-Government aufgebaut werden. Mit E-Government ist dabei der verstärkte Einsatz von modernen IT-Techniken und elektronischen Medien in Verwaltungsprozessen gemeint.

Oberste Priorität hat dabei der Ausbau der digitalen Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung der Wirtschaft und für zukunftsfähige Anwendungen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Der Kreis will eine regionale Digitalisierungs- und Innovationsstrategie entwickeln, um sich als Arbeitsmarkt der Zukunft und als innovative Bildungsregion zu positionieren. Über den Megatrend Industrie 4.0 werden die Themenbereiche Bildung, Gesundheit, Mobilität und Verwaltung miteinander verbunden.

Der Breitbandausbau im Kreis Lippe, für den Fördermittel von Bund und Land bereitgestellt werden, beginnt im Frühjahr 2018. Zugleich soll das Thema Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch Maßnahmen zur Vernetzung und zum Wissenstransfer angestoßen werden. Durch die regionale Digitalisierungs- und Innovationsstrategie entstehen in enger Verzahnung mit Industrie 4.0 leistungsfähige Anwendungen, die unter den Begriffen Gesundheit 4.0, Bildung 4.0, Mobilität 4.0 sowie Verwaltung 4.0 ausgebaut werden.

Durch den Ausbau des Breitbandnetzes und die innovative IKT-basierte und vernetzte Infrastruktur sollen verbesserte Mobilitäts- und Versorgungskonzepte entstehen. Zusammen mit Initiativen zur sozialen Vernetzung soll die Lebensqualität auch in den Dörfern der Region erhalten und als Wohn- und idealerweise zunehmend auch wieder als Arbeitsstandort gestärkt werden.

Der Kreis Lippe setzt mit dem Zukunftskonzept Lippe 2025 auf einen langfristigen Anpassungsprozess. Über verschiedene Formate wie einen Zukunftsdialog mit 250 Teilnehmern und eine Web-Plattform, auf der Vorschläge für die adressierten Themen eingebracht werden, wirken die Kommunen und verschiedenste gesellschaftliche Institutionen der Region an dem Konzept mit.

Weiterführende Informationen:

Kreis Lippe (2017): Zukunftskonzept Lippe 2025.

<https://www.zukunftskonzept-lippe.de/zukunftskonzept-zum-download/>

10 Fazit: Dem Wandel begegnen und Chancen ergreifen.

Was sind die Lernerfahrungen aus den Praxisbeispielen?

Die Praxisbeispiele zeigen, dass es **vielfältige Ansätze zur nachhaltigen Anpassung der Siedlungsentwicklung und der technischen Infrastrukturen** an die Herausforderungen des demografischen Wandels gibt. Auslöser für die Aktivitäten in den Praxisbeispielen sind dabei die demografischen Herausforderungen bzw. die Folgen oder zumindest die in der zeitlichen Perspektive zu erwartenden Folgen. So sind es sehr unterschiedliche Entwicklungsphasen, in denen die jeweiligen Praxisbeispiele entstanden sind, sowohl als Reaktion auf Erfahrungen von Schrumpfungsprozessen in der Folge der Wiedervereinigung als auch perspektivisch im Hinblick auf künftig erwartete Entwicklungen.

Allen Beispielen ist gemeinsam, dass die Akteure vor Ort Chancen ergriffen haben, die sich aus einer **integrierten, nachhaltigen Herangehensweise** ergeben. Sie zeigen, dass Klima- und Umweltschutz wichtige Elemente einer vorsorgenden städtebaulichen und regionalen Entwicklung sind und zur Bewältigung des demografischen Wandels beitragen können, indem die Attraktivität der Städte und Gemeinden erhöht wird. Kommunale Konzepte können je nach Standort und Stärke der Kommunen und Gemeinden unterschiedliche Schwerpunkte setzen und Zukunftsperspektiven eröffnen. Hierzu existieren erfolgreiche integrierte Beispiele in diversen Bereichen zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, dem Flächenschutz und zur Innenentwicklung oder mit Blick auf eine nachhaltige Mobilität.

Von der lokalen Akteurslandschaft und den Bedarfen geprägt, werden neue Ideen und Konzepte meist entweder politisch, durch Verwaltungsressorts oder aus bürgerschaftlichem Engagement heraus initiiert. In den meisten Praxisbeispielen beschränken sich die jeweiligen Aktivitäten nicht nur auf einen Handlungsschwerpunkt, sondern umfassen **verschiedene Handlungsbereiche**, die zur Bewältigung des demografischen Wandels inhaltlich miteinander verknüpft werden. Mehrere Praxisbeispiele zeigen in der zeitlichen Abfolge, dass in der Anfangsphase zunächst ein Thema oder Projekt erarbeitet wurde und sich im Zeitverlauf weitere Aktivitäten und Handlungsfelder entwickelt haben. Die erfolgreiche Umsetzung erster Aktivitäten und die dabei geschaffenen Arbeitsstrukturen waren Grundlage für den weiteren Prozess. Aus der rückblickenden Betrachtung sind die entstandenen Prozesse in der Regel nicht von Beginn an entsprechend geplant worden, sondern haben sich mit eigenständiger Dynamik weiterentwickelt. Der Prozesscharakter wird besonders dadurch deutlich, dass die jeweiligen Prozesse in keinem der Praxisbeispiele als beendet betrachtet werden.

Ein **zentraler Schlüssel zum Erfolg der jeweiligen Strategien und Prozesse sind Kooperationen**.

Die Praxisbeispiele verdeutlichen dabei unterschiedliche Ebenen und unterschiedliche Intensitäten von Kooperation. Am Beginn stand oft die Überzeugungsarbeit um mit weiteren Akteuren eine ausreichende Grundlage für die Aktivitäten zu schaffen. Sowohl bürgerschaftlich initiierte Herangehensweisen waren auf die Zusammenarbeit mit anderen Haushalten oder Eigentümern angewiesen als auch verwaltungsinitiierte Aktivitäten auf das Mitwirken anderer Ressorts, Verantwortlicher oder anderer Verwaltungseinheiten. In der Regel sind es federführend koordinierte informelle Arbeitsrunden, um die Kooperationsprozesse am Laufen zu halten. Deutlich wird dabei, dass die Federführung verankert sein muss und zumindest absehbar auch finanziert werden muss.

In fast allen Praxisbeispielen sind **Programm- oder Projektförderungen** die Grundlage für die Kooperationsprozesse oder gemeinsamen Aktivitäten. Einen hohen Stellenwert haben in vielen Praxisbeispielen entsprechend erarbeitete Konzepte, die häufig erst durch Fördermittel ermöglicht wurden. Mehrere Beispiele zeigen auch, dass Förderungen nicht zwingend der Anlass für die Aktivitäten sind, sondern umgekehrt entstandene Initiativen nach möglichen Finanzierungsgrundlagen gesucht haben.

Die Praxisbeispiele verdeutlichen wie auch zahlreiche andere Beispiele, dass die Aktivitäten meist an ein hohes **Engagement** einzelner Akteure geknüpft sind. Deutlich wird auch, dass neben Anreizen durch finanzielle Mittel zur Umsetzung von Aktivitäten, auch die Motivation durch entsprechende

Würdigungen und Feedback, wie z.B. Preise, positiv beeinflusst wird. Auch der Rückhalt durch die Bürgermeister gehört zu den wichtigen Erfolgskriterien der Praxisbeispiele.

Die aufgeführten Praxisbeispiele verfolgen in der überwiegenden Zahl ganzheitliche und integrierte Ansätze. Dementsprechend kommt dem **Dreiklang von Umwelt, Wirtschaft und Sozialen** und der Erstellung integrierten Konzepten eine besondere Bedeutung zu. Jeweilige Synergien werden dabei bewusst gesteuert und auch in den Beteiligungsansätzen entsprechend vermittelt.

Einzelne Maßnahmen dienen der **Anpassung an den demografischen Wandel**. Hierunter fallen Ansätze, die insbesondere auf die Veränderung der Altersstruktur und damit veränderte Bedürfnisse reagieren.

Beim Großteil der Praxisbeispiele wird jedoch versucht, Folgewirkungen des demografischen Wandels mithilfe von Maßnahmen im Bereich der Siedlungsentwicklung und Infrastruktur, abzumildern. Die ergriffenen Ansätze wollen die Attraktivität der Orte steigern, Abwanderung der Bevölkerung verhindern und im Idealfall neue Bewohner ansiedeln. Die Maßnahmen sollen dazu dienen, die überörtliche Attraktivität der Kommunen zu steigern und Zuzüge zu generieren bzw. Wegzüge zu verhindern. Damit soll nicht nur ein Beitrag zur **Abmilderung** sondern auch zur **Bewältigung des demografischen Wandels** geleistet werden. Zielkonflikte sind jedoch häufig schwer aufzulösen und abzuwägen. Zum Beispiel stellt die Neuausweisung von Baulandflächen ein attraktives Angebot dar, um junge Familien auf der Suche nach einem Platz für das zukünftige Eigenheim anzuziehen. Der Ansatz, die ökonomischen Folgen des demografischen Wandels abzumildern, geht in diesem Fall mit der nachrangigen Behandlung der Umweltziele einher. Eine abgewogene Kombination und kluge Bündelung von Maßnahmen und Kooperationen kann kontraproduktive Effekte jedoch auflösen und Synergien zwischen den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen generieren. Zur Wohnraumschaffung schont z.B. eine Qualifizierung der Bestandsbauten durch gezielte Fördermaßnahmen und die Auslastung bestehender Infrastrukturen die natürlichen Ressourcen. Zahlreiche Kommunen und Regionen in Deutschland beweisen mit integrierten und nachhaltigen Ansätzen, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels Chancen und Raum für Innovation bieten.

In vielen Praxisbeispielen ist die **Bürgerbeteiligung** ein elementarer Bestandteil bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den demografischen Wandel. Sowohl um Akzeptanz zu schaffen und Anregungen und Ideen aus der Bürgerschaft zu erfassen als auch im Sinne der Aktivierung von Engagement bzw. der Kanalisierung und Unterstützung von Engagement und Initiativen.

Die Praxisbeispiele zeigen, dass vielfältige Förderprogramme des Bundes und der Länder genutzt werden können. Zum Teil haben Kommunen aber auch **eigene Programme und finanzielle Anreizmechanismen** aufgestellt, um spezifischen Problemen des demografischen Wandels vor Ort passgenau zu begegnen. Vielfach wurden in den Praxisbeispielen mit den von Bund- oder Land bereitgestellten Fördermitteln oder durch die kommunalen Vorleistungen auch Privatinvestoren gewonnen. Im umgekehrten Fall konnten aber auch durch zunächst privat finanzierte Investitionen in der Folge kommunale Entwicklungsinvestitionen angestoßen werden.

In einigen wenigen Praxisbeispielen wurden erste **Möglichkeiten der Digitalisierung** genutzt. Im Exkurs Intelligente Vernetzung: Zukunftskonzept Lippe 2025 zeigt ein Praxisbeispiel auf Kreisebene, wie eine umfassende digitale Strategie künftig aussehen könnte.

11 Quellenverzeichnis

3.1 Binsfeld (Arnstein):

Das Dorf Service GmbH (2003): Internetauftritt Das Dorf Service GmbH. <http://www.das-dorf.binsfeld-ufr.de/index.html>. Aufgerufen am 15.09.2017.

Sauer, Franz-Josef (2017): Telefonisches Gespräch mit Franz-Josef Sauer, Geschäftsführer Das Dorf Service GmbH, am 15.09.2017.

Sauer, Franz-Josef (o.J.): Dorferneuerung Binsfeld. Der Zukunft Heimat geben. Präsentation zur Verfügung gestellt von Herrn Sauer.

Wegner Stadtplanung (2009): Integriertes Handlungskonzept Binsfeld. Stadt Arnstein. <http://arnstein.de/leben-wohnen/staedtebaufoerderung-binsfeld/integriertes-handlungskonzept/>. Aufgerufen am 15.09.2017.

3.2 Ascha:

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (o.J.): Energie-Atlas Bayern. Praxisbeispiele. <https://www.energieatlas.bayern.de/energieatlas/praxisbeispiele.html>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Gemeinde Ascha (o.J.): Ascha – Leben wo andere Urlaub machen. <http://www.ascha.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Technische Universität München (2010): Dorferneuerung 2020. Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern. Teil 2B: Gute Ansätze der Dorferneuerung – Auswertung der Modell- und Pilotdörfer. München.

3.3 Beetzendorf:

Bürger Energie Altmark eG (o.J.): Flyer Bürger Energie Altmark (PDF Dokument). http://www.buerger-energie-altmark.de/120215_BE_flyer_Ausdruck.pdf. Aufgerufen am 24.10.2017.

Freie Schule Altmark e.V. (o.J.): Waldkiga. <http://www.freie-schule-altmark.de/joomla/index.php/waldkiga>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Freundeskreis Ökodorf eV (2017): Ökodorf Sieben Linden. Startseite. <http://siebenlinden.org/de/start/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Gemeinde Beetzendorf (2016): Gemeinde Beetzendorf – Startseite. <http://www.beetzendorf.net/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Global Ecovillage Network Deutschland e.V. (2017a): UBA Projekt: „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“. <http://gelebte-nachhaltigkeit.de/aktivitaeten/nachrichten/neuigkeiten-detail/artikel/uba-projekt-leben-in-zukunftsaehigen-doerfern/index.htm>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Global Ecovillage Network Deutschland e.V. (2017b): UBA Projekt: „Leben in zukunftsfähigen Dörfern“- Ein Modellprojekt zur Unterstützung nachhaltiger ländlicher Entwicklung. <http://gen-deutschland.de/activities/uba-ii/uebersicht/index.htm>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Netzwerk Zukunft Sachsen-Anhalt e.V. (o.J.): Klimaschutz. Erneuerbare Energien. <http://www.kosa21.de/component/tags/tag/20-klimaschutz-erneuerbare-energien>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Transition Netzwerk e.V. (o.J.): Transition Initiativen. <https://www.transition-initiativen.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Zweckverband Breitband Altmark (2017): Zweckverband Breitband Altmark. <http://breitband-altmark.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

3.4 Neustrelitz:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2015): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Stadtumbau Ost. Neustrelitz Neustadt. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Neustrelitz/Neustrelitz_node.html. Aufgerufen am 24.10.2017.

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) (2017): Bioenergiedörfer: Wege zum Bioenergiedorf. <https://bioenergiedorf.fnr.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR); Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): Bundeswettbewerb Bioenergie-Kommunen 2016: Sieger 2016. <http://www.bioenergie-kommunen.de/sieger-2016/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR); Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2017): Datenblatt zum Bioenergiedorf - Neustrelitz (Bioenergiedorf). Gülzow-Prüzen.

Landeszentrum für erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern (Leea) (o.J.): Verstehen – Erleben – Mitmachen. <http://www.leea-mv.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Stadt Neustrelitz (2005): Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Stadtteilkonzept Stadtkern 2005. Neustrelitz.

Stadt Neustrelitz (2016): Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Fortschreibung 2016. Neustrelitz.

3.5 Willebadessen:

EnergieAgentur NRW (o.J.): Bioenergiedorf Peckelsheim. <http://www.energieagentur.nrw/bioenergie-atlas/projekte/67.html?print=pdf>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) (o.J.): Bioenergiedörfer: Liste. <https://bioenergiedorf.fnr.de/bioenergiedoerfer/liste/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR); Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): Bundeswettbewerb Bioenergie-Kommunen 2016: Sieger 2016. <http://www.bioenergie-kommunen.de/sieger-2016/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2017): Datenblatt zum Bioenergiedorf - Peckelsheim. Gülzow-Prüzen.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2017): Kommunalprofil Willebadessen, Stadt. Düsseldorf. <https://www.it.nrw/kommunalprofile-82197>. Aufgerufen am 11.07.2018.

Stadt Willebadessen; infas enermetric Consulting (2017): Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Willebadessen. Willebadessen (PDF Dokument). <http://www.willebadessen.de/buergerbuero/downloads/Klimaschutzkonzept-Willebadessen.pdf>. Aufgerufen am 01.06.2018.

3.6 Rhein-Hunsrück-Kreis:

Jakobs, Thomas (2017): Telefonisches Gespräch mit Thomas Jakobs, Fachbereichsleiter Kreisentwicklung, am 20.09.2017.

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis (2017): Klimaschutz im Rhein-Hunsrück-Kreis. <http://www.kreis-sim.de/Klimaschutz>. Aufgerufen am 18.09.2017.

Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis (2017): Projekt zur Daseinsvorsorge im Rhein-Hunsrück-Kreis. <http://www.zukunftsideeen.de>. Aufgerufen am 20.09.2017.

4.1 Ascheberg:

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): StadtUmLand.NRW. Stadtregion Münster. <http://www.stadtumland-nrw.de/phase-2-ergebnisse/stadtregion-muenster.html>. Aufgerufen am 11.06.2018.

Wolf, Martin (2017): Telefonisches Gespräch mit Martin Wolf, Klimaschutzmanager der Gemeinde Ascheberg, am 29.09.2017. Bonn/Ascheberg.

4.2 Saarpfalz-Kreis:

Saarbahn GmbH (2016): mobisaar-Lotsenservice (PDF Dokument). <http://www.mobisaar.de/media/download-571e21237f13b>. Aufgerufen am 08.01.2018.

Der mobisaar-Service. <http://www.mobisaar.de/>. Aufgerufen am 08.01.2018.

4.3 Luckow/Rieth:

Riether Winkel (o.J.): <http://www.riether-winkel.de/leben/>. Aufgerufen am 01.02.2018.

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (o.J.b): Standorte der „Neuen Dorfmitte“. <http://www.neue-dorfmitte-mv.de/Standorte>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Rb Architekten (2017): Multiple Häuser als gemeinschaftlicher Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft. <http://www.multiples-haus.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

4.4 Uckermark:

Müller, Torsten (2016): Transport auf dem Land: In der Uckermark kommt der Quark mit dem Bus. In: Berliner Zeitung (Hrsg.).

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/transport-auf-dem-land-in-der-uckermark-kommt-der-quark-mit-dem-bus-24824904>. Aufgerufen am 21.11.2017.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (o.J.): Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Modellvorhaben LandZukunft. Förderregion Uckermark.

https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/Wettbewerbe/LandZukunft/_texte/Dossier-LandZukunft.html?notFirst=true&docId=7641920. Aufgerufen am 22.11.2017.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2014): Modellvorhaben Daseinsvorsorge 2030. Innovativ und modern – eine Antwort auf den demographischen Wandel (PDF Dokument). https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/bilanz-modellvorhaben-daseinsvorsorge-2030.pdf?__blob=publicationFile&v=3. Aufgerufen am 22.11.2017.

Landkreis Uckermark (2017): Uckermark.

<https://www.uckermark.de/>. Aufgerufen am 22.11.2017.

UVG Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH: UVG online.

<http://www.uvg-online.com/de/auf-der-erfolgsspur-mit-dem-uvg-kombibus/kombibus.html>. Aufgerufen am 21.11.2017.

4.5 Hürtgenwald-Gey/Eifel:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): Infoportal Zukunft.Land. Erfolgsgeschichten. Mobilität. Fahren und gefahren werden – neue Mobilität in der Eifel. <https://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/InformationsportalZukunftLand/Erfolgsgeschichten/Mobilitaet/texte/Dossier-Mobilitaet.html?docId=8536076.%20Aufgerufen%20>. Aufgerufen am 11.06.2018.

Dorfauto Gey UG (2017): Internetseite des Dorfauto Gey. <https://gey.mobilesdorf.de/>. Aufgerufen am 11.07.2018.

Lokale Aktionsgruppe der LEADER-Region Eifel (2015): E-ifel mobil. Gemeinsame Fahrzeugnutzung und Elektromobilität im ländlichen Raum. Ergebnisse des LEADER-Projektes. Nettersheim (PDF Dokument). <https://www.kreis-euskirchen.de/umwelt/downloads/kreisentwicklung/Eifelmobil.pdf>. Aufgerufen am 11.06.2018.

LAG der Leader Region Eifel beim Naturpark Nordeifel e.V. (o.J.): Projekte 2007 – 2013. E-ifel mobil. http://www.leader-eifel.de/de/projekte_2007_2013/E-ifel-mobil.html. Aufgerufen am 04.10.2017.

5.1 Könnern (Wasserzweckverband WZV „Saale-Fuhne-Ziethe“):

Borchardt, Ralf (2017): Telefonisches Gespräch mit Ralf Borchardt, Wasserzweckverband WZV „Saale-Fuhne-Ziethe“, am 29.09.2017. Bonn/Bernburg.

Wasserzweckverband „Saale-Fuhne-Ziethe“ (o.J.): Präsentation zum Pilotprojekt für dezentrale Abwasserbehandlung in Sachsen-Anhalt – Betriebserfahrungen. Bernburg. <http://doczz.net/doc/5929790/pilotprojekt-f%C3%BCr-dezentrale-abwasserbehandlung-in-sachsen>. Aufgerufen am 11.06.2018.

6.1 AG Bachtal:

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (2016): Ländliche Entwicklung in Bayern. Staatspreis 2016 - Land und Dorfentwicklung. München.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2015): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Kleinere Städte und Gemeinden. AG Bachtal. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/Massnahmen/AGBachtal/AGBachtal_node.html. Aufgerufen am 05.10.2017.

Mack, Heinz (2017): Telefonisches Gespräch mit Heinz Mack, Geschäftsleiter VG Syrgenstein, am 31.07.2017 sowie am 05.10. 2017. Bonn/ Syrgenstein.

Steiner, Bernd & Raab, Andread (2015): Präsentation Transfer-Werkstatt „Kleinere Städten und Gemeinden generationengerecht gestalten“ (PDF Dokument). http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Transfer7Steiner-Raab.pdf?__blob=publicationFile&v=1. Aufgerufen am 05.10.2017.

Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein (o.J.a): Unsere interkommunale Kooperation. Kurzportrait. http://www.vg-syrgenstein.de/iK_Kurzportait.html. Aufgerufen am 05.10.2017.

Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein (o.J.b): Wohnen im Bachtal Syrgenstein, Bachhagel, Zöchingen. <http://www.wohnen-im-bachtal.de/>. Aufgerufen am 05.10.2017.

6.2 Hiddenhausen:

Bezirksregierung Detmold (2003): Demografischer Wandel in Ostwestfalen-Lippe. Langfristige Bevölkerungsentwicklung mit ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und die Infrastruktur (PDF Dokument). <http://www.strukturanalyse.de/DemoWa.pdf>. Aufgerufen am 01.06.2018.

Gemeinde Hiddenhausen (o.J.): Jung kauft Alt - Junge Menschen kaufen alte Häuser. <http://www2.hiddenhausen.de/Hiddenhausen/Wohnen/Jung-kauft-Alt>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Homburg, Andreas (2015): Frischer Wind für alte Dorfhäuser: Bericht aus Hiddenhausen. Berlin.

Homburg, Andreas (o.J.): Vortrag „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser - Frischer Wind für alte Dorfhäuser“.

Stadt Emden (o.J.): Förderprogramm "Jung kauft Alt". Junge Familien kaufen alte Häuser. <https://www.emden.de/rathaus/verwaltung/fb-300-stadtentwicklung-und-wirtschaftsfoerderung/fd-361-stadtplanung/jung-kauft-alt/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

6.3 Heek:

EnergieAgentur.NRW (2007): Energetisch Modernisieren - Erfahrungen von Bauherren für Bauherren (PDF Dokument). http://www.alt-bau-neu.de/database/data/datainfopool/041108_144250_abn_energetisch_modernisieren.pdf. Aufgerufen am 15.09.2017.

Gemeinde Heek (2012): Ergebnisse des Demografieberichtes „Heek 2025“. Heek.

Gemeinde Heek (2015): Richtlinien zur Förderung des Erwerbs von Altbauten (Förderprogramm „Jung kauft Alt - Junge Leute kaufen alte Häuser“). Heek.

Gemeinde Heek (2017): Förderprogramm „Jung kauft Alt - junge Menschen kaufen alte Häuser“. <https://www.heek.de/portal/seiten/foerderprogramm-jung-kauft-alt-junge-menschen-kaufen-alte-haeuser-900000010-24120.html>. Aufgerufen am 15.09.2017.

Schiller, Heidi (2017): Schriftliche Befragung sowie Telefonisches Gespräch mit Heidi Schiller, Sachbearbeiterin und zuständige Ansprechpartnerin der Gemeindeverwaltung Heek, am 18.09.2017 sowie am 21.09.2017. Bonn/Heek.

6.4 Vrees:

Geschäftsstelle DWK | Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. (2017): Demografiewerkstatt Kommune. <https://www.demografiewerkstatt-kommunen.de/Kommunen/Emsland>. Aufgerufen am 27.09.2017.

Gemeinde Vrees (2016): Vortrag im Rahmen der 25 Jahrfeier der Erich und Liselotte Gradmann-Stiftung. http://www.demenz-support.de/Repository/GSJ_2016_kleene_vrees.pdf. Aufgerufen am 26.09.2017.

Kleene, Heribert (2017): Telefonisches Gespräch mit Heribert Kleene, Gemeindebürgermeister Vrees, am 27.09.2017.

Landkreis Emsland (2017): Siedlungsentwicklung im Emsland. <https://www.emsland.de/wirtschaft-struktur/seniorendemografie/leitsystem-demografie/siedlungsentwicklung/siedlungsentwicklung.html>. Aufgerufen am 26.09.2017.

Samtgemeinde Werlte (2017): Gemeinde-Homepage. Allgemeine Informationen. <http://www.vrees.de/>. Aufgerufen am 25.09.2017.

Verbund Oldenburger Münsterland e.V. (2017): Bioenergiedorf Vrees. <http://www.land-mit-energie.de/energie-erleben/energiestationen/alle-stationen/item/vrees-bioenergiedorf-vrees>. Aufgerufen am 25.09.2017.

6.5 Dahlem und Hellenthal:

Bungartz, Erwin (2017): Telefonisches Gespräch mit Herr Bungartz, Fachbereichsleiter der Abteilung Bau- und Planungswesen, Gemeindeentwicklung in der Gemeinde Dahlem, im September 2017. Bonn/Dahlem.

Dieler, Esther (2015): Entwurf der Rahmenplanung Hellenthal. Bonn.

Dieler, Esther; Lang, Steffen (2016): Entwurf der Rahmenplanung Dahlem. Bonn.

Gemeinde Dahlem (2017): Stadterneuerung <https://www.dahlem.de/staedtebauprojekt>. Aufgerufen am 12.06.2018.

Gemeinde Hellenthal: Integriertes Handlungskonzept(PDF Dokument). [http://www.hellenthal.de/fileadmin/data/hellenthal/pdf/bauen/staedtebauprojekt/Integriertes Handlungskonzept_Hellenthal_2-4-14.pdf](http://www.hellenthal.de/fileadmin/data/hellenthal/pdf/bauen/staedtebauprojekt/Integriertes_Handlungskonzept_Hellenthal_2-4-14.pdf). Aufgerufen am 12.06.2018.

Kaiser, Winfried; Rodenbüsch, Markus (2017): Telefonisches Gespräch mit Winfried Kaiser und Markus Rodenbüsch, Fachbereichsleiter und stellvertretender Fachbereichsleiter der Abteilung Bauen und Planen in Hellenthal, im September 2017. Bonn/Hellenthal.

Kreis Euskirchen; Regionalverkehr Köln GmbH (2016): Die Linien des neuen TaxiBusPlus (Flyer) (PDF Dokument). https://www.kreis-euskirchen.de/service/downloads/oepnv/Flyer_taxibusplus.pdf. Aufgerufen am 15.09.2017.

Land NRW: Kleinere Städte und Gemeinden (PDF Dokument). <https://www.mhkgb.nrw/stadtentwicklung/pdf/container/internetksg.pdf>. Aufgerufen am 12.06.2018.

Universität Bonn (2013a): Gemeinde Dahlem - Integriertes Handlungskonzept 2020. Bonn.

Universität Bonn (2013b): Gemeinde Hellenthal - Integriertes Handlungskonzept 2020. Bonn.

6.6 Wallmerod:

Kontakt im Rahmen des Projektes Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“ des Landes Rheinland-Pfalz.

Lütkefedder, Klaus (2017): Telefonisches Gespräch mit Klaus Lütkefedder, Bürgermeister der VG Wallmerod, im Februar 2017. Bonn/Wallmerod.

Verbandsgemeinde Wallmerod (2017a): Leben im Dorf – Leben mittendrin. <http://www.lebenimdorf.de/>. Aufgerufen am 04.10.2017.

Verbandsgemeinde Wallmerod (2017b): Leben im Dorf - Energie mitten drin! Aktionsprogramm Energie 2020. <http://www.energiemittendrin.de/>. Aufgerufen am 04.10.2017.

Verbandsgemeinde Wallmerod (2017c): Präsentation des Aktionsprogramms „Energie 2020“ der Verbandsgemeinde Wallmerod (PDF Dokument). <http://www.energiemittendrin.de/images/energie2020/downloads/2017-03-16-Energiebilanz-VG-2016z.pdf>. Aufgerufen am 04.10.2017.

6.7 Kreuzbergallianz:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Kleinere Städte und Gemeinden. Kreuzbergallianz. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/Massnahmen/Kreuzbergallianz/kreuzbergallianz_inhalt.html. Aufgerufen am 24.10.2017.

Dr. Fruhmann & Partner Beratungsgesellschaft; Büro Planwerk; Büro für Städtebau und Bauleitplanung (2013a): Strategiekonzept demographiesichere Daseinsvorsorge in der Kreuzbergallianz – Abschlussbericht. Nürnberg, Bamberg, Parsberg.

Dr. Fruhmann & Partner Beratungsgesellschaft; Büro Planwerk; Büro für Städtebau und Bauleitplanung (2013b): Kreuzbergallianz Flächenmanagement – Bericht. Nürnberg, Bamberg, Parsberg.

Erb, Birgit (2017): Telefonisches Gespräch mit Birgit Erb, Vorsitzende Kreuzbergallianz und Bürgermeisterin Oberelsbach, am 04..2017. Bonn/Markt Oberelsbach.

Institut für Energietechnik (IfE) (o.J.): Interkommunales Energiekonzept für die 5 Gemeinden der Kreuzbergallianz. Amberg (PDF Dokument). http://www.kreuzbergallianz.de/fileServer/KREUZBERG/1080/16148/20141120_Kreuzbergallianz_ENDVERSION.pdf. Aufgerufen am 11.06.2018.

Kreuzbergallianz e.V. (o.J.a): Innenentwicklung in der Kreuzbergallianz. Bischofsheim a. d. Rhön. http://www.kreuzbergallianz.de/fileServer/KREUZBERG/1080/17245/160621_6322-02_f03_brosch%20innenentw_kl.pdf. Aufgerufen am 11.06.2018.

Kreuzbergallianz e.V. (o.J.a): Innenentwicklung in der Kreuzbergallianz. Bischofsheim a. d. Rhön (PDF-Dokument). http://www.kreuzbergallianz.de/fileServer/KREUZBERG/1080/17245/160621_6322-02_f03_brosch%20innenentw_kl.pdf. Aufgerufen am 11.06.2018.

Schirmer – Architekten und Stadtplaner (2008): Entwicklungskonzept Kreuzberg. Veitshöchheim.

Schleiffer, Michaela (2017): Telefonisches Gespräch mit Michaela Schleiffer, Allianzmanagerin und Innenentwicklungsberaterin der Kreuzbergallianz e.V., am 21.07.2017. Bonn/ Bischofsheim a. d. Rhön.

7.1 Schwedt/Oder:

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2004): Zwischennutzung und neue Freiflächen - Städtische Lebensräume der Zukunft. Bonn. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/DownloadZwischennutzung/DL_Gesamtbro-schuere.pdf?blob=publicationFile&v=2. Aufgerufen am 01.06.2018.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (o.J.): Städtebauförderung für Bund, Länder und Gemeinden. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Schwedt/Schwedt_node.html. Aufgerufen am 07.06.2018.

Stadt Schwedt (Oder) (2010): Masterplan Wohnen 2025+. Strategisches Wohnungs- und Stadtumbaukonzept. Schwedt (Oder) (PDF Dokument). http://www.schwedt.eu/media_fast/457/Masterplan-Wohnen-2025.pdf. Aufgerufen am 01.06.2018.

Stadt Schwedt (Oder) (2015a): INSEK Schwedt (Oder) 2025+. Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Schwedt (Oder). Schwedt (Oder) (PDF Dokument). https://service.brandenburg.de/media_fast/457/INSEK_2025.pdf. Aufgerufen am 01.06.2018.

Stadt Schwedt (Oder) (2015b): Obere Talsandterasse Schwedt (Oder). Soziale Stadt 2025+. 4. Fortschreibung des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Schwedt (Oder) (PDF Dokument). https://service.brandenburg.de/media_fast/457/Handlungskonzept-Soziale-Stadt.pdf. Aufgerufen am 01.06.2018.

7.2 Parchim:

Agentur für Stadterneuerung (AfS) (2015): Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Stadt Parchim. Parchim (PDF Dokument). http://www.parchim.de/export/sites/parchim/wirtschaft-bau/stadtentwicklung/isek-integriertes-stadtentwicklungskonzept/ISEK_2015.pdf. Aufgerufen am 07.06.2018.

Proske Landschaftsarchitektur; Stadt Parchim (2013): Weststadt Parchim - Abschlussbericht städtebauliche Sanierung und Entwicklung 1994 – 2012. Parchim. (PDF Dokument). http://www.parchim.de/export/sites/parchim/.galleries/PDF/Weststadt_Parchim-Abschlussbericht-Sanierung.pdf. Aufgerufen am 07.06.2018.

Weeber + Partner; Stadt Parchim (2016): Parchim – Monitoring Stadtentwicklung Datenreport 2015. Parchim. (PDF Dokument). http://www.parchim.de/export/sites/parchim/.galleries/PDF/Stadtentwicklungsmonitoring-Parchim_Datenreport_2015_Abgabe_2auf1.pdf. Aufgerufen am 07.06.2018.

Büronetzwerk StadtPlan (2003): Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Stadt Parchim. Parchim.

Weeber + Partner & Seebauer; Weefers und Partner (SWUP) (2006): Integriertes Stadtentwicklungskonzept – Stadt Parchim. Parchim Weststadt – Szenarien zur städtebaulichen Entwicklung 2005 bis 2010. Parchim.

Weeber + Partner; Stadt Parchim (2012): Stadt Parchim – Prognose zur Bevölkerungsentwicklung bis 2030. Parchim.

Weeber + Partner; Stadt Parchim (2015): Parchim – Monitoring Stadtentwicklung 2012-2014. Parchim.

7.3 Schwerin:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2016): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Stadtumbau Ost. Schwerin - Neu-Zippendorf. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Schwerin/Schwerin_node.html. Aufgerufen am 28.09.2017.

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2003): Dokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“. Bonn.

Landeshauptstadt Schwerin (2015): Integriertes Stadtentwicklungskonzept Schwerin 2025, 3. Fortschreibung. <https://www.schwerin.de/mein-schwerin/leben/planen-bauen/stadtplanung/stadtentwicklung/integriertes-stadtentwicklungskonzept/>. Aufgerufen am 12.06.2018.

Stadtteilmanagement Neu Zippendorf/Mueßer Holz (2015): Stadtumbau und Chronik. <http://www.dreesch-schwerin.de/sn/stadtumbau/>. Aufgerufen am 02.10.2017.

7.4 Hoyerswerda-Neustadt:

Krzok, Annette (2017): Telefonisches Gespräch mit Annette Krzok, Fachgruppenleiterin Stadtentwicklung, am 28.07.2017.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2013): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Stadtumbau Ost. Hoyerswerda Neustadt. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Hoyerswerda/Hoyerswerda_node.html. Aufgerufen am 28.07.2017.

Stadt Hoyerswerda (2008): Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK) für die Stadt Hoyerswerda. Fortschreibung 2008.

<http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=3&n=24&o=198>. Aufgerufen am 28.07.2017.

Stadt Hoyerswerda (2017): Stadtentwicklung. <http://www.hoyerswerda.de/>. Aufgerufen am 28.07.2017.

7.5 Weißwasser:

Bertelsmann Stiftung (2017): Statistiken zur Kommune Weisswasser. <http://www.wegweiser-kommune.de/kommunen/weisswasser-oberlausitz>. Aufgerufen am 09.10.2017.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Komplexer Stadtumbau mit differenzierter Nachnutzung beräumter Flächen (PDF Dokument). http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/DownloadZwischennutzung/einzelkapitel4.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Aufgerufen am 05.10.2017.

Stadt Weisswasser/O.L. (2015a): InSEK 2011 mit Teilfortschreibung 2015 (PDF Dokument) http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/150623_insek_wsw_2015_endstand_mitsprungfunktion.pdf. Aufgerufen am 05.10.2017.

Stadt Weisswasser/O.L. (2015b): EFRE Nachhaltige Stadtentwicklung 2014-2020 (PDF Dokument). http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/2015.05.27_steg_praesentation_buergerinfo_efre_kurz.pdf. Aufgerufen am 09.10.2017.

Stadt Weisswasser/O.L. (2017): Stadtrandbebauung weicht Wald - Weisswasser-Süd (PDF Dokument). http://www.weisswasser.de/sites/default/files/news/12.5_projektblatt_oeffentlichkeitsarbeit_wsw_-_stadtrand_0.pdf. Aufgerufen am 05.10.2017.

Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2005). Stadtrandbebauung weicht Wald - Weißwasser „Süd“ <http://www.werkstatt-stadt.de/de/projekte/133/>. Aufgerufen am 12.06.2018.

Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung (2009): Konzept Region schafft Zukunft (PDF Dokument): <https://www.stadtverein-weisswasser.de/Broschuere/Broschuere%20Weisswasser.pdf>. Aufgerufen am 12.06.2018.

8.1 Arnsberg:

Plass, Dr. Birgitta (2017): Telefonisches Gespräch mit Dr. Birgitta Plass, Abteilung Stadt und Verkehrsplanung, am 19.09.2017. Bonn/Arnsberg.

Stadt Arnsberg (o.J.): 15 Jahre Stadtentwicklung Arnsberg. <https://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/infos/>. Aufgerufen am 19.09.2017.

Stadt Arnsberg (o.J.): Die altersgerechte Stadt – eine kommunale Gestaltungsaufgabe. <https://www.arnsberg.de/demografischer-wandel/die-altersgerechte-stadt.php>. Aufgerufen am 19.09.2017.

8.2 Mittelbereich Pritzwalk – Wittstock/Dosse:

Blank, Rainer (2017): Telefonisches Gespräch mit Rainer Blank, Kooperationsmanagement B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung, am 27.07.2017 sowie am 27.09.2017. Bonn/Potsdam.

Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (B.B.S.M.) (2009): Integrierte Konzeption zur Wahrnehmung der mittelzentralen Funktionen und Aufgaben Pritzwalk –

Wittstock/Dosse.(PDF Dokument) http://daten.verwaltungsportal.de/dateien/news/195543/20091217_konzept_endfassung.pdf. Aufgerufen am 11.06.2018.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Städtebauförderung des Bundes und der Länder. Kleinere Städte und Gemeinden. Mittelbereich Pritzwalk - Wittstock/Dosse. http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/StaedteGemeinden/Praxis/Massnahmen/Wittstock-Pritzwalk/wittstock_node.html. Aufgerufen am 27.09.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (2013): Sicherung der Daseinsvorsorge im dünn besiedelten Raum – mittelzentrale Aufgaben und Funktionen gemeinsam gestalten. http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSP/SharedDocs/Projekte/NSPProjekte/Regionalsicherung/Sicherung_der_Daseinsvorsorge_Pritzwalk.html. Aufgerufen am 27.09.2017.

EBP (2017): Projekt Energy Cloud. <https://www.ebp.de/de/projekte/energy-cloud>. Aufgerufen am 27.09.2017.

8.3 Legden:

Bürgerbusverein Heek – Legden (o.J.): Bürgerbus Heek – Legden. Startseite. <https://www.buergerbus-heck-legden.de/>. Aufgerufen am 11.06.2018.

Gemeinde Legden (o.J.): ZukunftsdorfDORF Legden – Startseite <https://www.legden.de/portal/seiten/zukunftsdorf-legden--900000165-24110.html>. Aufgerufen am 11.06.2018.

Regionale 2016 Agentur GmbH (2011): Älter werden im ZukunftsDORF – Leben und Lernen über Generationen. Velen. <https://wettbewerb-aelter-werden-in-balance.de/file/546/download?token=SBtZ80PK>. Aufgerufen am 11.06.2018.

8.4 Nördliches Fichtelgebirge:

Gemeinsames Kommunalunternehmen Winterling Immobilien (2017): Neunutzung der Winterling Immobilien gemäß Masterplan. <http://gku-winterling.de/>. Aufgerufen am 11.10.2017.

Stadt Kirchenlamitz (Vertreter der interkommunalen Kooperation) (2017): Die Region nördliches Fichtelgebirge. <http://www.noerdliches-fichtelgebirge.de/>. Aufgerufen am 11.10.2017.

Stadt Schwarzenbach a.d. Saale (2010): u.a. Vortrag zu „Stadtumbau und Klimaschutz interkommunal: Wie funktioniert das?“. <http://www.schwarzenbach-saale.de>. Aufgerufen am 13.10.2017.

Tourismuswebseite der Region Fichtelgebirge: <https://www.tz-fichtelgebirge.de/de/>. Aufgerufen am 14.10.2017.

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz: Interkommunales Entwicklungskonzept (PDF Dokument). http://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/flaechensparen/bestpractice/doc/oberfranken/neu_noerdliches_fichtelgebirge.pdf. Aufgerufen am 11.10.2017.

8.5 Perlesreut:

Bayrisches Landesamt für Statistik (2016): Demographie-Spiegel für Bayern. Berechnungen für den Markt Perlesreut bis 2028. München.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2017): Gute Praxis in Deutschland: Demografie-Gemeinde Perlesreut. https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Handeln/DE/GutePraxis/Demografiegemeinde_Perlesreut.html. Aufgerufen am 02.10.2017.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016): 25. Bundeswettbewerb „ Unser Dorf hat Zukunft“ (Abschlussbroschüre 2016). Berlin.

Eibl, Manfred (2017): Telefonisches Gespräch mit Manfred Eibl, Bürgermeister der Marktgemeinde Perlesreut, am 04.10.2017. Bonn/Perlesreut.

Marktgemeinde Perlesreut (2017): Perlesreut – Leben im Ilzer Land.
<http://www.perlesreut.de/>. Aufgerufen am 02.10.2017.

8.6 Teuschnitz/ARGE Rennsteig

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2010): Lebensraum Teuschnitz. Altersgerecht umbauen - 20 Modellvorhaben. Berlin.

InFranken (o.J.): Teuschnitz will schnelles Internet. . <https://www.infranken.de/regional/kronach/Teuschnitz-will-schnelles-Internet;art219,100538>. Aufgerufen am 13.06.2018.

Lehmann, S.; Klüpfel, J; Knoblich, M.C.; Hujber, K.M.; Uhl, M.: (2011): Interkommunales Entwicklungskonzept Rennsteig Region. Im Auftrag der Kommunen Stadt Ludwigsstadt, Gemeinde Reichbach, Steinbach a. Wald, Markt Tettau, Stadt Teuschnitz.

Markt Tettau (o.J.): Das Tropenhaus Klein Eden. <http://www.tettau.de/BildungundEinrichtungen/TropenhausKleinEden.aspx>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Merkur (2015): Mit Arnika gegen Bevölkerungsschwund. <https://www.merkur.de/bayern/oberfranken-arnika-gegen-bevoelkerungsschwund-5093996.html>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Odewald, Christiane (2008): Siedlungs- und Versorgungsstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung - die Rennsteigregion im Landkreis Kronach auf neuen Wegen. In: Maier, Jörg (Hrsg.): Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern. Arbeitsmaterial der ARL 343. Hannover.

Regionalmanagement Landkreis Kronach (2017): Arnikastadt Teuschnitz. <http://www.regionalmanagement-landkreiskronach.de/projekt/arnikastadt-teuschnitz/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Schirmer Architekten und Stadtplaner (2011): Interkommunales Entwicklungskonzept Rennsteig Region (PDF Dokument). http://teuschnitz.de/fileadmin/user_upload/Arnikablaettla_12-2015.pdf http://teuschnitz.de/fileadmin/user_upload/120731_REN_Abschlussbericht.pdf. Aufgerufen am 12.06.2018.

Stadt Ludwigstadt (2016): Das Erreichte. Bericht zur Bürgerversammlung 9.11.2016 (PDF Dokument). http://www.ludwigsstadt.de/upload/Allgemein/Broschuere_das_Erreichte_2016_A4_Web.pdf. Aufgerufen am 17.10.2017.

Stadt Teuschnitz (2014): Bericht Vorbereitende Untersuchungen Stadtkern Teuschnitz. Teuschnitz.

Stadt Teuschnitz (2017): Arnikastadt - Stadt Teuschnitz. <http://teuschnitz.de/>. Aufgerufen am 24.10.2017.

Weber, Gabriele (2017): Telefonisches Gespräch mit Gabriele Weber, Bürgermeisterin der Stadt Teuschnitz, im September 2017. Bonn/Teuschnitz.

Schirmer Architekten und Stadtplaner (2011): Interkommunales Entwicklungskonzept. Rennsteig Region (PDF Dokument). http://teuschnitz.de/fileadmin/user_upload/120731_REN_Abschlussbericht.pdf. Aufgerufen am 12.06.2018.

Stadt Teuschnitz (2015): ARNIKA Blättla (Dezember 2015) (PDF Dokument). http://teuschnitz.de/fileadmin/user_upload/Arnikablaettla_12-2015.pdf. Aufgerufen am 25.10.2017.

8.6 Werra-Meißner-Kreis:

Werra Meissner Kreis (2014): Regionales Entwicklungskonzept. <http://www.vfr-werra-meissner.de/rek.html>. Aufgerufen am 12.06.2018.

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.: Region hat Zukunft - Demografischer Wandel im Werra-Meißner-Kreis. <http://www.vfr-werra-meissner.de/modell.html>. Aufgerufen am 12.06.2018

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V.: Land(auf)Schwung -Webseite: <https://www.landaufschwung-wmk.de/>. Aufgerufen am 12.06.2018.

Lokale Aktionsgruppe Werra-Meißner & Verein für Regionalentwicklung Werra-Meissner e.V. (VfR): Regionales Entwicklungskonzept Werra-Meißner 2014-2020. Eschwege.

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meissner e.V. (VfR) (2011): Region schafft Zukunft - Ergebnisse aus dem Masterplan für den Werra-Meißner-Kreis. Eschwege.

Verein für Regionalentwicklung Werra-Meissner e.V. (VfR) (2013): Bericht der Arbeitsgruppe „Siedlungsflächen, Energie und Erreichbarkeiten“. Eschwege.

Wilke, Sabine (2017): Telefonisches Gespräch mit Sabine Wilke, Geschäftsführerin des Vereins für Regionalentwicklung e.V., am 25.09.2017. Bonn/Eschwege.

9 Exkurs Intelligente Vernetzung: Zukunftskonzept Lippe 2025

Kreis Lippe (2017): Zukunftskonzept Lippe 2025.

<https://www.zukunftskonzept-lippe.de/zukunftskonzept-zum-download/>. Aufgerufen am 24.11.2017.



► **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.twitter.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/